vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS MAIER Deutungen totalitärer Herrschaft 1919–1989

JOCHEN STREB
Technologiepolitik im Zweiten Weltkrieg

MARC FREY
Die Dekolonisierung in Indochina, Indonesien und Malaya nach 1945

MANFRED KITTEL
Preußens Osten in der Zeitgeschichte

FRANZ-WERNER KERSTING Helmut Schelskys "Skeptische Generation" von 1957

> INGO HAAR Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von

KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ HORST MÖLLER

in Verbindung mit Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,

Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter Redaktion:

Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky Chefredakteur: Hans Woller Stellvertreter: Christian Hartmann Assistenz: Renate Bihl

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 80636 München, Tel. 126880, Fax 12688-191, E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

Heft 3

50. Jahrgang	Heft 3	Juli 2002	
	INHALTSVERZEICHNIS		
AUFSÄTZE			
Hans Maier	Deutungen totalitärer Herrschaft 1919–1989	. 349	
Jochen Streb	Technologiepolitik im Zweiten Weltkrieg. Die staatliche Förderung der Synthesekautschukproduktion im deutsch-amerikanischen Vergleich .	. 367	
Marc Frey	Drei Wege zur Unabhängigkeit. Die Dekolonisierung in Indochina, Indonesien und Malaya nach 1945	. 399	
Manfred Kittel	Preußens Osten in der Zeitgeschichte. Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke	. 435	
Franz-Werner Kersting	Helmut Schelskys "Skeptische Generation" von 1957. Zur Publikations- und Wirkungs- geschichte eines Standardwerkes	. 465	
DISKUSSION			
Ingo Haar	Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler	. 497	

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002 3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Inhaltsverzeichnis

NOTIZ	Die Verfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945 – Inventarisierung und Teilverfilmung der						
	Verfahrensakten – Ein neues Projekt des Instituts						
	für Zeitgeschichte (Andreas Eichmüller) 507						
ABSTRACTS	517						
MITARBEITER I	DIESES HEFTES 521						

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet: http://www.vierteljahrshefte.de Redaktion: http://www.ifz-muenchen.de

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Ulrike Staudinger.

Hinweis gemäß §26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach §8 Abs. 3 PresseG i.V.m. Art. 2 Abs. 1c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse wie folgt an:

Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die R. Oldenbourg GmbH & Co. KG, ebenfalls unter der gleichen Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland €56,40 (€48, + €8,40 Versandspesen); Ausland €59,60 (€48, + €11,60 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) €44,40 (€36, + €8,40 Versandspesen); Einzelheft €16, - zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für die Schweiz: €-Preis × 1,63 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von €33, – zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Sellier Druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen: Olzog Verlag, München: "Informieren und Akzente setzen" Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen: Geschichte und Gesellschaft

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



HANS MAIER

DEUTUNGEN TOTALITÄRER HERRSCHAFT 1919-1989

Von Anfang an hat der Auftritt der totalitären Regime im 20. Jahrhundert bei den Zeitgenossen eine breite Spur von Interpretationen und Deutungen hinterlassen. Das beginnt mit der Wahrnehmung von Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus in Berichten von Reisenden, Journalisten, Schriftstellern, Politikern nach 1917, 1922 und 1933; es setzt sich fort in den Bemühungen um angemessene Bezeichnungen für die neuen Phänomene; es mündet schließlich in größere Deutungsmuster ein, von denen die Konzepte des *Totalitarismus* und der *Politischen Religionen* am bekanntesten geworden sind¹.

Übereinstimmung bezüglich dieser Deutungsmuster gibt es in der Forschung bisher nicht. Vieles ist nach wie vor umstritten, der Diskussionsprozess ist noch im Gang². Doch tragen Untersuchungen zu den Gewaltregimen des 20. Jahrhunderts heute deutlich andere Züge als in ihren Anfängen. So ist das faschistische Italien inzwischen wohl definitiv aus der Frontlinie der Totalitarismusforschung ausgeschieden; diese konzentriert sich heute immer mehr - ja fast ausschließlich - auf die Sowjetunion und auf das nationalsozialistische Deutschland. Bezüglich Deutschland und Russland haben die Forschungen zum Holocaust und zum GULAG den Blick auf das Phänomen der Massenvernichtung gelenkt – auf Vorgänge also, die nicht zufällig die extreme Spitze totalitärer Politik bilden (und die aus pragmatischen Ereignisabläufen kaum zureichend erklärt werden können!). Und wiederum hat die Suche nach den *Motiven* der Holocaust- und GULAG-Verbrechen die Frage nach den ideologischen Antrieben, den geschichtsphilosophischen Rechtfertigungen, den pseudoreligiösen Legitimationen und Absolutionen für die Täter neubelebt. Kurzum: Nach einer Zeit intensiver (und verdienstvoller!) Fakten-Rekonstruktion – bei sichtbarer Zurückhaltung gegenüber Gesamtdeutungen - regt sich heute wieder ein deutliches Interesse an einer zusammenhängenden Sicht der Dinge. Man will begreifen, was man längst weiß - und was doch ohne interpretierende Hilfe unverständlich, ja unglaubhaft zu bleiben droht. Das gibt den alten Deutungsmustern neue Chancen: Nicht zufällig ist nach 1989/90 mit der Totalitarismustheorie auch die Figur der Politischen Religionen in die Arena der Deutungen zurückgekehrt.

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



¹ Eine Bilanz der internationalen Totalitarismusforschung gibt Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996. Über die Forschungen zum Thema Politische Religionen informiert die von Michael Burleigh und Robert Mallett herausgegebene Zeitschrift Totalitarian Movements and Political Religions (Ilford, Essex, 2000 ff.).

² Insofern hängt auch der begrüßenswerte nach 1989/90 verkündete "antitotalitäre Konsens", was seine theoretischen Grundlagen angeht, noch immer in der Luft.

Die folgenden Erwägungen zur Deutungsgeschichte der totalitären Regime knüpfen an die Arbeit dreier internationaler Symposien zu diesem Thema in den Jahren 1994, 1996 und 1999 an³. Im Mittelpunkt stehen drei Fragen: Was war das Neue, das Beobachtern in den Anfängen an Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus auffiel (I)? Wie entwickelten sich die entsprechenden Perzeptionen und Terminologien (II)? Welchen Ertrag hatten insbesondere die Konzepte des Totalitarismus und der Politischen Religionen (III)?

I

Kommunismus und Faschismus waren Kinder des Krieges. Sie entfalteten sich in einer von Krieg, Bürgerkrieg, Kleinkrieg, paramilitärischen Aktionen beherrschten politischen Szene. Der Zusammenhang ist am greifbarsten im russischen Kommunismus, der ohne den militärischen Zusammenbruch im Westen, den Friedensschluss, den Aufbau einer "Roten Armee", den siegreich bestandenen Bürgerkrieg kaum denkbar wäre⁴. Aber auch Mussolinis Machtergreifung, als "Marsch auf Rom" bewusst ins Militärische stilisiert, vollzog sich in einer bürgerkriegsähnlich aufgeladenen Atmosphäre⁵, und auch dem wenig später auftretenden Hitler fehlen die "Squadri" nicht, die "Braunen Bataillone", die auf Straßen und Plätzen ihre Macht zeigen und ihre terroristischen Energien entfalten⁶.

Die entfesselte Gewalt des Weltkriegs⁷ gewinnt in den modernen Despotien eine bleibende finstere Nachhaltigkeit. Diese wirken oft wie Demonstrationen einer stän-

⁷ VgI. Robert Wohl, The Generation of 1914, Cambridge/Mass. 1979; Martin van Creveld, Technology and War. From 2000 B. C. to the present, New York 1989 (dort weitere Literatur).



Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³ Sie fanden statt in München, Tutzing und Genf und sind dokumentiert in: Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen, Bd. I, Paderborn 1996; ders./Michael Schäfer (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen, Bd. II, Paderborn 1997; Hans Maier (Hrsg.), Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen, Frankfurt a. M. 2000, ²2002. – Der abschließende Band III, Totalitarismus und Politische Religionen des von der Volkswagenstiftung und der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung geförderten Münchner Projekts wird in Kürze erscheinen. Ich danke an dieser Stelle meinen Mitarbeitern Michael Schäfer, Katrin Mey, Angelika Mooser-Sainer, Martin Brüske und Hans Otto Seitschek für die Mithilfe bei der Sichtung des immensen Materials und für zahlreiche Anregungen.

⁴ Zum Bürgerkrieg und den Anfängen der Roten Armee vgl. Peter Scheibert, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922, Weinheim 1984, S. 54–69; Richard Pipes, Die Russische Revolution, Bd. 3, Berlin 1993, S. 19-232; Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917– 1991, Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 105–156.

⁵ Ein anschauliches Gesamtbild entwirft Renzo De Felice, Mussolini il fascista, Bd. I: La conquista del potere 1921-1925, Turin 1966.

Welche Rolle Uniformen, Fahnen, Standarten, Orden, Medaillen und Abzeichen in der Entfaltung der NS-Bewegung spielten, macht der vom Münchner Stadtmuseum herausgegebene Band München – "Hauptstadt der Bewegung", München 1993, an einer Fülle von Bildzeugnissen deutlich – ein Beispiel für viele andere. Die Uniformen von Partei, SA, SS, Jugendorganisationen usw. dürften bei vielen Zeitgenossen nicht nur den Unterschied zwischen regulären Ordnungskräften und Parteimilizen verwischt haben; sie bereiteten symbolisch-bildlich zugleich die "Machtergreifung" vor, da politische Macht für nicht wenige Menschen mit militärischer Macht identisch war.

dig sich ausweitenden "Totalen Mobilmachung"⁸. Das Militärische dringt in die zivilen Strukturen ein und formt sie um: Auch im Inneren des Staates herrscht jetzt militärisches Freund-Feind-Denken, wird jeder Konflikt bis zum existenziellen Entweder-Oder getrieben, steht die Macht nicht mehr auf dem Grund der Gesetze, sondern auf der Spitze der Bajonette. Und da alles Kriegerische einen Einschlag des Aleatorischen hat, kommt in die Politik ein Element des Würfelspiels: Man kann mit einem Coup alles verlieren und alles gewinnen; man kann ins Nichts fallen oder emporgetragen werden zu Macht und Größe. Die Vergrößerung, Intensivierung, Dynamisierung der politischen Macht hebt die modernen Despotien ebenso vom gewaltenteilenden Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts ab, wie sich der uniformierte Diktator und sein militärisches Gefolge vom zivilen Staatsmann der Demokratie mit seinem Civil Service unterscheidet. Das kriegerische Alles oder Nichts macht die Politik aus einem Ort der Beratung, Abwägung und Entscheidung zu einem Kampfplatz, in dem es um Sieg und Niederlage geht. Im Extremfall gibt es am Ende nur Lebende oder Tote.

Die Exaltation der Politik, ihre Erhöhung über die Normalität wird deutlich in den Äußerungen der Zeitgenossen. Einem Nikolaj Nikolajewitsch Suchanow erscheint der Petersburger Sowjet "wie jener römische Senat, den die alten Karthager einst für eine Götterrunde gehalten haben. Mit einer solchen Masse [...] konnte es einen tatsächlich verlocken, den Versuch zu unternehmen, das alte Europa mit dem Licht der sozialistischen Revolution zu erleuchten." Fedor Stepun, obwohl er das "Wahnsinnsähnliche" der russischen Zustände wie kaum ein anderer reflektiert, nennt doch die Oktoberrevolution "ein äußerst bedeutendes russisches Thema". Er erwägt, dass "für Rußland irgendeine ganz ureigene Stunde zu schlagen beginnt, daß es vielleicht in den Sinn seines Wahnsinns tritt"¹⁰. Der populäre Dichter Demjan Bednij sieht den Sowjetmenschen wie einen leviathanischen Riesen, zusammengesetzt aus vielen Einzelnen, in den Straßen der Großstadt aufstehen:

Millionenfüßig: ein Leib. Das Pflaster kracht. Millionenmaßen: ein Herz, ein Wille, ein Tritt! Gleichschritt, Gleichschritt! Sie marschieren an. Sie marschieren an. Marschmarsch...¹¹.



Literarisch verbindet sich dieser Begriff heute vor allem mit dem 1930 erstmals veröffentlichten gleichnamigen Essay Ernst Jüngers, Die totale Mobilmachung, in: Ders., Sämtliche Werke, Bd. 7 (Zweite Abt., Essays), Stuttgart 1980, S. 119–142. Man darf jedoch die lange Vorgeschichte nicht vergessen, die von Clausewitz' "absolutem Krieg" bis zu den Kriegstheorien von Erich Ludendorff im Schatten des Weltkriegs reicht.

Nikolaj Nikolajewitsch Suchanow, 1917. Tagebuch der Russischen Revolution, ausgewählt, übertragen und hrsg. von Nikolaus Ehlert, München 1967, S. 666.

¹⁰ Fedor Stepun, Das bolschewistische Rußland. Gedanken und Bilder, in: Hochland 21 (1924), S. 243-252 und S. 522-538 (Zitat S. 247).

¹¹ Zit. bei René Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus, Zürich 1926, S. 6 f. (Übersetzung: Johannes R. Becher).

Kein Wunder, dass man die Bolschewisten außerhalb der russischen Grenzen, vor allem in Deutschland, überwiegend als asketische Revolutionssoldaten, dostojewskische Helden, "Neuwegweiser", "Allmenschheitsreformer" sah. Von einem Besuch bei Walter Rathenau berichtet Harry Graf Kessler im Februar 1919 in seinem Tagebuch: "Zum Bolschewismus ließ er starke Hinneigung durchblicken. Es sei ein großartiges System, dem wahrscheinlich die Zukunft gehören werde. In hundert Jahren werde die Welt bolschewistisch sein. Der gegenwärtige russische Bolschewismus gleiche einem wunderbaren Theaterstück [...]. Des Nachts sei er Bolschewist; aber am Tage, wenn er unsere Arbeiter, unsere Beamten sehe, sei er es nicht oder noch nicht (er wiederholte mehrmals das "noch nicht")."12 Ähnliche Äußerungen finden sich bei Thomas und Heinrich Mann, bei Käthe Kollwitz und Alfred Kerr – nicht zu reden von den ausgesprochenen "fellow travellers" wie Herbert G. Wells, George Bernard Shaw, Lion Feuchtwanger, André Gide und anderen, deren langer Prozessionszug sich schon 1920, mitten im Bürgerkrieg, nach Moskau in Bewegung setzt¹³.

Das Echo auf Mussolinis "Marsch auf Rom", auf Hitlers "Machtergreifung" ist nüchterner. Die messianischen Untertöne (die in Italien und in Deutschland durchaus vorhanden sind!) fehlen bei den ausländischen Betrachtern weithin. Immerhin: Die Züge der "Mobilmachung", der marschierenden und paradierenden, aus ihren administrativen und parlamentarischen Gehegen ausgebrochenen Gewalt werden deutlich wahrgenommen. Vor allem angelsächsische Betrachter registrieren den Auftritt dieser nackten, nicht mehr rechts- und parteistaatlich domestizierten Macht, der man nicht ausweichen kann, da sie allgegenwärtig ist und alles mit Bildern, Symbolen, Transparenten, Reden und Marschmusik überflutet. Harold Nicolson trug am 6. Januar 1932 in Rom in sein Tagebuch ein: "Verbringe den Tag größtenteils mit der Lektüre faschistischer Flugschriften. Sie haben jedenfalls das ganze Land in eine Armee verwandelt. Von der Wiege bis zum Grabe wird man in die faschistische Form gepreßt, dem kann niemand entrinnen. Auf dem Papier wirkt das alles sehr tüchtig und eindrucksvoll. Ich frage mich aber, wie das Leben des einzelnen aussieht; das werde ich nicht sagen können, ehe ich nicht einige Zeit in Italien gelebt habe. Es handelt sich jedenfalls insoweit um ein sozialistisches Experiment, als es die Individualität zerstört. Es zerstört auch die Freiheit. Schreibt dir einer erst mal vor, wie du denken sollst, so schreibt er dir auch gleich vor, wie du dich verhalten sollst. Ich gebe zu, daß man mit einem solchen System ein Maß von Energie und Wirksamkeit erlangen kann, wie wir es auf unserer Insel nicht erreichen. Und doch, und doch... Das Ganze ist eine auf den Kopf gestellte Pyramide. "14

Harold Nicolson, Tagebücher und Briefe 1930-1941, Frankfurt a. M. 1969, S. 102.



¹² Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 132 f. Den Hinweis auf diese Stelle verdanke ich Hella Mandt.

Ein Florilegium von Urteilen über die Sowjetunion bei Gerd Koenen, Die großen Gesänge, Frankfurt a. M. 1987, S. 26 ff. Sie stellen der westlichen Intelligenz der zwanziger und dreißiger Jahre kein rühmliches Zeugnis aus. Immerhin hat sich André Gide später zu einer kritischeren Haltung durchgerungen (Retour de l'U.R.S.S., Paris 1936, Retouches à mon Retour de l'U.R.S.S., Paris 1937).

Das zweite Zeugnis stammt aus William L. Shirers "Nightmare Years 1930–1940" und beschreibt den Nürnberger Reichsparteitag vom September 1934: "50000 junge Männer in dunkelgrünen Uniformen – die vordersten Reihen mit nacktem Oberkörper – standen mit blitzenden Spaten, in denen sich die Morgensonne spiegelte, vor ihrem Führer auf der Zeppelinwiese stramm und lauschten, wie er ihren Dienst am Vaterland pries. Als sie dann in vollkommenem Stechschritt, wie ihn die alten preußischen Feldwebel vermutlich auch nicht besser gekannt hatten, den Vorbeimarsch begannen, tobte die riesige Menge vor Begeisterung. Auf mich wirkte der Stechschritt lächerlich, den Zuschauern aber schien er so gut zu gefallen, daß sie spontan aufsprangen und Beifallsrufe von sich gaben. Im Vorbeimarschieren huldigten die jungen Männer ihrem Führer in einem gewaltig hallenden Sprechchor, den ein weithin donnerndes "Heil Hitler" beschloß. Ich erfuhr bald, daß Hitler neben dem Arbeitsdienst eine noch umfassendere Jugendorganisation aufbaute, die Hitlerjugend, in der die Kinder vom siebten Lebensjahr an auf den Führer eingeschworen werden sollten."¹⁵

Der Anspruch der neuen Bewegungen zielt auf Gestaltung des ganzen menschlichen Lebens. Das wirkt sich aus im Verhalten jedes Einzelnen. Nicht dass solche Reaktionen neu wären: "Ordinärer Gehorsam gegen irgendwie zur Macht Gekommene findet sich bald", sagt Jacob Burckhardt¹⁶. Hier aber ist der Gehorsam nicht nur aus Gewohnheit oder aus Ruhebedürfnis geboren, auch nicht allein aus Furcht: Wer mitmarschiert, hat das befreiende Gefühl, im Einklang mit der Zeit zu stehen und einen geschichtlichen Auftrag zu vollziehen. So kommt es zu einer Mobilisierung der Massen als Antwort auf die fordernde Präsenz der Führung: Der Wille der politischen Gewalt überträgt sich auf die vielen; diese marschieren "mit der neuen Zeit"¹⁷.

II

Wirkt das politische Personal in den von der Revolution ergriffenen Ländern zunächst wie ein Trupp verlorener Krieger, tragen viele Aktionen den Charakter improvisierter Kriegs- und Notstandshandlungen, die sich statt gegen äußere Feinde jetzt nach innen kehren, so erweisen sich die neuen Regime sowohl in Russland wie in Italien wie in Deutschland gleichwohl als unerwartet dauerhaft. Man muss sie also benennen – und der Kampf um die angemessenen Kennzeichnungen begleitet



William L. Shirer, Das Jahrzehnt des Unheils, Neuausgabe, München 1989, S. 75.

¹⁶ Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1969, S. 234.

¹⁷ Konformitätsbereitschaft, Lust am Dabeisein, Angst, sich zu isolieren, gehen hier eine schwer auflösbare Symbiose ein. Für die Sowjetunion sei summarisch auf die Zeugnisse von Alexander Solschenizyn, Andrej Sacharow und Efim Etkind hingewiesen. Erhellend für Nazi-Deutschland: Theodor Haecker, Tag- und Nachtbücher 1939-1945, hrsg. von Hinrich Siefken, Innsbruck 1989, und Wanda von Baeyer-Katte, Das Zerstörende in der Politik. Eine Psychologie der politischen Grundeinstellung, Heidelberg 1958.

die Geschichte des russischen Kommunismus, des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus von ihren Anfängen an.

Die Konzeptualisierung der Bolschewiki-Herrschaft in Russland löst zunächst einen Streit unter den europäischen Sozialisten aus. Der auf Marx und Engels zurückgehende¹⁸, von Lenin wiederaufgenommene¹⁹ Begriff der "Diktatur des Proletariats" teilt sie in zwei Lager. Schon 1918 zieht Karl Kautsky gegen Lenins Diktatur zu Feld²⁰, die er 1920 - von Marx und Engels auf das Zarenreich gemünzte Epitheta verwendend - als "asiatisch" bzw. "tatarisch" charakterisiert²¹. Die Kritik an einer sozialistischen Diktatur findet ein breites Echo bei den europäischen Revisionisten und demokratischen Sozialisten. Auf der Konferenz der Zweiten Internationale in Bern Anfang Februar 1919 setzt sie sich jedoch trotz der Unterstützung durch die deutschen, skandinavischen und belgischen Sozialdemokraten gegen die Mehrheit der französischen, österreichischen und niederländischen Delegierten nicht durch²². In der folgenden Zeit bildet die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung der Diktatur - der Begriff wird von Lenin im Sinn gänzlicher Freiheit von gesetzlichen Bindungen verstanden²³! - eine deutliche Trennungslinie zwischen Kommunisten und demokratischen Sozialisten. Nicht zufällig wird die Auseinandersetzung mit den Diktatur-Elementen des Kommunismus von den dreißiger bis zu den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem Leitthema für alle, die sich vom Kommunismus abwenden - von Ignazio Silone²⁴ bis zu Margarete Buber-Neumann, Ernst Fischer, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, Gustav Regler, Manès Sperber und vielen anderen²⁵.

²⁵ Die erste zusammenfassende Darstellung bei Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991.



¹⁸ Vgl. MEW, Bd. 28 (1963), S. 508; MEW, Bd. 22 (1963), S. 199; vgl. auch Ernst Nolte, Diktatur, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 900-924, hier S. 916-919.

¹⁹ Vgl. Władimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Leipzig 1917.

²⁰ Vgl. Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919, wiederabgedruckt in: Hans Kremendahl/Thomas Meyer (Hrsg.), Sozialismus und Staat, Bd. 1, Kronberg 1974.

²¹ Kautsky, Terrorismus und Kommunismus, S. 232, entscheidet sich für "tatarisch", "denn Asien hat seinen Konfuzius und einen Buddha geboren".

²² Vgl. hierzu Hella Mandt, Konzeptualisierung der Gewaltherrschaft (erscheint in: Totalitarismus und Politische Religionen, Bd. III [wie Anm. 3]), die darauf verweist, dass die Machtübernahme der Bolschewiki zu dieser Zeit noch nicht als eine Revolution neuen Typs und als säkulare Zäsur wahrgenommen wurde. Das kommt darin zum Ausdruck, "dass man weiterhin die alten negativen Verfassungsbegriffe verwendete. Bei führenden Vertretern des französischen Sozialismus kommt hinzu, dass sie in der Entwicklung in Russland eine Entsprechung zur Geschichte der Französischen Revolution von 1789 sahen, zu der 1793 als eine Episode gehörte, die mehrheitlich nicht als ein politisches Trauma nachwirkte." (S. 47).

²³ Vgl. Lenin, Staat und Revolution, S. 424; ders., Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918); dort die Bestimmung der Diktatur des Proletariats als einer "sich unmittelbar auf Gewalt stützende[n] Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist" (Neudruck Moskau 1940, S. 115).

²⁴ Vgl. Ignazio Silone, Die Schule der Diktatoren, Zürich 1938.

Der italienische Faschismus wirft weltgeschichtlich kürzere Schatten als der russische Kommunismus - aber auch er ist von Anfang an von einem Geflecht des Pro und Contra, des Streits um die richtige Namengebung und Einordnung umgeben. Fascismo ist, wie bekannt, eine historische Anspielung auf die Fasces (Rutenbündel), das Amtssymbol der Magistrate in der römischen Republik. Fasci, Bünde, gibt es in Italien schon im späten 19. Jahrhundert - Zusammenschlüsse unterschiedlicher Art, die von den christlichen "Fasci democratici cristiani" im Anschluss an Papst Leos XIII. Enzyklika "Rerum novarum" 189126 bis zu den sozialrevolutionären "Fasci dei lavoratori" derselben Zeit in Sizilien²⁷ reichen. Der Name lag also schon bereit, und Mussolini hielt sich in gewohnten Bahnen, als er 1915, bei der Agitation für den Kriegseintritt Italiens, die "Fasci d'azione revoluzionaria" gründete. Altrömisches schwingt in dieser Benennung mit - und mit dem gleichen Recht, mit dem Karl Marx von der Französischen Revolution sagte, sie sei im römischen Kostüm auf die Bühne der Geschichte getreten²⁸, konnte man das auch vom italienischen Faschismus sagen. Dieser hat, im Unterschied zum Bolschewismus, deutliche historische Bezugspunkte, er zielt eher auf eine revolutionäre Erneuerung des Staates nach antikem Muster als auf eine vorbildlose "neue Zeit", einen nie dagewesenen "neuen Menschen". Darin liegt ein Moment der Begrenzung: Die Liktorenbündel sind ein staatliches Symbol - wie denn ein Rest von Staatlichkeit die Eigenart des italienischen Faschismus gegenüber seinem radikaleren Bruder, dem Nationalsozialismus, ausmacht. Respektiert und toleriert doch Mussolinis faschistische Bewegung - nimmt man die Schlussphase der "Repubblica Sociale Italiana" (1943-1945) aus - zwei Jahrzehnte lang ein staatliches Gehäuse samt der Monarchie und ihren Institutionen, mit einer eingeschränkten, aber doch fühlbaren gesellschaftlichen Autonomie für Kirche, Wirtschaft, Kultur und mit offenen Bündnisangeboten an die alten Eliten.

Paradoxerweise entzündet sich jedoch gerade am italienischen Beispiel die internationale Diskussion über die schrankenlose politische Gewalt, den nicht mehr dem Gesetz unterworfenen Staat. In den zwanziger Jahren kennzeichnen italienische Regimegegner den Faschismus als "sistema totalitario" und als "Totalitarismo". Damit ist ein Begriff geboren, der internationale Verbreitung findet und bald auch auf den Kommunismus – und später auf den Nationalsozialismus – angewendet wird²⁹. Später kommen religiöse Deutungen hinzu. Sie münden in den späten dreißiger Jahren in die Begriffe der Politischen oder Säkularen Religionen ein – auch dies Sprechweisen, die sich international verbreiten³⁰. Das heißt: Gegenüber den Selbstbezeichnungen der neuen revolutionären Regime – Kommunismus, Faschismus,



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vgl. Hans Maier, Revolution und Kirche, Freiburg 51988, S. 46, Anm. 62.

²⁷ Vgl. Rudolf Lill, Geschichte Italiens in der Neuzeit, Darmstadt ³1986, S. 301, Anm. 1.

²⁸ Zit. bei Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1963, S. 62.

²⁹ Vgl. Hans Maier, "Totalitarismus" und "politische Religionen". Konzepte des Diktaturvergleichs, in: VfZ 43 (1995), S. 387–405.

³⁰ Vgl. Erich (später Eric) Voegelin, Die politischen Religionen, Wien 1938, neu hrsg. von Peter J. Opitz, München 1993; Raymond Aron, L'ère des Tyrannies d'Elie Halévy, in: Revue de Métaphysique et de Morale, Mai 1939.

356

Nationalsozialismus – erstarkt jetzt die kritische Fremdwahrnehmung von außen. Die neuen Wortbildungen machen Gemeinsamkeiten sichtbar, reihen die individuellen Erscheinungen verschiedener Länder zu "Typen" und "Mustern". Die Phänomene und ihre Deutung werden Gegenstand einer internationalen philosophischpolitischen Diskussion. Sie verlassen den Bereich der politischen Landeskunde, des Russischen, Italienischen, Deutschen. Ihre säkulare Dimension wird sichtbar.

Es ist bezeichnend, dass es selbst einer so stürmischen und gewalttätigen Bewegung wie dem Nationalsozialismus nicht mehr gelingt, ihre eigene Selbstbezeichnung ("Nationalsozialismus") international verbindlich durchzusetzen. Der deutsche Nationalsozialismus wird zunächst in aller Welt als eine Fortsetzung des italienischen Faschismus wahrgenommen – die Braunhemden sind für viele nichts anderes als eine Variante der Schwarzhemden. Das Attribut "faschistisch" wird dem Nationalsozialismus ganz selbstverständlich angeheftet. Dabei spielen verschiedene Dinge zusammen: Die gering entwickelte Intellektualität der Nationalsozialisten, die es mit dem Formulierungs-Ehrgeiz Mussolinis und seiner "Dottrina del fascismo"³¹ nie auch nur von fern aufnehmen konnte; die ausgeprägte Sprachallergie der Kommunisten gegenüber einem als Konkurrenz auftretenden Sozialismus³²; endlich die schon erwähnte Ausbildung und Verfestigung eines internationalen Theorierahmens, der die Wahrnehmung der Einzelphänomene relativierte und dem Gemeinsam-Allgemeinen vor dem Individuell-Besonderen den Vorzug gab.

Faschismus und Nationalsozialismus hatten gewiss viele Gemeinsamkeiten. Sie unterschieden sich aber auch in nicht wenigen Punkten. So fehlte der Antisemitismus bis 1938 im politischen Haushalt der italienischen Faschisten fast völlig. Auch das Staatsverständnis war verschieden. In Italien hatte der nationalsozialistische Grundsatz "Die Partei befiehlt dem Staat" nie absolute Geltung - kein Wunder bei einem Regime, das die Brücken zur Vergangenheit nicht abgebrochen hatte. Umgekehrt ließ sich der Nationalsozialismus nie auf die Linie eines "totalen Staates" zurücknehmen - was selbst ein Carl Schmitt erfahren musste -; im Zweifel gab gegenüber Staat und Recht stets "die Bewegung" den Ausschlag. Die Unterschiede reichen bis in die Symbolik und Emblematik hinein: Erhebliche Differenzen liegen zwischen den braunen Erdfarben der NS-Bewegung und dem stilisierten "staatlichen" Schwarz der Faschisten, zwischen den germanisch im Wind vorausflatternden Fahnen und den starren faschistischen Standarten, zwischen dem Amtssymbol des Liktorenbündels und dem Heilszeichen der Swastika33. Das Pathos des "faschistischen Schwurs", die Beschwörung des "Dritten Rom" und einer Africa Orientale Italiana mag im nachhinein übersteigert und oft lächerlich erscheinen - gegenüber

³³ Siehe dazu Hans Maier, Die Politischen Religionen und die Bilder, in: Peter Blickle u.a. (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Bilder, (erscheint München 2002).



³¹ Benito Mussolini zusammen mit Giovanni Gentile, Dottrina del fascismo, Mailand 1932.

Dass der Nationalsozialismus auch ein Sozialismus war, blieb für die Linke aller Richtungen immer eine Herausforderung – so unbestreitbar die tatsächlichen Befunde waren. Die verhüllende (und verharmlosende!) Rede vom "deutschen Faschismus" bot hier eine willkommene sprachliche Ablenkung.

der Blut-und-Boden-Mystik und dem stummen und dumpfen Fanatismus von SA und SS ist es mit seinem Einschlag des Theatralischen und Rhetorischen zweifellos eine andere, kaum vergleichbare Version.

Im übrigen darf man nicht vergessen, dass neben den Neologismen Totalitarismus und Politische Religionen auch das klassische politische Vokabular bei der Wahrnehmung der neuen Regime noch immer eine maßgebliche Rolle spielt³⁴. Mit der Lehre von den guten und schlechten Regierungsformen und den ausgearbeiteten Analysen von Tyrannis und Despotie reichen die aristotelischen Termini³⁵ tief in die Neuzeit, ja noch bis ins 20. Jahrhundert hinein. Trotz der Marginalisierung im Zug des vordringenden staatsrechtlichen Positivismus und Relativismus (besonders in Kontinentaleuropa)³⁶ sind sie in den ersten Reaktionen auf die sich etablierenden kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Regime durchaus gegenwärtig und erlauben eine vorläufige Verständigung. So kennzeichnet Eduard Bernstein 1918 die frisch etablierte Sowjetrepublik kurzerhand als "Tyrannei"37, ein Urteil, dem sich u.a. Bertrand Russell und Luigi Sturzo anschließen³⁸. Elie Halévy spricht 1936 von einer europäischen "Ère des tyrannies"; sein thesenartiger Essay veranlasst Raymond Aron drei Jahre später, seinerseits über "die Entstehung der russischen, italienischen bzw. deutschen Tyranneien" zu reflektieren - mit der folgenreichen Formulierung, die Epoche der modernen Tyranneien (Aron verwendet auch den Begriff "totalitäre Regime") sei zugleich eine Epoche "politischer Religionen"³⁹.

Es kann also keine Rede davon sein, Tyrannis und Despotie seien im Europa des 20. Jahrhunderts nur noch antiquarische Begriffe gewesen. Vor allem in Großbritannien und den USA ist die Resistenz des klassischen Vokabulars beeindruckend stark. Gelehrte wie Leo Strauss und Eric Voegelin haben die Existenz dieser klaren und keineswegs wertfreien Terminologie immer als sichernden Rückhalt im Kampf gegen die verführerische Kraft des modernen Historismus und Relativismus empfunden⁴⁰. Umgekehrt waren selbst Kritiker der klassischen Tradition und des Naturrechts wie Hans Kelsen in den USA genötigt, ihre rechtsphilosophischen Zweifel moderater zu formulieren oder ganz zu verschweigen. So konnte Leo Strauss an Kelsen die unschuldig klingende Frage richten, warum dieser denn in der englischen Übersetzung seiner "Allgemeinen Staatslehre" die Sätze weggelassen habe, in denen er



³⁴ Einzelnachweise bei Mandt, Konzeptualisierung, S. 36 ff.

³⁵ Vgl. Aristoteles, Politik I-III; Hellmut Flashar, Aristoteles, in: Friedrich Überweg, Grundriß der Geschichte der Philosophie, Bd. 3: Die Philosophie der Antike, Basel 1983, S. 175-457, bes. S. 242-252, S. 336-358.

³⁶ Vgl. Hella Mandt, Tyrannislehre und Widerstandsrecht. Studien zur deutschen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts, Darmstadt 1974; dies., Konzeptualisierung, S. 11 ff., 36 ff.

³⁷ Eduard Bernstein, Betrachtung über das Wesen der Sowjetrepublik, 19.9. 1918, zit. bei Mandt, Konzeptualisierung, S. 47, Anm. 52.

³⁸ Vgl. Mandt, Konzeptualisierung, S. 53 ff.

³⁹ Siehe Anm. 30. Zu Aron vgl. David Bosshart, Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik, Berlin 1992, S. 103 ff., 117 ff.

⁴⁰ Vgl. Eric Voegelin, Die deutsche Universität und die Ordnung der deutschen Gesellschaft, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 241–282.

behauptete, selbst in der Despotie bestehe eine Rechtsordnung, und in denen er den Kritikern dieser Meinung "naturrechtliche Naivität oder Überhebung" vorwarf⁴¹. Natürlich kannte Strauss die Antwort: Im anglo-amerikanischen Kontext kann man eben "nicht so leicht über "naturrechtliche Naivität oder Übertreibung" sprechen und schreiben wie im deutschen Sprachraum"⁴².

Man vereinfacht die Dinge kaum, wenn man bezüglich der Benennung totalitärer Regime seit 1919 drei geographische Zonen unterscheidet: den angelsächsischen Raum, in dem das klassische Vokabular am stärksten präsent war (und später auch systematisch erneuert wurde)⁴³; Italien und Deutschland, wo es am meisten marginalisiert erscheint (dort wird an seiner Stelle seit den zwanziger Jahren der Diktaturbegriff reaktiviert!)⁴⁴. Im übrigen Europa breiteten sich nach 1923 und nach 1938 die neuen Begriffsbildungen des *Totalitarismus* und der *Politischen Religionen* aus. Dabei kommt osteuropäischen Vermittlern wie Waldemar Gurian (und später Zbigniew K. Brzezinski) ein entscheidender Einfluss zu. In den dreißiger und vierziger Jahren erobert dann die Totalitarismusthese auch den angelsächsischen Raum⁴⁵. Sie herrscht dort jedoch nie konkurrenzlos. Selbst ein so wichtiger Vertreter des Totalitarismuskonzepts wie George Orwell, dessen Aufmerksamkeit vor allem den Vorgängen in Deutschland und Russland gilt ("Deutsche Nazis und russische Kommunisten" ist seine Standardformel für das totalitäre Personal!), gebraucht das Adjektiv "totalitär" synonym mit "tyrannisch" und "despotisch"⁴⁶.

Ш

1. Fragt man nach dem Ertrag von nun bald 80 Jahren Totalitarismusdiskussion und forschung⁴⁷, so fällt vor allem die Fülle empirischer Beobachtungen und Untersuchungen ins Auge, die das "Zeitalter der Gewalt" den späteren Betrachtern zur Erinnerung und Warnung hinterlassen hat. Entgegen dem Anschein einer pauschalen und deduktiven Vorgehensweise hat die Totalitarismusforschung eine kaum übersehbare Zahl analytischer Einzelstudien zur Politik hervorgebracht – in engem Zusammenwirken historischer, philosophischer, politischer und juristischer Disziplinen. In ihnen kommt ein Grundthema des 20. Jahrhunderts zur Sprache, das auch für künftige Generationen wichtig bleibt: die Entgrenzung der politischen Gewalt, ihre Loslösung

⁴⁷ Vgl. die Beiträge von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Ian Kershaw und anderen in: Jesse (Hrsg.), Totalitarismus.



⁴¹ Leo Strauss, Naturrecht und Geschichte, Stuttgart 1956, Einleitung (Anm. 2).

⁴² Mandt, Konzeptualisierung, S. 36, Anm. 24.

⁴³ Man denke nur an Leo Strauss, On Tyranny (1948), dt. unter dem Titel: Über Tyrannis. Eine Interpretation von Xenophons "Hieron", Neuwied/Berlin 1963, oder an die selbstverständliche Art, in der britische Historiker (z. B. Alan Bullock) bis heute die Begriffe Tyrann und Tyrannis gebrauchen.

⁴⁴ Vgl. Maier, "Totalitarismus", S. 389 f.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 395 f.

⁴⁶ Mandt, Konzeptualisierung, S. 80 f.

von rechtlichen und sittlichen Normen, ihre Perversion zur tyrannischen "reinen Macht".

Das beginnt - wie Amendolas frühe Gegenüberstellung des sistema maggioritario, minoritario und totalitario zeigt⁴⁸ - bereits mit der Abkehr vom Mehrheitsprinzip, vom parlamentarischen System und von den Regularien des Rechtsstaats⁴⁹. Es setzt sich fort mit der Konzentration auf einen "Führer", der alle Macht an sich reißt und Zug um Zug zum Alleinherrscher wird - unter Aufhebung gewaltenteilender und pluralistischer Schranken und unter Vernichtung sämtlicher Gegner⁵⁰. Es folgt die Monopolisierung der Macht mit Hilfe einer einzig zugelassenen Massenpartei, einer terroristischen Geheimpolizei, einer Propaganda, die Gedanken, Meinungen, Nachrichten, Forschung und Künste lenkt und reguliert. Schließlich sichert der Terror als "reguläre Willkür" massiv oder dosiert eingesetzt - das Funktionieren der auf Reflexe von Befehl und Gehorsam reduzierten Gesellschaft. Ihren Gipfel erreicht die Auflösung rechtlich geordneter Herrschaft mit dem Zerbrechen des für alle geltenden Gesetzes: Wenn Menschen von vornherein außerhalb der Rechtsgemeinschaft gestellt werden (wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Klasse), wenn sie nicht mehr belangt werden für das, was sie tun, sondern für das, was sie sind, dann ist der Punkt erreicht, von dem es keine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen mehr gibt. Mit Recht hat man daher in der Figur des "objektiven Feindes" ein Kriterium totalitärer Herrschaft schlechthin gesehen⁵¹.

Die Totalitarismusforschung erzählt so auf neue Weise die alte Geschichte vom "Abgleiten" (παρέκβασις) politischer Ordnungsformen in ihr Gegenteil, vom



⁴⁸ Vgl. Giovanni Amendola am 12. 5. 1923 in der Zeitschrift Il Mondo; vgl. auch Manfred Funke, Braune und rote Diktaturen – Zwei Seiten einer Medaille? In: Jesse (Hrsg.), Totalitarismus, S. 152– 159; Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Ebenda, S. 95–117.

⁴⁹ Hierher gehört die Literatur, welche die "Auflösung" bestehender Rechts- und Verfassungssysteme thematisiert – als Anfang kann man Karl Dietrich Brachers klassisches Werk, Die Auflösung der Weimarer Republik (Villingen 1955 u.ö.), betrachten, als einen Endpunkt Daniel Suters eindringliche Studie: Rechtsauflösung durch Angst und Schrecken. Zur Dynamik des Terrors im totalitären System, Berlin 1983.

Dieser Führer taucht sowohl im sowjetischen wie im faschistischen wie im nationalsozialistischen System auf, mit allen Begleiterscheinungen des Personenkults, der Freistellung von Kritik, der Vergöttlichung zu Lebzeiten. Für ihn ist der klassische Titel des Tyrannen durchaus angemessen welcher andere könnte ihn besser charakterisieren?

⁵¹ So vor allem, in der Nachfolge von Hannah Arendt, Suter, Rechtsauflösung, S. 91–98. Konsequenterweise führt diese Denkweise nicht nur zur Zerstörung der gemeinsamen Staatsbürgernatur – sie löscht auch das Subjekt aus. Der "objektive Feind" ist nicht mehr ein Schuldiger, sondern ein Schädling – er darf in Säuberungs- und Vernichtungsaktionen wie ein Insekt "beseitigt" werden. "Das Dekret "Über den roten Terror' vom 5. September [1918] kündigte dem Klassenfeind und allen weißgardistischen Umtrieben gnadenlose Vergeltung an. Fortan interessierte nicht mehr der Einzelfall, der politische Mord wurde pauschaliert. Alles spricht dafür, daß die Wirklichkeit der berüchtigten Formulierung des hohen "Tschekisten" M. Ja. Lacis an Brutalität nicht nachstand: seine Organisation führe "keinen Krieg gegen Individuen", sie lösche die "Bourgeoisie" als Klasse aus". Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 150 f. Eine ähnliche Denkweise spricht aus Heinrich Himmlers berüchtigter Posener Rede vom 4. 10. 1943, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXIX, Nürnberg 1948, Dok. 1919 PS, S. 145.

360

Umschlag einer guten in eine schlechte Regierungsform. Sie erweist dabei den klassischen Denkmustern eine ungewollte Reverenz. Wie im antiken Stadtstaat scheint auch im 20. Jahrhundert das Gefährliche in den Anfängen zu liegen. Die ersten Schritte vom Weg geschehen halb unbewusst und werden kaum bemerkt. Das Abgleiten vollzieht sich unter aufmunternden Zurufen der Mehrheit. In allgemeiner Euphorie nimmt der Anfang der "frischfröhlichen Tyrannis" seinen Lauf. Was dann folgt, ist fast zwangsläufig – die Verfestigungen des schlimmen Zustands sind kaum mehr rückgängig zu machen.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, die politische Gewalt träte in totalitären Systemen nur mit Drohung und Terror auf den Plan, sie wäre einzig etwas, was Furcht und Zittern verbreitete und zu blindem Gehorsam zwänge. Die totalitäre Gewalt und ihr Machtzentrum, die Partei, lebt nicht nur aus der Kraft zur faktischen Durchsetzung ihrer Ziele, aus dem Faustrecht des Stärkeren - sie lebt ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, aus ihrem Anspruch, das Richtige, das Wahre zu wissen. Die Partei ist eingeweiht in die Zwecke der Geschichte; sie weiß, wohin die Entwicklung führen wird; wer sich ihr anschließt, ist bei den Siegern; die anderen sind zum Untergang verurteilt, sie landen auf dem bekannten "Müllhaufen der Geschichte". "Die Partei, die Partei hat immer recht"52. Es ist diese Ausrüstung mit einer untrüglichen - oder doch untrüglich scheinenden Ideologie, welche den totalitären Bewegungen ihre Durchschlagskraft verleiht. Nicht nur Hände und Füße werden gefangengenommen, sondern auch das Denken. Partei und Ideologie stützen sich gegenseitig: Aus der Einsicht in das (scheinbar) Notwendige erwächst die intellektuelle Sicherheit, die revolutionäre Leidenschaft, die Bereitschaft, alles, und sei es auch das Schrecklichste, im Dienst der "neuen Zeit" zu tun. Eine kohärente Welterklärung, ausgestattet mit dem Schein der Wissenschaftlichkeit, gibt den totalitären Bewegungen ihr erschrekkend gutes Gewissen.

Die Entfesselung der Gewalt in den modernen Totalitarismen ist ein bedrückendes Schauspiel. Vieles sprengt fast die Grenzen menschlicher Vorstellungskraft. Ergänzt man die Ergebnisse der Täter-Forschung durch die Zeugnisse der Opfer⁵³, so hat man ein Pandämonium des Schreckens vor sich – hier das Maschinenbuch des Terrors, dort der Schrei der gequälten und zerstörten Menschlichkeit. Die Realität übertrifft nicht nur das, was von den Schrecknissen antiker Tyrannis überliefert ist – sie geht auch über die schwarzen Utopien der modernen Literatur, von Kafkas "Strafkolonie" (1919) bis zu den Romanen von Huxley und Orwell, noch hinaus.

Dennoch: Erschreckender als die totale Entfesselung der Gewalt ist ihre ebenso totale Rechtfertigung durch entlastende Philosophien und Ideologien. Hier berühren wir ein weiteres Specificum totalitärer Herrschaft im 20. Jahrhundert. Es ist in der Geschichte ohne vergleichbares Gegenstück. Albert Camus hat die Differenz in "L'homme révolté" scharf charakterisiert: Angesichts der Verbrechen vergangener

⁵³ Summarisch sei an Autoren wie Jean Améry, Viktor Frankl, Primo Levi, Jorge Semprun und Tzvetan Todorov erinnert.



⁵² Aus einem späteren Marschlied der FDJ in der DDR.

Tyranneien konnte "das Gewissen fest und das Urteil klar sein". Im Zeitalter des vollkommenen Verbrechens dagegen hat sich die libido dominandi "ein unwiderlegbares Alibi, die Philosophie nämlich", verschafft. Sie könne zu allem dienen, meint Camus, sogar dazu, die Mörder in Richter zu verwandeln⁵⁴.

Die rechtfertigenden Ideologien, welche die Entgrenzung der politischen Gewalt begleiten, nähren sich aus Potentialen und Ressourcen, die seit dem 19. Jahrhundert bereitliegen, ja zum Teil noch älter sind. François Furet⁵⁵, Hermann Lübbe⁵⁶ - und Daniel Suter⁵⁷ - haben auf die Verbindung von Reinigung und Terror, revolutionärer "Unbestechlichkeit" und Gewaltentfesselung schon in der Französischen Revolution hingewiesen. Marie-Joseph Le Guillou hat am Modell des "französischen, deutschen und russischen Zyklus" Ähnlichkeiten in der Vorgeschichte der modernen, die totalitäre Gewalt fundierenden Ideologien und Organisationen herausgearbeitet58. Als periodisch wiederkehrende Phänomene treten auf: 1. die Loslösung des Denkens einer neuen "Intelligentsia" von der kontrollierten Welt der Schulen, Universitäten, Akademien, 2. das Hervortreten einer Schicht von Aktivisten, welche die Umwandlung der Gesellschaft mit Hilfe einer spezifischen Welt- und Geschichtserklärung in Angriff nimmt, 3. die Entstehung militanter, nicht an pluralistischer Konkurrenz, sondern an Alleinherrschaft orientierter Parteien, die zugleich als Hüter einer reinen Lehre auftreten, endlich 4. der Gebrauch der Sprache nicht zum Zwecke der Kommunikation, sondern der Herrschaft, was zu Verflachung und Formelhaftigkeit, Wirklichkeitsverlust und wahnhaften Vorstellungen führen muss⁵⁹.

Aus diesem bunten und wirren Ideologiegeflecht lösen sich zwei Stränge heraus, die im 20. Jahrhundert eine besondere Virulenz entfalten: Jene Ideologien, deren Zentralbegriffe "Klasse" und "Rasse" heißen. Mag man der ersten noch die Verbindung mit einem philosophischen Lehrgebäude und eine gewisse dogmatologische Geschlossenheit zugutehalten, so kann sich das nationalistische und rassistische Denken nur pseudowissenschaftlich, aus einem sehr schlichten Naturalismus, einem vergröberten Sozialdarwinismus, rechtfertigen. Das hindert seine Wirkung in Krisenzeiten nicht: Was ihm an lehrsatzmäßigen Glaubens-Elementen abgeht, das kompensiert es durch eine diffuse, aber starke emotionale Gläubigkeit.



⁵⁴ Albert Camus, Der Mensch in der Revolte, Reinbek 1977, 1 f.

⁵⁵ Vgl. François Furet, Le passé d'une illusion, Paris 1995.

⁵⁶ Vgl. Hermann Lübbe, Totalitäre Rechtgläubigkeit. Das Heil und der Terror, in: Ders. (Hrsg.), Heilserwartung und Terror. Politische Religionen des 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1995, S. 15–34.

⁵⁷ Vgl. Suter, Rechtsauflösung.

⁵⁸ Marie-Joseph LeGuillou, Le mystère du Père. Foi des appôtres - Gnoses actuelles, Paris 1973; dt. unter dem Titel: Das Mysterium des Vaters. Apostolischer Glaube und moderne Gnosis, Einsiedeln 1974, S. 161 ff.

⁵⁹ Le Guillou weist diese Züge schon am Jakobinerjargon (S. 162), vor allem aber am Leninismus und am Nationalsozialismus nach. "Die Sprache hört [...] auf, über die Wirklichkeit zu informieren, um im Gegenteil ein zwingendes Netz über sie zu breiten" (S. 173). Eine Skizze des "deutschen Zyklus" gibt Hugo Steger in: Helmut Kreutzer u.a. (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand. Acta Ising, München 1988, S. 81 ff.

2. Die Formeln totalitär und Totalitarismus kennzeichnen präzise die Entgrenzung der politischen Gewalt im 20. Jahrhundert. Nach wie vor erscheinen sie mir unentbehrlich, wenn es darum geht, die Emanzipation moderner Gewaltregime vom rechtsstaatlichen Gesetz zu analysieren – jene Selbstvergrößerung, anarchische Freisetzung und Totalisierung des Politischen zwischen 1917 und 1989, die in einem so schneidenden Gegensatz steht zu den Bemühungen um rechtsstaatliche und demokratische Machtkontrolle in der Zeit davor und danach. Aber genügt die sorgfältige Bestimmung totalitärer Merkmale und Attribute schon, um das historisch Neue zu bezeichnen⁶⁰? Führt nicht schon der Begriff der Ideologie über die Grenzen einer phänomenologischen Betrachtung weit hinaus? Was veranlasst totalitäre Systeme von sich aus, nicht nur schrankenlose Handlungsfreiheit für sich zu beanspruchen, sondern zugleich die Logik der eigenen Rechtfertigung bis ins Absurde zu treiben⁶¹?

Dass in den modernen Totalitarismen religionsähnliche Energien verborgen seien, dass sich manche ihrer Züge nur so erklären ließen, ist nicht erst seit den "Klassikern" Eric Voegelin und Raymond Aron⁶² immer wieder behauptet worden. Im Rückblick fällt auf, wie sehr schon die Russische Revolution von zeitgenössischen Betrachtern als ein apokalyptisches Ereignis gesehen wurde⁶³. Aber auch die italienischen Faschisten beeilten sich, mit dem "Marsch auf Rom" eine gänzlich neue Zeit beginnen zu lassen, wie es schon die französischen Revolutionäre 1792 getan hatten⁶⁴. Und beim millenarischen "Dritten Reich" wetteiferten Anhänger und Gegner miteinander um religiöse Deutungen: Auf der einen Seite "Heil statt Halleluja", nazistisch umgedeutete Liturgien und der Versuch, die christlichen Feste in ein nationalsozialistisches "Feierjahr" umzuwandeln⁶⁵ – auf der anderen Seite die Entlarvung des Dritten Reiches als "Reich der niederen Dämonen" und der Nazis als "Wiedertäufer"⁶⁶.

Der Weltkrieg hatte die liberale Kultur Europas in den Abgrund gerissen. Im Chaos von Krieg und Nachkriegszeit wurden viele Menschen anfällig für neue Heilslehren. Der Frühling der Heilbringer war ein gesamteuropäisches Phänomen – nach 1918 und

Friedrich P. Reck-Malleczewen, Bockelson. Geschichte eines Massenwahns, Berlin 1937 (Stuttgart 31968). Der Verfasser bezahlte dieses Buch im Dritten Reich mit seinem Leben!



⁵⁰ Diese Frage muß man schon an Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinskis klassisches Werk: Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956, stellen – bei allen unbezweifelbaren Verdiensten, die es hat.

⁶¹ Weder Lenin und Stalin noch Mussolini und Hitler haben sich einfach durch den Erfolg gerechtfertigt gesehen. Sie haben erhebliche Mühe auf Selbstrechtfertigungen mit Hilfe weltanschaulicher Systeme gelegt, was umso erstaunlicher ist, als niemand sie zur Rechtfertigung zwingen konnte.

⁶² Wie Anm. 30.

⁶³ Die Literatur ist Legion und reicht von philosophischen und theologischen Werken (Berdjajew, Florenskij, Mereschkowski, Stepun) bis zu weitverbreiteten Alltagsschilderungen (Alja Rachmanowa). Noch Alexander Solschenizyns riesiges Epos über die Oktoberrevolution ist aus solcher Perspektive erzählt!

⁶⁴ Vgl. Hans Maier, Die christliche Zeitrechnung, Freiburg ⁵2000, S. 55.

⁶⁵ Vgl. Werner Freitag (Hrsg.), Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945, Bielefeld 1997; Wolfgang Kratzer, Feiern und Feste der Nationalsozialisten. Aneignung und Umgestaltung christlicher Kalender, Riten und Symbole, Diss., München 1998; Horst Möller/Volker Dahm/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, 3., erweiterte und überarb. Aufl., München 2001.

erst recht nach 1933. Mit seinem dreisten und barschen Auftreten stand Hitler in diesen Jahren keineswegs allein. Diktatoren herrschten in großen Teilen des Kontinents, vor allem im Süden und Osten. Dass sich Hitler dauerhaft an die Spitze dieser Bewegung setzen konnte, verdankte er seinen medialen Fähigkeiten und seinem beschwörenden Erlösergestus. Hitler war eine Membran des Zeitgeists. Vor einem großen Publikum konnte der sonst wenig auffällige Mann mit dem "teigigen Gesicht" sich plötzlich in eine "abwechselnd flehentlich bittende, schwermütige oder rasende Kraft verwandeln, die auf eine Zuhörerschaft losgelassen wurde, die am Ende nicht mehr wusste, ob sie die treibende Kraft war oder gegen ihren Willen getrieben wurde".

In jüngster Zeit hat Michael Burleigh - auf Konrad Heiden und Eric Voegelin zurückgreifend - den Nationalsozialismus als "großes Versprechen", als verheißungsvollen Zukunftsappell, als Heraufkunft einer "neuen Zeit" und eines "neuen Menschen" dargestellt68. Dabei fällt auch Licht auf die so beschämend rasche Preisgabe des Rechtsstaats 1933/34. Burleighs These lautet: Nur ein Volk, das Politik als Glaubenssache missversteht und sich einem "charismatischen Führer" in die Arme wirft, kann - "der Not gehorchend" - seine Freiheiten preisgeben und endlich im Taumel des Erfolgs den Unterschied von Gut und Böse aus den Augen verlieren. Dabei bewertet Burleigh auch die in ihrer Wirkung oft unterschätzte "Weltanschauung" des Nationalsozialismus neu. "Es war eine Remystifizierung der Naturwissenschaft und der Natur selbst, mit der Konsequenz, dass Klarheit mit Unergründlichkeit vereinbar wurde, Religion mit Naturwissenschaft, pubertäre Morbidität mit Vitalismus". So kam es "dass der Rückgriff auf die Sprache der Parasitologie ihre eigene kompromisslose Logik und Radikalität entfaltete und diejenigen in ihrem Hygieneeifer bestärkte, die es in diesen ,eisernen Zeiten' auf sich nahmen, den ,eisernen Besen' in die Hand zu nehmen und mit ihm die Welt von infektiösen rassischen Fehlentwicklungen zu befreien. Das war Politik als biologische Sendung gedeutet, aber in religiöse Formen gegossen. "69

Tatsächlich gerät der Historiker, der sich mit den modernen Totalitarismen befasst, auf Schritt und Tritt an religiöse Phänomene. Ob es sich nun um Feste und Feiern handelt, um den überall gegenwärtigen Personenkult (und Totenkult!), um die Mystik des "Großen Plans", um religionsähnliche Zeichen, Symbole, Embleme⁷⁰, aber auch um den Alltag, der mit forderndem Anspruch – in Abhebung von christlichen Traditionen – neugestaltet wird⁷¹: Überall streben die totalitären Regime einer fast antiken Nähe des Kultischen und des Politischen zu, überall sind sie bestrebt, die im Christentum wurzelnden Dualismen von Individuum und Öffentlichkeit,



⁶⁷ Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M. 2000, S. 126 f.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda, S. 28 f.

⁷⁰ Vgl. Maier. Die politischen Religionen, in: Blickle u. a. (Hrsg.), Macht.

⁷¹ In der Sowjetunion vor allem durch die Abschaffung des Samstags und Sonntags und die Einführung einer gleitenden Fünftage-Woche – was de facto auf eine erhebliche Ausdehnung der Arbeitszeit auf Kosten der Freizeit hinauslief.

Gesellschaft und Staat rückgängig zu machen. Aber sie verarbeiten auch christliche Elemente, zum Teil in usurpatorischem Zugriff⁷²: So kehrt mit dem Kommunismus ein religiöser Wahrheitsanspruch in die Politik zurück⁷³, und es entfaltet sich eine Glaubensgeschichte mit sakrosankten Texten, berufenen Auslegern, strafbewehrter Sorge um die Reinheit des Glaubens. Ketzer, Dissidenten, Apostaten, Renegaten⁷⁴ werden verfolgt und notfalls vernichtet. Katechetisches Durchbuchstabieren eines Glaubens – Buchreligionen eigentümlich – finden wir in den diffuseren Weltanschauungen des Faschismus und des Nationalsozialismus nur in Ansätzen; dafür waltet dort eine umso intensivere emotionale Gläubigkeit. Dementsprechend differenzieren sich auch die weltanschaulichen Rechtfertigungssysteme: Auf der einen Seite steht die Präsenz des Marxismus-Leninismus als einer umfassenden quasi-philosophischen Geschichts- und Welterklärungslehre, auf der anderen Seite der teils antike, teils durch Nietzsche und Sorel vermittelte Schicksalsglaube Mussolinis – und endlich der aus Naturgesetzlichkeit und christlichem Sich-erwählt-Fühlen seltsam gemischte Begriff der "Vorsehung" bei Hitler⁷⁵.

Gegen die Verwendung religiöser Kategorien zur Deutung totalitärer Systeme werden meist zwei Einwände vorgebracht. Einmal: Lenin, Stalin, Mussolini, Hitler seien alles andere als religiöse Menschen (oder gar Religionsgründer!) gewesen, im Gegenteil, sie hätten – mit Ausnahme Mussolinis – die Kirchen verfolgt. Und zweitens: Ein so ehrwürdiger Begriff wie Religion eigne sich kaum als Deutungskategorie für den Bereich der Totalitarismen. Zumindest gerate er, so verwendet, in einen Bereich der Zweideutigkeiten. Wenn gar die Rechtfertigungssysteme totalitärer Regime in die Nähe von "Religionen" gerückt würden, müsse heillose Verwirrung entstehen. Wo sei dann am Ende noch ein Unterschied zwischen Religion und Verbrechen?

Es ist richtig, dass Lenin, Mussolini und Hitler keine Religionsstifter waren. Ihr Verhältnis zur Religion war auf unterschiedliche Weise fremd, feindlich oder kühl. Lenin hielt jede religiöse Idee "jede Idee von einem Gott" für eine "unsagbare Abscheulichkeit" (Brief an Maxim Gorki vom 14. September 1913). Mussolini blieb

⁷⁵ Jüngste Darstellung der Religiosität Hitlers bei Michael Rißmann, Hitlers Gott. Vorsehungsglaube und Sendungsbewußtsein des deutschen Diktators, Zürich/München 2001.



⁷² LeGuillou, Mysterium, S. 180 f., formuliert pointiert: "Was nachgeahmt wird, ist oft die Sünde des Christentums. [...] Was die ideologische Macht als erstes nachahmt, ist genau das, was sie dem Christentum getan zu haben vorwirft, und was nicht zu tun dieses erst legitimiert: das Verbrennen der Häretiker und der Hexen, die Überwachung der Gewissen."

⁷³ Man denke an das oft zitierte Wort Lenins, der Kommunismus sei stark, weil er wahr sei, und an "Die Wahrheit" als häufigen Namen kommunistischer Presseorgane (Prawda, Rude Pravo usw.).

⁷⁴ Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten, stellt auf 31 Seiten (S. 26-57) ein "Wörterbuch der Verdammungen" zusammen, das die Übernahme von Begriffen der Kirchengeschichte (Renegaten, Konvertiten, Ketzer usw.) im Kommunismus eindrucksvoll belegt. Nicht weniger als die kommunistischen Akteure gebrauchen übrigens später auch die vom Kommunismus "Bekehrten" diese religiösen Begriffe: "Die kommunistische Bewegung wird in den Renegatentexten weniger als politische denn als Glaubensbewegung gewichtet. Kritisiert wird die Entwicklung einer dogmatischen Kirche, die den Glauben verrät. Damit werden Vergleiche wie die der "Säuberungen" mit der Inquisition und Verurteilungen wie die des Hitler-Stalin-Paktes als "Sündenfall" oder des Stalinismus als "Erbsünde" sinnfällig" (S. 56 f.).

zeitlebens, was die Religion anging, ein Pragmatiker und Ordnungspositivist; er sah die Kirche als eine Organisation, eine öffentliche Macht – aber keineswegs als eine Institution des Glaubens und der Gläubigen. Mit Hitler dürfte es ähnlich stehen. Respekt vor der Institution Kirche, ihrem organisatorischen Zusammenhalt, ihrer pädagogischen Formkraft, ihrer "Macht über die Seelen" verbindet sich bei ihm mit der scharfen Ablehnung der "Pfaffen" und mit einem Geschichtsbild, das in jüdischchristlichen Traditionen geradezu einen Sprengsatz sieht – das Christentum als Ferment der Auflösung, als Vorstufe des Bolschewismus⁷⁶! – Für den religionsstiftenden Eifer eines Rosenberg, für den Ritualismus eines Himmler, für alle diejenigen in der Partei, die die nationalsozialistische Weltanschauung religiös-kultisch ausformen wollten, hatte er nur Hohn und Spott.

Das hindert nicht festzustellen, dass es unter den Anhängern Lenins, Mussolinis, Hitlers ohne Zweifel religiös bewegte Menschen von echter subjektiver Gläubigkeit gab, sei es, dass sie in diesen Diktatoren religiöse Figuren sahen, zu denen man aufschaute, die man verehrte, sogar anbetete - es gibt viele Zeugnisse dafür -, sei es, dass die Lehren, die von den neuen Machtzentren, den Parteien und Bewegungen ausgingen, nun ihrerseits als religiöse Botschaften interpretiert wurden. Kein Zweifel, viele der Aktivisten, der Helfer und Mitläufer totalitärer Parteien verstanden ihren Dienst nicht als Anti-Religion, sondern durchaus als Religion. Sie fühlten sich als Täuflinge einer neuen Kirche, als Adepten einer neuen Rechtgläubigkeit. Daraus erklärt sich ihr Eifer, ihre Dienstwilligkeit, ihre Leidenschaft, die über politische Erwägungen und Rationalitäten weit hinausging. Ohne diesen religiösen oder jedenfalls religionsähnlichen Eifer ist vieles nicht zu erklären, was der Geschichte der modernen Despotien ihr Gepräge gibt: Die hohe Loyalität und Gehorsamsbereitschaft vieler, die nicht allein aus Terror und Angst erklärt werden kann, die Unempfindlichkeit gegenüber Kritik und Zweifeln, das Gefühl, eine Mission zu erfüllen, die Gefolgschaftstreue und Leidensbereitschaft⁷⁷.

Ernster ist der zweite Einwand zu nehmen. Natürlich widerstrebt es uns, die verhängnisvolle Entschlossenheit der Täter, ihre Unempfindlichkeit gegenüber humanitären Regungen, ihr düster-entschiedenes "Es muss sein!" mit "Religion" in Verbindung zu bringen. Eher meinen wir mit Popper den Schlüssel des totalitären Fanatismus in einem säkularen "Glauben an die Geschichte" gefunden zu haben – oder mit Le Guillou in einem szientifischen Allmachtswahn, der die Wirklichkeit dem Wunsch gefügig machen will. Bestenfalls sei für solche Tendenzen, so lautet eine weitverbreitete Meinung, der Ausdruck "Religionsersatz" (oder "Ersatzreligion") am Platz. Tatsächlich hatten zeitgenössische Betrachter diese Kennzeichnungen schon früh auf Kommunismus und Nationalsozialismus angewandt⁷⁸.



⁷⁶ Klarste Darstellung dieser Zusammenhänge bei Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 398-409.

⁷⁷ Vgl. Wolfgang Dierker, Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst des SS und seine Religionspolitik 1933-1941, Paderborn 2001.

⁷⁸ Am frühesten Franz Werfel in mehreren Reden Anfang der dreißiger Jahre, wiederabgedruckt in: Ders., Zwischen oben und unten, Stockholm 1946, S. 19-148.

Aber was ist es denn, das hier "ersetzt" wird? Schon die Religionsphänomenologie der Jahrhundertwende hatte im Gesicht des Religiösen die archaischen Züge neuentdeckt, die in einer Betrachtung der Religion "innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" nicht gesehen oder ausgeblendet werden: Schrecken und Heil, unbedingte Hingabe und unbeirrbare Gefolgschaft, das Tremendum et fascinosum der Religion, ihr Credo quia absurdum, ihr sacrificium intellectus. Wenn Eric Voegelin Rasse und Klasse als innerweltlichen Höchstwert (Realissimum) politischer Religionen bezeichnet?, wenn Hannah Arendt in den Mittelpunkt ihrer Analysen des Totalitarismus das "eiserne Band des Terrors" stellt, 30 so machen sie sich – ebenso wie Romano Guardini in seinem "Heilbringer"81 – diesen auf seine alten Dimensionen erweiterten Religionsbegriff zunutze. Sie beschreiben die modernen Totalitarismen als freiwillig-unfreiwillige Wiedergänger archaischer Religiosität.

Religion ist nichts Harmloses. Sie hat gewinnende und schreckliche Züge, anziehende und abstoßende Seiten⁸². Das dürfte dem teilnehmenden Beobachter nicht erst seit dem 11. September 2001 deutlich sein. Für die zeitgeschichtliche Analyse kommt es m.E. darauf an, keinen dieser Züge außer Acht zu lassen und das Instrumentarium religionshistorischer und -psychologischer Methoden in seiner ganzen Breite zu nutzen. Sonst verstellt man sich leicht Zugänge zu dem "ins Entsetzliche verstiegenen" Bewusstsein der Täter⁸³ und zur absurden Logik ihrer Rechtfertigungen – zu jener "Maskerade des Bösen", von der Dietrich Bonhoeffer gesagt hat, sie habe unsere "ethischen Begriffe durcheinander gewirbelt"⁸⁴. Auch die Begriffe von Recht, Politik und – nota bene – Religion⁸⁵!

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁷⁹ Vgl. Voegelin, Die politischen Religionen.

⁸⁰ Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 21962.

⁸¹ Vgl. Romano Guardini, Der Heilbringer in Mythos, Offenbarung und Politik. Eine theologischpolitische Besinnung, Stuttgart 1946.

⁸² Vgl. Bernhard Welte, Vom Wesen und Unwesen der Religion, Frankfurt a. M. 1952. Zur Begriffsgeschichte vgl. Ernst Feil, Religio, Bde. I-III, Göttingen 1986, 1997 und 2001.

⁸³ Dolf Sternberger, Drei Wurzeln der Politik, Frankfurt a. M. 1978, S. 438: "Wir müssen beim Versuch, diese Phänomene zu erkennen, auch die Anstrengung nicht scheuen, in die Kammern solchen ins Entsetzliche verstiegenen Bewußtseins einzudringen". Gemeint ist Himmlers Posener Rede (wie Anm. 51).

⁸⁴ Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, Neuausgabe München 1970, S. 12.

⁸⁵ Dass die totalitären Regime den christlichen Kirchen feindlich gesinnt waren, ist kein durchschlagendes Argument gegen ihre Bezeichnung als (politische) Religionen. Ganze Welten liegen zwischen der "kirchenförmigen Religion" des Christentums, die sowohl der Kommunismus wie der Nationalsozialismus – jeder auf seine Art – bekämpften, und jener politischen oder säkularen Religion, die sich in den "heiligen Büchern" des Kommunismus, im Schicksalsglauben Mussolinis und in Hitlers "Vorsehung" manifestiert.

JOCHEN STREB

TECHNOLOGIEPOLITIK IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die staatliche Förderung der Synthesekautschukproduktion im deutsch-amerikanischen Vergleich^t

Massenarbeitslosigkeit und geringes Wirtschaftswachstum in vielen europäischen Volkswirtschaften haben Zweifel daran aufkommen lassen, ob die einheimischen Industrien dem zunehmenden Wettbewerb mit Produzenten aus Niedriglohnländern auch in Zukunft gewachsen sein werden. International vergleichende Studien² zeigen jedoch, daß Unternehmen auch von einem nationalen Standort mit vergleichsweise hohen Kostenfaktoren aus den internationalen Wettbewerb längerfristig dominieren können, sofern sie nur immer wieder in der Lage sind, durch Anwendung neuartiger Technologien bisher ungenutzte Märkte als Erste zu erschließen3. Angesichts der im Innovationsprozeß vorherrschenden technologischen und ökonomischen Unsicherheit schrecken allerdings selbst ehemals innovative Unternehmen nicht selten davor zurück, nach dem Auftreten von "Imitationen"4 erneut in die Suche nach Innovationen zu investieren. Statt dessen beschränken sie sich auf die eher konservative Strategie, ihre etablierten Erzeugnisse und Produktionsverfahren in kleinen Schritten zu verbessern und ihrerseits erfolgreiche Produkte der Konkurrenten zu imitieren. Auf längere Sicht kann dieses vorsichtige Verhalten zum Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen, da es rückständigen Konkurrenten aus Niedriglohnländern erlaubt, technologische Lücken zu schließen und in den Preiswettbewerb

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



¹ Für wertvolle Hinweise und kritische Anmerkungen danke ich Prof. Eckart Schremmer, Sabine Streb und Peter Strenger sehr herzlich. Dank gebührt auch Sibylla Schuster vom Freudenberg Firmen- und Familienarchiv und Herrn Pogarell vom Unternehmensarchiv der Bayer AG für die freundliche Zusammenarbeit sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit.

² Siehe David Dollar/Edward N. Wolff, Competitiveness, Convergence and International Specialization, Cambridge/London 1993; Chris Freeman/Luc Soete, The Economics of Industrial Innovation, London/Washington ³1997; David S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973; Richard R. Nelson, National Systems of Innovation: A Comparative Study, Oxford 1993; Michael Porter, The Competitive Advantage of Nations, London 1990.

³ Vgl. Marvin B. Lieberman/David B. Montgomery, First-Mover Advantages, in: Strategic Management Journal 9 (1988), S. 41-58.

Ein neues Produkt wird vom Zeitpunkt seiner Erfindung bis hin zur nicht zwangsläufig erfolgenden Markteinführung als Invention und danach als Innovation bezeichnet; unter Imitation wird der sowohl technologische als auch ökonomische Prozeß verstanden, mit einer Nachahmung der Innovation in den Markt einzutreten.

mit den ursprünglichen Innovatoren zu treten⁵. Deshalb versuchen die nationalen Regierungen der Hochlohnländer heute, durch aktive Technologiepolitik den technischen Fortschritt in den einheimischen Industrien wieder zu beschleunigen.

Halbleiter-, Computer- und Flugzeugindustrie der USA beispielsweise verdanken ihren Aufstieg zu einer führenden Stellung auf dem Weltmarkt dem US-amerikanischen Militär, das Mitte des 20. Jahrhunderts durch Forschungssubventionen und staatliche Aufträge die technologische und ökonomische Unsicherheit in der frühen Entwicklungsphase dieser neuen Industrien entscheidend verringerte⁶. Levin vertritt die Auffassung, daß die Erfahrungen aus diesen drei Fällen erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Wirtschaft zu einer technologiepolitischen Rezeptur, dem "Military model", verallgemeinert werden können, die auf alle Industriebereiche, in denen der Staat als Nachfrager auftritt, Anwendung findet⁷. Levins "Military model" umfaßt vier technologiepolitische Handlungsanweisungen:

- Zunächst soll der Staat den Unternehmen durch eine Zielvorgabe signalisieren, daß er die projektierte Innovation gegebenenfalls in hinreichendem Umfang nachfragen wird.
- Erfolgversprechende Forschungs- und Entwicklungsprojekte soll der Staat darüber hinaus subventionieren.
- 3. Wenn die Innovation tatsächlich Marktreife erreicht, soll sie der Staat zumindest während einer Übergangszeit zu einem garantierten Preis nachfragen.
- 4. Schließlich soll der Staat zur Intensivierung des Preis- und Produktwettbewerbs seine Nachfrage nach dem innovativen Produkt auf mehrere Anbieter verteilen.

Allerdings können derartige staatliche Eingriffe auch unerwünschte technologiepolitische Auswirkungen entfalten. Wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, herrscht insbesondere bei der Ausgestaltung der staatlichen Beschaffungs- und Patentpolitik ein Konflikt zwischen dem Ziel der Reduzierung der unternehmerischen Unsicherheit und dem Ziel der Erhöhung der innerbetrieblichen Forschungs- und Produktionseffizienz.

Der Versuch, mit Hilfe einzelner wirtschaftshistorischer Fallbeispiele diejenigen technologiepolitischen Maßnahmen zu identifizieren, die diesen Zielkonflikt minimieren, führt zum methodischen Problem der "Counterfactual Hypothesis". Durch den Vergleich der ökonomischen Entwicklung in mehreren Fällen, die sich in ihren Rahmenbedingungen möglichst ähnlich sind, aber in den zu untersuchenden Variablen voneinander abweichen, kann dieses methodische Problem weitgehend vermie-

⁸ Vgl. Robert William Fogel, The Specification Problem in Economic History, in: Journal of Economic History 27 (1967), S. 283-308.



Der mit dem Aufstieg der japanischen Konkurrenz verbundene Niedergang der deutschen Kameraindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg ist für solch eine Entwicklung ein hervorragendes Beispiel.

⁶ Siehe Richard C. Levin, The Semiconductor Industry, Barbara G. Katz/Almarin Phillips, The Computer Industry, sowie David C. Mowery/Nathan Rosenberg, The Commercial Aircraft Industry, alle in: Richard R. Nelson (Hrsg.), Government and Technological Progress. A Cross-Industry Analysis, New York u. a. 1982, S. 9-100, S. 163-232, S. 101-161.

⁷ Levin, Semiconductor Industry, S. 89, 94.

den werden. Hier wird diese zweite Vorgehensweise gewählt: ein Vergleich der Synthesekautschukproduktion in Deutschland und den USA während des Zweiten Weltkriegs. Denn in beiden Ländern wurde der Innovationsprozeß damals durch Zielvorgabe und Ausübung staatlicher Nachfrage maßgeblich gefördert. Als weitere wesentliche Gemeinsamkeit kommt hinzu, daß mit der Rezeptur für die Synthesekautschukart BUNAS die gleiche technologische Grundlage zur Verfügung stand. Erhebliche Unterschiede finden sich hingegen, wie im folgenden zu zeigen sein wird, bei der detaillierten Ausgestaltung der technologiepolitischen Maßnahmen sowie hinsichtlich der Ergebnisse des Innovationsprozesses.

 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Synthesekautschukproduktion in Deutschland und den USA während des Zweiten Weltkriegs

Gemeinsamkeiten: Zielvorgabe, technologische Grundlage und quantitative Zielerreichung

Nach 1900 stieg die Nachfrage der europäischen und nordamerikanischen Volkswirtschaften nach Naturkautschuk parallel zum Wachstum der neuen Automobilindustrie stark an. Entsprechend erhöhten sich die Kapazitäten der in Südostasien und dort insbesondere in Malaya (heute Teil von Malaysia) und Indonesien angesiedelten Kautschukplantagen⁹. Im Verlauf dieser Entwicklung wurde der ungehinderte Zugang zu den südostasiatischen Naturkautschukmärkten zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität der westlichen Industrienationen und in zunehmendem Maße auch für deren militärischen Erfolge in den modernen Bewegungskriegen des 20. Jahrhunderts¹⁰.

Dies mußte Deutschland bereits während des Ersten Weltkriegs erkennen, als der Rückgang der Naturkautschukimporte durch die quantitativ und qualitativ unzureichende Methylkautschukproduktion der Farbenfabriken Bayer nicht kompensiert werden konnte. Eingedenk dieser Erfahrung maß Adolf Hitler in seiner 1936 verfaßten Geheimen Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans dem Kautschuk besondere Bedeutung zu. So sollte im Rahmen der geplanten militärischen und wirt-

Die weltweite Jahresproduktion von Naturkautschuk wuchs von 48000 Tonnen im Jahr 1900 über 295000 Tonnen im Jahr 1920 auf 825000 Tonnen im Jahr 1930. Vgl. Friedrich Hölscher, Kautschuke, Kunststoffe, Fasern. Sechs Jahrzehnte technischer Herstellung synthetischer Polymere, Ludwigshafen 1972, S. 23–25.



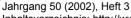
nA modern war cannot be fought without great quantities of rubber [...]. The rubber in the tires of one type of Army tank carrying tractor trailer would make more than 400 passenger car tires. Rubber is required for the tires, de-icers and self-sealing gas tanks of airplanes, for landing crafts and tanks, for life rafts and pontoons, footwear and raincoats – and for literally hundreds of other items of military equipment. Over 10 percent of the total weight of a modern submarine is rubber." Synthetic Rubber Recommendations of the U.S. President transmitted to the Congress together with a Report on Maintenance of the Synthetic Rubber Industry in the United States and Disposal of Government-owned Synthetic Rubber Facilities, o. O. 1950, S. 17 f.

schaftlichen Aufrüstung auch der Aufbau einer deutschen Synthesekautschukindustrie erfolgen¹¹. Hitler überließ die Entscheidung über die chemische Zusammensetzung des Synthesekautschuks und über das geeignete Produktionsverfahren den privaten Unternehmen, so daß seine Zielvorgabe deren technologische Unsicherheit nicht reduzierte. Allerdings versprach Hitler implizit, daß der nationalsozialistische Staat bereit sein würde, kostendeckende Preise für den Synthesekautschuk zu gewähren, was zumindest die ökonomische Unsicherheit der potentiellen Produzenten erheblich verringerte.

Noch im Jahr 1936 begann der deutsche Chemiekonzern I.G. Farben mit dem Bau einer industriellen Großanlage zur Produktion von Synthesekautschuk in Schkopau (Werk Buna I), deren Ausstoß im Jahr 1939 mit 20800 Jahrestonnen erstmalig eine den Begriff Massenfertigung rechtfertigende Größenordnung erreichte. Mit Werk Buna II in Hüls (Baubeginn 1938, Massenproduktion ab 1941), Werk Buna III in Ludwigshafen/Oppau (Baubeginn 1940, Massenproduktion ab 1943) und Werk Buna IV in Auschwitz (Baubeginn 1941, nicht fertiggestellt) wurden in den Folgejahren noch drei weitere I.G. Farben Werke zur Synthesekautschukproduktion errichtet¹². Hergestellt wurde vor allem die Synthesekautschukart BUNA S, ein Mischpolymerisat aus 70 Prozent Butadien und 30 Prozent Styrol, das unter den verfügbaren Synthesekautschukalternativen am besten geeignet für die Reifenproduktion war.

Im Jahr 1939 verbrauchten die USA mit einem Anteil von 53 Prozent am Weltkonsum mit Abstand am meisten Naturkautschuk, der gemessen an seinem Einfuhrwert zugleich auch das wichtigste amerikanische Importgut war¹³. Gleichwohl existierten am Vorabend des Zweiten Weltkriegs in den USA keine staatlichen Pläne,
durch den Aufbau einer einheimischen Synthesekautschukindustrie die aus militärischer Sicht gefährliche Abhängigkeit von den Naturkautschukimporten aus Südostasien zu reduzieren. Es dauerte bis zum 21. Mai 1941 bis die Mitte 1940 gegründete,
staatliche Handelsgesellschaft Rubber Reserve Company¹⁴ den Auftrag erhielt, vier
Synthesekautschukwerke zu finanzieren¹⁵. Die jährliche Kapazität dieser Produk-

¹⁵ Vgl. Herbert/Bisio, Synthetic Rubber, S. 52.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



[&]quot;Es ist ebenso augenscheinlich die Massenfabrikation von synthetischem Gummi zu organisieren und sicherzustellen. Die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt wären und ähnliche Ausflüchte haben von jetzt ab zu schweigen. [...] Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. [...] Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist ebenfalls gänzlich belanglos, denn es ist immer noch besser, wir erzeugen in Deutschland teurere Reifen und können sie fahren [...]." Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans, abgedruckt in: VfZ 3 (1955), S. 208.

Ygl. Gottfried Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Berlin 1990, S. 385, 390.

¹⁵ Vgl. Synthetic Rubber Recommendations, Appendix A; Vernon Herbert/Attilio Bisio, Synthetic Rubber. A project that had to succeed, Westport/Ct./London 1985, S. IX.

¹⁴ Die ursprüngliche Aufgabe der Rubber Reserve Company war es, durch den Aufkauf von Naturkautschuk staatliche Reservekapazitäten für den militärischen Bedarf aufzubauen.

tionsstätten sollte zusammengenommen 10000 long tons¹⁶ betragen; eine Kapazitätserhöhung auf 40000 long tons wurde lediglich diskutiert. Der Vergleich mit dem US-amerikanischen Verbrauch von insgesamt 775000 long tons importiertem Naturkautschuk im Jahr 1941 zeigt, daß dieses Vorhaben immer noch keinen ernsthaften Versuch darstellte, sich auf einen erheblichen Rückgang der Naturkautschukimporte vorzubereiten. Der Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die nachfolgende japanische Invasion des südostasiatischen Raums im Januar 1942 schnitten die USA innerhalb von nur zwei Monaten weitgehend von den Naturkautschukmärkten dieser Region ab. Erst diese Ereignisse bewogen die amerikanische Regierung, die geplante Kapazität der staatlich finanzierten Synthesekautschukfabriken über 120000 long tons im Dezember 1941 und 400000 long tons im Januar 1942 auf insgesamt 805000 long tons im April 1942 zu erhöhen¹⁷.

Die amerikanische Kautschukkrise während des Zweiten Weltkriegs schien durch den Umstand verschärft zu werden, daß die von amerikanischen Unternehmen entwickelten Synthesekautschukarten Duprene (Du Pont) auf Basis von Chlor und Butylkautschuk (Standard Oil, New Jersey) aus Isobutylen zur Produktion von Fahrzeugreifen wenig geeignet waren. Dank der Vorkriegszusammenarbeit zwischen Standard Oil, USA, und I.G. Farben, Deutschland, verfügte man jedoch über die Patente und das technische Wissen zur Herstellung der deutschen Synthesekautschukart BUNA S¹⁸. Nach anfänglicher technologischer Unsicherheit¹⁹ beschlossen im März 1942 Rubber Reserve Company und amerikanische Kautschukverarbeiter, vorwiegend BUNA S zu produzieren.

So sah der endgültige Produktionsplan vom April 1942 dann auch vor, daß von den 805 000 long tons jährlicher Gesamtkapazität 705 000 long tons der Herstellung von BUNAS dienen sollten, der in der USA als GR-S (Government Rubber-Styrene Type) bezeichnet wurde. Insgesamt wurden statt der 1941 geplanten 4 Synthesekautschukwerke 15 staatlich finanzierte Produktionsstätten errichtet²⁰.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹⁶ Eine long ton entspricht 1016 Kilogramm = 1,016 metrische Tonnen.

¹⁷ Vgl. Synthetic Rubber Recommendations, S. 23.

¹⁸ Zur technologischen Kooperation von Standard Oil und I. G. Farben vgl. Frank A. Howard, Buna Rubber. The Birth of an Industry, New York 1947.

¹⁹ Nach einem im März 1940 erfolgten Vorschlag von Harvey Firestone Jr. sollte jeder amerikanische Reifenhersteller denjenigen Synthesekautschuk produzieren dürfen, den er für die Reifenherstellung am besten geeignet hielt. Vgl. Peter J.T. Morris, The American Synthetic Rubber Research Program, Philadelphia 1989, S. 29.

Betrieben wurden diese von den vier großen amerikanischen Kautschukverarbeitern Firestone Tire Rubber Co., B. F. Goodrich Co., Goodyear Synthetic Rubber Corp. und U.S. Rubber Co. (jeweils drei Werke) sowie von der Copolymer Corp., General Tire & Rubber Co. und National Synthetic Rubber Corp. (jeweils ein Werk). Siehe The Government's Rubber Projects, Bd. 2: A History of the U.S. Government's Natural and Synthetic Rubber Programs 1941–1955, Originally prepared 1948 in the Division of Information, Reconstruction Finance Cooperation, under the direction and supervision of William Peyton Tidwell by Brendan J. O'Callaghan. 1955 revised and brought up-to-date under the supervision of Bertram H. Wimer, 1955, S. 486 f. Das amerikanische Synthesekautschukprogramm umfaßte außerdem den Aufbau von 17 Butadienfabriken und 5 Produktionsanlagen für Styrol.

Tabelle 1: Inländischer Verbrauch von Kautschuk und Produktion von BUNAS in Deutschland und den USA, 1937-1945

Jahr		Deutschland		USA			
	Produktion des Synthese- kautschuks BUNA S in Tonnen ¹	Inländischer Verbrauch von Natur- und Synthesekautschuk in Tonnen ²	(II) in Prozent von (III)	Produktion des Synthese- kautschuks BUNA S ³ in Tonnen ⁵	Inländischer Verbrauch von Natur- und Synthesekautschuk ⁴ in Tonnen ⁵	(V) in Prozent von (VI)	
(I)	(II)	(III)	(IV)	(V)	(VI)	(VII)	
1937	2110						
1938	3994	101940	3,9				
1939	20576						
1940	37137	68004	54,6				
1941	65889	77280	85,3	231	1049010	0,0	
1942	94166	97584	96,5	3781	659650	0,6	
1943	110569	91008	121,5	185175	791532	23,4	
1944	97493		T	680992	977256	69,7	
1945				730914	1056686	69,2	

¹ R. F. Dunbrook, Historical Review, in: G. Stafford Whitby (Hrsg.), Synthetic Rubber, New York/London 1954, S. 53.

2 Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, München 1949, S. 312.

4 Vernon Herbert/Attilio Bisio, Synthetic Rubber. A Project that had to Succeed, Westport/Ct./London 1985, S. 127.

5 (Metrische) Tonnen umgerechnet aus long tons, wobei 1 long ton = 1,016 Tonnen.

Tabelle 1 zeigt, daß es sowohl Deutschland als auch den USA während des Zweiten Weltkriegs gelang, zumindest nach rein quantitativen Maßstäben den Rückgang ihrer Naturkautschukimporte durch die Produktion von BUNAS zu kompensieren. Allerdings waren beide Länder aufgrund der zunächst nur unzureichenden BUNAS Produktion gezwungen, zu ihrem jeweiligen Kriegseintritt den Kautschukverbrauch gegenüber dem Vorkriegsniveau deutlich zu senken. Diese durch den Rückgang der Naturkautschukimporte ausgelöste Versorgungskrise war jedoch in Deutschland spätestens ab 1942 und in den USA ab 1944 überwunden. In Deutschland übertraf im Jahr 1943 die BUNAS Produktion den inländischen Verbrauch; Überschüsse wurden an Verbündete exportiert. In den USA erlaubte die Nutzung der drei Beschaffungsquellen Synthesekautschukproduktion, Naturkautschukimporte und Kautschukrecycling im Jahr 1945 einen neuen Verbrauchsrekord. Dieser quantitative Befund darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß BUNAS den Naturkautschuk in vielen Anwendungsgebieten nicht oder zumindest nicht gleichwertig ersetzen konnte.



³ Dunbrook, Historical Review, S. 52. Um die gemeinsame technologische Grundlage zu verdeutlichen, wird der amerikanische GR-S im folgenden weiterhin als BUNAS bezeichnet.

4 Vernon Herbert/Attilio Bisio, Synthetic Rubber, A Project that haft to Succeed, Westport/Ct./London 1985.

Unterschiede: Effizienzsteigerungen, Synthesekautschukinventionen und Kundenorientierung

Das kurzfristige Problem, den kriegsbedingten Mangel an Naturkautschuk möglichst schnell durch die Herstellung eines qualitativ hinreichenden Synthesekautschuks zu beheben, wurde in beiden betrachteten Ländern auf Grundlage der BUNAS Technologie gelöst. Hierin besteht die wesentliche Gemeinsamkeit zwischen der deutschen und amerikanischen Synthesekautschukproduktion während des Zweiten Weltkriegs. Bezüglich des eher längerfristigen Problems, einen zur Reifenherstellung verwendbaren Synthesekautschuk zu entwickeln, der auch ohne staatliche Subventionen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in Preis und Qualität mit Naturkautschuk konkurrieren konnte, zeigten sich allerdings am Ende des Zweiten Weltkriegs drei wesentliche Unterschiede:

- 1. Die deutschen Erzeuger von BUNAS konnten größere innerbetriebliche Effizienzsteigerungen realisieren als die amerikanischen Unternehmen.
- Die deutschen industriellen Forschungslaboratorien besaßen einen Vorsprung bei der technologischen Entwicklung von über den Vorkriegswissensstand hinausgehenden Synthesekautschukinventionen.
- Nur der in den USA produzierte BUNAS wurde durch die Zugabe eines Weichmachers den technologischen und ökonomischen Bedürfnissen der Reifenhersteller angepaßt.

Ein Vergleich der in den Spalten (III) und (V) von Tabelle 2 aufgezeigten jeweiligen Entwicklung der deutschen und amerikanischen Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNAS zeigt, daß die amerikanischen Synthesekautschukerzeuger nach Erreichen des industriellen Fertigungsniveaus größere Kostenreduktionen erzielten als die deutschen Produzenten. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die diesem Vergleich zugrundeliegenden empirischen Daten nicht nur die Aufwendungen für die in den Synthesekautschukwerken eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, sondern auch die Kosten der Beschaffung von Butadien, Styrol und anderen Vorprodukten beinhalten. Die beobachtbare Differenz in der Produktionskostenentwicklung kann daher auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückgeführt werden. Zu denken wäre an eine unterschiedliche Veränderung der Faktorlöhne oder der Preise der benötigten Vorprodukte, an ein unterschiedliches Bemühen der Manager um innerbetriebliche Effizienzsteigerungen oder an Größenvorteile aufgrund eines größeren Produktionsvolumens je Werk. Aufgrund der in beiden Ländern im Betrachtungszeitraum gültigen allgemeinen Preis- und Lohnstopps²¹ ist die sich öffnende Kostenschere allerdings nicht durch abweichende Lohn- und Zinsänderungen zu erklären. Da die



²¹ In Deutschland wurden Preise und Löhne bereits im Jahr 1936 auf dem bestehenden Niveau eingefroren. Vgl. Verordnung über einen allgemeinen Preisstopp vom 26.11.1936, Reichsgesetzblatt I, 1936, S. 955 f. In den USA erfolgte eine entsprechende Regelung im April 1942 durch die "General Maximum Price Regulation". Vgl. Geofrey Mills/Hugh Rockoff, Compliance with Price Controls in the United States and the United Kingdom during World War II, in: Journal of Economic History 47 (1987), S. 197–213.

Tabelle 2: Die Entwicklung der Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNAS im deutschen Werk Schkopau (1939-1944) und im Durchschnitt der 15 amerikanischen Synthesekautschukfabriken (1943-1945, 1948/49)

Jahr ⁱ	Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNA S							
	in Deutschland (Schkopau) auf Basis von Butadien aus Acetylen ²		in den USA					
			auf Basis von aus Alkohol un		auf Basis von Butadien aus Erdöl (fiktiv) ⁴			
	RM/100 kg	Index	cents/pound	Index	cents/pound	Index		
(I)	(II)	(III)	(IV)	(V)	(VI)	(VII)		
ì	216,22	100	35,50	100	14,22	100		
t+i	164,23	76	30,70	86	14,61	103		
t+2	159,65	74	23,10	65	14,34	101		
t+3	167,57	77						
t+4	152,03	70		-				
€+5	137,575	64	13,60	38	13,60	96		
t+6	T		13,80	39	13,80	97		

¹ Als Ausgangszeitpunkt t wurde diejenige Periode gewählt, in der nach Anlaufen der Produktion erstmals ein industrielles Fertigungsniveau (Schkopau: 20173 Jahrestonnen BUNAS, USA: durchschnittlich 12345 Jahrestonnen BUNAS, USA: durchschnittlich 12345 Jahrestonnen BUNAS. tonnen BUNAS) erreicht wurde. Für Deutschland ist t=1939 und t+5=1944, für die USA gilt t=1943 und

USA ihr niedrigstes Kostenniveau nach Kriegsende bei erheblich gedrosselter Produktion erreichten, können auch die in der Synthesekautschukerzeugung auftretenden technischen Größenvorteile²² nicht zur Erklärung der Kostendifferenz herangezogen werden²³. Vielmehr wurden die amerikanischen Produktionskostensenkungen zum überwiegenden Teil durch technologische Veränderungen bei der vorgelagerten Butadienerzeugung von außen in die BUNA S Fabriken hineingetragen.

In den jeweils ersten drei Jahren verlief das Produktionswachstum ähnlich. In Schkopau wuchs die jährliche Erzeugung von BUNA S zwischen 1939 und 1941 von 20173 über 34999 auf 40705 Tonnen, in einem durchschnittlichen amerikanischen Werk zwischen 1943 und 1945 von 12345 über 45399 auf 48728 Tonnen. Vgl. R.F.Dunbrook, Historical Review, in: G. Stafford Whitby (Hrsg.), Synthetic Rubber, New York/London 1954, S. 52 f.



Produktionskosten in Schkopau (Werk Buna I) in RM/100kg. Vgl. Bayer-Archiv Leverkusen, Bestand: Ausschüsse und Kommissionen, Aktenitel: TEA-Büro, Signatur: 13/17, Mikrofiche 161, Blatt 12 und 13.
 Durchschnittskosten der 15 amerikanischen BUNAS Fabriken in cents/pound. Vgl. Vernon Herbert/Attilio Bisio, Synthetic Rubber. A Project that had to Succeed, Westport/Ct./London 1985, S. 130 f. Synthetic Rubber Recommendations of the U.S. President transmitted to the Congress together with a Report on Maintennance of the Synthetic Rubber Industry in the United States and Disposal of Government-owned Synthetic Rubber Facilities 1950, o.O., S. 44. Der Anteil des aus Erdöl gewonnenen Butadiens betrug 1943 17,63%, 1944 35,13%, 1945 59,45% und in den Jahren 1948 und 1949 jeweils 100%.
 Die Berechnung der fiktiven Produktionskosten der Jahre 1943 bis 1945, die sich bei ausschließlicher Verwendung von aus Erdöl gewonnenen Butadiens ergeben hätten, beruht auf folgenden Annahmen: 1. Der Preis des aus Alkohol gewonnenen Butadiens ist 3,9 mal so hoch wie der Preis des aus Erdöl gewonnenen Butadiens (Herbert/Bisio, Synthetic Rubber, S. 131). 2. Gemäß der historischen Produktionsmengen benötigten die amerikanischen BUNAS Fabriken für die Herstellung einer Mengeneinheit BUNAS in den Jahren 1943 bis 1945 0,77, 0,74 beziehungsweise 0,72 Einheiten Butadien (ebenda. S. 128-130). Eine short ton, die in der USA für Butadien verwendete Maßeinheit, entspricht 907,2 kg oder 0,8929 long tons.
 Diese Zahl bezieht sich nur auf die Produktionskosten im 1. Vierteljahr 1944.

²² Vgl. Douglas Todd, Synthetic Rubber in the German War Economy: A Case of Economic Dependence, in: Journal of European Economic History 10 (1981), S. 163.

Das für die Herstellung von BUNAS notwendige Butadien konnte während des Zweiten Weltkriegs alternativ aus drei verschiedenen Ausgangsprodukten erzeugt werden:

- aus Acetylen mit Hilfe der von der I.G. Farben verwendeten Aldol- und Reppe-Verfahren,
- aus Alkohol auf Grundlage einer von der amerikanischen Carbid and Carbon Chemicals Corporation eingeführten Methode, oder
- 3. aus Erdöl gemäß eines von der Standard Oil Development Company entwickelten Prozesses²⁴.

In den USA war Butadien der eigentliche Engpaßfaktor des Synthesekautschukprogramms²⁵. Aus diesem Grund griff man zunächst verstärkt auf aus Getreidealkohol gewonnenes Butadien zurück, dessen Erzeugung zwar fast viermal so teuer wie die des aus Erdöl erzeugten Butadiens war, das andererseits aber wesentlich schneller durch bereits bestehende Produktionsanlagen bereitgestellt werden konnte. Erst im Verlauf des fortschreitenden Kapazitätsaufbaus verdrängte das billigere Butadien aus Erdöl, das noch 1943 nur mit einem Anteil von knapp 18 Prozent zur BUNA S Produktion beigetragen hatte, schrittweise das Butadien aus Alkohol. In den Jahren 1948 und 1949 wurde dann nur noch Butadien aus Erdöl eingesetzt. Somit realisierten die amerikanischen BUNAS Produzenten in den vierziger Jahren erhebliche Kosteneinsparungen, die nicht auf eigene Anstrengungen zur Erhöhung der innerbetrieblichen Effizienz, sondern auf die Substitution des teuren Butadiens aus Alkohol durch das billige Butadien aus Erdöl zurückzuführen sind. Um diese beiden Einflußgrößen der Produktionskostenentwicklung auseinanderhalten zu können, wurde hier in einem Gedankenexperiment angenommen, daß die Butadienproduktion der USA schon ab 1943 vollständig auf Erdöl fußte. Spalte (VII) in Tabelle 2 zeigt das Ergebnis dieser Fiktion: Ohne den kostensenkenden Einfluß des technologischen Wandels in der Butadienerzeugung wären die Produktionskosten für eine Mengeneinheit BUNAS in den ersten sieben Jahren der amerikanischen Synthesekautschukherstellung nahezu konstant geblieben.

Die deutsche BUNAS Produktion erlebte im Betrachtungszeitraum keinen vergleichbar dramatischen technologischen Substitutionsprozeß. Daher können die im deutschen Schkopau erzielten Produktionskostensenkungen von 36 Prozent unter den gegebenen Rahmenbedingungen nur durch eine Mobilisierung innerbetrieblicher Effizienzreserven in der BUNAS Erzeugung und in den im Werk Buna I integrierten vorgelagerten Produktionsstufen verursacht worden sein²⁶. So zeigt Tabelle 3, daß die zwischen dem 1. Vierteljahr 1941 und dem 1. Vierteljahr 1944 im Werk Buna I in Schkopau erfolgte Verringerung der Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNAS von 13 Prozent sowohl auf geringere Aufwendungen für Butadien



²⁴ Vgl. G. Stafford Whitby, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), Synthetic Rubber, S. 9-11.

²⁵ Vgl. The Government's Rubber Projects, S. 454 ff.

²⁶ Vgl. Harvey Leibenstein, Allocative Efficiency vs. X-Efficiency, in: American Economic Review 56 (1966), S. 392-415.

Tabelle 3. Entwicklung der Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNAS und der darin enthaltenen Aufwendungen für Butadien, Styrol und Produktionsfaktoren in Schkopau (Werk Buna I), I. Vierteljahr 1941 bis I. Vierteljahr 1944

Viertel-	Produktionskosten einer Mengeneinheit BUNA S		darin enthaltene Aufwendungen für					
jahr			Butadien		Styrol		Produktionsfaktoren ²	
	RM/100 kg	Index	RM	Index	RM	Index	RM	Index
I. 1941	158,40	100	94,62	100	25,16	100	22,14	100
П.	159,79	101	95,43	101	25,38	101	21,60	98
III.	159,40	101	98,16	104	26,10	104	18,79	85_
IV.	160,78	102	99,09	105	24,81	99	19,65	89
I. 1942	167,22	106	106,36	112	22,97	91	20,35	92
II.	165,97	105	106,04	112	21,92	87	20,34	92
III.	169,75	107	102,77	109	22,72	90	22,38	101
IV.	167,29	106	99,45	105	22,63	90	23,24	105
I. 1943	145,13	92	88,56	94	21,69	86	20,93	95
II.	156,51	99	92,00	97	22,84	91	21,71	98
IΠ.	151,46	96	90,62	96	22,70	90	20,31	92
IV.	151,00	95	87,51	92	21,62	86	19,48	88
I. 1944	137,57	87	85,22	90	21,10	84	18,99	86

¹ Vgl. Bayer-Archiv Leverkusen, Bestand: Ausschüsse und Kommissionen, Aktentitel: TEA-Büro, Signatur:

und Styrol als auch auf Einsparungen bei den Faktorkosten, die neben Arbeit und Kapital insbesondere auch den Produktionsfaktor Energie berücksichtigen, zurückzuführen ist. Die gesunkenen Aufwendungen für die Vorprodukte können ihrerseits zum Teil durch Effizienzsteigerungen in den vorgelagerten Produktionsstufen, zum anderen durch deren sparsamere Verwendung bei der eigentlichen Produktion von BUNA S erklärt werden27.

Offensichtlich verspürten die deutschen BUNAS Produzenten erheblich stärkere Anreize als die amerikanischen Erzeuger, ihre Produktionskosten durch Rationalisierungsmaßnahmen, durch die Modifizierung der Produktionsverfahren oder durch einen sorgsameren Umgang mit den Vorprodukten zu senken²⁸. Im folgenden

²⁸ Vgl. beispielsweise zum Rückgang der Reparaturkosten die "BUNA-Kalkulation des 1. Vierteljahres 1944 vom 10.6. 1944" und zur Rückgewinnung von Kohlenwasserstoff die "Bemerkungen zu den BUNA-Kalkulationen Schkopau 4. Quartal 1942 vom 15. 3. 1943", beide in: Bayer-Archiv Leverkusen, Bestand: Ausschüsse und Kommissionen, Aktentitel: TEA-Büro, Signatur: 13/17, Mikrofiche 161, Blatt 13. Zusatzlich wäre noch zu untersuchen, inwieweit die Senkung der



^{13/17,} Mikrofiche 161, Blatt 13.

2 Die als "Fabrikationsspesen" ausgewiesenen Faktorkosten umfassen Lohnkosten, Energiekosten, Reparaturkosten, zugerechnete Gemeinkosten und Steuern sowie Abschreibungen und Zinsen.

²⁷ Zwischen dem 1. Vierteljahr 1941 und dem 4. Vierteljahr 1943 sanken die Aufwendungen für Butadien mit 8% stärker als die Produktionskosten einer Mengeneinheit Butadien, die sich im gleichen Zeitraum nur um 3% reduzierten. Vgl. Bayer-Archiv Leverkusen, Bestand: Ausschüsse und Kommissionen, Aktentitel: TEA-Büro, Signatur: 13/17, Mikrofiche 161, Blatt 12 und 13.

Abschnitt werden wir versuchen, diesen Befund durch die unterschiedliche Ausgestaltung der staatlichen Nachfragepolitik in Deutschland und den USA zu erklären.

Es bleibt zu fragen, ob die Produktionskosten des Synthesekautschuks abzüglich der Aufwendungen für Vorprodukte auch in absoluten Werten in Deutschland niedriger waren als in den USA. Gemäß der von Morris ermittelten Zahlen waren die Kosten der Mischpolymerisation von BUNAS in Deutschland mit 5,9 cents je pound im ersten Vierteljahr von 1943 nur wenig geringer als in den USA, wo diese im Mai 1944 6,3 cents je pound betrugen²⁹. Allerdings verwendete Morris bei der Umrechnung der deutschen Kosten von 32,30 Reichsmark je 100 kg BUNAS mit 1 US-Dollar = 2,50 Reichsmark den offiziellen Wechselkurs von 1940, der wohl kaum dem tatsächlichen Wertverhältnis dieser beiden Währungen in den Jahren 1943 und 1944 entsprach³⁰. Aufgrund des von Deutschland nicht mitgemachten Abwertungswettlaufs der frühen dreißiger Jahre und der 1936 begonnenen, durch die Devisenbewirtschaftung abgeschirmten, zurückgestauten Inflation ist statt dessen anzunehmen, daß die Reichsmark zu dieser Austauschrelation erheblich überbewertet war. Tatsächlich setzte die alliierte Besatzungsmacht im Jahr 1945 einen Wechselkurs von 1 US-Dollar = 10 Reichsmark fest31. Zu diesem Wechselkurs beliefen sich die deutschen Herstellungskosten von BUNAS auf lediglich 1,5 cents je pound und waren damit erheblich niedriger als die in den USA.

Der Vorsprung der über den Vorkriegswissensstand hinausführenden deutschen Synthesekautschukforschung offenbarte sich am Ende des Zweiten Weltkriegs im Rahmen einer breit angelegten amerikanischen Bestandsaufnahme deutscher Produktionstechnologien. Die Amerikaner hatten frühzeitig erkannt, daß sie als Besatzungsmacht die Möglichkeit hatten, das in Deutschland akkumulierte Wissen als eine moderne Form von Reparationszahlung für eigene militärische und ökonomische Zwecke zu nutzen. Dabei waren die Forschungsprojekte der I.G. Farben auf dem Gebiet des Synthesekautschuks ein bevorzugtes und wiederholtes Ziel amerikanischer Ermittlungen. Nach der im August 1946 geäußerten Auffassung von Carl S. Marvel, Chemieprofessor an der Universität von Illinois, der selbst an den Nachforschungen in Deutschland beteiligt war, führten die gesammelten Informationen zu einer grundlegenden Neuorientierung der amerikanischen Synthesekautschukforschung: "A very large proportion of the present research effort in the Government Synthetic Rubber Program is based on the leads that were obtained through these Technical Intelligence Reports." Neue Erkenntnisse ergaben sich insbesondere aus



Arbeitskosten nicht durch Effizienzsteigerungen, sondern durch eine zunehmende Beschäftigung von Zwangsarbeitern herbeigeführt wurde.

²⁹ Vgl. Peter J.T. Morris, The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft 1926–1945, unveröffentlichte Dissertation Oxford 1982, S. 233 (vorhanden in: BASF Unternehmensarchiv Ludwigshafen unter Nr. 941).

³⁰ Todd, Synthetic Rubber, S. 159, basiert seinen Produktionskostenvergleich auf einem Umrechnungskurs von 1 US Dollar = 2,84 DM.

³¹ Vgl. R. L. Bidwell, Currency Conversion Tables, London 1970, S. 23.

³² Zit. nach John Gimbel, Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990, S. 150.

der deutschen Grundlagenforschung in den Bereichen des sogenannten "kalten Kautschuks" (Cold rubber), des mit Mineralöl gestreckten Kautschuks (Oil-extended rubber) und des "synthetischen Naturkautschuks":

- 1. Cold rubber: Während des Zweiten Weltkriegs wurde der amerikanische BUNAS in 12 Stunden bei 50° Celsius polymerisiert, obgleich eine geringere Polymerisationstemperatur grundsätzlich wünschenswert gewesen wäre, da ein bei niedrigeren Temperaturen durchgeführter Polymerisationsvorgang einen für die Reifenherstellung besser geeigneten Synthesekautschuk hervorbrachte. Gegen eine Senkung der Temperatur sprach jedoch, daß hierdurch die Polymerisationsdauer stark angestiegen wäre, wodurch sich die pro Zeiteinheit produzierbare Menge des dringend benötigten Synthesekautschuks beträchtlich vermindert hätte. Die amerikanischen Beobachter stellten nun fest, daß in den I.G. Farben Laboratorien ein Verfahren zur "kalten" Polymerisation konzipiert worden war. Durch die Kombination eines Oxidations- und eines Reduktionsmittels war es möglich, Synthesekautschuk in 12 Stunden bei nur 10° Celsius oder in weniger als einer Stunde bei 40° Celsius herzustellen³³. Als Vorteile ergaben sich eine Steigerung der Produktionsmenge, ein geringerer Energieverbrauch und eine bessere Verarbeitbarkeit des Synthesekautschuks.
- 2. <u>Oil-extended rubber</u>: In Deutschland wurden während des Zweiten Weltkriegs Methoden entwickelt, BUNAS durch die Zugabe von Mineralöl zu strecken³⁴. Diese Vorgehensweise bot ähnliche Vorteile wie der "Cold rubber": Sie erhöhte die Menge des verfügbaren Synthesekautschuks, verringerte dessen Preis je Mengeneinheit und verbesserte dessen Verarbeitbarkeit.
- 3. "Synthetischer Naturkautschuk": Ein großer Nachteil des aus Butadien und Styrol hergestellten Synthesekautschuks war, daß er nicht zur Produktion von großer Belastung ausgesetzten Flugzeug- und LKW-Reifen verwendet werden konnte. I. G. Farben-Wissenschaftler vertraten im Herbst 1945 gegenüber einem amerikanischen Untersuchungsteam den Standpunkt, daß dieser Anforderung wahrscheinlich nur ein Synthesekautschuk genügen würde, dessen molekularer Aufbau dem des aus Isopren zusammengesetzten Naturkautschuks entspräche³⁵. Tatsächlich zeigte sich im folgenden Jahrzehnt, daß es mit Hilfe der vom deutschen Chemiker Karl Ziegler entwickelten Katalysatoren möglich war, synthetisches Polyisopren herzustellen, dessen Eigenschaften weitestgehend mit denen des Naturkautschuks übereinstimmten.

In allen drei Fällen gelang es amerikanischen Unternehmen, die Anregungen aus Deutschland aufzugreifen, zu verbessern und zur Marktreife zu führen. Die indus-

³⁵ Vgl. E. R. Weidlein, Synthetic Rubber Research in Germany, in: Chemical and Engineering News 24 (1946), S. 771.



³³ Vgl. John M. DeBell/William C. Goggin/Walter E. Gloor, German Plastics Practice, published with permission of the Department of Commerce, Springfield/Mass. 1946, S. 438 ff.; John W. Livingston/John T. Cox Jr., The Manufacture of GR-S, in: Whitby (Hrsg.), Synthetic Rubber, S. 214.

³⁴ Vgl. Morris, American Synthetic Rubber, S. 36 ff.

trielle Fertigung von Cold rubber begann 1948 (durch die Copolymer Corporation), von Oil-extended rubber 1951 (durch Goodyear) und von "synthetischem Naturkautschuk" 1955 (durch Goodyear und Goodrich). Diese schnelle und erfolgreiche Überführung deutscher Inventionen zu amerikanischen Innovationen rechtfertigt den Schluß, daß der deutsche Vorsprung im Bereich der über den Vorkriegswissensstand hinausgehenden Synthesekautschukforschung nicht durch mangelnde technologische Kompetenz der amerikanischen Unternehmen erklärt werden kann. Wir werden in Abschnitt 3 zeigen, daß es vielmehr die staatliche Patentpolitik während des Zweiten Weltkriegs gewesen sein dürfte, die die amerikanischen Kautschukerzeuger dazu veranlaßte, erfolgversprechende Forschungsprojekte zunächst nicht durchzuführen und bis zu einem, für die Friedenszeit erwarteten Politikwechsel zurückzuhalten.

Von der Qualität des während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland produzierten Synthesekautschuks waren die amerikanischen Untersuchungsteams weitaus weniger beeindruckt als von den Inventionen der I. G. Farben Forschungslaboratorien. Bemängelt wurden in erster Linie die Zähigkeit und Härte des deutschen BUNA S, die den an den weicheren Naturkautschuk gewöhnten Verarbeitern erhebliche technische Probleme bei der Reifenproduktion bereiteten³6. Die Vorgehensweise der Amerikaner, BUNA S durch die Zugabe schwefelhaltiger Weichmacher für die nachfolgende Verarbeitungsstufe vorzubereiten, war der deutschen Methode des "Thermischen Abbaus" sowohl in technologischer als auch in ökonomischer Hinsicht überlegen. Da diese Invention aber ihrerseits bereits 1937 von I. G. Farben-Wissenschaftlern in Leverkusen entwickelt worden war, kann auch dieser Rückstand nicht auf technologische Unterlegenheit zurückgeführt werden³7. Statt dessen wird im folgenden versucht, die unterschiedliche Kundenorientierung der deutschen und amerikanischen BUNA S Produzenten durch deren unterschiedliche Marktstellung zu erklären.

2. Der Einfluß der staatlichen Nachfragepolitik auf die deutsche und amerikanische Synthesekautschukindustrie

Entscheidung unter Unsicherheit: Die Auswahl der BUNAS Technologie

Ein Unternehmen, das darüber nachdachte, ein kostspieliges Forschungsprogramm zur Entwicklung eines Synthesekautschuks zu initiieren, handelte unter großer ökonomischer Unsicherheit. Ohne zu wissen, ob, wie und zu welchen Kosten Synthesekautschuk produziert werden kann, mußte es abschätzen, ob dieses Produkt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen mit Naturkautschuk konkurrieren konnte. Nur



³⁶ Vgl. R.L. Bebb/L.B. Wakefield, German Synthetic-Rubber Developments, in: Whitby (Hrsg.), Synthetic Rubber, S. 952.

³⁷ Vgl. Peter J. T. Morris, Synthetic Rubber: Autarky and War, in: Ders./Susan T. I. Mossman (Hrsg.), The Development of Plastics, Cambridge 1994, S. 58.

wenn diese Frage zunächst einmal bejaht wurde, war es sinnvoll, ein bestimmtes Forschungsprogramm auszuwählen. Führte dieses Forschungsprogramm dann tatsächlich zu einer konkreten Synthesekautschukinvention, rückte das Problem der ökonomischen Unsicherheit auf Basis einer nun erweiterten Informationsmenge erneut in den Vordergrund. Jetzt galt es in einer auf die spezielle Invention zugeschnittenen Bewertung zu entscheiden, ob der entwickelte Synthesekautschuk hinsichtlich Qualität, Anwendungsbreite und Preis dem Wettbewerb mit Naturkautschuk gewachsen war. Erst wenn auch diese Frage mit hinreichender Sicherheit zu bejahen war, konnte man an den Aufbau von Produktionskapazitäten und die Vermarktung des Synthesekautschuks denken.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientierten sich die potentiellen Synthesekautschukerzeuger bei der Beurteilung der Marktchancen ihres Produkts in erster Linie am Preis des auf den südostasiatischen Plantagen erzeugten Substituts. Je höher der gegenwärtige und der erwartete zukünftige Preis für Naturkautschuk, desto eher waren die Unternehmen bereit, das Wagnis einzugehen, in die Entwicklung von Synthesekautschuk zu investieren. Diesen einfachen Zusammenhang zeigt Schaubild 1, in dem für den Zeitraum von 1920 bis 1942 die Entwicklung des New Yorker Marktpreises für Naturkautschuk und der im Rahmen ihres Synthesekautschukprogramms getätigten Forschungsausgaben der I. G. Farben abgetragen sind.

Der Fall der Naturkautschukpreise nach dem Ende des Ersten Weltkriegs veranlaßte die Engländer, in ihren südostasiatischen Kolonien zum 1. November 1922 den sogenannten Stevenson-Plan einzuführen, der zum Zwecke der Preisstabilisierung die Menge des zu exportierenden Kautschuks auf 60 Prozent des Exportvolumens von 1920 beschränkte. Auf den im Jahr 1924 erneut sinkenden Preis reagierte man mit einer zusätzlichen Verknappung des Angebots auf nunmehr 50 Prozent der Referenzmenge³⁸. Diese Maßnahme schoß jedoch über das Ziel hinaus, da sie im Zusammenspiel mit einer stark anwachsenden Nachfrage den Marktpreis des Naturkautschuks auf einen Höchststand von 72,5 cents je pound emporkatapultierte, wodurch die Chemieunternehmen erstmals die Auffassung gewannen, daß es möglich sein könnte, einen im Preiswettbewerb konkurrenzfähigen Synthesekautschuk zu entwickeln. So entschloß sich im Jahr 1926 der Vorstand der gerade gegründeten I.G. Farbenindustrie AG die Synthesekautschukforschung, die von Bayer nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund des niedrigen Naturkautschukpreises aufgegeben worden war, wieder aufzunehmen³⁹. Das amerikanische Chemieunternehmen Du Pont hatte diese Entscheidung bereits ein Jahr zuvor gefällt. Tatsächlich ließen Synthesekautschukinventionen nicht lange auf sich warten. Die I.G. Farben entwickelte nacheinander im Jahr 1929 BUNAS auf Basis von Butadien und Styrol und im Jahr 1930 BUNAN als Mischpolymerisat aus Butadien und Acrylnitril. Du Pont folgte 1931 mit Duprene⁴⁰. Schließlich gelang es 1937 der amerikanischen Standard Oil Development Company auf



³⁸ Vgl. Morris, Acetylene Chemistry, S. 153.

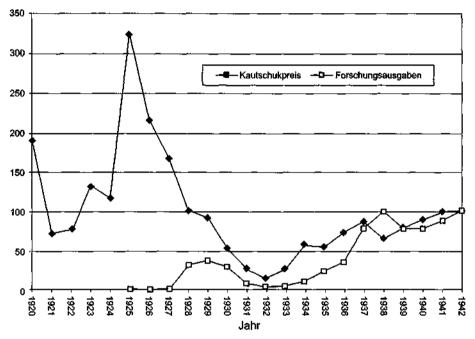
³⁹ Vgl. Hölscher, Kautschuke, S. 25 f.

⁴⁰ Vgl. Morris, Autarky, S. 56.

Grundlage der von den I.G. Farben erhaltenen technologischen Informationen einen Synthesekautschuk aus Butadien und Isobutylen zu vulkanisieren⁴¹.

Während aber die Früchte der Synthesekautschukprogramme noch reiften, wurde ihr ökonomischer Nutzen bereits wieder in Frage gestellt, da infolge der Weltwirtschaftskrise der Marktpreis des Naturkautschuks bis auf ein Minimum von nur noch 3.4 cents je pound im Jahr 1932 fiel. Auf absehbare Zeit schien Synthesekautschuk unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mit Naturkautschuk konkurrieren zu können.

Schaubild 1. Entwicklung des New Yorker Marktpreises für Naturkautschuk (1942=100)¹ und der Ausgaben der I.G. Farben für die Synthesekautschukforschung (1942=100)²



New York price for plantation ribbed smoked rubber, cents/pound. 1913, 1920-1922: Gottfried Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Berlin 1990, S. 341, 349. 1923-1942: Frank Howard, Buna Rubber. The Birth of an Industry, New York 1947, S. 8.
 Peter J.T. Morris, The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft 1926-1945, unveröffentlichte Dissertation, Oxford 1982 (vorhanden in: BASF Unternehmensarchiv unter Nr. 941), Werte aus Schaubild auf S. 158 abgelesen.

Jedoch wandelte sich in Deutschland die Situation nach der Machtergreifung der NSDAP erneut. Angesichts der nationalsozialistischen Autarkiepolitik beurteilte die I.G. Farben die Marktchancen ihrer Synthesekautschukinventionen nicht mehr allein auf Grundlage des Marktpreises des Naturkautschuks, sondern zunehmend auch nach der Wahrscheinlichkeit, mit der zu erwarten war, daß der Staat Preis- und Abnahmegarantien für Synthesekautschuk gewähren würde. So bewog die Ankündi-



⁴¹ Vgl. Howard, Buna Rubber, S. 55f.

gung der Reichswehr im Jahr 1933, an einem Synthesekautschuk für die Reifenherstellung interessiert zu sein, die I.G. Farben trotz weiterhin niedriger Naturkautschukpreise, ihre Forschungssubventionen in diesem Bereich wieder zu erhöhen.

Gleichwohl verweigerte sich die I.G. Farben zunächst standhaft dem seit 1934 immer stärker werdenden Drängen der Nationalsozialisten, die industrielle Produktion von Synthesekautschuk aufzunehmen⁴². Wie ist dieses Zögern zu erklären? Natürlich mußte der Chemiekonzern angesichts der Preisentwicklung auf dem Naturkautschukmarkt damit rechnen, daß sich der kostspielige Aufbau von Produktionskapazitäten für Synthesekautschuk im Falle eines Ausbleibens der staatlichen Nachfrage als erhebliche Fehlinvestition erweisen könnte. Dieses Argument ließe sich aber auch für die Herstellung von synthetischem Treibstoff anführen, was die I.G. Farben in diesem Fall jedoch nicht daran hinderte, bereits am 14. Dezember 1933 mit dem Reich den Aufbau einer industriellen Anlage zur Erzeugung von Synthesebenzin zu vereinbaren⁴³. Die Zurückhaltung der I.G. Farben ist daher wohl eher auf die Befürchtung zurückzuführen, durch ein zu frühzeitiges Festlegen auf eine bestimmte Synthesekautschukart längerfristig auf das falsche Pferd zu setzen und dadurch gegenüber Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten.

Jede Entscheidung zugunsten der Produktion einer bestimmten Synthesekautschukart war nämlich zumindest mittelfristig irreversibel, da sie mit spezifischen Investitionen in Sach- und Humankapital verbunden war, die bei einem Überwechseln zu einer Produktionsalternative nicht genutzt werden konnten. Somit war die Entscheidung für eine bestimmte Synthesekautschukart immer auch eine Entscheidung gegen ihre bereits bekannten Alternativen. Hinzu kam, daß sich nach Aufnahme der Produktion auch die weiteren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zwangsläufig stärker auf das ausgewählte Produkt konzentrieren würden, so daß die Entdeckung bisher unbekannter Synthesekautschukvarianten außerhalb des nun verengten Blickwinkels unwahrscheinlicher würde. Dieses "Lock-in"44 in ein bestimmtes Produktions- und Forschungsprogramm kann zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil werden, wenn sich im weiteren Verlauf eine der nicht gewählten Alternativen oder die Neuentwicklung eines Konkurrenten als das überlegene Produkt herausstellt und eine Anpassung der Produktion kurzfristig nicht oder nur zu erneut hohen Eintrittskosten möglich ist. Die Möglichkeit, erst durch eine ex post zu erkennende Fehlentscheidung auf einen ungünstigen Entwicklungspfad festgelegt zu werden, erklärt, warum die I.G. Farben die Aufnahme der Synthesekautschukproduktion aufschob und zunächst alle verfügbaren Alternativen sorgfältig prüfte.

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁴² Vgl. Plumpe, Farbenindustrie, S. 359 f.

⁴³ Vgl. Leuna-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Ammoniakwerk Merseburg GmbH vom 14. Dezember 1933, in: BASF-Archiv Ludwigshafen, Akte PIER 83.

⁴⁴ Vgl. Brian W. Arthur, Competing Technologies, Increasing Returns, and Lock-in by Historical Events, in: Economic Journal 99 (1989), S. 116–131; Paul A. David, Clio and the Economics of Qwerty, in: American Economic Review 75 (1985), S. 332–337.

Ihre Hoffnungen konzentrierten sich zunächst auf den Synthesekautschuk Duprene von Du Pont, der auf Basis von Chlor kostengünstiger zu produzieren war als die hauseigenen BUNA Varianten. Es zeigte sich aber, daß sich Duprene aufgrund mangelnder Härte nicht zur Reifenherstellung eignete. Danach wurde BUNA N favorisiert. Im Jahr 1935 ergaben jedoch Tests, daß nach dem damaligen Wissensstand funktionstüchtige Fahrzeugreifen nicht ausschließlich aus BUNA, sondern nur aus einer Mischung aus BUNA und Naturkautschuk erzeugt werden konnten. Da es wiederum nicht möglich war, BUNA N mit Naturkautschuk zu verbinden, schied auch diese Alternative als Reifenwerkstoff aus45. Gegen die verbleibende Alternative BUNAS sprach, daß sich im Jahr 1935 noch keine Lösung für ein technisches Problem abzeichnete: Dieser vergleichsweise harte Synthesekautschuk war nicht auf den herkömmlichen Maschinen der Reifenhersteller zu verarbeiten. Unter diesen Umständen mochte es den Entscheidungsträgern der I.G. Farben ratsam erscheinen, auf die industrielle Produktion von Synthesekautschuk vorerst zu verzichten, und statt dessen mittels weiterer Forschungs- und Entwicklungsprojekte nach einem geeigneteren Synthesekautschuk zu suchen. Gleichwohl entschloß man sich, dem Drängen des Staates nachzugeben und sich auf die Produktion von BUNA S festzulegen⁴⁶.

In ihren Bemühungen, das ökonomische Risiko einer industriellen Synthesekautschukproduktion zu verringern, beschränkte sich die I.G. Farben nicht auf Verhandlungen mit dem nationalsozialistischen Staat. Vielmehr versuchte das traditionell exportorientierte Unternehmen während der dreißiger Jahre, US-amerikanische Reifenhersteller als Abnehmer der BUNA Marken zu gewinnen⁴⁷. Dieses Vorhaben scheiterte unter anderem deshalb, weil zu diesem Zeitpunkt in der amerikanischen Industrie offensichtlich die Meinung vorherrschte, daß die Qualität der aus Synthesekautschuk hergestellten Produkte nicht an die der aus Naturkautschuk produzierten Güter heranreichte⁴⁸. Letztendlich war es aber der niedrige Marktpreis des Naturkautschuks, der die amerikanischen Produzenten dazu bewog, vor der Produktion oder Verarbeitung von BUNAS zurückzuschrecken⁴⁹. Im Gegensatz zu der I.G. Farben waren die amerikanischen Unternehmen nicht bereit, eigene Mittel in



⁴⁵ Vgl. Morris, Acetylene Chemistry, S. 176 ff.

⁴⁶ Den hierbei auftretenden Zwiespalt verdeutlichen die Äußerungen von Fritz ter Meer im September 1935: "Mein Standpunkt in der Angelegenheit ist Ihnen bekannt. Ich hätte gerne noch eine gewisse ruhige Weiterentwicklung des ganzen Problems im Versuchsstadium bei unseren einzelnen Werken gesehen und zwar sowohl zwecks weiterer Ausbildung der einzelnen Fabrikationsphasen und Förderung der Verarbeitungsseite. [...] [Aber:] Ich halte [...] eine weiter ablehnende Haltung nicht für zweckmaßig, wenn die Militärbehörden das Verlangen auf Errichtung einer ersten Anlage in Mitteldeutschland stellen und die Erzeugung abzunehmen sich stark machen." Zit. nach Plumpe, Farbenindustrie, S. 366.

⁴⁷ Vgl. Dunbrook, Historical Review, S. 40.

⁴⁸ Diese Einschätzung wird beispielsweise durch das Verhalten von Du Pont belegt, das seinen Synthesekautschuk Duprene im Jahr 1936 in Neoprene umbenannte, um hierdurch zu verhindern, daß sich dessen negatives Image auf das gesamte Unternehmen übertrug. Vgl. Morris, Autarky, S. 50.

⁴⁹ Vertreter der Standard Oil Development Company erläuterten diese Auffassung der Industrie auf einem Treffen des Munition Boards vom 16.11. 1939: "This Company cannot afford to develop BUNA S on a large scale since there is little or no commercial market. Buna S is believed to be

Jochen Streb

384

den Aufbau von Produktionskapazitäten für Synthesekautschuk zu investieren. Daher bedurfte es in den USA nicht nur staatlicher Preis- und Abnahmegarantien, sondern zusätzlich der staatlichen Finanzierung der Produktionsanlagen, um die privaten Unternehmen zur Aufnahme der BUNAS Produktion zu bewegen⁵⁰.

Amerikanische Selbstkosten - versus deutsche Festpreisverträge

In Abschnitt 1 wurde gezeigt, daß die im deutschen Werk Schkopau erzielten Kostensenkungen primär auf innerbetriebliche Effizienzsteigerungen zurückzuführen waren, während die Kostensenkungen in den amerikanischen Unternehmen vorrangig durch den exogenen technologischen Wandel in der Butadienerzeugung verursacht wurden. In folgendem Abschnitt wird nun untersucht, ob dieser empirische Befund durch Unterschiede in der jeweiligen Ausgestaltung der staatlichen Nachfragepolitik erklärt werden kann.

Für die staatliche Auftragsvergabe stehen traditionellerweise zwei Standardvertragstypen, der Festpreis- und der Selbstkostenvertrag, zur Verfügung⁵¹. Beim Festpreisvertrag werden die Abnahmepreise zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und damit unabhängig von den ex post beobachtbaren Produktionskosten festgelegt. Während der Preisverhandlungen hat ein Synthesekautschukerzeuger daher die Möglichkeit, durch falsche Angaben über die nur ihm bekannten Produktionskosten hohe Abnahmepreise durchzusetzen und Informationsrenten zu erzielen. Aus diesem Grund werden durch den Festpreisvertrag diejenigen Unternehmen ökonomisch begünstigt, die den staatlichen Auftraggeber erfolgreich täuschen⁵². Diese unerwünschte Entwicklung kann durch Verwendung eines Selbstkostenvertrages vermieden werden, bei dem die Abnahmepreise erst bei Lieferung auf Grundlage der ex post beobachtbaren Produktionskosten festgelegt werden. Da dem Unternehmen bei dieser Vertragsform alle angefallenen Kosten erstattet werden, bietet der Selbstkostenvertrag allerdings keine Anreize, durch Erhöhung der innerbetrieblichen Effizienz die Produktionskosten nach Vertragsabschluß zu senken53. Die jeweiligen Vorund Nachteile beider Vertragsformen sind unter Berücksichtigung des vorherrschenden staatlichen Zielsystems gegeneinander abzuwägen. Dominiert die technologiepolitische Zielsetzung, längerfristig einen im Preiswettbewerb mit Naturkautschuk konkurrenzfähigen Synthesekautschuk zu erhalten, ist der Festpreisvertrag dem

the best known rubber substitute for tire manufacture. The price of natural rubber in normal times deters extensive development of this substitute." Zit. nach Howard, Buna Rubber, S. 95 f.

51 Siehe Jean-Jacques Laffont/Jean Tirole, A Theory of Incentives in Procurement and Regulation, Cambridge/Mass./London 1993.

53 Vgl. Kenneth J. Arrow, Essays in the Theory of Risk-Bearing, Amsterdam 1970.



⁵⁰ Längerfristig erwiesen sich die in der Nachkriegszeit entwickelten Synthesekautschukinnovationen der Konkurrenz des Naturkautschuks durchaus gewachsen. So wurde im Jahr 1964 erstmals unter marktwirtschaftlichen Bedingungen mehr als die Hälfte des Weltbedarfs an Kautschuk mittels Synthesekautschuk gedeckt. Vgl. Hölscher, Kautschuke, Zeittafel.

⁵² Vgl. George A. Akerlof, The Market for "Lemons": Quality Uncertainty and the Market Mechanism, in: Quarterly Journal of Economics 84 (1970), S. 488-500.

Selbstkostenvertrag vorzuziehen. Welche technologiepolitischen Auswirkungen entfalteten nun die während des Zweiten Weltkriegs tatsächlich zwischen Synthesekautschukerzeuger und Staat vereinbarten Beschaffungsverträge?

In Deutschland bildete zunächst der zum Zwecke des Aufbaus des BUNA-Werkes Schkopau im Sommer 1937 abgeschlossene Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der I.G. Farbenindustrie AG die rechtliche Grundlage für Produktion und Absatz von BUNA S54. Gemäß Paragraph 8 dieses Vertrages wurde der Aufbau der Produktionskapazitäten für 24000 Jahrestonnen Synthesekautschuk ungefähr zu einer Hälfte aus eigenen Mitteln der I.G. Farben und zur anderen Hälfte durch ein zu fünf Prozent zu verzinsendes Reichsdarlehen finanziert. Durch ihre Bereitschaft, Eigenmittel für den Kapazitätsaufbau aufzuwenden, signalisierte die I.G. Farben eine im Grundsatz positive Einschätzung der zukünftigen Marktchancen von Synthesekautschuk. Der Absatz des Synthesekautschuks sollte direkt an die Kautschuk verarbeitende Industrie erfolgen. Allerdings war zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch keine Lösung für das Problem gefunden, daß BUNAS wegen seiner vergleichsweisen Härte auf den vorhandenen Maschinen nicht zu Fahrzeugreifen verarbeitet werden konnte. Aufgrund dieser technologischen Unsicherheit vereinbarten die Vertragspartner in Paragraph 9, daß das Reich gegebenenfalls die gesamte Jahresproduktion von bis zu 30000 Tonnen übernehmen würde. Unabhängig davon, ob die I.G. Farben ihre BUNA Produktion an private Unternehmer oder an den Staat absetzte, garantierte das Reich in Paragraph 10 einen kostendeckenden Preis. Dieser Garantiepreis berücksichtigte neben den zurechenbaren Produktionskosten auch Abschreibungen und die Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Zusätzlich erhielt die I.G. Farben laut Paragraph 4 je Mengeneinheit BUNA eine Vergütung für abgeschlossene und laufende Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf dem Gebiet des Synthesekautschuks. Unterschritt der im Handel mit den Kautschukverarbeitern tatsächlich erzielte Preis den Garantiepreis, wurde der Minderbetrag vom Reich erstattet. Im umgekehrten Fall mußte die I.G. Farben den Mehrerlös an das Reich abführen. Der jeweils gültige Garantiepreis sollte auf Grundlage der Buchführungsergebnisse des Werkes Schkopau in einer Vorkalkulation immer auf ein halbes Jahr festgesetzt und danach gegebenenfalls veränderten Produktionskosten angepaßt werden. Insoweit schufen die Vereinbarungen zwischen Reich und I.G. Farben einen Selbstkostenvertrag. Um den Betreibern des BUNA-Werkes gleichwohl einen Anreiz zur Kostensenkung zu geben, wurde dieser Selbstkostenvertrag durch die in Paragraph 11 eingeführte Ersparnisprämie in Richtung eines einfachen Anreizvertrages modifiziert55. Die I.G. Farben sollte 10 Prozent aller auf innerbetriebliche Maßnahmen zurückzuführenden Kosteneinsparungen als zusätzlichen Gewinn erhalten.



⁵⁴ In: Hoechst Archives Frankfurt a.M., TEA Akten 1446-1457.

⁵⁵ Zu den verschiedenen Formen von Beschaffungsverträgen in der nationalsozialistischen Rüstungswirtschaft siehe Jochen Streb/Sabine Streb, Optimale Beschaffungsverträge bei asymmetrischer Informationsverteilung. Zur Erklärung des nationalsozialistischen "Rüstungswunders" während des Zweiten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 118 (1998), S. 275–294.

386

Nach der im Jahr 1938 erfolgten Entdeckung des "Thermischen Abbaus" von BUNAS reduzierte sich die ökonomische Unsicherheit der I.G. Farben erheblich, da hiermit der gesicherte Absatz von Synthesekautschuk an die Reifenproduzenten des durch Devisenbewirtschaftung und Naturkautschukzölle geschützten deutschen Marktes gewährleistet schien. Folgerichtig verzichtete die I.G. Farben bei allen nachfolgenden Vereinbarungen über den Aufbau zusätzlicher Produktionskapazitäten auf staatliche Preis- und Absatzgarantien⁵⁶. Dies bedeutete nicht, daß der Chemiekonzern nunmehr als monopolistischer Anbieter von Synthesekautschuk die Höhe des BUNAS Preises frei wählen konnte. Über die Höhe des Preises von neuen, bisher nicht gehandelten Gütern wie BUNAS entschied nämlich der Reichskommissar für Preisbildung, der darüber hinaus die Aufgabe hatte, Preissenkungen für kriegsnotwendige Güter durchzusetzen57. Tatsächlich wurde auf Druck des Reichskommissars für Preisbildung der Preis eines Kilogramms BUNAS von 4 RM im Jahr 1937 über 3 RM in den Jahren 1938 und 1939 auf 2,30 RM ab 1940 verringert. Für das Jahr 1942 war eine weitere Preisreduzierung auf 1,75 RM je Kilogramm BUNAS vorgesehen, die dann aber aufgrund der hohen Baukosten von BUNA IV in Auschwitz nicht durchgeführt wurde⁵⁸. Faktisch lieferte die I.G. Farben ihren Synthesekautschuk somit auch an die privaten Nachfrager zu staatlich verordneten und im Zeitablauf sinkenden Festpreisen.

In den USA erfolgte die Regulierung der Synthesekautschukproduktion mittels Pacht- und Betreiber-Verträgen, die jeweils als bilaterale Vereinbarung zwischen zuständiger staatlicher Behörde und privatem Kautschukverarbeiter ausgehandelt wurden⁵⁹. In den "Agreements of Lease" verpflichteten sich die privaten Unternehmen, die geplanten Synthesekautschukfabriken so schnell wie möglich zu errichten und mit den notwendigen Maschinen auszustatten. Durch die vollständige Finanzierung dieses Kapazitätsaufbaus erwarb die staatliche Defense Plant Corporation das Eigentum an den neuen Produktionsanlagen. Diese wurden den Kautschukverarbeitern auf zunächst fünf Jahre für die symbolische Summe von einem Dollar jährlich verpachtet.

Der eigentlichen Synthesekautschukproduktion widmeten sich die "Plant Operating Agreements", die als Selbstkostenverträge ausgestaltet waren. Die privaten Unternehmen produzierten BUNAS im Auftrag und auf Risiko der staatlichen Rubber Reserve Company. Zur Deckung der eher weit gefaßten Produktionskosten,

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁵⁶ Vgl. Plumpe, Farbenindustrie, S. 347 ff.

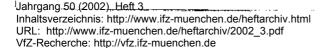
⁵⁷ Grundsätzliches Ziel der nationalsozialistischen Preispolitik war es, die freien Marktpreise durch staatlich vorgegebene, sogenannte "volkswirtschaftlich gerechtfertigte" Preise zu ersetzen, die, unter der Nebenbedingung, den privaten Unternehmern eine kostendeckende Produktion zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren in die staatlich gewünschte Verwendung steuern sollten. Vgl. Hans Seischab, Kalkulation und Preispolitik, o.O. 1944, S. 5.

⁵⁸ Vgl. Morris, Acetylene Chemistry, S. 229.

⁵⁹ Vgl. Appendix XXIII "Agreement of Lease" und Appendix XXVII "Typical Copolymer Plant Operating Agreement" in: The Government's Rubber Projects. Diese Anhänge wurden nur dem Originalmanuskript beigefügt und werden in dem National Archives Washington/DC, Entry 26, Administrative Histories of the RFC's Wartime Programs, Location 570, 65:33:7/Box 16, aufbewahrt.

die zum Beispiel auch Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Aufwendungen für die Ausbildung neuer Arbeitskräfte mit einschlossen, unterhielt die Rubber Reserve Company für jeden Betreiber ein Bankguthaben, über das dieser frei verfügen konnte. Dieses öffnete den Synthesekautschukerzeugern die Möglichkeit, ihre jeweils anfallenden Produktionskosten in voller Höhe und ohne zeitliche Verzögerung aus staatlichen Mitteln finanzieren zu können⁶⁰. Zusätzlich bekamen die privaten Unternehmen eine in Abhängigkeit von der produzierten Gesamtmenge abnehmende staatliche Vergütung je Mengeneinheit BUNA S⁶¹. Ihrerseits verkaufte die Rubber Reserve Company BUNA S zu 18,5 cents je pound für zivile Verwendungszwecke und zu 36 cents je pound bei militärischem Bedarf. Diese Absatzpreise waren nicht kostendeckend und resultierten bis Mitte 1945 in einem staatlichen Verlust von insgesamt 220,5 Millionen US-Dollar. Der Preis für Naturkautschuk wurde während des Zweiten Weltkriegs auf 22,5 cents je pound festgesetzt⁶².

Um die Planungsphase des Kapazitätsaufbaus zu verkürzen und den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Werken zu erleichtern, beschloß man, daß die sieben am Regierungsprogramm beteiligten Unternehmen BUNAS nach einem einheitlichen Rezept in möglichst identischen "Standardfabriken" produzieren sollten⁶³. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen wäre es möglich gewesen, durch eine Modifizierung der Beschaffungsverträge eine sogenannte "Yardstick competition" 64 zu etablieren, von der erheblich stärkere Anreize zur Kostensenkung ausgegangen wären als von den tatsächlich verwendeten Selbstkostenverträgen. Voraussetzung für die "Yardstick competition" ist, daß wie im Falle der amerikanischen Synthesekautschukproduktion ein vom Staat benötigtes Gut von mindestens zwei verschiedenen Unternehmen unter vergleichbaren Produktionsbedingungen erzeugt wird. Unter diesen Umständen kann der Staat mit jedem dieser Unternehmen vereinbaren, daß es bei Lieferung einen Abnahmepreis erhält, dessen Höhe sich nicht wie beim Selbstkostenvertrag an den eigenen Produktionskosten, sondern nur an den durchschnittlichen Herstellungskosten aller anderen Unternehmen orientiert. Wenn es dem Unternehmen gelingt, seine Produktionskosten unter den Durchschnitt der Industrie zu senken, erzielt es einen zusätzlichen Gewinn. Im umgekehrten Fall erleidet es einen Verlust und muß bei einem längerfristigen Versagen seiner kostensenkenden Maßnahmen den Konkurs befürchten. Letztere Möglichkeit mag die Anwendung einer Form der "Yardstick competition" im amerikanischen Synthesekautschukprogramm verhindert haben. Da der amerikanische Staat während des





⁶⁰ Über die Rechtmäßigkeit dieser Ansprüche wurde dann nachträglich alle sechs Monate anhand der Buchführungsunterlagen entschieden.

⁶¹ Diese verringerte sich ausgehend von 0,9 cents je pound in Schritten von 15000 long tons BUNA S über 0,75 cents, 0,6 cents, 0,5 cents und 0,4 cents auf schließlich 0,3 cents je pound ab 75000 long tons Jahresproduktion.

⁶² Vgl. The Government's Rubber Projects, S. 520 f.

⁶³ Vgl. Livingston/Cox, Manufacture, S. 178.

⁶⁴ Vgl. Andrei Shleifer, A Theory of Yardstick Competition, in: Rand Journal of Economics 16 (1985), S. 319-327.

Zweiten Weltkriegs auf keinen Erzeuger von BUNAS verzichten konnte, wäre seine Drohung, den Konkurs ineffizienter Unternehmen hinzunehmen, nicht glaubwürdig gewesen. Die Verwendung der statt dessen eingesetzten Selbstkostenverträge erklärt, warum sich die amerikanischen Synthesekautschukerzeuger weniger um Kosteneinsparungen bemühten als die unter den Bedingungen eines Festpreisvertrages wirtschaftende I. G. Farben.

Glaubt man den zeitgenössischen Beobachtern, so gab es gleichwohl einen intensiven Wettbewerb zwischen den verschiedenen amerikanischen Synthesekautschukwerken, die ihre relative Überlegenheit allerdings nicht durch Kostensenkungen, sondern durch eine schnelle Erhöhung der Produktionsmenge zu demonstrieren suchten. Manche Autoren führen dieses Verhalten auf "Wartime patriotism" zurück⁶⁵. Hier wird hingegen die Auffassung vertreten, daß die weiterhin vorherrschende ökonomische Unsicherheit der Synthesekautschukproduzenten als die dominierende Ursache der beobachteten Bemühungen um Produktionssteigerungen zu deuten ist. Angesichts der negativen Einschätzung der zukünftigen Marktchancen des Synthesekautschuks mußte nämlich damit gerechnet werden, daß nach Beendigung des Krieges und der vollständigen Wiederherstellung der Handelsverbindungen zu den südostasiatischen Kautschukplantagen der Umfang der amerikanischen Synthesekautschukkapazitäten zumindest erheblich reduziert werden würde.

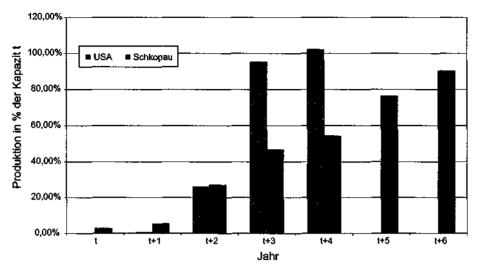
Somit mußte es dem Management und den Beschäftigten eines Synthesekautschukwerkes zur längerfristigen Sicherung ihrer Positionen und Arbeitsplätze unabdingbar erscheinen, sich gegenüber den anderen Fabriken positiv hervorzuheben. In einer Atmosphäre der Furcht vor einer kriegsentscheidenden Unterversorgung mit Kautschuk, in der die Höhe der Produktionskosten eine nur sehr untergeordnete Rolle spielte, war der beste Weg hierzu, mit den überall ähnlichen Produktionsanlagen größere Mengen von BUNAS hochwertiger Qualität zu erzeugen als die Konkurrenten.

Schaubild 2 zeigt die Entwicklung der BUNAS Produktionsmenge in der amerikanischen Synthesekautschukindustrie und im deutschen Werk Schkopau in Prozent der ex ante vorgegebenen Produktionskapazitäten. Dabei werden bei der amerikanischen Produktion nicht wie in Schkopau die ersten sieben, sondern nur die ersten fünf Produktionsjahre betrachtet, da danach aufgrund des Kriegsendes tatsächlich eine Reihe von Synthesekautschukwerken stillgelegt und die Erzeugung gedrosselt wurde. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Produktionsanlage in Schkopau nur schrittweise auf letztendlich 75000 Jahrestonnen BUNAS erweitert wurde und in der USA von Anfang an eine Gesamtjahreskapazität von 705000 long tons geplant war, bleibt auffällig, daß sich die amerikanische Erzeugung in wesentlich kürzerer Zeit bis hin zur Kapazitätsgrenze steigerte. Dieser empirische Befund stützt die Vermutung, daß in der USA aufgrund des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Synthesekautschukproduzenten die Anreize zur Produktionsmengenerhöhung stärker waren als in Deutschland.

⁶⁵ Siehe Morris, American Synthetic Rubber, S. 50; Herbert/Bisio, Synthetic Rubber, S. 95.



Schaubild 2. Die Entwicklung der BUNAS Produktionsmenge in Prozent der ex ante vorgegebenen Kapazität in der amerikanischen Synthesekautschukindustrie (1941–1945) und im deutschen Werk Schkopau (1937–1943)¹



1 Für Schkopau ist t≈1937, für die USA ist t≈1941. Die Kapazität beträgt in Schkopau 75 000 Tonnen im Jahr, in den USA 705 000 long tons. Zu den Produktionsmengen vgl. R. F. Dunbrook, Historical Review, in: G. Stafford Whirby (Hrsg.), Synthetic Rubber, New York/London 1954, S. 52 f.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die staatliche Nachfragepolitik die Synthese-kautschukerzeuger in den USA mittels Selbstkostenverträgen in erster Linie zu Produktionssteigerungen und in Deutschland durch die Vorgabe von wirtschaftlichen Bedingungen, die einen Festpreisvertrag simulierten, eher zu Kostensenkungen motivierte.

 Der Einfluß der staatlichen Patent- und Wettbewerbspolitik auf die deutsche und die amerikanische Synthesekautschukindustrie

Amerikanischer Informationsaustausch versus deutscher Patentschutz

Der US-amerikanische Staat investierte von 1943 bis 1955 55,6 Millionen US-Dollar in die Synthesekautschukforschung⁶⁶. Die I.G. Farben setzte von 1927 bis 1944 insgesamt etwa 73,1 Millionen Reichsmark für ihre verschiedenen Synthesekautschuk-



⁶⁶ Vgl. Morris, American Synthetic Rubber, S. 53. Unter den geförderten Institutionen befanden sich bis Juni 1949 24 Industrieunternehmen sowie 19 Universitäten und vier Forschungsinstitute, wobei etwa 60 % der bis dahin gewährten Mittel in Höhe von 23 Millionen US-Dollar an die privaten Unternehmen flossen. Vgl. Synthetic Rubber Recommendations, S. 117 f.

programme ein⁶⁷. Diese Summe entsprach, je nach dem, welcher der oben diskutierten Wechselkurse zugrundegelegt wird, einem Wert zwischen 7,3 und 29,2 Millionen US-Dollar. Angesichts dieser Zahlen erscheinen die Forschungsaktivitäten der I.G. Farben wesentlich effizienter als die des amerikanischen Synthesekautschukprogramms. In Deutschland wurden nämlich mit einem geringeren finanziellen Aufwand als in den USA nicht nur die BUNA Kautschuke zur Marktreife geführt, sondern auch die technologischen Grundlagen für die Synthesekautschukinventionen "Cold rubber", "Oil-extended rubber" und "synthetischer Naturkautschuk" erarbeitet, während in den USA nach der erfolgreichen Imitation von BUNAS die Entwicklung zunächst stagnierte. Wie ist das erhebliche Effizienzgefälle zu erklären? Zur Beantwortung dieser Frage soll im folgenden untersucht werden, wie die jeweilige Patentpolitik des amerikanischen und des deutschen Staats in Verbindung mit den jeweils vorherrschenden Wettbewerbsbedingungen die Rentabilität der über den Vorkriegswissensstand hinausführenden Synthesekautschukforschung beeinflußte. Ein Synthesekautschukerzeuger wird nämlich nur dann in zusätzliche riskante Forschungsprogramme investieren, wenn für den Fall einer erfolgreichen Innovation die zu erwartenden Gewinne groß genug sind, um die Kosten der vorangegangenen Projekte, auch der gescheiterten, zumindest abzudecken.

Die Betonung patentrechtlicher Innovationsanreize mag den Einwand herausfordern, daß der Patentschutz für ein innovatives Unternehmen nur eine Möglichkeit unter vielen ist, sich ausreichender Gewinne zu versichern. Levin und seine Mitarbeiter befragten in einer empirischen Untersuchung amerikanische Unternehmen, welche Faktoren es ihnen vorrangig ermöglichen, sich trotz drohender Imitationen durch Konkurrenten überdurchschnittlich hohe Innovationsgewinne anzueignen. Vertreter der chemischen Industrie gaben hierauf an, daß insbesondere in den Bereichen der organischen Chemie und der Kunststoffe, zu denen auch die Synthesekautschuke zählen, Patente das effektivste Mittel zur Sicherung von Innovationsgewinnen seien68. Dieses Ergebnis überrascht nicht. Einerseits ist es relativ einfach, für neuartige Moleküle Patente zu erlangen und Patentverletzungen vor Gericht einzuklagen. Andererseits können diese Innovationen, sofern sie nicht durch Patente geschützt sind, vergleichsweise schnell von Konkurrenten analysiert und dupliziert werden. Es ist daher plausibel anzunehmen, daß auch in unserem Betrachtungszeitraum die Bereitschaft der Synthesekautschukerzeuger, nach Innovationen zu suchen, erheblich sank, wenn es nicht möglich war, durch Patente gewinnmindernde Imitationen zu verhindern.

Solange die I.G. Farben die Nachfrage des Staats nach Synthesekautschuk befriedigte, mußte sie nicht befürchten, daß es in der staatlich gelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft Außenseitern erlaubt würde, eine eigene Synthesekautschukpro-

⁶⁸ Vgl. Richard C. Levin/Alvin K. Klevdrick/Richard R. Nelson/Sidney G. Winter, Appropriating the Returns from Industrial Research and Development, Cowles Foundation for Research in Economics at Yale University Paper Nr. 714 (1989), S. 798.



⁶⁷ Vgl. Morris, Acetylene Chemistry, S. 158.

duktion aufzubauen⁶⁹. Dank dieses durch Patente zusätzlich abgesicherten Synthese-kautschukmonopols konnte sich die I.G. Farben Innovationsgewinne im Rahmen des vom Staat vorgegebenen Preissetzungsspielraums in vollem Umfang aneignen. Bei einer Konzentration auf den kurzfristigen ökonomischen Erfolg hätte gleichwohl die Gefahr bestanden, daß aufgrund des fehlenden Wettbewerbsdrucks die Innovationsbereitschaft des Monopolisten erlahmt wäre. Offensichtlich erwartete die mit langen Planungszeiträumen vertraute I.G. Farben jedoch auf längere Sicht eine Rückkehr zu einer eher marktwirtschaftlich organisierten Weltwirtschaft, in der ihre Synthesekautschuke mit Naturkautschuk und den amerikanischen Entwicklungen würden konkurrieren müssen. Für diesen Fall blieb es auch innerhalb der geschützten Bedingungen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft sinnvoll, Synthesekautschukinnovationen vorzubereiten, die den Konkurrenzprodukten in preislicher und qualitativer Hinsicht zumindest ebenbürtig waren⁷⁰.

Die US-amerikanische Regierung hatte angesichts der unmittelbaren Versorgungskrise während des Zweiten Weltkriegs die Finanzierung der BUNAS Produktionsanlagen und der weiterführenden Synthesekautschukforschung mit dem Ziel übernommen, private Wirtschaft und Militär in kürzester Frist mit einer genügenden Menge eines qualitativ hinreichenden Naturkautschuksubstituts zu versorgen. Unter diesen Rahmenbedingungen sprachen zwei Argumente gegen die Vergabe exklusiver Patentrechte an einzelne Synthesekautschukerzeuger. Erstens wurde dem Ziel einer schnellen Erhöhung von Quantität und Qualität der Synthesekautschukproduktion am besten gedient, wenn neues technologisches Wissen nicht nur dem eigentlichen Entdecker zur Verfügung stand, sondern unmittelbar an alle anderen Unternehmen weitergegeben wurde, ohne daß Lizenzgebühren diesen Informationsfluß hemmten. Zweitens konnte der Staat nur dann darauf hoffen, nach Beendigung des Krieges seine Synthesekautschukkapazitäten an private Betreiber veräußern zu können, wenn deren Nutzung nicht durch die Patentrechte anderer Unternehmen blockiert war. Aufgrund dieser Überlegungen schien die am 3. Juli 1942 mit den Synthesekautschukerzeugern abgeschlossene Vereinbarung über den Austausch von Patenten und technologischen Informationen aus Sicht des amerikanischen Staats wohlbegründet. Man einigte sich darauf, daß jedes der privaten Unternehmen seine die Kautschukproduktion betreffenden Patente auf die Rubber Reserve Company übertrug, die diese im Gegenzug allen am Regierungsprogramm beteiligten Produzenten verfügbar machte. Weder die ursprünglichen Patenteigentümer noch die Rubber Reserve Company erhielten hierfür eine finanzielle Entschädigung. Außerdem wurde ein mit den Synthesekautschukproduzenten besetzter technischer Ausschuß eingerichtet, in dessen Rahmen neue technologische Informationen ausgetauscht



⁶⁹ Wie die im Jahr 1937 erfolgte Errichtung der "A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring" zeigt, schreckten die Nationalsozialisten auch nicht davor zurück, öffentliche Unternehmen zu gründen, wenn ihre Wünsche von der privaten Industrie nicht erfüllt wurden. Vgl. Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 103 f.

⁷⁰ Vgl. Morris, Acetylene Chemistry, S. 186-192, 225.

werden sollten⁷¹. Die zusätzlich mit den Unternehmen ausgehandelten Forschungsverträge beinhalteten keine an den Ausgang der Projekte geknüpften Erfolgsprämien. Die anfallenden Forschungsaufwendungen wurden in voller Höhe aus staatlichen Mitteln finanziert, gleichgültig ob das Forschungsprogramm mit der Entdekkung eines neuen Synthesekautschuks endete oder fehlschlug⁷².

Unter diesen Umständen war der Schumpetersche Innovationswettbewerb zwischen den Synthesekautschukproduzenten ausgeschaltet⁷³. Kein Unternehmen konnte sich durch die Entwicklung einer Innovation einen Vorteil gegenüber seinen Konkurrenten verschaffen, da es weder ein exklusives Patent erwerben noch sein neues Wissen geheimhalten konnte. Vielmehr war ein innovatives Unternehmen eher benachteiligt, weil es die für die Synthesekautschukforschung eingesetzten spezifischen Ressourcen von anderen Projekten abziehen mußte, die, sofern sie außerhalb des regulierten Bereichs angesiedelt waren, im Erfolgsfall eine höhere Rendite versprachen. Derart gesetzte Anreize legten es für die amerikanischen Unternehmen nahe, auf die Suche nach bahnbrechenden Innovationen zunächst zu verzichten und statt dessen nur kleine technologische Verbesserungen anzustreben und die staatlichen Fördergelder zur Erhöhung des eigenen Innovationspotentials zu nutzen.

Die kleinen technologischen Verbesserungen in der amerikanischen Synthesekautschukerzeugung betrafen während des Zweiten Weltkriegs in erster Linie die Optimierung des BUNAS Rezeptes und des Polymerisationsprozesses⁷⁴. Diese neuen Verfahren mußten zwar ebenfalls innerhalb des Technischen Ausschusses veröffentlicht werden, waren aber trotzdem nicht ohne Probleme zu imitieren. Vielfach war die Anwendung dieser Verbesserungen nämlich mit den spezifischen Fähigkeiten bestimmter Betriebsangehöriger verknüpft und daher als "Tacit knowledge"⁷⁵ zumindest nicht ohne praktische Unterweisungen durch diese Fachkräfte in anderen Betrieben wiederholbar. Somit ermöglichten es gerade diese kleinen Verbesserungen einer Synthesekautschukfabrik, sich durch höhere Produktionsmengen und Produktqualität gegenüber den anderen Werken hervorzuheben.

Zur erfolgreichen Entwicklung von Innovationen wie auch zur schnellen Imitation neuer Produkte von Konkurrenten benötigt ein Unternehmen eine Forschungsabteilung, die mit hochqualifizierten und vor allem mit dem Forschungsgegenstand



⁷⁴ Zu den mit den Butadien- und Styrolerzeugern ausgehandelten Vereinbarungen über den Patentund Informationsaustausch vgl. Howard, Buna Rubber, S. 175 f.

⁷² Vgl. Robert A. Solo, Synthetic Rubber: A Case Study in Technological Development under Government Direction, Study of the Subcommittee on Patents, Trademarks, and Copyrights of the Committee on the Judiciary United States Senate. Eight-fifth Congress, Second Session, Study No. 8, Washington 1959, S. 37 ff.

Nach Auffassung von Joseph Alois Schumpeter besteht die zentrale Aufgabe von Unternehmern darin, durch die Einführung innovativer Produkte oder Produktionsverfahren Firmen aus dem Markt zu drängen, die nicht zu entsprechenden Neuerungen in der Lage sind. Vgl. z.B. Joseph Alois Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklus, Berlin 1952, S. 99 f.

⁷⁴ Vgl. Morris, American Synthetic Rubber, S. 56 f.

⁷³ Siehe Michael Polanyi, The Tacit Dimension, New York 1966.

vertrauten Mitarbeitern besetzt ist und über Laborgeräte, Meßinstrumente und Maschinen verfügt, die dem neusten Stand der Technik entsprechen⁷⁶. Die amerikanischen Synthesekautschukerzeuger nutzten deshalb die vom Staat bewilligten Subventionen auch, um ihre Forschungsabteilungen in der wettbewerbsarmen Phase während des Zweiten Weltkriegs entsprechend aufzurüsten und so auf die erhöhten Anforderungen vorzubereiten, die sich nach einer Privatisierung der Synthesekautschukproduktion ergeben würden⁷⁷. Offensichtlich erarbeitete man sich außerdem mit Hilfe der staatlichen Zuschüsse neue Technologien, die für die BUNA S Produktion nicht verwendbar waren, für die Zukunft aber einen Wettbewerbsvorteil bedeuten konnten⁷⁸. Um die Geheimhaltung technologischen Wissens zu erleichtern, beschäftigten die Unternehmen zudem zusätzlich zu den offiziell am Regierungsprogramm beteiligten Wissenschaftlern "private" Forschungsabteilungen, die sich im Stillen weiterführenden Synthesekautschukprojekten widmeten⁷⁹.

Nach dem Bekanntwerden der deutschen Forschungsergebnisse in der Nachkriegszeit versuchten Außenseiter, die sich nicht zum Austausch von Informationen und Patenten verpflichtet hatten, einen technologischen Vorsprung in der Synthesekautschukproduktion zu gewinnen⁸⁰. So war es die nicht dem Synthesekautschukprogramm angeschlossene Phillips Petroleum Company, die im Jahr 1947 "Cold rubber" auf Grundlage der I.G. Farben Rezeptur zur Marktreife führte, obgleich bei Goodrich, Goodyear oder U.S. Rubber bereits ab 1941 Verfahren zur Niedrigtemperaturpolymerisation erprobt, aber nicht mit letztem Nachdruck verfolgt worden waren. Die Hoffnungen der Phillips Petroleum Company auf alleinige Marktführerschaft wurden jedoch enttäuscht. Angesichts der erneuten Krisensituation nach Ausbruch des Koreakrieges bestand der amerikanische Staat darauf, dieses Unternehmen in sein Synthesekautschukprogramm einzugliedern und seine Resultate den anderen Produzenten zugänglich zu machen. Bereits im Jahr 1954 belief sich der Anteil von "Cold rubber" an der gesamten BUNAS Produktion auf zwei Drittel. Dieser Vorfall hatte die amerikanischen Synthesekautschukproduzenten gelehrt, daß ihre übergeordnete Strategie, Neuentwicklungen so lange zurückzuhalten, bis die Wiedereinführung exklusiver Patente die Aneignung hoher Innovationsgewinne ermöglichen würde, nicht mehr durchzuhalten war. Statt dessen versuchte



URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

⁷⁶ Vgl. Wesley M. Cohen/Daniel A. Levinthal, Innovation and Learning: The Two Faces of R&D, in: Economic Journal 99 (1989), S. 569-596.

⁷⁷ Vgl. Robert A. Solo, Research and Development in the Synthetic Rubber Industry, in: Quarterly Journal of Economics 68 (1954), S. 81 f.

⁷⁸ Beispielsweise entwickelte Goodrich auf Staatskosten ein Produktionsverfahren für die Niedrigtemperaturpolymerisation von Synthesekautschuk, das in den im Eigentum der Regierung befindlichen Fabriken nicht eingesetzt werden konnte. Vgl. Solo, Research, S. 76.

⁷⁹ Hierzu liefert wiederum Goodrich einen ausgezeichneten empirischen Beleg. Dieses Unternehmen isolierte nämlich seine offizielle Forschungsabteilung durch Auslagerung an die Kent State University, während eine mit "pioneering" Synthesekautschukprojekten befaßte Gruppe am Firmensitz Akron angesiedelt blieb. Vgl. Morris, American Synthetic Rubber, S. 28.

⁸⁰ Vgl. zu den folgenden Ausführungen Morris, American Synthetic Rubber; Solo, Research.

man nun, die Verpflichtung zum Patent- und Informationsaustausch durch die Kooperation mit außenstehenden Unternehmen zu umgehen.

Die General Rubber and Tire Company entwickelte in Zusammenarbeit mit dem nach Ende des Zweiten Weltkriegs von dem amerikanischen Synthesekautschukprogramm ausgeschlossenen kanadischen Unternehmen Polymer Corporation "Oilextended rubber" auf kanadischem Boden. Abweichend von den bisher üblichen Gepflogenheiten bot man diese Innovation Ende 1950 dem amerikanischen Staat zum Kauf an, was dieser jedoch ablehnte. Fünf Monate später stellte Goodyear sehr zum Ärger der General Tire and Rubber Company, die eine unzulässige Imitation ihres Einfalls beklagte, Informationen über einen eigenen "Oil-extended rubber" vereinbarungsgemäß kostenlos - Regierung und Konkurrenten zur Verfügung. Im Jahr 1954 entdeckte man in einem von Goodrich und Gulf Petroleum gemeinsam gegründeten Unternehmen, daß auf Basis der von Karl Ziegler in Deutschland entwickelten Katalysatoren aus Isopren ein "synthetischer Naturkautschuk" polymerisiert werden konnte, der auch für die Produktion von LKW- und Flugzeugreifen geeignet war. Um die technologischen Einzelheiten dieser Erkenntnis nicht im Rahmen des Synthesekautschukprogramms veröffentlichen zu müssen, fügte man während des Produktionsvorgangs Ethylen hinzu, um so vorgeben zu können, daß man an einem nicht die Synthesekautschukforschung betreffenden Kunststoffmischpolymerisat aus Ethylen und Isopren arbeiten würde. Die Rechtsabteilung von Goodrich kam dann jedoch zu dem Schluß, daß die gemeinsame Tochter mit Gulf Petroleum nicht an die Verpflichtungen des Mutterunternehmens gebunden war, so daß man die Täuschungsmanöver beendete und im Dezember 1954 mit dieser Innovation an die Öffentlichkeit trat. Nach der Privatisierung der staatlichen Synthesekautschukproduktion und der damit verbundenen Rückkehr zu exklusiven Patentrechten im Sommer 1955 offenbarten auch andere amerikanische Unternehmen ihr Innovationspotential⁸¹.

Zusammenfassend stützt der Vergleich der über den Vorkriegswissensstand hinausgehenden Forschungsprogramme in den USA und Deutschland die These, daß ein Unternehmen nur dann zu kostspieligen Forschungsinvestitionen mit unsicherem Ausgang bereit sein wird, wenn das hierdurch eingegangene Risiko durch die Möglichkeit zu überdurchschnittlich hohen Innovationsgewinnen aufgewogen wird.

Vertikale Integration in den USA versus Monopol in Deutschland

Die Auswirkungen einer Innovation bleiben in aller Regel nicht auf diejenige Wertschöpfungsstufe beschränkt, in der diese ursprünglich entwickelt wurde. Vielmehr verursachen die von ihr ausgelösten Veränderungen der Produktionstechnologie und

So konnten sowohl Firestone in Zusammenarbeit mit Goodyear als auch die Shell Chemical Company und Phillips Petroleum noch vor Ende des Jahres jeweils die eigenständige Entwicklung eines "synthetischen Naturkautschuks" bekannt geben. Zur Durchführung der Privatisierung der amerikanischen Synthesekautschukproduktion vgl. Herbert/Bisio, Synthetic Rubber, S. 172-193.



der relativen Preise auch Anpassungsprozesse in den vor- und nachgelagerten Sektoren. In diesen bedarf es oftmals umfangreicher spezifischer Investitionen, weil die erfolgreiche Adaption der Innovation eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, Umstellungen bei den Produktionsverfahren oder eine Neuorientierung der Absatzorganisationen voraussetzen kann. Da jede Stufe diese Anpassungskosten möglichst niedrig halten möchte, ist es nicht unerheblich, an welcher Stelle der Wertschöpfungskette über die konkrete Ausgestaltung einer Innovation entschieden wird. Deren Charakteristika sind nämlich nicht eindeutig determiniert, sondern können entsprechend der Bedürfnisse des Entscheidungsträgers innerhalb eines bestimmten Spielraums variiert werden. Eigenschaften, die auf einer Produktionsstufe ökonomisch sinnvoll und kostensparend sind, können in vor- oder nachgelagerten Bereichen unerwünscht und kostspielig sein. Daher kann es zur Koordinierung der unterschiedlichen Ansprüche an eine technologische Neuentwicklung durchaus von Vorteil sein, wenn die betroffenen Industrien vertikal integriert sind. Dies gilt zumindest dann, wenn die gemeinsame Organisation den inter-industriellen Informationsaustausch erleichtert und die Probleme aller Produktionsstufen im Interesse des Gesamtunternehmens angemessen berücksichtigt⁸².

Wie anhand des unterschiedlichen Bemühens um die Verarbeitbarkeit von BUNAS gezeigt werden kann, wurde auch im Fall der Synthesekautschukproduktion während des Zweiten Weltkriegs die technologische Entwicklung nicht unwesentlich davon beeinflußt, welche Wertschöpfungsstufe über die Entscheidungsgewalt verfügte. In Deutschland besaß das Chemieunternehmen I.G. Farben als alleiniger Anbieter die Marktmacht, bestimmte technische Eigenschaften von BUNAS auch gegen die Vorstellungen der Kautschukverarbeiter durchzusetzen. Hingegen übten in den USA die Reifenhersteller die Kontrolle aus, weil die Synthesekautschukerzeugung faktisch in ihren Unternehmen als vorgelagerte Stufe integriert war. Die Entscheidungsträger beider Länder teilten die Überzeugung, daß der Synthesekautschuk BUNAS unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mit Naturkautschuk konkurrieren konnte. Unterschiedlich waren allerdings die Konsequenzen, die amerikanische Verarbeiter und deutscher Erzeuger aus dieser Einschätzung zogen. Betrachten wir zunächst die Vorgehensweise der amerikanischen Reifenhersteller.

Für den von der I.G. Farben entwickelten "Thermischen Abbau", der aufgrund der nur kurzen Lagerfähigkeit des derart behandelten BUNAS bei den Verarbeitern erfolgen mußte, benötigte man eine umfangreiche eigenständige Produktionsanlage; da die amerikanischen Reifenhersteller die Verwendung von BUNAS nur als kriegsbedingtes Intermezzo betrachteten, hegten sie jedoch nicht die Absicht, spezifische Investitionen in Maschinen zu tätigen, die nur für die Synthesekautschukverarbeitung genutzt werden konnten⁸³. Anstatt die deutsche Methode zu imitieren, suchten sie daher nach Möglichkeiten, das I.G. Farben Rezept so zu modifizieren, daß



⁸² Vgl. Henry Ogden Armour/David J. Teece, Vertical Integration and Technological Innovation, in: Review of Economics and Statistics 62 (1980), S. 470-474.

⁸³ Vgl. Livingston/Cox, Manufacture, S. 177 f.

Jochen Streb

396

BUNAS ohne Vorbehandlung verarbeitbar war. Diese Entscheidung fiel um so leichter, als die hierfür notwendigen Forschungssubventionen im Rahmen des Synthesekautschukprogramms der US-Regierung aus staatlichen Mitteln finanziert werden konnte. Wie bereits angesprochen gelang es, durch die Zugabe eines von der I.G. Farben 1937 entdeckten, aber nicht eingesetzten schwefelhaltigen Weichmachers das Verarbeitungsproblem aus Sicht der amerikanischen Reifenhersteller zufriedenstellend zu lösen⁸⁴.

Auch die deutschen Kautschukverarbeiter präferierten nicht den "Thermischen Abbau" von BUNAS, zumal sich bei der Anwendung herausstellte, daß dieses Verfahren nicht nur zusätzliche Kosten verursachte, sondern außerdem technisch nur schwer zu beherrschen war, so daß die Qualität des zu verarbeitenden BUNAS erheblich schwankte85. Trotzdem besaß die I.G. Farben offensichtlich wenig Neigung, ihre eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Entwicklung eines direkt verarbeitbaren BUNAS zu nutzen. Wie ist diese Zurückhaltung zu erklären? In Abschnitt 2 wurde gezeigt, daß der nationalsozialistische Staat die I.G. Farben zur industriellen Produktion eines Synthesekautschuks drängte, der im Falle einer Versorgungskrise zu Fahrzeugreifen verarbeitet werden konnte. Dieser staatlichen Zielvorgabe war mit der Entdeckung des "Thermischen Abbaus" Genüge getan. Da die I.G. Farben davon ausging, daß BUNAS gleichwohl weder in preislicher noch in qualitativer Hinsicht mit Naturkautschuk würde konkurrieren können, bestand für sie darüber hinaus kein Anlaß, auf die Wünsche von Kunden einzugehen, die innerhalb der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft keine andere Wahl hatten, als BUNAS zu verwenden, und die unter anderen Umständen Naturkautschuk auch einem direkt verarbeitbaren BUNAS vorgezogen hätten. Statt dessen konzentrierte sich die I.G. Farben auf ihre weiterführenden Synthesekautschukprojekte.

4. Zusammenfassung

Levin versteht das aus der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte gewonnene "Military model" als eine technologiepolitische Konzeption, die sich grundsätzlich in all den Industriebereichen zum Setzen von Innovationsanreizen eignet, in denen der Staat als Nachfrager auftritt. Um eine genauere Vorstellung von den technologiepolitischen Auswirkungen der vorgeschlagenen staatlichen Eingriffe in den Innovationsprozeß privater Unternehmen zu gewinnen, wurden in einer empirischen Analyse die jeweiligen technologischen und ökonomischen Entwicklungen in der deutschen und der amerikanischen Synthesekautschukindustrie während des Zweiten Weltkriegs miteinander verglichen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:



⁸⁴ Von Vorteil war hierbei wohl auch, daß die ersten Synthesekautschukfabriken nicht bei den Erdölvorkommen, sondern in räumlicher Nähe zu den Verarbeitungsstätten errichtet wurden, was die branchenübergreifende Zusammenarbeit von Technikern und Wissenschaftlern vereinfachte. Vgl. Solo, Synthetic Rubber, S. 27.

⁸⁵ Vgl. Bebb/Wakefield, German Developments, S. 950 ff.

- 1. Angesichts des niedrigen Marktpreises von Naturkautschuk kamen die potentiellen Synthesekautschukerzeuger sowohl in Deutschland als auch in den USA in den dreißiger Jahren zu der Auffassung, daß der zur Reifenproduktion geeignete Synthesekautschuk BUNAS unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mit Naturkautschuk konkurrieren konnte. Es bedurfte daher in beiden Ländern staatlicher Preis und Absatzgarantien und in den USA zudem noch der staatlichen Finanzierung der Produktionsanlagen, um die privaten Unternehmen zur Aufnahme der industriellen Fertigung von BUNAS zu bewegen.
- 2. Die unterschiedliche Ausgestaltung der staatlichen Beschaffungsverträge erklärt, warum die deutschen Synthesekautschukerzeuger ihre Produktionskosten durch innerbetriebliche Effizienzsteigerungen erheblich stärker verringerten als die amerikanischen Produzenten, deren Kosteneinsparungen in erster Linie auf einen technologischen Wandel in der vorgelagerten Butadienproduktion zurückzuführen sind. Eine Erhöhung der Gewinne war in Deutschland unter den faktischen Bedingungen eines Festpreisvertrages nämlich in erster Linie durch Kostensenkungen und in den USA im Rahmen der Selbstkostenverträge durch Produktionssteigerungen möglich.
- 3. Die während des amerikanischen Synthesekautschprogramms gültigen Vereinbarungen zum Austausch von Patenten und technologischen Informationen führten dazu, daß die amerikanischen Synthesekautschukerzeuger über den Vorkriegswissensstand hinausreichende Forschungsprojekte zurückhielten, bis eine Privatisierung der Synthesekautschukindustrie die Aneignung von Innovationsgewinnen wieder möglich machen würde. Hingegen boten Monopolstellung und Patentschutz der deutschen I.G. Farben die notwendigen Anreize zur Entwicklung der technologischen Grundlagen von über BUNAS hinausführendenden Synthesekautschukinventionen.
- 4. In den USA bemühte man sich stärker als in Deutschland um eine Verbesserung der Verarbeitbarkeit von BUNAS, da die amerikanischen Reifenhersteller im Gegensatz zu den deutschen Verarbeitern die ökonomische Macht besaßen, von den Erzeugern Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen einzufordern, die spezifische Investitionen in Synthesekautschuk verarbeitende Maschinen vermeidbar machten.

Dies verdeutlicht, daß das von Levin hervorgehobene "Military model" nicht als eine vollständige Rezeptur für staatliche Technologiepolitik verstanden werden darf. Offensichtlich liegt der Teufel im Detail der Ausgestaltung von Beschaffungsverträgen, Forschungssubventionen und Patentvereinbarungen. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß der hier durchgeführte Vergleich nicht die generelle technologiepolitische Überlegenheit der Regulierungsinstrumente "Festpreisvertrag" und "exklusives Patent" bestätigt, da die im nationalsozialistischen Deutschland erzielten Kosteneinsparungen und Forschungsleistungen der Synthesekautschukindustrie unter für demokratische Gesellschaften unerträglichen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgten.



MARC FREY

DREI WEGE ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Die Dekolonisierung in Indochina, Indonesien und Malaya nach 1945

Nach 1945 änderten sich die politischen Verhältnisse in Südostasien schnell und grundlegend. In weniger als fünfzehn Jahren vollzogen sich in diesem Raum fünf bedeutende Machttransfers: Die USA entließen die Philippinen 1946 in die Unabhängigkeit, Indonesien erklärte die seine von den Niederlanden 1945/49, Vietnam folgte 1945 bzw. 1954/56, und Großbritannien schließlich übertrug die Souveränität an Burma und Malaya 1948 bzw. 1957¹. Damit veränderten sich auch die ökonomischen Strukturen und politischen Arrangements in Südostasien. Unabhängigkeit und Souveränität bildeten formale Bedingungen für die Etablierung neuer Nationen. Der Dekolonisierungsprozeß war die Voraussetzung für das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und förderte die Wiederentdeckung des kulturellen Erbes und die Entwicklung eigener, neuer nationaler Identitäten. Es ging um nichts Geringeres als um die Konstruktion von Nationalität, von "geglaubter Gemeinsamkeit" (Max Weber) beziehungsweise die Etablierung von "imagined communities" (Benedict Anderson)².

² Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 2 Bde., Tübingen ⁵1976, Bd. 1, S. 237; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1998, S. 14f.

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



¹ Zur Dekolonisierung im allgemeinen siehe Rudolf v. Albertini, Dekolonisation, Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960, Köln/Opladen 1966; Franz Ansprenger, Auflösung der Kolonialreiche, München *1981; Raymond F. Betts, Uncertain Dimensions: Western Overseas Empires in the Twentieth Century, Minneapolis 1985; John Darwin, Britain and Decolonization. The Retreat from Empire in the Post-War World, Basingstoke/London 1988; Henri Grimal, La Décolonisation de 1919 à nos jours, Bruxelles 1965 [1985]; Roy F. Holland, European Decolonization 1918-1981: An Introductory Survey, Basingstoke/London 1985; Victor G. Kiernan, From Conquest to Collapse: European Empires from 1815-1960, New York 1982; Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte, Frankfurt a.M. 1990; ders./Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Imperialism and After: Continuities and Discontinuities, London 1986, S. 267-289; Jürgen Osterhammel, Spätkolonialismus und Dekolonisation, in: Neue Politische Literatur 37 (1992), S. 404-426; The Oxford History of the British Empire, Bd. 4: The Twentieth Century, hrsg. von Judith M. Brown und William Roger Louis, Oxford 1999. Zu Südostasien siehe Amitav Acharya, The Quest for Identity. International Relations of Southeast Asia, Oxford/New York 2000; Evelyn Colbert, Southeast Asia in International Politics, 1941-1956, Ithaca/London 1977; Bernhard Dahm/Roderick Ptak (Hrsg.), Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur, München 1999; Arthur J. Stockwell, Southeast Asia in War and Peace: The End of European Colonial Empires, in: Nicholas Tarling (Hrsg.), The Cambridge History of Southeast Asia, Bd. 2: The Nineteenth and Twentieth Centuries, Cambridge 1992, S. 329-386.

400 Marc Frey

Die Auslöser für die Dekolonisierung in Südostasien lagen im Zweiten Weltkrieg. Das Unvermögen der Kolonialmächte, der japanischen Expansion Einhalt zu gebieten, sowie Tokios Parole "Asien für die Asiaten" ideologisierten und radikalisierten breite Bevölkerungsschichten, förderten aber auch einen bis dahin unbekannten Organisationsgrad nationalistischer Bewegungen. Doch die Triebkräfte der Dekolonisierung bildeten gleichermaßen Entwicklungen, die das 20. Jahrhundert maßgeblich prägten: Die Entstehung von Nationalismen in außereuropäischen Regionen, der schrumpfende Einfluß Europas in der Welt infolge des Ersten Weltkriegs und die globale Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Obwohl der Dekolonisierungsprozeß in einen solch weiten Bezugsrahmen einzubetten wäre, enden Studien zur Auflösung der Kolonialreiche in der Regel mit dem formalen Machttransfer. Sicherlich beginnt mit der Unabhängigkeit eine fundamentale Neuverteilung politischer Macht. Begreift man Dekolonisierung jedoch als einen vielschichtigen Prozeß des Austausches von Ideen und der Neugestaltung von Volkswirtschaften, Gesellschaften und Kulturen, so wird man bei der Zäsur der Unabhängigkeit nicht einfach stehen bleiben können, zumal dann nicht, wenn man die von Europäern gesetzten Chronologien zu überwinden sucht und internationale Geschichte als Disziplin begreift, die sich mit der multidimensionalen Analyse kultureller Interaktionen befaßt³. Weder die südostasiatischen Staaten noch die europäischen Kolonialmächte verstanden die Anerkennung der Unabhängigkeit als unbedingtes Ende einer Epoche. Die Emanzipation von kolonialer Herrschaft erfolgte nicht allein mit der Übertragung von Souveränität, und das europäische Interesse am Erhalt besonderer Beziehungen erlahmte nicht mit den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten. Für die politischen Eliten in Europa und besonders in Südostasien bedeutete die Anerkennung der Unabhängigkeit keinesfalls das Ende des langen Prozesses der Dekolonisierung.

Dies soll am Beispiel von Südostasien verdeutlicht werden, wobei die unterschiedliche Analyseebenen – die subimperiale, intraimperiale und supraimperiale – in Beziehung zu setzen sind. Am Beispiel von drei unterschiedlich verlaufenen und phasenverschobenen Dekolonisierungsprozessen (Indonesien/Niederlande, Indochina/Frankreich, Malaya/Großbritannien) sollen die Interessen und Ziele politischer Akteure, die Zukunftserwartungen, die verfassungspolitischen Konzepte, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen sowie die kulturellen Faktoren untersucht werden, die wiederum die Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten gestaltet haben. Schließlich ist zu prüfen, welche Auswirkungen die Tranformationsprozesse auf die beteiligten Staaten hatten und welche politischen Optionen sich daraus ergaben.

³ Vgl. Alexander DeConde, Essay and Reflection: On the Nature of International History, in: International History Review 10 (1988), S. 282-301, sowie Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen-Ergebnisse-Aussichten, München 2000.



Revolution und Restauration

Die Wege zur nationalen Unabhängigkeit in Südostasien waren verschieden. Dennoch lassen sich auf beiden Seiten, auf europäischer wie südostasiatischer Gemeinsamkeiten beobachten. Die politischen Eliten in Frankreich und den Niederlanden waren am Ende des Zweiten Weltkriegs fest entschlossen, ihre von den Japanern besetzten Kolonialreiche wiederzugewinnen. Sachverständige und politische Berater betrachteten die Restauration der auf Ausbeutung angelegten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie als ein wesentliches Mittel zum Wiederaufbau der eigenen nationalen Volkswirtschaft. Doch bereits am Ende des Jahres 1945 wurde deutlich, daß mit baldigen Finanztransfers aus den Kolonien nicht zu rechnen war. Die britischen Besatzungstruppen (darunter ein Großteil indische Soldaten), die in Indonesien und Vietnam Sicherheit und Ordnung herstellen und die Rückkehr der Kolonialherren vorbereiten sollten, stießen auf anhaltenden und starken Widerstand nationalistischer Gruppierungen. Zudem hatte die japanische Besatzung die Region wirtschaftlich ruiniert, zahlreiche Plantagen waren verödet. Teile der Erdölindustrie auf Sumatra zerstört. Die Reisproduktion war dramatisch gesunken, und in einigen Regionen Südostasiens, insbesondere im Norden Vietnams, kam es 1945 zu Hungerkatastrophen4. Angesichts dieser Entwicklungen vollzog sich ein Paradigmenwechsel: Während wirtschaftliche Motive für die Wiederherstellung der Kolonialreiche in Frankreich und den Niederlanden nach wie vor wichtig blieben. schoben sich Prestige und Fragen nationaler Ehre und Identität zunehmend in den Vordergrund. Viele niederländische Politiker befürchteten eine "Dänemarkisierung des Landes, das heißt, die Relegation einer einstmals einflußreichen Kolonialmacht zu einem europäischen Kleinstaat. Die Franzosen wiederum einte die Vorstellung eines France d'outre-mer, eines Frankreich, welches seine Großmachtrolle mit Hilfe der Kolonien abstützen konnte⁵.

Vergleichbar sind auch die Planungen zur Zukunft der Kolonialreiche sowie die Reformversprechen, welche die einstigen Kolonialmächte noch während der japanischen Besatzung gemacht hatten. So stellte die niederländische Regierung den Indonesiern im Dezember 1942 eine Transformation des Empire in eine Beziehung "völ-

* Zur wirtschaftlichen Lage in Indonesien bei Kriegsende vgl. J. Thomas Lindblad, Foreign Investment in Southeast Asia in the Twentieth Century, Basingstoke/London 1998, S. 103f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁵ Vgl. H. Baudet/M. Fennema, Het Nederlands belang bij Indië, Utrecht 1983; Anthony Reid, The Indonesian National Revolution 1945–1950, London 1974, S. 19–169; Hendrik L. Wesseling, Indië verloren, rampspoed geboren, Amsterdam [1988] 1995, S. 286f.; Jaques Dalloz, The War in Indo-China 1945–1954, Dublin 1990, bes. S. 52–82; Ellen J. Hammer, The Struggle for Indochina 1940–1955, Stanford 1966, S. 110–127 u. 148–240; Miles Kahler, Decolonization in Britain and France. The Domestic Consequences of International Relations, Princeton 1984, S. 78, 81–83, 89f., 173–175, 366f.; Jean Lacouture, De Gaulle, Bd. 2: Le politique 1944–1959, Paris 1985, S. 165–169; Grégoire Madjarian, La question coloniale et la politique du Parti communiste française 1944–1947, Paris 1977, S. 118–236; Stein Tønnesson, The Vietnamese Revolution of 1945. Roosevelt, Ho Chi Minh and de Gaulle in a World at War, Oslo/London 1991, S. 40–52, 156–160, 199–204, 365–370.

Marc Frey

402

liger Partnerschaft" in Aussicht. Königin Wilhelminas Rede enthielt jedoch keine konkreten Aussagen über administrative oder verfassungspolitische Veränderungen⁶. General Charles de Gaulle und das "Freie Frankreich" verabschiedeten wiederum im Januar 1944 die Erklärung von Brazzaville, in der sie ein Ende kolonialer Willkürherrschaft in Aussicht stellten. Zugleich aber wiesen sie "jeden Gedanken an Autonomie" zurück und verwarfen "jede noch so vage Form von Selbstregierung"⁷.

Eine dritte Gemeinsamkeit in den französischen und niederländischen Zukunftsentwürfen war die Art und Weise, mit der die Regierungen auf die nationalistischen Bewegungen in Indonesien und Vietnam reagierten. Eine Kombination von militärischer Unterdrückung und administrativer Fragmentierung des Kolonialbesitzes sollte den Widerstand nationalistischer Gruppierungen neutralisieren: die Niederländer versuchten seit 1947, regionale Unterschiede und Spannungen auszunutzen, indem sie die "Vereinigten Staaten von Indonesien" gründeten, und Frankreich proklamierte 1946 Cochin-China (Südvietnam) als "Freien Staat" innerhalb der Französischen Union⁸.

Die konfrontative Politik der Niederländer und Franzosen gegenüber der indonesischen und vietnamesischen Revolution bewirkte in der Konsequenz das Gegenteil des ursprünglich Intendierten. Der wachsende Einfluß der nationalistischen Bewegung um Sukarno und Mohammed Hatta in Java und anderen Teilen Indonesiens, internationaler Druck der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten sowie das Auseinanderbrechen des niederländischen kolonialpolitischen Konsenses zwangen die Regierung in Den Haag seit Sommer 1949 dazu, ernsthaft mit der Republik Indonesien über die Anerkennung der Unabhängigkeit zu verhandeln. Die Franzosen hielten sich länger. Ihnen gelang es unter dem Eindruck der kommunistischen Machtübernahme in China, den Kolonialkrieg vor allem in den Vereinigten Staaten als eine Auseinandersetzung des Kalten Kriegs erscheinen zu lassen. Amerikanische Unterstützung und ein nur langsam an Dynamik gewinnender innenpolitischer Druck ermöglichten dessen Fortsetzung. Erst Dien Bien Phu und der Sieg der nationalistisch-kommunistische Bewegung des Viet Minh am 7. Mai 1954 leiteten den Rückzug Frankreichs aus Südostasien ein?

Anders entwickelten sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und Malaya (seit 1963 Malaysia). Die Zukunftsvorstellungen sahen eine graduelle Entwicklung des Kolonialreichs hin zur Selbstregierung innerhalb des British Commonwealth vor. Unabhängigkeit blieb allerdings nur ein nicht näher definiertes Fernziel. Zwar

Vgl. Marc Frey, Das Ende eines Kolonialreiches: Dien Bien Phu, 13. März bis 7. Mai 1954, in: Stig Förster u.a. (Hrsg.), Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai, München 2001, S. 358–373.



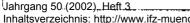
Vgl. Lodewijk De Jong, Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog, Teil 11c: Nederlands-Indië, 's-Gravenhage 1986, S. 78-93; Robert J. McMahon, Colonialism and Cold War. The United States and the Struggle for Indonesian Independence, 1945-1949, Ithaca/London 1981, S. 62-65.

Zit. nach Anthony Clayton, The Wars of French Decolonization, London/New York 1994, S. 14.
 Vgl. Lodewijk de Jong, Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog, Teil 12.2: Epiloog, 's-Gravenhage 1988, S. 881-899; Dalloz, War in Indo-China, S. 73.

spielten bei Kriegsende auch in London wirtschaftliche Überlegungen eine wesentliche Rolle, da Malaya hohe Dollar-Nettobeträge in den Sterling Bloc transferierte. Im Unterschied zur französischen und niederländischen Erfahrung wurden die britischen Truppen jedoch von jubelnden Mengen empfangen, als sie Malaya im August 1945 wieder für Großbritannien in Besitz nahmen¹⁰. Als London indes im Januar 1946 den Plan vorstellte, die malaiischen Territorien zu einer Verwaltungseinheit zusammenzufassen - die Malayan Union -, löste das nicht nur eine schwere Krise in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie aus, sondern verhalf einem bis dahin nur schwach entwickelten Nationalismus zum Durchbruch. Während Niederländer und Franzosen versuchten, den Einfluß nationalistischer Bewegungen durch territoriale und administrative Aufteilung einzudämmen, versuchten die Briten, ihren Einfluß mit Hilfe des Prinzips der Zentralisierung auszudehnen. Unterschiede ergaben sich aber auch im Umgang mit dem nationalen Widerstand: Die Briten beantworteten die Forderungen der malaiischen politischen Elite nicht mit militärischer Unterdrückung. Statt dessen verhandelten sie und erzielten einen Kompromiß (Federation of Malaya Agreement), den beide Seiten für vorteilhaft hielten. Die Briten erreichten damit ein höheres Maß an administrativer Homogenität, während die wesentlichen Forderungen der malaiischen politischen Elite erfüllt wurden, nämlich die Autonomie der Sultane sowie die politische und rechtliche Privilegierung der malaiischen Bevölkerung zuungunsten der wirtschaftlich dominanten chinesischen Minderheit¹¹. Der auf friedlichem Weg erzielte Kompromiß war für die künftigen Beziehungen zwischen Malaya und Großbritannien von großer Bedeutung: Die Kooperationsbereitschaft überstand die Herausforderungen der "Emergency", den Kampf gegen die chinesischen Kommunisten, sie prägte die Beziehungen auf dem Weg zur Unabhängigkeit im Jahre 1957, und sie bestimmte den Charakter der Beziehungen in der Zeit nach dem formalen Machttransfer.

Die Niederlande und Indonesien

Die Verhandlungen über den Machttransfer in Indonesien in der Zeit vom 23. August bis 2. November 1949 mündeten in der niederländischen Anerkennung der Unab-



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹⁰ Vgl. Paul Kratoska, The Japanese Occupation of Malaya. A Social and Economic History, London 1998. S. 306.

¹¹ Vgl. Darwin, Britain and Decolonization, S. 106-110; Martin Hak, "Self-Government in Due Course": Die britischen Dekolonisierungskonzepte und ihre Umsetzung in Malaya 1900-1960, Frankfurt a. M./Bern u. a. 1998, S. 255-268; T.N. Harper, The End of Empire and the Making of Malaya, Cambridge 1999, S. 57-84; Albert Lau, The Malayan Union Controversy, 1942-1948, Singapur 1991; Arthur J. Stockwell, British Imperial Policy and Decolonization in Malaya, 1942-1948, in: Journal of Imperial and Commonwealth History 13 (1984), S. 68-97; Simon C. Smith, British Relations with the Malay Rulers from Decentralization to Malayan Independence, 1930-1957, Kuala Lumpur 1995, S. 59-199; Nicholas J. White, Business, Government, and the End of Empire. Malaya, 1942-1957, Oxford 1996, S. 63-96.

Marc Frey

404

hängigkeit des größten Staates Südostasiens am 27. Dezember 1949¹². Die "Round Table Conference" in Den Haag ließ jedoch drei wesentliche Komplexe offen, die in den folgenden Jahren die Beziehungen zwischen beiden Staaten nachhaltig belasten sollten.

Der erste Komplex betraf die von den Niederländern favorisierte NiederländischIndonesische Union. Diese stieß bei den Indonesiern auf grundsätzliche Ablehnung.
Um die im Hintergrund wirkende amerikanische Diplomatie jedoch nicht zu brüskieren, traten die republikanischen Delegierten für eine "sehr lockere Union" ohne
institutionalisierten Status ein¹³. Die Niederländer wiederum verlangten eine föderationsähnliche Verbindung zweier souveräner Staaten unter dem einenden Haupt der
niederländischen Krone. Der maßgeblich auf den amerikanischen Diplomaten Merle
Cochran zurückgehende Kompromiß reflektierte das indonesische Ziel vollständiger
Souveränität und den niederländischen Wunsch nach einer symbolischen Einheit.
Die niederländische Königin sollte das erste Oberhaupt der mit eigenen Institutionen ausgestatteten Union werden. Darüber hinaus sollte es halbjährliche Treffen auf
Ministerebene sowie den Austausch von Hohen Kommissaren geben¹⁴.

Der zweite Komplex betraf wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Hier konnte Den Haag das Maximum dessen durchsetzen, was erreichbar war, um die privilegierte Stellung der Niederlande in der indonesischen Volkswirtschaft über das Unabhängigkeitsdatum hinaus zu zementieren. Der neuen Nation wurden Staatsschulden in Höhe von 4,3 Mrd. Gulden (\$1,3 Mrd. Dollar) aufgebürdet, die indonesische Währung an den Gulden gebunden und die Vergesellschaftung von Unternehmen untersagt. Dies implizierte die Fortschreibung des privilegierten Status niederländischer Unternehmen. Außerdem mußte Jakarta niederländischen Rat einholen, wann immer die Wirtschafts- und Finanzpolitik Auswirkungen auf die niederländischen Unternehmen haben würde¹⁵.

Der dritte ungelöste Komplex betraf die Zukunft West-Irians (West-Neuguineas). Die niederländische Regierung, die noch 1947 West-Irian zu einem Teil der Vereinigten Staaten von Indonesien gemacht hatte, lehnte es nun – vor allem aus Prestigegründen – kategorisch ab, die Kontrolle über den Inselteil abzugeben. Nur wenig überzeugend argumentierte sie, das Gebiet sei "zu rückständig" und müsse erst entwickelt werden, bevor es unabhängig bzw. ein Teil Indonesiens werden könne. Erst nach anhaltendem Widerstand der Indonesier gelang ein fragwürdiger Kompromiß; innerhalb eines Jahres sollte eine gemischte Kommission über die Angelegenheit entscheiden. Solange würde West-Irian unter niederländischer Kontrolle bleiben.

¹⁵ Vgl. George McTurnan Kahin, Nationalism and Revolution in Indonesia, Ithaca 1952, S. 438–440; McMahon, Colonialism and Cold War, S. 300f.; Hans Meijer, Den Haag-Djakarta. De Nederlandse-Indonesische Betrekkingen 1950–1962, Utrecht 1994, S. 47 u. 157.



¹² Zum Hintergrund siehe Bernhard Dahm, Der Dekolonisierungsprozeß Indonesiens. Endogene und exogene Faktoren, in: Mommsen (Hrsg.), Das Ende der Kolonialreiche, S. 67–88.

T.B. Simatupang, Report from Banaran: Experiences during the People's War, Ithaca 1972, S. 174.
 Vgl. De Jong, Koninkrijk der Nederlanden, Teil 12.2: Epiloog, S. 982; McMahon, Colonialism and Cold War, S. 299.

Den Haag konnte mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sein. Das verfassungspolitisches Konstrukt, die föderalen Vereinigten Staaten von Indonesien, bestand fort und ließ sich als Instrument zur Durchsetzung niederländischer Interessen gegenüber der Republik verwenden. West Irian verblieb unter niederländischer Kontrolle, und die wirtschaftlichen und finanziellen Vereinbarungen würden zum Wiederaufbau der niederländischen Volkswirtschaft beitragen. Darüber hinaus war die starke niederländische Position in der indonesischen Wirtschaft legitimiert. Die Indonesier dagegen hatten das für sie wenig befriedigende Abkommen vornehmlich aus zwei Gründen unterzeichnet: Erstens gingen die Kompromisse auf Vorschläge der USA zurück, auf deren Sympathie man setzte und mit deren Hilfe man künftige Revisionen zu erreichen hoffte. Zweitens wollte man die Unabhängigkeit zum frühest möglichen Zeitpunkt.

Angesichts der empfindlichen Einschränkungen indonesischer Souveränität im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich und der anderen offenen Fragen war vielen Beobachtern klar, daß der Prozess der Dekolonisierung noch nicht abgeschlossen war¹⁶. Vom Tag der Unabhängigkeit an bemühten sich die indonesischen Regierungen und besonders der im Verlauf der fünfziger Jahre an Macht gewinnende Präsident Sukarno darum, die Revolution von 1945 und damit die Dekolonisierung zu vollenden. In der Perzeption indonesischer Regierungen und der Mehrheit der städtischen Eliten war dies ein Kampf um Indigenisierung und Souveränität, der erst mit dem Machttransfer in West-Irian während der Jahre 1962/63 abgeschlossen sein sollte.

Sehr rasch zerschlug die indonesische Regierung die verfassungspolitische Hinterlassenschaft der Kolonialmacht. Die Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Indonesien lösten sich innerhalb weniger Monate auf und traten der Republik bei. Den Haag mahnte Vertragstreue an, doch dies konnte die Gründung der unitaristischen Republik Indonesien am 17. August 1950 nicht verhindern. Der Niederländisch-Indonesischen Union erging es nicht wesentlich besser. Insbesondere mit Blick auf die Außenpolitik hatte Den Haag eine enge Kooperation vorgeschwebt, in deren Rahmen die Niederländer als wohlwollende Berater agieren würden. Forderungen indonesischer Journalisten und Politiker nach Abschaffung der Union, die Einstellung der regelmäßigen Ministertreffen, aber auch eine realistische Einschätzung der Entwicklungen seitens Den Haags führten Mitte 1954 zur Ersetzung der Hohen Kommissare durch gewöhnliche Gesandte¹⁷. Nachdem ein letzter Versuch der Regierung Harahap zur konsensorientierten Lösung der West-Irian-Frage gescheitert war, kündigte Indonesien im Februar 1956 die Union auf. Diese Entscheidung wurde



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁶ Sir Frank Kermode an Ernest Bevin vom 25. 1. 1951, in: Public Record Office London (künftig: PRO), Foreign Office (künftig: FO) 371/92462. Siehe auch Anak Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy 1945–1965, [Den Haag 1973] Yogyakarta 1990, S. 67–78; Mohammed Hatta, An Independent Active Foreign Policy, in: Foreign Affairs 31 (1952/53), S. 441–453, bes. S. 441f.; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 51.

¹⁷ Vgl. Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy, S. 80; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 283-287, 300f., 311, 440f.

weithin als der letzte Schritt auf dem Weg zur konstitutionellen Emanzipation Indonesiens von der kolonialen Vergangenheit betrachtet. Die niederländische Presse zeigte sich empört, doch mit Blick auf die beträchtlichen Interessen der Wirtschaft in Indonesien nahm Den Haag von einem offiziellen Protest Abstand. Auf dem internationalen Parkett wurde die Aufkündigung der Union kaum beachtet. Als der amerikanische Außenminister John Foster Dulles im März 1956 nach Jakarta reiste, lehnte er jede Kommentierung des Ereignisses ab. Statt dessen erklärte er, daß "only those who have gone through the process of transformation from a colony to being an independent nation can understand the problems involved"¹⁸.

Die Zurückdrängung des niederländischen Einflusses im indonesischen Alltag vollzog sich ebenso zügig wie die Auflösung der konstitutionellen Bindungen. Unmittelbar nach der "Round Table Conference" hatte die niederländische Regierung große Hoffnungen in die Entwicklung der kulturellen Beziehungen gesetzt. So stellte sie beträchtliche Summen für die Anschaffung niederländischer Schulbücher in Indonesien und für die Finanzierung von Austauschprogrammen für Studierende bereit¹⁹. Doch kulturelle Entfremdung und radikaler Nationalismus erschwerten auf Ausgleich angelegte Politikentwürfe gemäßigter indonesischer Politiker und verhinderten alle Bemühungen der ehemaligen Kolonialmacht, niederländische Kultur und Sprache in Indonesien zu fördern.

Kulturelle Indigenisierung ging dem Kampf für die Unabhängigkeit voraus. Bereits 1942 hatte die japanische Besatzungsmacht den Gebrauch von Niederländisch in der Öffentlichkeit untersagt. Die Ereignisse zwischen 1945 und 1949 förderten diese Entwicklung²⁰. Bereits einen Monat nach Übertragung der Souveränität, im Januar 1950, reagierte die Regierung auf Forderungen der gemäßigt islamistischen Masyumi-Partei, der Sozialisten sowie anderer nationalistischer Parteien und erklärte bahasa Indonesia zur Nationalsprache, obwohl diese noch heute nur von sieben Prozent der Indonesier als Erstsprache verwendet wird. Die Indigenisierung der primären und sekundären Schulausbildung erfolgte ebenfalls rasch, und die meisten Schulen erfüllten die Vorgabe der Regierung, innerhalb von drei Jahren bahasa einzuführen, sehr viel schneller. Auf den höheren Schulen wurde Niederländisch durch Englisch als Fremdsprache ersetzt²¹. Die kulturelle Indigenisierung vollzog sich auch an den Universitäten, allerdings weniger zügig als an den Schulen. Verord-

19 Vgl. Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 279.

2. überarbeitete Aufl., New Haven 1967, S. 155.



¹⁸ Öffentliche Erklärung von Dulles am 12. 3. 1956, zit. in: Memorandum of a Conversation between Dutch and American diplomats, Department of State, 13. 3. 1956, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1955-1957, Bd. 22, Washington 1989, S. 243-247, hier S. 244.

²⁰ Vgl. Kenichi Goto, "Bright Legacy" or "Abortive Flower": Indonesian Students in Japan during World War Two, in: Grant K. Goodman (Hrsg.), Japanese Cultural Policies in Southeast Asia during World War Two, Basingstoke/London 1991, S. 7–35; Aiko Kurasawa, Films as Propaganda Media on Java under the Japanese, 1942–45, in: Ebenda, S. 36–92.

²¹ Vgl. Walter H. Mallory, Aftermaths of Colonialism, in: Philip W. Thayer (Hrsg.), Nationalism and Progress in Free Asia, Baltimore 1956, S. 55-65; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 279-283, 583; Douglas S. Paauw, From Colonial to Guided Economy, in: Ruth T. McVeigh (Hrsg.), Indonesia,

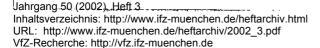
nungen mit dem Ziel, Hochschuldozenten zu zwingen, in *bahasa* zu lehren, konnten nur schrittweise umgesetzt werden, weil die große Mehrheit der Professoren Niederländer waren und auch die Lehrbücher in Niederländisch verfaßt waren²².

Im Verwaltungsbereich dagegen ging die indonesische Regierung zielstrebig vor: Bis zum Jahresende 1952 hatte sie über die Hälfte aller 17.000 niederländischen bzw. niederländisch-indonesischen Beamten entlassen, und selbst im Finanz- und Wirtschaftsministerium, das noch 1950 weitgehend in Händen ehemaliger Kolonialbeamter gewesen war, spielten Angestellte mit niederländischem Pass keine entscheidende Rolle mehr. Ein Jahr später war die Anzahl niederländischer Beamter bereits auf 2100 gesunken, am Jahresende 1955 waren es nur mehr 600. Bereits 1953 waren sich Beobachter einig, daß der kulturelle Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht zwar noch vorhanden, aber in den drei Jahren seit Anerkennung der Unabhängigkeit stark gesunken war²³. Im Vergleich zu Indochina ging in Indonesien der kulturelle Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht umfassender und rascher zurück.

Kulturelle Indigenisierung, anhaltende Unsicherheit und Guerillakämpfe im ländlichen Bereich sowie eine Niederländern gegenüber feindliche Politik führten zu einem Exodus niederländischer Staatsbürger; 1940 hatten hier noch 300.000 gelebt. Während des Kampfes um die Unabhängigkeit verließ rund ein Drittel von ihnen das Land. Ende 1950 war die Zahl der Niederländer und der niederländischen Indonesier auf 176.000 zusammengeschmolzen, sechs Jahre später lebten nur mehr 60.000, meist Eurasier, in Indonesien, vorwiegend in Jakarta, Bandung und Surabaja²⁴.

Vom Tag der Anerkennung der Unabhängigkeit an vergiftete die West-Irian-Frage die bilateralen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Indonesien. Beide sahen in der Kontrolle der Inselhälfte nördlich von Australien ein nationales Projekt von großer Bedeutung. Für die niederländische Regierung und in zunehmendem Maße auch für die niederländische Öffentlichkeit half der Besitz des Territoriums, das Trauma des kolonialen Verlustes zu lindern. Die Kontrolle über West-Irian symbolisierte die glorreiche Vergangenheit, sie verschaffte den Niederlanden den Anschein einer politischen "Mittelmacht" mit weltweiten Interessen, und sie ebnete einer regen Missionstätigkeit den Weg. Dahinter verbarg sich aber ein unverhohlener Revanchismus: Sukarno und die nationalistische Führung hatten den Kollaps des Kolonialreichs im Osten bewirkt, doch, komme was wolle, West-Irian würde niederländisch bleiben.

Für die indonesischen Regierungen, die Öffentlichkeit und besonders für Präsident Sukarno signalisierte die niederländische Präsenz die Fortdauer des verhaßten Kolonialismus. Politiker befürchteten, von West-Irian könnten irridentistische Bewegungen ausgehen, die den Zusammenhalt des kulturell heterogenen Inselreiches





M.C. Morland, Annual Review of Events in Indonesia für 1953 vom 12. 1. 1954, in: PRO, FO 371/112139; siehe auch Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 281f., 313, Ann. 77.

²³ Vgl. F.J. Goedhart, Een Revolutie op Drift. Indonesisch Reisjournaal, Amsterdam 1953.

²⁴ Vgl. Herbert Feith, The Decline of Constitutional Democracy in Indonesia, Ithaca 1962, S. 373–378; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 655.

Marc Frey

408

gefährdeten. Zugleich war der Anspruch auf West-Irian von hoher Symbolkraft; mit ihm konnte indonesische Identität und Nationalität konstruiert werden. Außerdem bot die Frage besonders für Sukarno ein willkommenes Mittel, um von den drängenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken. Die "Befreiung" der Insel entwickelte sich somit zur zentralen außenpolitische Forderung aller indonesischer Parteien während der fünfziger und frühen sechziger Jahre²⁵.

Bereits im März 1950 erkannte die New York Times, daß "die Niederländer sich nicht wie Leute verhalten, die Ende des Jahres weggehen werden"²⁶. Zwar legte Den Haag im Dezember das Angebot vor, die Verwaltung des Territoriums der Union zu übertragen. Doch zu diesem Zeitpunkt war sämtlichen niederländischen Politikern bereits klar, daß Indonesien darauf nicht eingehen würde. Bis Mitte 1954 versuchte die indonesische Diplomatie, auf bilateraler Ebene eine Einigung zu erzielen. Doch je mehr Jakarta seine Bemühungen verstärkte, desto mehr sperrte sich Den Haag²⁷. Parallel dazu suchten beide Parteien nach Verbündeten. Dabei waren die Niederlande erfolgreicher: Australien, ein früher Befürworter indonesischer Unabhängigkeit, unterstützte Den Haag aus strategischen Erwägungen. Mit Blick auf die Lage in Borneo entschied sich auch Großbritannien für die Unterstützung der niederländischen Position. Washington, das beiden Seiten sein Verständnis bekundete, optierte für Neutralität – eine Haltung, die unter den gegebenen Umständen den niederländischen Anspruch bestätigte²⁸.

Nachdem alle Bemühungen zur Beilegung der Krise gescheitert waren, wandte sich die indonesische Regierung im Sommer 1954 an die Vereinten Nationen. Doch die Neutralität der Vereinigten Staaten bewirkte, daß auch die lateinamerikanischen Staaten dem indonesischen Resolutionsentwurf die Stimme versagten. Damit rückte eine notwendige Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung in weite Ferne²⁹. Vergleichbare multilaterale Bemühungen im Rahmen der Bandung-Konferenz hatten eben so wenig Erfolg. Als Den Haag im Frühsommer 1956 das Territorium explizit zum niederländischen Gebiet erklärte, war eine friedliche Konfliktlösung im Grunde

²⁹ Vgl. Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy, S. 104-107, 121f.; Feith, Decline of Constitutional Democracy, S. 450-461.



²⁵ Vgl. Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy, S. 83; Feith, Decline of Constitutional Democracy, S. 155-165.

²⁶ New York Times vom 6.3. 1950. Die Zeitung berichtete, die Niederlande bauten Verwaltung, Armee und staatliche Wirtschaftsaktivitäten aus.

²⁷ Vgl. Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy, S. 80-103; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 255-259, 273f., 279, 440f.; Franklin B. Weinstein, Indonesian Foreign Policy and the Dilemma of Dependence. From Sukarno to Soeharto, Ithaca/London 1976, S. 291-294, 311-314.

²⁸ Zu Australien siehe Memorandum of a Conversation between Prime Minister Robert Gordon Menzies and Secretary of State, John Foster Dulles, 15. 3. 1953, in: FRUS 1955-1957, Bd. 22, S. 143f.; für die britische Haltung siehe Brief regarding [Ambassador] Dr. Subandrio's call on the Minister of State vom 11. 3. 1954, in: PRO, FO 371/112156, D4/1051/4; zur amerikanischen Perspektive siehe insbesondere Dean Acheson an H. Merle Cochran, Botschafter in Jakarta, 25. 1. 1952, in: FRUS 1952-1954, Bd. 12, Teil II, Washington 1987, S. 249-251, und Meeting with Mr. Murphy to discuss Bureau of European Affairs recommendations for revising US policy on the Western New Guinea issue, 8. 4. 1955, in: FRUS 1955-1957, Bd. 22, S. 148f.

kaum mehr möglich. Jakarta reagierte auf diese Provokation mit der Aufkündigung der ohnehin bedeutungslosen Union sowie mit einer Radikalisierung seiner Politik. In dieser dritten Phase entschied sich die immer stärker unter dem Einfluß Sukarnos stehende Regierung für die Anwendung massiven Drucks. Im Dezember 1957 nationalisierte sie alle in Indonesien operierenden niederländischen Unternehmen.

Letztlich verantwortlich für diese Entwicklung war der niederländische Außenminister Joseph Luns, der jahrelang verbissen an einem Axiom Den Haager Außenpolitik festgehalten hatte - der Prinzipientreue. Denn zur starren Haltung von Luns hatte es seit Jahren Alternativen gegeben: niederländische Diplomaten in Indonesien hatten ebenso wie die Interessenverbände der niederländischen Wirtschaft beständig zu einer Einigung geraten. Selbst in London und Washington hatte man immer weniger Verständnis für die irrationale Sturheit des Außenministers³⁰. Luns, dessen Position allein durch eine komplizierte Koalitionsarithmetik mehrheitsfähig war, reagierte auf die Ereignisse in Indonesien mit den Mitteln klassischer Kanonenboot-Politik: gut ein Jahr nach der Suez-Krise verlegte Den Haag 4000 Soldaten, Flugzeuge sowie den einzigen niederländischen Flugzeugträger nach West-Irian. Von diesem Zeitpunkt an deutete alles auf eine militärische Konfrontation hin. Im Dezember 1960 unterzeichnete der indonesische Generalstabschef Nasuntion in Moskau einen Vertrag zur Lieferung sowjetischer Waffen im Umfang von 450 Millionen Dollar, und die Armee begann mit der Infiltrierung der Inselhälfte. Nach der Einrichtung eines Operationskommandos unter dem Befehl General Suhartos mobilisierte Indonesien im Frühjahr 1962 seine Truppen. Angesichts der krisenhaften Zuspitzung der Lage gab nun die amerikanische Regierung unter Präsident John F. Kennedy ihre Neutralität auf. Das klare machtpolitische Übergewicht Indonesiens in der Region, amerikanischer Druck, internationale Isolation und wachsende Kritik in den Niederlanden selbst zwangen Den Haag zum Einlenken. Unter Vermittlung der Vereinigten Staaten kam ein Vertrag zustande, der Indonesien das Recht einräumte, West-Irian für sechs Jahre zu verwalten. Danach sollte ein Volksentscheid über das künftige politische Schicksal entscheiden. 1969 votierte dann die Mehrheit der Bewohner für den Verbleib bei Indonesien31.

Die Strategie, mit der Indonesien den Machttransfer in West-Irian erreichte, entsprach derjenigen des Unabhängigkeitskampfs: Bereitschaft zum Verhandeln, Involvierung der internationalen Gemeinschaft, eine späte, aber klare Veränderung der amerikanischen Position, zunehmende internationale Isolierung der Niederlande und eine wachsende öffentliche Kritik in den Niederlanden selbst. Schlaglichtartig beleuchtet die Auseinandersetzung um West-Irian ein von der internationalen For-

Vgl. Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 550-552, 599, 605; J. J. C. Voorhoeve, Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy, Den Haag/Boston 1979.



³¹ Vgl. Agung, Twenty Years Indonesian Foreign Policy, S. 299-312; Paul F. Gardner, Shared Hopes, Separate Fears. Fifty Years of US-Indonesian Relations, Boulder 1997, S. 173-179; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 608-610. Siehe auch Evan Luard, A History of the United Nations, Bd. 2: The Age of Decolonization 1955-1965, London 1989, S. 327-347; Timothy P. Maga, John F. Kennedy and the New Pacific Community, 1961-63, New York 1990, S. 51-70.

schung auch für andere Dekolonisierungsprozesse belegtes Phänomen: politische Entscheidungen der Kolonialmächte wurden ohne Rücksicht und gelegentlich sogar gegen den ausdrücklichen Willen der Wirtschaft getroffen – mochten deren Interessen noch so bedeutend sein³². Und die Interessen der niederländischen Wirtschaft in Indonesien waren bedeutend.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit befand sich die auf Subsistenz und Rohstoffexporten basierende indonesische Wirtschaft in einer ernsten Krise. Ausbeutung durch die Japaner und die Verwerfungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hatten zu einem empfindlichen Rückgang des Bruttosozialprodukts geführt³³. Erschwerend hinzu kamen die wirtschaftspolitischen und finanziellen Vereinbarungen der "Round Table Conference". Sie bürdeten dem neuen Staat erhebliche Schulden – zumeist bei niederländischen Banken – sowie Pensionszahlungen auf. Darüber hinaus sicherten sie den Niederlanden ein Mitspracherecht bei der Formulierung der indonesischen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Der niederländische Einfluß im Bereich der Geschäftsbanken war beträchtlich. Die Versorgungsunternehmen gehörten zum großen Teil Niederländern, der für den Inselstaat unabdingbare Schiffsverkehr wurde weitgehend durch die Koninklijke Nederlandse Paketvaart Maatschappij (KPM) bedient, während die indonesische Fluglinie, Garuda, von der niederländischen KLM kontrolliert wurde. Aufgrund der Logik der kolonialen Wirtschaft spielte das produzierende Gewerbe keine große Rolle. Im allgemeinen waren die wenigen größeren, während der Depression der dreißiger Jahre gegründeten Unternehmen in niederländischer Hand, die Kleinbetriebe gehörten Indonesiern oder Chinesen. Im Bergbau, der für den Erwerb von Devisen eine erhebliche Rolle spielte, waren die Eigentumsverhältnisse relativ gleich auf Niederländer und Indonesier verteilt. Die Ölindustrie, Indonesiens wichtigste Devisenquelle, wurde allerdings von ausländischen Unternehmen, in erster Linie von Royal Dutch Shell, Caltex und Stanvac, beherrscht³⁴.

Die Landwirtschaft, in der der weitaus größte Teil der indonesischen Bevölkerung sein Auskommen fand, gab den Nationalisten wenig Grund zur Klage. Schon die Kolonialverwaltung hatte den bäuerlichen Kleinbesitz unterstützt, und während der

³⁴ US Petroleum Interests in Indonesia, Memorandum der Abteilung für Philippinen und südostasiatische Angelegenheiten vom 11.7. 1951, in: National Archives, Washington, D. C. (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 59, Lot 54D190, Box 12. Siehe auch Frank H. Golay u. a., Underdevelopment and Economic Nationalism in Southeast Asia, Ithaca/London 1969, S. 137–140, 144–151, 158–160, 162.





VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³² Vgl. Kalyani Bandyopadhyanya, Political Economy of Nonaligned Indonesia and Malaysia, New Delhi 1990, S. 12; Willard A. Hanna, The Economics of Incongruity, in: Ders., Bung Karno's Indonesia. A Collection of 25 Reports Written for the American Universities Field Staff, New York 1960, WAH-15-59.

³³ Vgl. Shigeru Sato, Oppression and Romanticism: The Food Supply of Java during the Japanese Occupation, in: Paul Kratoska (Hrsg.), Food Supplies and the Japanese Occupation in South-East Asia, Basingstoke/London 1998, S. 167-186; Pierre van der Eng, Regulation and Control: Explaining the Decline of Food Production in Java, 1940-1946, in: Ebenda, S. 187-207; Anthony Reid, The Blood of the People: Revolution and the End of Traditional Rule in Northern Sumatra, Kuala Lumpur 1979, S. 148-177.

fünfziger Jahre befanden sich rund 90 Prozent des bewirtschafteten Landes in indonesischer Hand. Allerdings wurde der ebenfalls für die Erwirtschaftung von Devisen so wichtige Anbau und Export von Plantagenprodukten (Gummi, Tabak, Kaffee, Palmöl) fast ausschließlich von niederländischen und britischen Firmen durchgeführt. Ebenso lagen Export und Import in Händen weniger niederländischer Handelshäuser. Insgesamt beliefen sich die niederländischen Investitionen in Indonesien im Jahre 1950 auf 3,1 bis 3,5 Milliarden Gulden. Steuern und Abgaben niederländischer Unternehmen machten zwischen 35 Prozent (1951) und 50 Prozent (1954) der gesamten Staatseinnahmen aus, und die niederländischen Firmen erwirtschafteten über 20 Prozent der indonesischen Devisen. In den Niederlanden selbst trug das indonesische Engagement sowie der Handel in den frühen fünfziger Jahren mit 7 bis 8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei³⁵.

Wirtschaftspolitisch eher konservative Politiker wie Vizepräsident Hatta und seine Berater traten dafür ein, nicht an den bestehenden Besitzverhältnissen zu rütteln, sondern durch gezielte Subventionen die Gründung indigener Unternehmen zu fördern. Weniger moderate Politiker dagegen forderten eine weitgehende Vergesellschaftung sowie eine radikale Indigenisierung der Wirtschaft. Einig war man sich jedoch bei zwei zentralen Anliegen: bei der Nationalisierung der Währung und beim Know-how-Transfer aus dem Ausland. So wurden ausländische Unternehmen dazu angehalten, auch auf der Leitungsebene verstärkt Indonesier anzustellen bzw. diese weiterzubilden. Der indonesische Gulden wurde Anfang 1950 durch die Rupiah ersetzt, und die niederländische Notenbank (Java Bank) im Dezember 1951 nationalisiert und in Bank Indonesia umbenannt³⁶.

Die moderaten Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen stießen jedoch auf wachsende Kritik im Parlament. Das latente Mißtrauen gegenüber ausländischen Unternehmen, teilweise geschürt durch angebliche niederländische Beteiligungen an Unruhen außerhalb Javas, wurde durch die Befürchtung gesteigert, die amerikanische Regierung verlange politisches Wohlverhalten im Gegenzug für Entwicklungshilfe³⁷. Als nach Ende des Korea-Booms die Rohstoffpreise fielen und die Gewerk-



³⁵ Vgl. ebenda, S. 151–157, 167; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 648f, 654. Die Kapitalanlagen verteilten sich auf folgende Sektoren: Landwirtschaft: 1250–1400 Millionen, Erdöl: 500–800, Bergbau: 400–700, Schiffsverkehr: 100–200, Luft- und Straßenverkehr: 100–400, Bankwesen: 200, Handel: 500; Öffentliche Versorgung: 100.

³⁶ Vgl. Herbert Feith, Dynamics of Guided Democracy, in: McVeigh (Hrsg.), Indonesia, S. 309-409, bes. S. 312f.; Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 137f.; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 158f. Die Indigenisierung der Arbeitnehmer vollzog sich offenbar zufriedenstellend. Der Ölkonzern Stanvac beispielsweise berichtete, der Anteil von Indonesiern in den Bereichen Technik, Verwaltung und Management sei von 27% (1949) auf 72% am Jahresende 1954 gestiegen. Wie zahlreiche andere große Firmen richtete die Vereinigung der niederländischen Imund Exporteure Schulen zur Weiterbildung ein. Der Kredit wurde gewährt, weil Den Haag fürchtete, daß die Indonesiern sonst die Vereinigten Staaten um Hilfe bitten würden.

³⁷ Die amerikanische Wirtschaftshilfe addierte sich zwischen 1950 und dem 30. 6. 1959 auf insgesamt \$ 392 Millionen. Darüber hinaus erhielt Indonesien durch Vermittlung der Vereinigten Staaten im Jahre 1950 einen Kredit über \$ 100 Millionen von der Export-Import Bank. Nach dem Besuch Sukarnos in Moskau setzte sowjetische Finanzhilfe ein (bis Mitte 1959 insgesamt \$ 204 Millionen).

412 Marc Frey

schaften höhere Löhne erzwangen, drehte die indonesische Regierung immer mehr an der Steuerschraube. Dies wiederum beeinflußte die Unternehmenspolitik. Während sich die Ölmultis wegen ihrer herausragenden Bedeutung Privilegien sicherten und über die gesamten fünfziger Jahre ihre Investitionen aufstockten, begannen zahlreiche niederländische Unternehmen ihre Investitionen zu beenden und ihr Kapital zurückzuziehen³⁸. Um den Staatshaushalt zu stabilisieren, begann die Regierung Ali Sastroamidjojo 1954 mit verstärkter Nationalisierung. Die Versorgungsunternehmen wurden im Januar 1954 verstaatlicht, und Jakarta erzwang den Verkauf der KLM-Anteile an Garuda. Dies führte zu einer erheblichen Kapitalflucht; zwischen 1954 und 1957 flossen jährlich rund 200 Millionen Gulden ab, umgerechnet \$57 Millionen. Seit 1956 wurde kein einziger Gummibaum mehr auf niederländischen Plantagen gepflanzt, und die Erträge von Tabak und Kaffee fielen im Vergleich zur Vorkriegszeit um über 30 Prozent. Um der zunehmend schwieriger werdenden Lage Herr zu werden, kündigte Jakarta 1956 seine Staatsschulden gegenüber den Niederlanden auf³⁹.

Das Ende des niederländischen Einflusses auf das indonesische Wirtschaftsleben kam im Dezember 1957. Der unmittelbare Anlaß zur Verstaatlichung sämtlicher niederländischer Unternehmen war die Tatsache, daß eine indonesische West-Irian Resolution in der UN-Generalversammlung nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten hatte. Doch die eigentlichen Gründe lagen tiefer: Nach sieben Jahren geringen wirtschaftlichen Wachstums war die herrschende Elite um Präsident Sukarno davon überzeugt, daß das indonesische Experiment mit liberaler Marktwirtschaft und der Entwicklung einer "pluralen Wirtschaft", die gleichermaßen Möglichkeiten für Indonesier und für ausländische Investoren bot, gescheitert war. Von der Regierung unterstützte und von linken Gewerkschaften organisierte Massenkundgebungen in Jakarta steigerten die Spannungen, aber auch Rebellionen in Teilen Indonesiens, die schwierige Wirtschaftslage und eine weitverbreitete Wut auf die "Machenschaften der Kolonialisten". In den ersten Dezembertagen kündigte die Regierung Vergeltungsmaßnahmen gegen die Niederlande an, Gewerkschaftler besetzten niederländische Unternehmen, am 4. Dezember nationalisierte das Parlament die Unternehmen (mit Ausnahme der Shell und der ebenfalls teilweise britischen Unilever), und am gleichen Tag brach die Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Den Haag ab40. In den folgenden Wochen verließen die meisten der rund 60.000 Menschen, die einen niederländischen Pass besaßen, das Land.

⁴⁰ Vgl. Justus M. van der Kroef, Disunited Indonesia, in: Far Eastern Survey 27 (1958), S. 49-63; Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 184-192; Meijer, Den Haag-Dja-



Die britische Entwicklungshilfe blieb gering, wurde aber besonders geschätzt, da sie im Rahmen des Colombo Plans gewährt wurde. In den späten fünfziger Jahren flossen dann auch japanische Reparationen im Umfang von \$ 196 Millionen ins Land. Vgl. Willard A. Hanna, The United States is Perplexed, in: Ders., Bung Karno's Indonesia, WAH-35-59.

³⁸ Vgl. Lindblad, Foreign Investment in Southeast Asia, S. 105.

³⁹ Vgl. Golay u. a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 156; Lindblad, Foreign Investment in Southeast Asia, S. 104; Paauw, From Colonial to Guided Economy, in: McVeigh (Hrsg.), Indonesia, S. 155-247.

Presse und Regierung in den Niederlanden reagierten mit Empörung auf die Nachrichten aus Indonesien. Sukarno wurde mit Hitler verglichen, und Den Haag bezifferte den Schaden auf rund \$1,2 Milliarden. Hinzu kamen Verluste infolge des Zusammenbruchs des Zwischenhandels. Die Schadenshöhe war deutlich übertrieben, aber Verluste von etwa \$200 Millionen stellten eine erhebliche Summe dar. Im Bereich der internationalen Beziehungen hatte die Enteignung kaum Auswirkungen⁴¹. In Indonesien betrachteten Medien und die breite Öffentlichkeit die Vergesellschaftung der niederländischen Unternehmen als einen wichtigen Schritt der Emanzipation vom Erbe des Kolonialismus. Rein wirtschaftlich gesehen war die Nationalisierung ein Fehler. Sie erfolgte zu einer Zeit, als die kleine indonesische Wirtschaftselite nicht in der Lage war, die personellen Lücken zu schließen. Daher wurden zahlreiche Leitungsfunktionen mit Armeeangehörigen besetzt - eine Lösung, die zu massiver Korruption und Nepotismus einlud und den bis heute andauernden großen Einfluß der Armee zementierte. Der Wunsch nach einer umfassenden Indigenisierung erfüllte sich ebenfalls nicht, da vor allem chinesische Geschäftsleute von der Abwanderung der Niederländer profitierten. Kurzfristig führte die Nationalisierung zu erheblichen Nahrungsmittelengpässen, da der Schiffsverkehr zwischen den Inseln für einige Monate zum Erliegen kam. Außenwirtschaftlich bewirkte sie eine Annäherung an Japan und, sehr zum Ärger der Niederländer, an die Bundesrepublik Deutschland, die sich zum bevorzugten europäischen Partner entwickelte⁴².

Für die Niederlande wiederum bedeutete das Ende der Beziehungen mit Indonesien wirtschaftlich keinen allzu schwerwiegenden Verlust. Während zu Beginn der fünfziger Jahren der Handel mit Indonesien und die dortigen niederländischen Investitionen noch mit 7 bis 8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen hatten, war dieser Anteil bis 1957 auf 2,9 Prozent zurückgegangen⁴³. Diese Entwicklung reflektierte die zunehmende Neigung von Investoren, Kapital nicht mehr in Regionen mit politischen oder historischen Bindungen anzulegen, sondern dort, wo die

43 Vgl. ebenda, S. 592-603.



karta, S. 577-594; Leslie H. Palmier, Indonesia and the Dutch, London 1962, S. 100-110; Paauw, From Colonial to Guided Economy, in: McVeigh (Hrsg.), Indonesia, S. 156.

⁴¹ Vgl. Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 592-603. Washington war tief verstrickt in die regionalen Spannungen in Indonesien und hatte kein Interesse an einer Zuspitzung der Lage. Im Gegenteil: Nach dem Scheitern der Rebellion auf Sumatra 1957/58 gewährten die USA Jakarta beträchtliche Kredite, und London führte Verhandlungen über den Verkauf von Jagdbombern an Indonesien. Gesprächsaufzeichnung im Foreign Office vom 29. 1. 1958, in: PRO, FO 371/135864, DH10329/12.

⁴² Die Bundesrepublik Deutschland wurde als ein Partner geschätzt, der von kolonialer Vergangenheit unbelastet war. Jakarta griff daher gerne auf deutsche Berater zurück. Ein prominentes Beispiel war der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der die indonesische Regierung 1951 beriet. Geheime indonesische Bemühungen, mit den Niederlanden eine Einigung zu erzielen, gingen zumeist von der diplomatischen Vertretung in Bonn aus. Nach der Nationalisierung der niederländischen Unternehmen wies Jakarta die in den Niederlanden studierenden Indonesier an, an deutschen Universitäten weiter zu studieren. Außerdem wurden bereits bestehende Austauschprogramme intensiviert. Die indonesischen Exporte in die Bundesrepublik stiegen von 400 bis 450 Millionen rupiah p.a. in der Zeit zwischen 1953 und 1957, auf über zwei Milliarden p.a. in den Jahren 1960 und 1961. Vgl. Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 450, 650.

Marc Frey

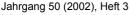
414

höchste Rendite zu erwarten war. Zugleich war sie Ausdruck der beginnenden wirtschaftlichen Integration Europas, insbesondere der in den fünfziger Jahren an Dynamik gewinnenden deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen⁴⁴.

Für Sukarno und die regierenden Eliten war der Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Emanzipation vom niederländischen Kolonialismus erst 1962/63 beendet. Der Prozeß der Dekolonisierung, der mit der japanischen Besetzung Indonesiens 1942 deutlich an Dynamik gewann, war am Tag der Anerkennung der Unabhängigkeit im Dezember 1949 noch längst nicht abgeschlossen. Er umfaßte die Lösung der West-Irian-Frage, die Indigenisierung und Nationalisierung der Wirtschaft, die faktische Ausweisung der Niederländer, und die Zurückdrängung des kulturellen und sprachlichen Einflusses der ehemaligen Kolonialmacht. Zehn Jahre nach dem offiziellen Machttransfer erinnerte kaum noch etwas an die einstmals so sichtbare Präsenz der Niederlande in Indonesien, eine Präsenz, deren Anfänge bis ins ausgehende 16. Jahrhundert zurückreichten. Der Fall Indonesien stellt die radikalste Transformation von Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht in Südostasien dar.

Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Dekolonisierungsprozesses für die Niederlande sind noch wenig erforscht und sollen hier nur thesenhaft formuliert werden, im Grunde ist dies ein eigenes Thema. Der Verlust des Kolonialreichs und die spannungsreichen Beziehungen zu Indonesien während der fünfziger und frühen sechziger Jahren hatten keinen unmittelbaren Einfluß auf die niederländische Außenpolitik. Trotz erheblicher Kritik an den Vereinigten Staaten, denen beträchtliche Teile der Öffentlichkeit, der Medien und der Regierung immer wieder vorwarfen, die niederländischen Interessen mißachtet zu haben, standen atlantische Partnerschaft und die Mitgliedschaft in der NATO niemals zur Disposition⁴⁵. Zu vermuten ist ein Zusammenhang zwischen dem Verlust des Kolonialreichs und der Bereitschaft zur wirtschaftlichen Integration in Westeuropa. Innenpolitisch spielte die Auseinandersetzungen mit Indonesien eine ambivalente Rolle; einerseits bot sie den Stoff für vehemente emotionale Reaktionen von seiten der Politik und der Medien; andererseits waren sie Meinungsumfragen zufolge für die übergroße Mehrheit der Niederländer nur von untergeordneter Bedeutung. Gesellschaftliche Herausforderungen wie Wiederaufbau, Wohnungsnot, Arbeitsplatzsicherung, Ausbau des Sozialstaats und anderes prägten die öffentliche Diskussion. Die Auseinandersetzung über die koloniale Vergangenheit und über Indonesien erlahmte damit jedoch

⁴⁵ In vertraulichen Meinungsumfragen zur Perzeption Amerikas in den Niederlanden und Frankreich wurde als häufige Quelle anti-amerikanischer Ressentiments die Einmischung der USA in den Dekolonisierungsprozess genannt. Public Opinion in Western Europe. Attitudes towards Political, Economic and Military Integration, Januar 1953, in: NA, Records of the United States Information Agency (RG 306), Office of Research, Miscellaneous Reports and Studies from Various Offices of the State Department, 1952–1953, Box 2. Siehe auch Hans Blom, Crisis, Bezetting en Herstel. Tien studies over Nederland 1930–1950, Rotterdam 1989, S. 187; Wesseling, Indië verloren, rampspoed geboren, S. 285f., 292–308.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁴⁴ Henri Baudet, The Netherlands after the Loss of Empire, in: Journal of Contemporary History 4 (1969), S. 127-141.

nicht. Vor allem Zurückgekehrte, Vertriebene, aus Mischehen stammende Niederländer und ethnische Gruppen wie die Molukken hielten die Diskussion wach, wobei interessanterweise bis heute die Kolonialherrschaft von zahlreichen Niederländern als insgesamt positiv für das südostasiatische Inselreich bewertet wird⁴⁶.

Frankreich und Indochina

Gewöhnlich heißt es, die Genfer Konferenz von 1954 habe das Ende des französischen Kolonialreichs in Indochina besiegelt. Doch der Machttransfer war sehr viel komplizierter; wie im Falle Indonesiens handelt es sich um einen Prozeß. Dieser wurde geprägt durch das Auftreten nationalistischer Gruppierungen, durch dritte Akteure und durch Konflikte zwischen Frankreich und den neuen unabhängigen Staaten.

Zum Zeitpunkt der Genfer Indochinakonferenz (8. Mai bis 21. Juli 1954) lagen Unabhängigkeitserklärungen von Kambodscha (13. März 1945), Laos (8. April 1945) und Vietnam (2. September 1945) vor. Weil Frankreich keine der Erklärungen anerkannt und statt dessen halb-autonome "Assoziierte Staaten" innerhalb der "Französischen Union" geschaffen hatte (Elysée Abkommen vom 8. März 1949), wurde über die Unabhängigkeit entweder auf dem Verhandlungsweg oder auf dem Schlachtfeld entschieden. Laos, der demographisch, politisch und wirtschaftlich unbedeutendste Teil des französischen Kolonialreiches in Indochina, unterzeichnete im Oktober 1953 einen Vertrag, der dem Land die Souveränität gab. Ein Militärbündnis mit Frankreich, die andauernde Präsenz französischer Truppen und die Mitgliedschaft des Landes in der Französischen Union verschafften der ehemaligen Kolonialmacht jedoch weitreichenden Einfluß. In seinem "Kreuzzug für die Unabhängigkeit" errang König Norodom Sihanouk einen Monat später Kambodschas volle Autonomie, inklusive der Kontrolle über die Armee. Doch die Mitgliedschaft innerhalb der Französischen Union sicherte Paris auch hier erhebliche Befugnisse bei der Geld-, Handels- und Wirtschaftspolitik. Die Genfer Vereinbarungen bestätigten die Unabhängigkeit beider Staaten innerhalb der Französischen Union und erlaubten Frankreich die Entsendung militärischer Berater nach Kambodscha sowie den Unterhalt von Militärbasen in Laos. In Vietnam war die Entwicklung noch komplizierter. Die Genfer Waffenstillstandsvereinbarungen und die vorübergehende Teilung des Landes beschränkten die Staatsgewalt der "Demokratischen Republik Vietnam" auf das Territorium nördlich des 17. Breitengrads und implizierten die französische Verantwortlichkeit für die Verwaltung des Südens. Das Genfer Abkommen sah darüber hinaus landesweite Wahlen innerhalb von zwei Jahren vor, die zur Wiedervereinigung führen und die Unabhängigkeit des Landes vollenden sollten⁴⁷.



⁴⁶ Einführend siehe Paul Doolan, Time for Dutch Courage in Indonesia, in: History Today 47 (1997), H. 3, S. 3-5.

⁴⁷ Vgl. Denise Bouche, Histoire de la Colonisation Française, Bd. 2: Flux et Reflux (1815–1962), Paris 1991, S. 436–451; James Cable, The Geneva Conference of 1954 on Indochina, New York 1986; Lloyd C. Gardner, Approaching Vietnam. From World War II through Dienbienphu, New

Nach der Genfer Konferenz versuchte Paris zunächst, soviel politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluß in Indochina zu bewahren wie möglich. Dabei war der bevorzugte Partner nicht Kaiser Bao Dai, dessen Einfluß man realistischerweise als gering einstufte. Ebensowenig traute man seinem Premierminister im Süden, Ngo Dinh Diem, ein erklärter Nationalist und Gegner des Kolonialismus. Vielmehr verfolgte Paris eine Doppelstrategie: im Süden setzte man auf Kräfte, die während der Kolonialzeit kooptiert worden waren, und im Norden bemühte man sich um einen Ausgleich mit den Viet Minh⁴⁸. Dafür glaubte man gute Gründe zu haben. Französische Bergbau- und Industriebeteiligungen, insbesondere der Kohlekonzern Charbonnages du Tonkin, waren im Norden konzentriert, und die Führer des Viet Minh hatten mit ihrem Interesse an einer Mitgliedschaft in der Französischen Union erklärt, Frankreichs Einfluß auf die Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik zu akzeptieren. Hinzu kam die Überzeugung, daß das Regime im Süden sich nicht lange würde halten können und daß ein Sieg des Viet Minh bei den landesweiten Wahlen sicher wäre⁴⁹. Zunächst reagierten die Führer des Viet Minh positiv auf das französische Interesse an einer Kooperation. Kriegsbedingte Zerstörungen, die Furcht vor einem amerikanischen Engagement im Süden des Landes und die Absicht, eine wirtschaftlich unabhängige und von chinesischen Einflüssen weitgehend freie Nation aufzubauen, machten Frankreich zu einem geradezu natürlichen Partner⁵⁰.

Ungeachtet britischer Irritationen und vor dem Hintergrund der schroffen Ablehnung der de-facto-Anerkennung der kommunistischen Demokratischen Republik Vietnam (DRV) durch Washington schickte Paris im Herbst 1954 eine "Handelsmission" nach Hanoi. Die von Jean Sainteny, einem langjährigen Bekannten Ho Chi Minhs geleitete Mission wurde ein halbes Jahr nach der demütigenden Niederlage bei Dien Bien Phu mit allen Ehren empfangen⁵¹. Sainteny erzielte ein vorläufiges Abkommen, das die französischen Wirtschaftsinteressen nördlich des 17. Breiten-

⁵⁰ Interview mit Pham Van Dong, Le Monde, 2. und 3. 1. 1955, zit. in: Hammer, Struggle for Indochina, S. 346.



York/London 1988, S. 179-314; Robert F. Randle, Geneva 1954: The Settlement of the Indochinese War, Princeton 1969; Anthony Short, The Origins of the Vietnam War, London 1989, S. 153-185; Ralph B. Smith, An International History of the Vietnam War. Revolution versus Containment, 1955-1961, London/New York 1983, S. 19-73.

⁴⁸ Guy la Chambre (Saigon), Minister für die Assoziierten Staaten, an Außenministerium vom 23.10.1954, in: Centre Archive d'Outre Mer, Aix-en-Provence (künftig: CAOM), Haut Commissariat de France à Saigon, HCI 113/355.

⁴⁹ Pierre Mendes-France, Instructions pour Monsieur Sainteny, Délégue General du Gouvernement de la Republique Francaise au Nord Vietnam vom 23.10.1954, in: Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (künftig: MAE), Asie-Oceanie 1944-1955: Indochine, 21; Jean Sainteny, Hanoi, an Mendes-France vom 27.10.1954, in: Ebenda. Siehe auch Tony A. Duff, britische Botschaft Paris, an F.S. Tomlinson nach einem Gespräch mit M. Clarat, Chef de Cabinet, Ministerium für die Assoziierten Staaten vom 11. 2. 1955, in: PRO, FO 371/117133. Zur britischen Politik, die ebenfalls eine klare Erfüllung der Genfer Vereinbarungen befürwortete und damit die Ausdehnung der Demokratischen Republik Vietnam auf ganz Vietnam in Kauf zu nehmen bereit war, siehe Arthur Combs, The Path Not Taken: The British Alternative to US Policy in Vietnam, 1954-1956, in: Diplomatic History 19 (1995), S. 33-57.

grads schützen sollte. Er war außerdem beteiligt am ordnungsgemäßen Abzug der französischen Truppen aus Hanoi und Haiphong. Darüber hinaus sicherte er den Fortbestand der Ecole française de l'Extreme Orient und des Lycee Albert Sarraut in Hanoi, das viele der vietnamesischen Führer in ihrer Jugend besucht hatten. Im April 1955 schließlich gelangte die Charbonnages du Tonkin gegen eine Entschädigung in staatlichen Besitz⁵².

Gerade der Verkauf der Kohlebergwerke machte den begrenzten Handlungsspielraum Saintenys und der französischen Regierung deutlich. Unmittelbar bevor nordvietnamesische Vertreter die Leitung der Bergwerke übernehmen wollten, hatten die französischen Manager auf massiven Druck der amerikanischen Regierung die Anlagen weitgehend demontiert53. Auch die Übereinkunft zum Schutz französischer Wirtschaftsinteressen erwies sich als nicht umsetzbar: Bis auf wenige Ausnahmen verließen sämtliche Franzosen das Land, zerstörten ihren Besitz oder nahmen mit, was nur irgendwie transportabel war. So lebten am Jahresende 1954 nur noch etwa hundert Franzosen im Norden Vietnams, vorwiegend in Hanoi; vor dem Waffenstillstand waren es 6500 gewesen. Eingeschüchtert von lokalen Behörden, verließen auch zahlreiche Nordvietnamesen, die mit den Franzosen zusammengearbeitet hatten, das Land, sowie etwa eine Million Katholiken, die über eine amerikanische "Freiheitsbrücke" von Haiphong in den Süden gelangten. Angesichts dieser Entwicklungen erwies sich die Zusammenarbeit zwischen Sainteny und der Regierung in Hanoi als zunehmend schwierig und ergebnislos. Hanoi reagierte darauf mit einem Zurückdrängen der französischen kulturellen Hinterlassenschaft, mit einer weitgehenden Einstellung der wirtschaftlichen Beziehungen und, während der sechziger Jahre, mit der Verweigerung französischer Entwicklungshilfe⁵⁴.

Während der sechziger Jahre verhinderte der amerikanische Krieg in Vietnam jede Anbahnung engerer Beziehungen. Ein freundlicher Briefwechsel zwischen Charles de Gaulle und Ho Chi Minh konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Frankreich keine Möglichkeiten hatte, nachhaltig auf die Entwicklungen Einfluß zu nehmen. In Frankreich selbst symbolisierte die starke Antikriegsbewegung das anhaltende Interesse am Schicksal der ehemaligen Kolonie. Auf politischer Ebene kam es bald nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973 zu einer Wiederbelebung der Beziehungen.



⁵¹ Vgl. New York Times vom 13. 10. 1954. Siehe auch Philippe Devillers/Jean Lacouture, End of a War. Indochina 1954, New York 1969, S. 352–360. Zur britischen Haltung vgl. Memoranden von James Cable, Southeast Asia Department, Foreign Office vom 11.2. und 10. 4. 1955, in: PRO, FO 371/117133. Zur amerikanischen Perspektive siehe William J. Sebald an Dulles, 17. 1. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, Washington 1985, S. 41–45; National Security Council Report, NSC 5721/1, Statement of US Policy on France, 19.10.1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, Washington 1992, S. 181–200.

⁵² Vgl. Hammer, Struggle for Indochina, S. 343.

⁵³ Aufzeichnung eines Gespräches zwischen Premierminister Edgar Faure und dem amerikanischen Botschafter in Paris, Douglas Dillan, 29. 4. 1954, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 320–323.

Notiz im französischen Außenministerium vom 5.9. 1955, in: MAE, AO 1944-1955, Indochine, 21. So meinte auch der britische Konsul in Hanoi, Sainteny habe "jeglichen Einfluß bei dem Regime verloren". Baker an Foreign Office vom 7.6. 1955, in: PRO, FO 371/11713. Dalloz, War in Indo-China, S. 199; US Army Area Handbook for Vietnam, Washington 1962, S. 101f.

Frankreich gewährte Hanoi Entwicklungshilfe im Umfang von 100 Millionen Francs, und nach dem Sieg Nordvietnams über das Regime in Saigon absolvierte Premierminister Pham Van Dong seinen ersten offiziellen Besuch im Westen in Frankreich (April 1977). Dabei wurde der nach der Eroberung des Südens konfiszierte französische Besitz teilweise zurückgegeben. Im Gegenzug gewährte Frankreich Entwicklungshilfe im Umfang von 671 Millionen Francs. Elf Aquitaine erhielt Explorationsrechte in Vietnam, und die französische Regierung setzte sich bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds für die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Vietnam ein. Diese Bemühungen blieben zunächst erfolglos, da die Reagan-Administration hoffte, den Krieg doch noch mit wirtschaftlichen Mitteln gewinnen zu können und infolgedessen Aktivitäten internationaler Organisationen blokkierte55. Doch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hatte Frankreichs Eintreten für seine ehemalige Kolonie einigen Erfolg. Ungeachtet der bitteren Erinnerungen an die koloniale Vergangenheit sowie des Indochinakriegs und trotz der eingeschränkten bilateralen Beziehungen während des amerikanischen Engagements in Vietnam betrachten sich Paris und Hanoi bis heute als jeweils privilegierte Partner innerhalb der Regionen Europa und Südostasien.

Die Beziehungen Frankreichs mit Südvietnam (seit 1955 "Republik Vietnam") waren nicht weniger komplex. Im Gegenteil, nach dem Genfer Abkommen war die Rolle und Position der Kolonialmacht nicht klar definiert. Die Konferenz von Genf betraute Frankreich für die Zeit bis zu den spätestens für Juli 1956 vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen mit der Verwaltung des Südens. Auch die vietnamesische Armee (150.000 Soldaten) blieb unter dem Oberbefehl General Paul Elys, des Kommandeurs des Französischen Expeditionskorps, das Ende 1954 mit noch 125.000 Mann eine nach wie vor deutlich sichtbare Präsenz im Süden Vietnams bot. Vereinbarungsgemäß sollten die Truppen erst auf Verlangen der vietnamesischen Regierung abgezogen werden. Darüber hinaus arbeiteten zahlreiche Franzosen bzw. Vietnamesen mit französischem Pass in der Verwaltung, und die berüchtigte Sûreté steuerte Organisationen wie die Cao Dai und die Hoa Hao, Sekten mit jeweils mehreren hunderttausend Anhängern, die über eigene Verwaltungen sowie Privatarmeen verfügten und in ihren regionalen Einflußbereichen jeweils autonom regierten⁵⁶. Trotz des jahrelangen Kriegs und der Repatrijerung erheblicher Vermögenswerte waren die französischen Wirtschaftsinteressen in den Bereichen Banken, Versorgungsunternehmen, Dienstleistungen sowie der Landwirtschaft beträchtlich⁵⁷.

⁵⁷ Vgl. Dominique Barjot, Les Entreprises de Travaux Publics Face à la Décolonisation: Une Adaption Difficile, Mais Réussie? (1940–1956), in: Charles-Robert Ageron (Hrsg.), Les chemins de la Décolonsation de l'Empire Colonial Français, Paris 1986, S. 157–164; David Anderson, Trapped by Success. The Eisenhower Administration and Vietnam, 1953–1961, New York 1991, S. 98–100; Jacques Marseille, Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce, Paris 1984, S. 350ff.

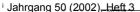


⁵⁵ Vgl. Marc Frey, Geschichte des Vietnamkriegs, München ⁶2002, S. 182f.; Marianna P. Sullivan, France's Vietnam Policy. A Study in French-American Relations, Westport/London 1978, S. 102, 130.

⁵⁶ General Paul Ely (Saigon) an Mèndes-France, 15.11.1954, in: CAOM, Haut-Commissariat de France à Saigon, HCI 113/335.

Mehrere Faktoren trafen jedoch aufeinander, die es Frankreich unmöglich machten, einen seinen vielfältigen Möglichkeiten entsprechenden Einfluß auszuüben. Nationalistische Politik und Forderungen nach kultureller und wirtschaftlicher Indigenisierung gewannen nach der Stabilisierung des Diem-Regimes im Mai 1955 erheblich an Bedeutung. Sehr viel unmittelbarer jedoch war das amerikanische Bemühen um Zurückdrängung des politischen Einflusses Frankreichs⁵⁸. Denn seit der zweiten Jahreshälfte 1954 traten die Partner der South East Asian Treaty Organization (SEATO) kaum verhohlen als Konkurrenten auf. Während Washington das Diem-Regime stützte, bemühte sich die französische Diplomatie um Alternativen zu dem nationalistischen und anti-kolonialistischen Premierminister⁵⁹. Massive amerikanische Proteste führten seit Herbst 1954 zu einer einigermaßen konstruktiven Zusammenarbeit zumindest mit dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Ely. Doch Beamte der Pariser Ministerien sowie französische Diplomaten vor Ort arbeiteten nach wie vor an einem Sturz Diems. Beobachter in Saigon und Paris lagen mit ihrer Einschätzung, Diem sei nicht die geeignete Persönlichkeit, um einen Staat aufzubauen, sicherlich nicht falsch, und im April 1955 wäre es beinahe gelungen, ihn zu entmachten. Die Sekten rebellierten, die von Franzosen befehligte vietnamesische Armee weigerte sich, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, und die von der Kolonialverwaltung begünstigte Mafiaorganisation der Binh Xuyen forderte offen zum Widerstand gegen Diem auf. Südvietnam befand sich am Rande des Chaos. Selbst ein so vorbehaltloser Sympathisant Diems wie der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower beauftragte nun seinen Sondergesandten in Saigon, General Lawton J. Collins, nach Alternativen zu suchen⁶⁰.

Diems überraschend erfolgreiche Unterdrückung der Sekten und der Binh Xuyen Ende April, Anfang Mai 1955, stabilisierte nicht nur sein Regime und verschaftte ihm die vorbehaltlose amerikanische Unterstützung. Sie veränderte grundlegend den Charakter der Beziehungen zwischen dem Diem-Regime und Frankreich. Während Saigon Indigenisierung und nationalistische Politikentwürfe nun zunehmend för-



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



Se Zur amerikanische Vietnampolitik in den ersten Jahren der Ära Diem siehe Anderson, Trapped by Success, S. 121–198; Robert Buzzanco, Masters of War. Military Dissent and Politics in the Vietnam Era, Cambridge/New York 1996, S. 55–80; William J. Duiker, US Containment Policy and the Conflict in Indochina, Stanford 1994, S. 194–248; George C. Herring, America's Longest War. The United States and Vietnam, 1950–1975, New York 31996, S. 46–79; George McTurnan Kahin, Intervention. How America Became Involved in Vietnam, New York 1986, S. 93–121.

⁵⁹ Commissariat Général de France en Indochine, Direction des Services Francais de Sécurité, Rapport Mensuel für Oktober 1954, in: CAOM, Haut Commissariat de France à Saigon, HCI 5/31; Memorandum of Conversation on Indochina, zwischen Dulles und Guy la Chambre, 6. 9. 1954, in: NA, RG 59, Lot 55D480, Box 7; Botschafter Dillon (Paris) an Department of State, 6. 1. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 19–21; Joint Department of State–Joint Chiefs of Staff Meeting, Briefing by Admiral Arthur Radford on a Trip to the Far East, 14. 1. 1955, in: Ebenda, S. 35.

Vgl. Dulles an Dillon, 27.4. 1955, in: FRUS 1955-1957, Bd. 1, S. 294-296; Memorandum of Discussion at the 246th Meeting of the National Security Council, 28.4. 1955, in: Ebenda, S. 307-312. Siehe auch Denise Artaud, Spring 1955: Crisis in Saigon, in: Lawrence S. Kaplan/Denise Artaud/Mark R. Rubin (Hrsg.), Dien Bien Phu and the Crisis of Franco-American Relations, 1954-1955, Wilmington 1990, S. 211-228; Hammer, Struggle for Indochina, S. 346-362.

derte, versuchte er gleichzeitig seine bisherigen, eher vorsichtigen Bemühungen zur Zurückdrängung des französischen Einflusses in Armee, Wirtschaft, Verwaltung und Politik fortzusetzen.

Militärisch erfuhr das Diem-Regime die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten. Gelegentliche Ausschreitungen gegen französische Soldaten, eine feindselige Saigoner Regierung, aber auch die zunehmenden Spannungen in Frankreichs nordafrikanischen Kolonien beschleunigten den Abzug der französischen Truppen und die Konzentration der Streitkräfte in Saigon und Cape St. Jacques im Juni 1955. Bereits am 15. August war die französische Truppenstärke auf 45.000 gesunken. Nachdem Diem etwa 6000 Offiziere wegen Zusammenarbeit mit den Franzosen entlassen hatte, drängte er auf die Übertragung des Oberkommandos der vietnamesischen Streitkräfte61. Diese Machtansprüche wurden in Paris, wo man gerne am Oberkommando festgehalten hätte, nur ungern vernommen. Doch als auch die USA nach einigem Zögern die Position Diems unterstützten - führende Militärs bewerteten die Tätigkeit der französischen Ausbilder als mangelhaft -, waren die Tage der französischen Militärpräsenz in Südvietnam gezählt: am 28. April 1956 wurde das französische Oberkommando offiziell aufgelöst. Dieser Tag markierte, wie der Korrespondent der Londoner Times zurecht vermerkte, "das Ende einer Ära in Indochina". Bereits Monate zuvor hatte Diem die Mitgliedschaft in der Französischen Union aufgekündigt. Die diplomatischen Beziehungen wurden mit der Abberufung der Hohen Kommissare und der Entsendung des ersten französischen Botschafters nach Südvietnam im August 1956 normalisiert⁶².

Wie in fast alle neuen unabhängigen Staaten auch betrachtete die Regierung in Saigon die Zurückdrängung des wirtschaftlichen Einflusses der ehemaligen Kolonialmacht als ihr vordringliches politisches Anliegen. Indigenisierung und wirtschaftlicher Nationalismus waren Teil einer Strategie, mit der die eigenen Staatsbürger stärker als bisher an Eigentum und Produktionsmitteln beteiligt werden sollten. Diese Politik zielte auf die Hebung des Lebensstandards, diente aber auch dazu, das Prestige des Regimes nach innen und außen zu stärken⁶³. Wirtschaftliche Modernisierung und Indigenisierung wurden in Vietnam erschwert durch kriegsbedingte Zerstörungen und Kapitalabflüsse. Seit 1945 hatten zahlreiche französische Unternehmen ihre Aktivitäten reduziert und in anderen Regionen investiert, insbesondere in Afrika⁶⁴. Trotzdem



⁶¹ Vgl. Sebald an Dulles vom 14. 6. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 449–445; Kenneth T. Young an Walter F. Robertson, Assistant Secretary of State for Far Eastern Affairs, 2. 9. 1955, in: Ebenda, S. 532–534. Der Stützpunkt am Cape St. Jacques war seit 1953 erheblich ausgebaut worden. Er sollte als Frankreichs Marinebasis im Fernen Osten dienen. Siehe Botschafter G. Frederick Reinhardt (Saigon) an Dulles nach einem Gespräch mit General Augustine Léon Guillaume, 24. 6. 1955, in: Ebenda, S. 468–470. Prominentes Opfer der gelegentlichen Ausschreitungen gegen Franzosen war General Pierre Jacquot, Elys Stellvertreter. Er wurde unter fadenscheinigen Begründungen im Februar 1956 verhaftet und mißhandelt. Siehe Memorandum of Conversation zwischen Dulles und dem französischen Außenminister Christian Pineau in Karachi, 7. 3. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 36–43.

⁶² The Times vom 30. 4. 1956.

⁶³ Vgl. Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. vii.

war der relative wirtschaftliche Einfluß Frankreichs noch 1954 so beträchtlich, daß Paris der Regierung in Saigon ein Wirtschafts- und Finanzabkommen auferlegen konnte, das in vielerlei Hinsicht den ungleichen Wirtschaftsverträgen zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen (1946) sowie zwischen den Niederlanden und Indonesien (1949) entsprach⁶⁵. Verständlicherweise versuchte das Diem-Regime, sich so rasch wie möglich dieses Abkommens zu entledigen. Ein erster Schritt hin zur Finanzhoheit war die Gründung einer vietnamesischen Notenbank am 1. Januar 1955. Von größerer Bedeutung war indes die Kündigung des Wirtschafts- und Finanzabkommens nach Ablauf des ersten Jahres. Damit verfügte das Land am Jahresende 1955 über die volle wirtschaftliche, handels- und finanzpolitische Souveränität⁶⁶.

Nach 1955 spielte die Indigenisierung der Wirtschaft eine erhebliche Rolle. Systematisch vollzog sie sich jedoch nur im Bereich der Reisproduktion. Für andere Bereiche der vietnamesischen Wirtschaft erließ die Regierung Bestimmungen, welche die Aktivitäten französischer Betriebe behinderten. Verschiedene holzverarbeitende Konzerne wechselten ihren Besitzer, weil sie keine Konzessionen mehr erhielten oder unter der Steuerlast zusammenzubrechen drohten. Auch die öffentlichen Versorgungsunternehmen gingen in vietnamesische Hände über. Für zahlreiche Unternehmen wurde der Transfer von Gewinnen ins Ausland erschwert⁶⁷.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



⁶⁴ Paradigmatisch beleuchtet dies die Unternehmenspolitik der bedeutendsten Bank Indochinas, der staatseigenen Banque de l'Indochine. Das 1875 gegründete Geldinstitut hielt ein Monopol auf Neuemissionen französischer Aktien in Asien oder im Pazifik tätiger Unternehmen. Es wickelte das Kredit- und Wechselgeschäft für französische Firmen in Indochina ab, und es fungierte als Notenbank. Nach dem Zweiten Weltkrieg reduzierte die Bank ihre Aktivitäten in Indochina erheblich, während sie in Französisch-Afrika expandierte. Nicht alle französischen Unternehmen folgten dem Beispiel der Banque de l'Indochine, aber der Kapitalabfluß aus Vietnam beschleunigte sich nach 1950. Betrug der Wert der französische Anlagen in Indochina 1945 rund 321 Millionen francs (francs-Wert 1938), waren es 1953 nur noch 90 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg der Wert der französischen Anlagen in Westafrika von 127 auf 229 Millionen. Vgl. Dieter Brötel, Dekolonisierung des französischen Empire in Indochina: metropolitane, periphere und internationale Faktoren, in: Mommsen (Hrsg.), Ende der Kolonialreiche, S. 110f.; Dalloz, War in Indo-China, S. 106; Lindblad, Foreign Investment in Southeast Asia, S. 61-67.

⁶⁵ Von amerikanischen Experten als "extraordinarily vague" bezeichnet, kam es einer Währungsunion gleich. Saigon mußte sämtliche Devisen, die nicht im Rahmen der amerikanischen Entwicklungshilfe ins Land flossen, in einen französischen "Stabilisierungsfonds" einzahlen. Dafür erhielt
Vietnam Francs. Paris transferierte Devisen nach Saigon jedoch nur nach Maßgabe des in Frankreich projektierten Bedarfs. Darüber hinaus gewährte das Abkommen französischen Produkten
Zollpräferenzen in Höhe von 15 %. Schließlich mußte Südvietnam für alle Zahlungsverpflichtungen einstehen, die Frankreich im Rahmen der Französischen Union einging. Memorandum of
Conversation, Vietnamese-French Economic and Financial Arrangements, zwischen dem designierten südvietnamesischen Botschafter in Washington, Tran Van Chuong, und Mitarbeitern des
Bureau of Philippine and Southeast Asian Affairs, Department of State, vom 5.11.1954, in: NA,
RG 59, Lot 55D480, Box 7.

⁶⁶ Vgl. Dillon an Department of State, 31.10.1955, in: FRUS 1955-1957, Bd. 1, S. 569, Anm. 4.

Vgl. Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 402f.; The Times vom 25. 9. 1956. Diese und andere Verordnungen richteten sich gleichermaßen gegen die chinesische Minderheit (ca. 600.000), die zum größten Teil in Cholon, der chinesischen Zwillingsstadt Saigons lebte. Im September 1956 wurden alle Chinesen, die in Vietnam geboren waren, zu vietnamesischen Staatsbürgern erklärt. Außerdem mußten sie vietnamesische Namen annehmen. Zugleich wurde

Abgesehen vom Reisanbau und den öffentlichen Versorgungsunternehmen fand jedoch keine systematische Indigenisierung statt. Die meist in französischem Besitz befindlichen Gummiplantagen (acht Gesellschaften produzierten etwa 90 Prozent des vietnamesischen Gummis und erwirtschafteten knapp zwei Drittel der südvietnamesischen Deviseneinkünfte) blieben unbehelligt. Französischen Unternehmen wie Michelin wurden Ende der fünfziger Jahre sogar steuerliche Vorteile eingeräumt. Auch die französischen Unternehmen in so unterschiedlichen Bereichen wie Tabak, Streichhölzer, Getränke, Schuhe, Flüssiggas, Baumaterialien, Automobile und pharmazeutische Produkte waren von der Indigenisierung nicht betroffen. Air France bediente den gesamten Luftverkehr mit Europa und einen beträchtlichen Teil innerhalb Asiens. Ironischerweise monopolisierten französische Reedereien in den sechziger Jahren nicht nur den Schiffsverkehr mit Europa, sondern hielten einen Marktanteil von rund 35 Prozent im amerikanisch-vietnamesischen Frachtverkehr⁶⁸.

Trotz dieser Politik der Indigenisierung bemühte sich Diem gleichzeitig, französisches Kapital ins Land zu holen, um möglichst unabhängig von amerikanischer Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe zu bleiben. Nachfolgende Regime stützten sich ausschließlich auf amerikanisches Geld und amerikanische Soldaten. So verhängte Saigon 1964 Handelsbeschränkungen gegen französische Produkte, und im Juni 1965 beendete Nguyen Cao Ky, der de Gaulle beschuldigte, "direkt oder indirekt dem Feind zu helfen", die diplomatischen Beziehungen zu Paris. Die bilateralen Handelsbeziehungen normalisierten sich 1969, aber erst nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973 wurden die diplomatischen Beziehungen wieder voll hergestellt. Im Zuge dieser Normalisierung wurde Frankreich wieder Vietnams wichtigster europäischer Handelspartner (1972 war Japan mit 35 Prozent Marktanteilen der wichtigste Anbieter, gefolgt von Frankreich mit 25 Prozent)⁶⁹.

Im Unterschied zu Indonesien blieb der kulturelle und sprachliche Einfluß Frankreichs auch nach der Unabhängigkeit Vietnams zunächst relativ stark, um dann jedoch bis Mitte der sechziger Jahre deutlich abzunehmen. So wechselte die Regierung in Saigon sämtliche Straßenbezeichnungen aus, viele französische Kleinbetriebe warben nun auch in Vietnamesisch. Als Ausdruck kultureller Befreiung ersetzten die juristischen und philosophischen Fakultäten der Hochschulen in Saigon, Hué und Dalat, das Französische durch die Landessprache, die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten folgten 1961. Gesetzestexte, in den Anfangsjahren des Diem-Regimes meist zweisprachig verfaßt, wurden zunehmend nur noch in Vietnamesisch veröffentlicht. Doch nach wie vor galt der Besuch einer der fünf französischen Gymnasien und Fachhochschulen mit ihren rund 10.000 Schülern und Studen-

⁶⁹ Zit. nach New York Times vom 25. 6. 1965. Siehe auch Sullivan, France's Vietnam Policy, S. 97.



Ausländern untersagt, bestimmte Berufe auszuüben. Dies betraf beispielsweise den von Chinesen dominierten Reishandel. Die Verordnungen änderten wenig an den bestehenden Besitzverhältnissen, aber die Chinesen verloren ihre in den dreißiger Jahren von der französischen Kolonialverwaltung zuerkannten Privilegien.

⁸ Vgl. Sullivan, France's Vietnam Policy, S. 129.

ten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Karriere⁷⁰. Denn sie boten praktisch als einzige Schulen fremdsprachlichen Unterricht. Französische Zeitungen waren Ende der fünfziger Jahre überall in Saigon erhältlich, und die Mehrheit der im Ausland studierenden vietnamesischen Studenten war an einer französischen Universität eingeschrieben. Das Nachwirken der Vergangenheit, traditionelle Bande, Kenntnisse über Frankreich, familiäre Beziehungen, aber auch französische Stipendien erleichterten den Zugang zu französischen Hochschulen⁷¹.

Zu Beginn der sechziger Jahre setzte sich das Englische jedoch als erste Fremdsprache durch. Immer weniger französische Multiplikatoren lebten noch in Vietnam – 1962 etwa 3000 Franzosen sowie rund 7000 Vietnamesen mit französischem Pass. Radio France-Asie hatte schon 1956 den Sendebetrieb eingestellt, die letzte französischsprachige Zeitung in Saigon, das Journal d'Extreme Orient, fristete ein Schattendasein, und die Kinos orientierten sich zunehmend an Hollywood. Bereits 1959 bemerkte ein britischer Journalist die vielen Lehrmaterialien der BBC ("English for you"), die überall in Saigon zu kaufen waren, und private Englischschulen öffneten allenthalben ihre Pforten, "fast so wie Espressobars in London"⁷².

Eine Bewertung der kulturellen Hinterlassenschaft der ehemaligen Kolonialmacht bleibt somit ambivalent. Einerseits blieb das Französische für die städtischen Eliten bis in die frühen sechziger Jahre hinein die erste Fremdsprache, und auch danach büßte es seinen Einfluß nicht gänzlich ein. Andererseits führten kulturelle Indigenisierung, die Rückbesinnung auf die eigene Vergangenheit sowie der Siegeszug des Englischen als globalem Kommunikationsmedium in Kombination mit der Stationierung zehntausender amerikanischer Soldaten zwischen 1963 und 1965 zur Etablierung des Englischen als erster Fremdsprache.

Wie bereits erwähnt, bestätigte das Genfer Abkommen die Unabhängigkeit und Souveränität von Kambodscha und Laos, aber es gestattete Frankreich die Stationierung militärischer Berater bzw. eines kleinen Kontingents von Truppen in beiden Staaten. Politisch und militärisch übte Frankreich auch danach einen erheblichen Einfluß auf die Geschicke beider Länder aus. Die Weigerung des kambodschanischen Herrschers Sihanouk, mit den Vereinigten Staaten ein Verteidigungsbündnis zu schließen, ermöglichte es Frankreich, in die Rolle eines uneigennützigen Partners kambodschanischer Souveränität und Neutralität zu schlüpfen. Sihanouk ermunterte denn auch die französischen Militärberater zum Bleiben. Parallel dazu gab er amerikanischen Wünschen nach Entsendung eines kleinen Stabs militärischer Berater nach und nahm gleichzeitig bereitwillig amerikanische Militärhilfe an. Geschickt nutzte der König die Konkurrenz der beiden auswärtigen Akteure, um seine Handlungsspielräume zu erweitern⁷³.



⁷⁰ Vgl. The Times vom 29.6. 1959; US Army Area Handbook for Vietnam, S. 118f.

⁷¹ Vgl. ebenda, S. 118-122, 148.

⁷² The Times vom 29.6. 1959; vgl. auch Dalloz, War in Indo-China, S. 197; US Army Area Handbook for Vietnam, S. 62, 140f., 148.

⁷³ Zum franko-kambodschanischen Militärabkommen siehe Dulles an Dillon (Paris) vom 6. 1. 1955, in: FRUS 1955-1957, Bd. 21, Washington 1990, S. 403f.; zur französischen Absicht, "to keep com-

Marc Frey

424

Kambodscha, ein von Subsistenzwirtschaft geprägtes Land, hatte keine große Rolle im Rahmen des französischen Kolonialreichs in Indochina gespielt, und die französischen Wirtschaftsinteressen konzentrierten sich im wesentlichen auf die Gummi-Produktion, das auf 3 Prozent der kultivierten Fläche gewonnen wurde. Doch weil Gummi praktisch das einzig exportfähige Produkt war, blieben die Eigentumsverhältnisse unangetastet. In den fünfziger und sechziger Jahren investierten Franzosen sogar vergleichsweise beträchtliche Summen in den Ausbau der Plantagen. Doch für andere Sektoren der Wirtschaft läßt sich durchaus eine Indigenisierung nachweisen. Analog zu den Entwicklungen in Süd-Vietnam gründete die Regierung in Phnom Penh eine Notenbank (3. Januar 1955) und kündigte die handels- und finanzpolitischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich. Die wenigen öffentlichen Versorgungsunternehmen, beispielsweise die marktbeherrschende Compagnie des Eaux et d'Électricité, wurden gegen Entschädigung verstaatlicht und danach in die Hände kambodschanischer Investoren gegeben. Versuche, den von Chinesen und Franzosen dominierten Großhandel zu indigenisieren, blieben jedoch wegen ausufernder Korruption erfolglos⁷⁴. Da sich frühe Hoffnungen auf ausländische Investoren nicht erfüllten, bemühte sich die Regierung Sihanouk verstärkt um französische, und, seit Beginn der sechziger Jahre, auch um sowjetische Entwicklungshilfe75. Gerade die französischen Entwicklungsprojekte verweisen auf ein typisches Phänomen in den sich verändernden Beziehungen zwischen einer ehemaligen Kolonialmacht und neuen unabhängigen Staaten: Entwicklungshilfe wurde vorwiegend ehemals abhängigen Gebieten gewährt. Persönliche Verbindungen, wechselseitige Kenntnisse und Interessen sowie gemeinsame Bemühungen um Überwindung der Bipolarität des Kalten Kriegs halfen vielfach, das von bitteren Gefühlen geprägte Bewußtsein des Kolonialismus zu transzendieren⁷⁶. Französische Sprache und Kultur spielte für die städtische Bevölkerung auch bis in die frühen siebziger Jahre eine große Rolle. Viele der städtischen Elite angehörende Kambodschaner hatten ver-

^{76 85 %} der bilateralen französischen Entwicklungshilfe ging in den sechziger Jahren in ehemals oder noch abhängige Gebiete. Dieser Prozentsatz hat sich bis heute kaum verändert. Siehe Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe, S. 59, und Heinz Kredt, Die Entwicklungshilfepolitik Frankreichs, in: Jürgen Bellers (Hrsg.), Entwicklungshilfepolitik in Europa, Münster 1988, S. 95-108.



plete responsibility for training in Cambodia" siehe Herbert Hoover, Jr., an Dillon vom 2. 2. 1955, in: Ebenda, S. 422–424; Lewis M. Purnell, Briefing Paper, Cambodia: Training of Cambodian Army, 22. 6. 1955, in: NA, RG 59, Lot 59D630, Box 1. Die American Military Assistance and Advisory Group bestand nur aus 31 Personen, die im wesentlichen mit der Verteilung der \$ 100–200 Mill. Militärhilfe befaßt waren. Siehe ein Schreiben des Botschafters in Phnom Penh, Robert McClintock, an den Commander in Chief, Pacific, Admiral Felix Stump, 30. 3. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 21, S. 506f. Siehe auch David P. Chandler, A History of Cambodia, Boulder 1983, S. 176–191, und Michael Leifer, Cambodia. The Search for Security, New York 1967, S. 43ff.

⁷⁴ Vgl. David P. Chandler, The Tragedy of Cambodian History. Politics, War, and Revolution since 1945, New Haven/London 1991, S.71f. u. 91; Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 422–427.

⁷⁵ Vgl. Klaus-Dieter Osswald, Frankreichs Entwicklungshilfe. Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe in ihrer historischen, politischen und wirtschaftlichen Ausprägung, ihre Motivationen und Formen, Köln/Opladen 1966, S. 94f.

wandtschaftliche Beziehungen zu Frankreich oder französische Freunde, wichtige Gesetze wurden nach wie vor in Französisch veröffentlicht, und die französische Entwicklungshilfe ging zu einem Gutteil in Bildung und öffentliche Verwaltung.

Das Königreich Laos, ein 1946 von den französischen Kolonialherren gegründeter Staat, war in post-kolonialer Zeit politisch, wirtschaftlich und sozial nicht weniger instabil als das benachbarte Vietnam. Regionalismen und Rivalitäten unter den herrschenden Eliten machten es ausländischen Akteuren (China, Frankreich, USA, DRV, Sowjetunion) leicht, die politischen Entwicklungen in Laos zu prägen. Weitgehend auf Subsistenzwirtschaft angewiesen, hatte die französische Kolonialherrschaft das Land kaum verändert. Noch in den späten sechziger Jahren bestanden die Voraussetzungen für eine Indigenisierung oder einen wirtschaftlichen Nationalismus nicht⁷⁷.

Frankreichs militärischer und politischer Einfluß auf die Entwicklungen in Laos in den ersten sieben Jahren nach der Genfer Konferenz war noch ausgeprägter als im Fall von Kambodscha. Aufgrund des franko-laotischen Militärbündnisses von 1953 war es Frankreich gestattet, bis zu 5000 Mann in dem südostasiatischen Land zu stationieren und die Ausbildung der von den USA finanzierten königlichen Streitkräfte fortzusetzen⁷⁸. Trotz wiederholter amerikanischer Versuche, den neutralistischen Führer Souvanna Phouma zu entmachten, gelang es diesem, die laotische Politik in den fünfziger und sechziger Jahre zu dominieren⁷⁹. Dabei wurde er tatkräftig von französischen Beratern unterstützt. Als Gegenleistung stand Laos der ehemaligen Kolonialmacht in den Vereinten Nationen bei, selbst wenn es um Fragen des französischen Kolonialismus ging⁸⁰. Und auch wenn laotische Politiker sich gelegentlich über den dominanten Einfluß Frankreichs innerhalb der Französischen Union beschwerten, so blieb das Land doch bis zur Auflösung der Union im Jahre 1958 Mitglied. Bis Mitte der siebziger Jahre war das Französische ein wichtiges Kommunikationsmittel auf den höheren Ebenen von Verwaltung, Militär, Wirtschaft und Justiz⁸¹.

Politische und verfassungspolitische Emanzipation Vietnams, Laos' und Kambodschas, wirtschaftlicher Nationalismus und kulturelle Indigenisierung, aber auch das Auftreten der Vereinigten Staaten zwangen die französische Politik nach 1955 zu einer umfassenden Neubewertung ihrer Interessen und Ziele in Südostasien. Frank-



⁷⁷ Vgl. Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 391; Michael Schultze, Die Geschichte von Laos, Hamburg 1994, S. 132-143.

⁷⁸ Vgl. Analysis of Internal Security Situation in Laos and Recommended Action, Paper Prepared by the Operations Coordinating Board, 21.12.1955, in: FRUS 1955-1957, Bd. 21, S. 718-725. Laut einem Bericht der Times vom 6.8. 1959 waren etwa 1000 Mann in Seno stationiert und etwa 1150 Militärberater im Dienst.

⁷⁹ Vgl. Charles A. Stevenson, The End of Nowhere. American Policy Toward Laos since 1954, Boston 1972, S. 28-91; Roger Warner, Shooting at the Moon. The Story of America's Clandestine War in Laos, South Royalton 1996, S. 1-34.

Siehe einen auf Geheimdienstmaterial beruhenden Bericht der US-Botschaft in Vientiane vom 9.8. 1957, in: FRUS 1955-1957, Bd. 21, S. 960-962. Familiäre Bindungen spielten ebenfalls eine Rolle. Souvannas Frau entsprang einer Mischehe, und beide reisten regelmäßig nach Frankreich.

⁸¹ Vgl. The Times vom 2.8.1961.

426 Marc Frey

reich blieb Mitglied der SEATO, doch abgesehen von einer halbherzigen Demonstration westlicher Einheit implizierte diese weder Verpflichtungen noch brachte sie nennenswerte Vorteile. Als Basis für Flüge zu den französischen Besitzungen im Pazifik besaßen die Stützpunkte in Laos einigen praktischen Wert. Doch angesichts der Unruhen in Nordafrika und des Kriegs in Algerien verlor Indochina Ende der fünfziger Jahre rasch seine strategische Bedeutung für Frankreich. Dort bewirkte die Loslösung Indochinas von der ehemaligen Kolonialmacht weder Spannungen noch erregte sie gesteigertes öffentliches Interesse. Wirtschaftlich brachte der Dekolonisierungsprozess keine Nachteile, da französische Unternehmen bereits im Zuge der Kriegshandlungen ihr Engagement drastisch gedrosselt hatten. Der sale guerre in Indochina, 1954 nur noch von acht Prozent der Franzosen befürwortet, hatte jede mentale Verbundenheit mit dem Empire française in Südostasien aufgezehrt und einer weitgehenden Erleichterung Platz gemacht. Zudem dominierte die Diskussion um die Zukunft Algeriens und der afrikanischen Besitzungen den gesellschaftlichen Diskurs über die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht. Die innenpolitische Dekolonisierung vom südostasiatischen Teil des Empire vollzog sich daher umfassend und lautlos, korrespondierte jedoch mit einem zunehmendem kolonialpolitischem Anspruch gegenüber Nord- und Schwarzafrika82.

Großbritannien und Malaya

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Malaya in den Jahren nach der formalen Unabhängigkeit weisen kaum Parallelen zu den oben skizzierten Fällen auf, waren sie doch gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Kooperationsbereitschaft⁸³. Die Gründe dafür liegen im Charakter der Kolonialherrschaft, der komplexen ethnischen Zusammensetzung und sozio-ökonomischen Struktur Malayas, in der Entwicklung des Landes seit der japanischen Besetzung 1942 und in einer realistischen Selbsteinschätzung von Großbritanniens Rolle und Position in Südostasien seit 1950.

Abgesehen vom vergleichsweise weniger exploitativen System britischer Kolonialherrschaft in Malaya in der Vorkriegszeit waren es im besonderen fünf Faktoren, die die Kooperationsbereitschaft sowohl der britischen Regierung als auch der malaiischen Nationalisten förderte: 1) Das Scheitern der *Malayan Union* 1948 führte Lon-

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELIAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

⁸² Vgl. Brötel, Dekolonisierung des französischen Empire in Indochina, in: Mommsen (Hrsg.), Ende der Kolonialreiche, S. 111; Kahler, Decolonization in Britain and France, S. 354-380.

⁸³ Die Föderation Malaya, 1948 gegründet, war das Ergebnis eines Verfassungskompromisses zwischen der britischen Regierung und den Sultanen der malaiischen Staaten. Der Name wurde auch nach der Unabhängigkeit am 31. 8. 1957 beibehalten. Die Föderation bestand aus allen ehemaligen britischen Protektoraten auf der malaiischen Halbinsel mit Ausnahme von Singapur, das unter britischer Herrschaft blieb. Im September 1963 traten die britischen Territorien in Nord-Borneo – Sabah und Sarawak – sowie Singapur der Föderation bei, die nun Federation of Malaysia hieß. Brunei votierte gegen den Beitritt und wurde 1984 unabhängig, Singapur mußte 1965 die Föderation wieder verlassen.

doner Politikern die Dynamik des malaiischen Nationalismus vor Augen. Auch wenn der erfolgreiche Widerstand gegen die Union London nicht umgehend dazu brachte, die britischen Machtansprüche über Malaya aufzugeben, so förderte er doch eine Neuorientierung der Kolonialpolitik, die nach 1948 auf eine Demokratisierung und auf einen graduellen Prozeß der Dekolonisierung zielte. 2) Großbritannien kooptierte erfolgreich die politische Elite des Landes, die malaiischen "Administocrats". 3) Die britische Kolonialverwaltung förderte die Zusammenarbeit zwischen der malaiischen politischen Elite, die sich zunehmend in der United Malay National Organization (UMNO) zusammenfand, und den ethnischen Chinesen, die einen Anteil von 38 Prozent an der Gesamtbevölkerung hatten und deren Elite die Bereiche der Wirtschaft dominierte, die nicht in Händen von Briten lagen. Ethnische Vielfalt und ein Ausgleich zwischen den Ethnien, der sich in der verallgemeinernden Formel "Den Malaien die Politik, den Chinesen die Wirtschaft" ausdrückte, verhinderte die für Indonesien und Vietnam so typische Ausprägung des Antagonismus von indigener Bevölkerung und kolonialer Herrschaft⁸⁴. Er wirkte zudem einem radikalen Wirtschaftsnationalismus entgegen. Außerdem förderte der Ausbruch der "Emergency" im Jahre 1948 die Kompromißbereitschaft und den Kooperationswillen der chinesischen Wirtschaftselite und der malaiischen politischen Elite. Nicht die Kolonialisten, sondern die chinesischen Kommunisten wurde als die große Gefahr für die schwache ethnische Stabilität des Landes betrachtet. 4) Die Entwicklungen in Vietnam und die Auswirkungen der konfrontativen Politik Indonesiens boten keine konstruktiven Vorbilder. Im Gegenteil: seit den frühen fünfziger Jahren vertraten die UMNO und ihr Führer, Tunku Abdul Rahman, die Auffassung, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei nur mit Hilfe ausländischer, vor allem britischer Investoren möglich. 5) Ein fünfter Faktor hatte mit dem multikulturellen Charakter der malaiischen Gesellschaft zu tun und mit der Erkenntnis, daß die englische Sprache das praktischste und politisch unverfänglichste Kommunikationsmittel darstellte85.



⁸⁴ Die Formel wird zurecht als eine "political caricature" bezeichnet, verdeckt sie doch die große Bedeutung ausländischen Kapitals und den Einfluß der Wirtschaft auf politische Entscheidungsprozesse. Dennoch bleibt festzuhalten, daß diese Teilung die Basis des Kompromisses bildet. Siehe Jomo Kwame Sundaram, A Question of Class: Capital, the State, and Uneven Development in Malaya, Singpore 1986, S. 246. Vgl. auch David Brown, The State and Ethnic Politics in Southeast Asia, London/New York 1994, S. 215–243.

⁸⁵ Vgl. John Coates, Suppressing Insurgency: An Analysis of the Malayan Emergency, 1948–1952, Boulder 1992; Karl Hack, Defence and Decolonization in Southeast Asia. Britain, Malaya and Singapore 1941–1968, Richmond 2001, S. 113–131; Edgar O'Ballance, Malaya. The Communist Insurgent War, 1948–1960, London 1966; Anthony Short, The Communist Insurrection in Malaya, 1948–1960, London 1975; Arthur J. Stockwell, Policing during the Malayan Emergency, 1948–1960: Communism, Communalism and Decolonization, in: David Anderson/David Killingray (Hrsg.), Policing and Decolonization: Politics, Nationalism and the Police, 1917–1964, Manchester 1992, S. 105–126; Richard Stubbs, Winning Hearts and Minds in Guerilla Warfare: The Malayan Emergency 1948–1960, Singapore 1989. Zur Wirtschaftspolitik vgl. White, Business, S. 152–167. Zu Kultur und Sprache siehe R.-H.K. Wong, Education and Problems of Nationhood, in: Wang Gungwu (Hrsg.), Malaysia. A Survey, London 1964, S. 199–209.

428 Marc Frey

Die Unabhängigkeit im August 1957 veränderte den Charakter der britisch-malaiischen Beziehungen kaum. Bereits nach den föderationsweiten Parlamentswahlen von 1955 hatte die britische Kolonialverwaltung weitreichende Befugnisse an malaiische Politiker übertragen. Malaya trat dem Commonwealth bei und blieb im Sterling Bloc. Englisch sollte für zehn Jahre gleichwertig mit dem Malaiischen bleiben. Das Britisch-Malaiische Verteidigungsbündnis von 1957 sah die weitere Stationierung britischer Truppen in Malaya vor, und für die Dauer der "Emergency" wurde ein britischer General mit der Leitung der Operationen gegen die stets schwächer werdenden Kommunisten betraut. Damit waren die vier zentralen britischen Forderungen an die Dekolonisierung in Malaya erfüllt: Das Land fungierte weiterhin als "eine Quelle für wichtige Rohstoffe und bedeutende Dollareinnahmen"; es blieb ein weitgehend stabiles Land, "in dem viele Millionen britisches Kapital investiert sind"; es diente nach wie vor als eine britische "Verteidigungsbasis" in Südostasien, und es stellte ein "Symbol britischer Präsenz in der Region dar"36.

Diese anglo-malaiische Partnerschaft erwies sich in der post-kolonialen Zeit für beide Seiten als wertvoll. Für die britische Regierung ermöglichte Stabilität in Malaya die Liquidierung der Reste des Empire in Südostasien unter Bedingungen, die London diktieren konnte. So betrachtete man in London die malaiische Föderation nach wie vor als Kern eines größeren Staates, in dem die übrigen britischen Besitzungen aufgehen könnten⁸⁷. In den späten fünfziger Jahren avancierte die Vereinigung von Singapur, Sabah, Sarawak und Brunei mit Malaya angesichts des wachsenden Einflusses der Volksrepublik China in der Region und im Zusammenhang mit dem immer radikaler werdenden indonesischen Nationalismus zu dem wesentlichen strategischen Ziel Großbritanniens in Südostasien. Die Realisierung dieses Vorhabens erschien jedoch zum Zeitpunkt der malaiischen Unabhängigkeit noch alles andere als gesichert. Die malaiische politische Elite betrachtete eine Vereinigung mit dem weitgehend von Chinesen bewohnten Singapur als eine große Gefahr für das ethnische Gleichgewicht in Malaya, da durch die Aufnahme der Stadt in die Föderation eine knappe chinesische Mehrheit entstehen würden. Darüber hinaus erschienen die Territorien in Borneo kaum als eine Bereicherung der Föderation88.

Doch seit 1959 verhalfen außermalaiische Entwicklungen dem Projekt zum Durchbruch. In Singapur wurde mit Lee Kuan Yew ein ausgesprochener Befürworter einer Vereinigung zum Premierminister gewählt. Lee versprach sich zum einen mehr Sicherheit für den Stadtstaat, und zum anderen glaubte er, im Interesse der

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



⁸⁶ Foreign Office Memorandum, The Outlook in Malaya up to 1960, Note by the Commissioner General's Office vom 28.5. 1957, in: PRO, FO 371/129342, D1051/8G. Siehe auch John Profumo an Harold MacMillan vom 2.8. 1957, in: British Documents on the End of Empire, Series B, Bd. 3, Teile I-III: Malaya, hrsg. von Arthur J. Stockwell, London 1995, hier Teil 3, S. 408-412.

⁸⁷ Siehe beispielsweise R. W. Ewbank, Secretary, Chiefs of Staff Committee, Defence Aspects of British-Controlled Territories in Southeast Asia vom 14. 3. 1953, in: PRO, Ministry of Defense Documents (DEFE) 11/62.

⁶⁸ Vgl. David Joel Steinberg u.a., In Search of Southeast Asia. A Modern History, 2., überarbeitete Aufl., London/Honolulu 1987, S. 411. Zu China siehe beispielsweise Charles P. Fitzgerald, China and Southeast Asia since 1945, London 1973, S. 33-53, 68-94.

Wirtschaft Singapurs auf das malaiische Hinterland nicht verzichten zu können⁸⁹. Der von Jakarta immer drohender vorgetragene Vorwurf, die Föderation sei nichts anderes als eine "postkoloniale" Kreation der Briten, machte deutlich, daß sowohl Singapur als auch Malaya außen- und sicherheitspolitisch unter Druck standen⁹⁰. Die indonesische Bedrohung, Lees Bemühungen, die starke britische Unterstützung und schließlich die Tatsache, daß die in Sabah und Sarawak lebenden Ethnien (zum Teil Malaien) einen Ausgleich für Singapurs Chinesen bilden würden, führten in Kuala Lumpur zu einer Neueinschätzung der Lage. Daher schlug Tunku Abdul Rahman im Sommer 1961 öffentlich eine Ausdehnung der Föderation vor. Zwei Jahre später traten Sabah, Sarawak und Singapur der Föderation bei, die nun den Namen Malaysia erhielt.

Die Gründung Malaysias war für die so untypisch kooperativen Beziehungen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht und dem neuen unabhängigen Staat ein Härtetest. Es würde zu weit führen, hier ausführlich auf die indonesischen Motive einzugehen, die zur Politik der Konfrontasi mit Malaysia, der Infiltration der malaiischen Halbinsel und zur Entsendung von Truppen nach Borneo führten⁹¹. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die Tatsache, daß der indonesische Hegemonialanspruch in der Region die Entsendung starker britischer Kräfte provozierte. Auf dem Höhepunkt des Einsatzes, 1966, waren über 60.000 britische Soldaten und Commonwealth-Truppen zur Verteidigung Singapurs und der Föderation eingesetzt⁹². Der Grund für die Inanspruchnahme britischer Hilfe von seiten Singapurs (das 1965 aus der Föderation ausgeschlossen worden war) und Malaysias lag auf der Hand: Deren Integrität und Unabhängigkeit waren gefährdet, die Föderation konnte sich nicht allein des mächtigen Nachbarns erwehren, und das Ausbleiben anderweitiger auswärtiger Hilfe ließ ohnehin keine andere Wahl zu als britische Militärhilfe⁹³.



⁸⁹ Vgl. Malcolm H. Murfett u. a., Between Two Oceans. A Military History of Singapore from First Settlement to Final British Withdrawal, Singapore 1999, S. 311.

Jakarta betrachtete die SEATO als einen Club kolonialer und imperialistischer Mächte, als "anti-Asiatisch", und das Anglo-Malayan Defense Agreement (AMDA) als ihren verlängerten Arm. Seit der Unabhängigkeit Malayas waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern gespannt. Daran konnte auch der von Malaya vorangetriebene Freundschaftsvertrag von 1959 wenig ändern. Zur malaiischen Perspektive vgl. Malaysia: International Relations. Selected Speeches by M. Ghazali Shafie, Kuala Lumpur 1982, S. 12–17. Siehe auch Richard Allen, Malaysia. Prospects and Retrospect. The Impact and Aftermath of Colonial Rule, London 1968, S. 132; Peter Boyce (Hrsg.), Malaysia and Singapore in International Diplomacy. Documents and Commentaries, Sydney 1968, S. 51–67; Luard, History of the United Nations, Bd. 2, S. 348–358. Zur indonesischen Politik vgl. Arnold C. Brackman, Southeast Asia's Second Front. The Power Struggle in the Malay Archipelago, London 1966, S. 120–283; Ulf Sundhaussen, The Road to Power. Indonesian Military Politics 1945–1967, Kuala Lumpur 1982, S. 162–225; Weinstein, Indonesian Foreign Policy, S. 1981, 2971, 318–325.

⁹¹ Vgl. Greg Poulgrain, The Genesis of Konfrontasi, London 1998; John Subritzky, Confronting Sukarno. British, American, Australian and New Zealand Diplomacy in the Malaysian-Indonesian Confrontation, 1961-1965, London 2000.

⁹² Vgl. Murfett u.a., Between Two Oceans, S. 314f.

Die USA verfolgten aus mehreren Gründen eine Politik der Nichteinmischung: 1) Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme in Indonesien. Dies erforderte zumindest die Tolerierung

430

Die Kooperation mit Großbritannien gewährleistete somit die Souveränität der beiden Staaten. Für London bedeutete die Entsendung von Truppen mehr als die Erfüllung der Bündnispflicht. Das militärische Engagement reflektierte Großbritanniens Rolle als eine europäische Regionalmacht mit weltweitem Interesse und Prestige. Und es war Ausdruck des Anspruchs, die Reste des Empire in Südostasien nach eigenen Vorstellungen in die Unabhängigkeit zu entlassen⁹⁴.

Auch die Wirtschaftspolitik in Malaysia nahm eine im Vergleich zu Indonesien oder Vietnam andere Entwicklung. Auch wenn sich die Regierung in Kuala Lumpur darum bemühte, Malaien stärker am Wirtschaftsleben zu beteiligen - im Sinne einer Politik der Indigenisierung -, so änderte sie jedoch nichts an den bestehenden Besitzverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Den malaiischen "Administocrats" ging es in erster Linie darum, den zu Beginn der fünfziger Jahre mit der chinesischen Wirtschaftselite geschlossenen Kompromiß nicht zu gefährden. Daher profitierten britische Unternehmen auch weiterhin von einem investitionsfreundlichen Umfeld und der Meistbegünstigung⁹⁵. Britische Beteiligungen am Imund Exporthandel, an Plantagen sowie an Zinnminen blieben unangetastet - und diese waren beträchtlich. In den fünfziger Jahren gehörten britischen Firmen etwa 75 Prozent der Gummiplantagen (Gummi war das wichtigste Exportprodukt). Wohl kam es zum Verkauf von Gummiplantagen, doch Befürchtungen, das Investitionsklima könne sich zuungusten ausländischer Investoren ändern, spielten dabei kaum eine Rolle. Vielmehr stand die Tatsache im Vordergrund, daß seit dem Ende des Koreakriegs Gummi weniger profitabel war als Anlagen in Großbritannien selbst. Auch die Zinnindustrie lag weitgehend in britischen Händen und noch in den siebziger Jahren produzierte die London Tin Corporation rund 15 Prozent des malaiischen Zinns. Noch Ende der sechziger Jahre lag ein Drittel des gesamten Außenhandels in den Händen von einem Dutzend britischer Handelshäuser. Darüber hinaus dominierten britische Firmen das Frachtgeschäft sowie den Banken- und Versicherungssektor. Das Vertrauen der Investoren in Malaya zeigt sich auch daran, daß das Land Anfang der sechziger Jahre der sechstwichtigste Empfänger britischer Direktinvestitionen war. Buy-outs britischer Firmen an der Londoner Börse zu



Sukarnos und erhebliche Unterstützung für die westlich orientierten indonesischen Streitkräfte. 2) Washington betrachtete Großbritannien als machtpolitischen Ordnungsfaktor. 3) Der Vietnamkrieg machte jedes weitere Engagement in der Region unmöglich. Siehe Robert J. McMahon, The Limits of Empire. The United States and Southeast Asia Since World War II, New York 1999, S. 105–144; Pamela Sodhy, The US-Malaysian Nexus. Themes in Superpower-Small State Relations, Kuala Lumpur 1991, S. 227–276.

Wgl. Darwin, Britain and Decolonization, S. 287f. Siehe auch Stein Tønnesson, Alternative Perspectives on the European Role in the Construction of Southeast Asian Nationalities, in: Ingrid Wessel (Hrsg.), Nationalism and Ethnicity in Southeast Asia, Münster 1994, Bd. 1, S. 5-18. Das Anglo-Malayan Defense Agreement wurde mit dem Abzug der letzten britischen Truppen aus Singapur 1971 beendet und durch das sogenannte Five Power Defense Agreement (einschließlich von Australien and Neuseeland) ersetzt. Vgl. Murfett u. a., Between Two Oceans, S. 319-327.

⁹⁵ Vgl. Golay u.a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 341-389.

⁹⁶ Vgl. White, Business, S. 23-31, 164-167, 268-270.

Beginn der siebziger Jahre verringerten den britischen Besitz erheblich⁹⁷. Doch diese Entwicklung stand in einem ganz anderen Zusammenhang und hatte nichts mit dem in Indonesien und Vietnam verfolgten wirtschaftlichen Nationalismus der fünfziger Jahre zu tun. Die Konfrontation mit Indonesien, die schwierige und letztlich mißlungene Integration Singapurs in die Föderation und die anhaltende sicherheitspolitische Abhängigkeit von Großbritannien hatten somit einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Nicht Veränderung, sondern Kontinuität charakterisierte Malaysias Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht.

Schlußbetrachtung

Auch nach dem formalen Machttransfer bildeten die Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten Südostasiens einen integralen Bestandteil des Dekolonisierungsprozesses. Die Emanzipation von kolonialer Herrschaft erfolgte schrittweise; zunächst stand die Neudefinierung konstitutioneller und politischer Arrangements und Institutionen im Vordergrund. Darüber hinaus bemühten sich Indonesien und die Staaten Indochinas um eine Indigenisierung der Eigentumsverhältnisse und um eine wirtschaftliche Nationalisierung, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Zurückdrängung der kulturellen Einflüsse und der übrigen Hinterlassenschaften des Kolonialismus wurde von diesen Staaten ebenfalls mit Nachdruck betrieben. In Indonesien und der Demokratischen Republik Vietnam vollzogen sich diese Entwicklungen am radikalsten. Die in Jahrzehnten aufgebaute tiefe Abneigung gegen den Kolonialismus, die japanische Besatzung und die Unabhängigkeitskriege waren dafür verantwortlich. Hinzu kam die Notwendigkeit des nation building: Im Fall Indonesiens wollte die von Javanen dominierte politische Elite dem Vielvölkerstaat eine nationale indonesische Identität verleihen, im Fall Nordvietnams standen ideologische Prämissen und die Erkenntnis im Vordergrund, daß Frankreichs Handlungsspielraum gegenüber den Vereinigten Staaten minimal war. In Kambodscha und Laos führte der Einfluß dritter Akteure zu einer graduellen Neudefinierung der Beziehungen. In Südvietnam wiederum ersetzten amerikanische Einflüsse die der ehemaligen Kolonialmacht.

In der Entwicklung der Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten spiegelte sich immer auch der Prozeß, mit dem die formale Unabhängigkeit erreicht worden war. Ebenso korrespondierten die Strategien, mit denen die neuen unabhängigen Staaten den Bestrebungen der ehemaligen Kolonialmächte entgegenwirkten, ihre privilegierte Rolle und Position fortzuschrei-



⁹⁷ Vgl. Sundaran, A Question of Class, S. 256–268. Die New Economic Policy war eine Reaktion auf die nach Meinung vieler Malaien unbefriedigend verlaufende Indigenisierung. 1970 ergab die ethnische Zuordnung von Aktienkapital in ausgewählten Unternehmen West-Malaysias folgenden Schlüssel: Malaien: 1.9%, Chinesen: 22.5%, Inder: 1.0%, Ausländer: 60.7%. Siehe Stanley S. Bedlington, Malaysia and Singapore. The Building of New States, Ithaca/London 1978, S. 115.

432 Marc Frey

ben, mit den Erfahrungen, welche die politischen Eliten Indochinas und Indonesiens während ihres Kampfes um die Unabhängigkeit gewonnen hatten. Jakarta reagierte auf den Konfrontationskurs der Niederlande mit den gleichen Taktiken, mit denen die Nationalisten den Unabhängigkeitskampf geführt hatten, und auch Nordvietnams Haltung gegenüber Frankreich radikalisierte sich erst, als kooperative Bemühungen fehlschlugen. Sowohl die niederländische als auch die französische Politik gegenüber den ehemaligen Kolonien war nicht von wirtschaftlichen Erwägungen und Interessen beinflußt. Vielmehr spielten Prestige und die Sorge um den Verlust an internationalem Ansehen die ausschlaggebende Rolle in den jeweiligen Entscheidungsprozessen. Trotz der völlig veränderten Machtverteilung nach dem Zweiten Weltkrieg waren Frankreich und die Niederlande nicht in der Lage, den Verlust der Kolonialreiche in Südostasien ohne politische Konflikte zu bewältigen. Statt einer Neudefinierung von Zielen und Strategien prägte das Handeln der verantwortlichen Politiker in Den Haag revanchistisches Denken. Doch gerade dies provozierte den Widerstand und führte zum Verlust jedes wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses der Niederlande. Paris bemühte sich zwar, nach 1954 seine Beziehungen zu den Staaten Indochinas auf eine neue Grundlage zu stellen. Doch die dazu in Konflikt stehenden amerikanischen Entwürfe - eine rasche Zurückdrängung des französischen Einflusses und die Bemühungen um Integration Südvietnams, Kambodschas und Laos in das amerikanische Ordnungssystem im Pazifik - verhinderten die Verwirklichung dieser Politik. Im Gegensatz dazu waren die anglo-malaiischen Beziehungen nicht von Brüchen und Spannungen gekennzeichnet, sondern durch eine graduelle Transformation des kolonialen Beziehungsgeflechts in eine strategische Partnerschaft, die Malaysias Unabhängigkeit und Großbritanniens politisches Prestige in der Region sicherte. Im Bereich der kulturellen und besonders der linguistischen Hinterlassenschaft kamen Großbritannien die ethnische Fragmentierung Malaysias sowie der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur bestimmenden pazifischen Macht und damit der Siegeszug des Englischen als lingua franca zugute.

Insgesamt verringerte sich der europäische Einfluß auf Südostasien in der Zeit von 1945 bis 1960 erheblich. Die neuen unabhängigen Staaten schufen sich eigene Identitäten nicht zuletzt im Konflikt mit den Europäern und durch die Lockerung bzw. den Abbruch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen, die zunächst noch nach der formalen Unabhängigkeit fortbestanden. Neue Akteure wie die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China oder die Sowjetunion traten auf den Plan und dehnten ihren Einfluß in der Region aus. Für Indonesien wurde die Bundesrepublik Deutschland der bevorzugte Partner in Europa. Doch die einstmals engen Beziehungen zwischen Kolonie und Kolonialmacht verloren niemals ganz ihre Bedeutung. Beispielsweise nahm Indonesien im Jahre 1964 seine Zinnexporte an die Niederlande wieder auf, weil die Konfrontasi den Zugang zu den Zinnschmelzen in Penang verschloß? Charles de Gaulles Kritik am amerikanischen Krieg in Viet-



⁹⁸ Vgl. The Times vom 24. 9. 1963.

nam förderte die Kooperationsbestrebungen zwischen Frankreich, Kambodscha und Laos. Die niederländische und französische Entwicklungshilfe ging seit den sechziger Jahren zu einem relativ großen Teil an die ehemaligen Kolonien Indonesien, Kambodscha und Laos. Im Kontext des britischen Eintritts in die Europäische Gemeinschaft regte Malaysia die ersten institutionalisierten Kontakte zwischen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und der EG an⁹⁹. Die langsam entstehende institutionalisierte Kooperation leitete dann eine völlig neue Phase südostasiatisch-europäischer Zusammenarbeit ein¹⁰⁰. Die allmähliche Etablierung dieser Beziehung war nicht nur eine Folge der Veränderungen im Commonwealth, die durch Großbritanniens EG-Beitritt notwendig wurden. Vielmehr reflektierte dieser Dialog auch die Anbahnung neuartiger regional organisierter Kontakte, die durch die Auflösung der kolonialen Hinterlassenschaft erst ermöglicht wurden.



[&]quot; Vgl. Michael Leifer, Europe and Southeast Asia, in: Hanns Maull/Gerald Segal/Jusuf Wanandi (Hrsg.), Europe and the Asia Pacific, London/New York 1998, S. 198–205.

Vgl. Roger Strange u.a. (Hrsg.), The European Union and ASEAN. Trade and Investment, London 2000; Wim Stokhof/Paul van der Velde (Hrsg.), ASEM. The Asia-Europe Meeting. A Window of Opportunity, London/Leiden 1999.

MANFRED KITTEL

PREUSSENS OSTEN IN DER ZEITGESCHICHTE

Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke

Wer unter deutschen "Bildungsbürgern" von heute eine Umfrage veranstaltete, was sie mit dem Begriff "Italienblick" verbinden, dürfte häufiger Assoziationen in Richtung Toskana auslösen als Erinnerungen an Thomas Manns Sommerhaus auf der Kurischen Nehrung und die Landschaften der "ostpreußischen Sahara"1. Hatte in der Endzeit der alten Bundesrepublik eine Kulturdezernentin verkündet, Mailand und Florenz stünden ihr näher als Weimar, und waren schon die "mitteldeutschen" Regionen der DDR so manchen Westdeutschen bei ihrem Abschied vom Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes weitgehend aus dem Blick geraten², so galt dies für die seit 1945 faktisch polnischen bzw. sowjetischen Ostprovinzen Preußens erst recht. Die Namen schlesischer, hinterpommerscher oder ostpreußischer Städte standen zwar bald auf vielen Straßenschildern in der Bundesrepublik, doch sie verdeutlichten nichts mehr, blieben "ohne Widerhall im Bewußtsein der heutigen Deutschen - erloschene Gesichter, aus denen nichts spricht"3. Günter Grass hat es in seiner Rede zum Gründungsakt der Bundeskulturstiftung in Halle jüngst als skandalös bezeichnet, daß die "kulturelle Substanz dieser Provinzen und Städte in Vergessenheit geraten" ist, obwohl dies "nirgendwo, in keinem Potsdamer Abkommen" geschrieben stand4. Und Arnulf Baring kommt diese "Geschichtsvergessenheit" unheimlich vor: eine Art von "Unfähigkeit zu trauern"5, die freilich viel mit der Rezeption des Staates zu tun hat, dem die ostdeutschen Regionen Jahrhunderte lang angehörten.

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



Den Begriff prägte ein vom "erstaunlich südlichen Einschlag" der Landschaft faszinierter Thomas Mann, nachdem er 1930, gerade zum Nobelpreisträger gekürt, zum ersten Mal auf die Kurische Nehrung gekommen war. Vgl. den Reisebericht von Roland Mischke, Als ob es schon immer so gewesen wäre. Unterwegs entlang der Kurischen Nehrung, der Sahara Ostpreußens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 10. 1996, S. R 5.

² Die "Linken", so läßt sich mit Günter Grass dieses Phänomen zum Teil erklären, glaubten nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vielfach, "das Wort Nation durch das beliebig zu deutende Wort Gesellschaft ersetzen zu können". Günter Grass, Die vielen Stimmen Deutschlands. Im Geiste Herders: Warum eine Nationalstiftung not tut, und was ihre Aufgaben sein müßten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 3. 2002, S. 44.

³ Johannes Wirsching, Ostpreußen. Gestalt und Geschichte, in: Berliner Theologische Zeitschrift 5 (1988), S. 223-236, hier S. 223.

⁴ Grass, Die vielen Stimmen Deutschlands, S. 44.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 2. 2002, S. 3.

Urteile wie Vorurteile gegen Preußen, das als Staat und Idee von den Nationalsozialisten mißbraucht und geschändet und von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs im Kampf gegen deutschen Militarismus endgültig aufgelöst worden war, trugen lange zu einem Desinteresse weiter Teile der Gesellschaft an dem untergegangenen Land bei6. Obwohl sich an diesem Zustand spätestens seit der großen Berliner Preußen-Ausstellung 1981 manches geändert hat und jüngst sogar ein sozialdemokratischer Minister mit dem Vorschlag aufwartete, ein künftiges Berlin-Brandenburg "Preußen" zu taufen, war noch im Preußenjahr 2001 eine besondere Merkwürdigkeit zu besichtigen. Denn trotz des Gedenkanlasses - der dreihundertsten Wiederkehr der im ostpreußischen Königsberg vollzogenen Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum "König in Preußen" - zeigte die vielbesuchte Ausstellung im Kutschstall am Neuen Markt in Potsdam (Titel: "Marksteine - Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen") eigentlich nur eine Geschichte Brandenburgs, nicht aber jenes Teils Preußens, von dem das Königreich seinen Namen hat: Ostpreußen, Westpreußen und die anderen Ostprovinzen Pommern und Schlesien kamen in der Darstellung so gut wie nicht vor. "Irgend etwas stimmt an dieser Preußen-Rezeption nicht"8, hat denn auch Karl Schlögel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu dem eigenartigen Vorgang bemerkt. Gilt ähnliches, so läßt sich am Ende eines Preußenjahres und in Anbetracht der fortgesetzten Preußen-Debatte fragen, auch generell für den Stand der zeithistorischen Forschung über die Provinzen eines untergegangenen Staates, die nach dem Zweiten Weltkrieg meist nur noch als "Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" figurierten?

Klaus Zernack hat vor nunmehr einem Jahrzehnt im Rahmen einer Bestandsaufnahme des Nordost-Archivs zum Thema "Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa" eine "tiefe Krise" der "Landesgeschichte Ostdeutschlands" diagnostiziert. Zernack spricht gar von einem in dieser Konsequenz erstaunlichen "Vorgang der gleichsam historiographischen Polonisierung der ostdeutschen

⁹ Klaus Zernack, Der historische Begriff "Ostdeutschland" und die deutsche Landesgeschichte, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge Band I, (1992), Heft 1, S. 157–173, hier S. 161.



Obwohl Publizisten wie Marion Gräfin Dönhoff stets um ein differenzierteres Bild des preußischen Staates und seiner Idee bemüht waren. Zur Argumentation vgl. etwa ihren Artikel "Vorbild Preußen. 20 Jahre nach der Liquidierung", in: Die Zeit vom 17. 2. 1967, oder Marion Gräfin Dönhoff, Preußen. Maß und Maßlosigkeit, Berlin 1987. Reflektierte Betrachtungen über das preußische Erbe vor allem auch in dem glänzenden Essay-Band von Wolf Jobst Siedler, Abschied von Preußen, Sonderausgabe Berlin 1991. Zur wissenschaftlichen Debatte vgl. Manfred Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt, in: Otto Büsch (Hrsg.), Das Preußenbild in der Geschichte, Berlin 1981, S. 247–264, sowie Frank-Lothar Kroll, Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates, Paderborn u. a. 2001.

Welche Erregung mit solchen Ideen noch immer auszulösen ist, demonstrierte am besten die Replik von Hans-Ulrich Wehler, Preußen vergiftet uns. Ein Glück, daß es vorbei ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 2. 2002, S. 41.

⁸ Karl Schlögel, Hommage und Grabstein für Preußen. Fällige Bemerkungen in Anbetracht einer baldigen Entscheidung über das Berliner Schloß samt eines Vorschlags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 2001, S. 50.

Gebiete"10. Trotz aller "Bemühungen unserer Historischen Kommissionen für die einzelnen ostdeutschen Länder" sei es evident, "daß wir in Deutschland mit dem institutionellen, personellen und auch national-kulturellen Aufwand" nicht hätten konkurrieren können, der für diese Arbeit in Polen nach 1945 zur Verfügung stand¹¹. Daß die Geschichte der altostdeutschen Länder zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft wurde¹², hatte Hartmut Boockmann kurz vor dem historischen Umbruch 1989/90 auch damit erklärt, daß Landesgeschichte in Deutschlands Westen "rhein-donauländische Heimatkunde" sei und im Osten eine strikt auf das Gebiet der alten DDR begrenzte Regionalgeschichte¹³.

Was nun speziell die Zeitgeschichte des alten preußisch-deutschen Ostens betrifft, so läßt sich erst recht kaum leugnen, daß hier unübersehbare Forschungslücken klaffen: Über die Jahre der Weimarer Republik und der NS-Diktatur in den preußischen Ostprovinzen Schlesien, Pommern, (Ost-)Brandenburg, Ost- und Westpreußen sowie in der sogenannten Grenzmark Posen-Westpreußen, die damals ebenso selbstverständlich Teile des Deutschen Reichs waren wie Oldenburg, Oberbayern oder Schaumburg-Lippe, wissen wir so wenig wie über kaum eine andere deutsche Region zwischen 1918 und 1945¹⁴. Stärker hat sich die Historikerzunft allerdings schon früh in den 1950er Jahren dem Vertreibungsgeschehen, als dem dramatischen Schlußkapitel des deutschen Ostens, zugewandt, wozu Theodor Schieder in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte wichtige Anregungen beisteuerte¹⁵. Im Rahmen der damals von politischer Seite kräftig unterstützten bundesrepublikanischen Vertreibungsforschung16 wurde zwar bereits gefordert, sich von einer isolierten Betrachtung des Vertreibungsgeschehens zu lösen und die Vorgeschichte breiter einzubeziehen. Doch erst in den späteren, Ost- und Südosteuropa behandelnden Bänden der von Schieder geleiteten "Dokumentation der Vertreibung" waren Kapitel zur Vorgeschichte der jeweiligen Volksgruppe bis zum Zweiten Weltkrieg eingefügt; während





¹⁰ Ebenda, S. 163. Zustimmend hierzu vgl. Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem, Wiesbaden 1996, S. 330 f.

¹¹ Zernack, Der historische Begriff, S. 162.

¹² Dabei wurde allerdings das Faktum der früheren Anwesenheit der Deutschen in den neuen polnischen Westgebieten vor 1989 überwiegend von der politischen Opposition in Polen thematisiert.

¹³ Hartmut Boockmann, Deutsche Geschichte ist mehr als rhein-donauländische Heimatkunde. Die ostdeutsche Geschichte wird in der Bundesrepublik zu wenig erforscht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.5. 1989, S. 12. Boockmann macht aber auch deutlich, daß die Kritik nicht die Leistungen schmälern soll, die gerade in Anbetracht der geringen Mittel von der ostdeutschen Landesgeschichte erbracht wurden.

Ahnliches gilt für Danzig und das Memelland, die allerdings schon im Ergebnis des Ersten Welt-kriegs vom Deutschen Reich getrennt wurden; sie zählten zwar historisch-kulturell zweifelsohne zum preußisch-deutschen Osten, aber nicht mehr in einem engeren staatsrechtlichen Sinn, wie er zur Eingrenzung des Untersuchungsgebiets vorliegender Betrachtung zugrunde gelegt werden soll.

¹⁵ Vgl. Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: VfZ 8 (1960), S. 1-16.

Vgl. hierzu Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", in: VfZ 46 (1998), S. 345-389.

die Darstellung der Vertreibung der Bevölkerung aus den reichsdeutschen Oder-Neiße-Gebieten erst mit dem Näherrücken der Roten Armee 1944 eingesetzt hatte¹⁷. Bemerkenswert ist der von Schieder damals gewählte Fokus besonders auch vor dem Hintergrund der jüngsten Studien zu seiner Rolle im "Volkstumskampf" um Deutschlands Osten vor 1945¹⁸.

In den Jahrzehnten nach Erscheinen der ersten Bände von Schieders Großdokumentation sollte sich in der Bundesrepublik an der Unterbelichtung der ostdeutschen Zeitgeschichte – zumindest bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 – nichts wesentliches ändern¹⁹. Die reservationes mentales gegenüber den Jahrhunderte lang von Deutschen entscheidend mit geprägten Gebieten jenseits von Oder und Neiße wurden zwischenzeitlich so groß, daß die Forschungslücken deutschen Historikern, so weit es sich nicht um Spezialisten für preußische Landesgeschichte handelte²⁰, in der Regel schon gar nicht mehr auffielen, zumindest aber nicht deutlich herausgestrichen wurden, wie ein Blick auf einschlägige Literaturberichte in Fachzeitschriften oder Studienbüchern zeigt²¹. Es ist symptomatisch, daß unter den For-

²¹ Vgl. beispielsweise die regionalgeschichtlichen Hinweise bei Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München ³1990, S. 215f.,



¹⁷ Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. von Theodor Schieder u. a., 5 Bde., 3 Beihefte, Bonn 1953–1961, Neudruck, München 1984.

¹⁸ Vgl. Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des "Generalplans Ost". Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), Heft 1, S. 61–94; Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der "Volkstumskampf" im Osten, Göttingen 2000; Martin Burkert, Die Ostwissenschaften im Dritten Reich, Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939, Berlin 2000; Michael Fahlbusch, "Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik"? Die "Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Götz Aly/ Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991. Zur aktuellen Debatte vgl. jetzt auch Eduard Mühle, Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 50 (2001), S. 252–275.

⁹ Große Fortschritte sind hingegen bei der Vertriebenen-Integrationsforschung zu verzeichnen. Vgl. hierzu die im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte herausgegebenen Bände von Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, sowie Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.

Dies gilt etwa für Klaus-Dieter Schlechte; nach dessen Urteil konnten für die Geschichte Ostdeutschlands in der Neuzeit zwar Untersuchungen "zu mannigfaltigen Themenbereichen des 16. bis 19. Jahrhunderts in einigermaßen befriedigender Anzahl mit in der Regel gutem Ertrag registriert werden", doch sei "das Defizit im Bereich der Zeitgeschichte offenkundig, im Blick auf die internationale Diskussion zudem außerordentlich schwerwiegend". Klaus-Dieter Schlechte, Ostdeutschland in Forschung und Lehre an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland (1945–1988) mit einem Anhang zur Lehre an den Hochschulen in Königsberg und Danzig (1900–1945), Bonn 1990, S. 9. Bernhart Jähnig hat zudem darauf hingewiesen, daß speziell die "eigentliche Landesgeschichte des Preußenlandes", also Ost- und Westpreußens, "auch für das 20. Jahrhundert große Lücken aufweist". Bernhart Jähnig, Die landesgeschichtliche Forschung des Preußenlandes (Ost- und Westpreußen) seit 1960 im Überblick, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittelund Ostdeutschlands 38 (1989), S. 31–141, hier S. 111.

schungsberichten zum Nationalsozialismus in der Region – soweit wir sehen – ein Amerikaner, Johnpeter Horst Grill, die ostdeutschen Wissenslücken am nachdrücklichsten angesprochen hat²². Während die Zahl der Regional- und Lokalstudien vor allem über westdeutsche Territorien, Städte oder teils sogar kleine Gemeinden vor bzw. "unter dem Hakenkreuz" seit den 1970er Jahren kaum mehr zu übersehen ist – auch für das Gebiet der ehemaligen DDR hat nach der Revolution 1989/90 ein rascher Aufholprozeß eingesetzt²³ –, blieb der historische deutsche Osten in dieser Hinsicht bis in die jüngste Zeit eher terra incognita²⁴.

Problematisch scheint der anhaltende Kenntnismangel schon deshalb, weil auf der anderen Seite der Beitrag des ostelbischen Deutschland und seiner "Junker" zum Niedergang der Weimarer Republik und zum Aufstieg des Nationalsozialismus, wenn auch nicht selten in klischeehafter Überspitzung, aber doch jedenfalls mit einigem Grund, immer wieder herausgestrichen worden ist. Erwähnt seien nur der bekannte Stellenwert der Ostsiedlungs-Verordnung bei der Entlassung Reichskanzler Brünings² durch Reichspräsidenten Hindenburg, der wegen seines Gutes Neudeck in besonders enger Verbindung zum politischen Leben Ostpreußens stand, der Einfluß des ostelbisch geprägten Reichs-Landbundes auf die Weimarer Politik² oder auch das wahlstatistische Faktum, daß es sich bei Ostpreußen, Pommern, Frankfurt an der Oder und dem (nieder-)schlesischen Liegnitz mit 56,5 Prozent, 56,3 Prozent,



oder Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, 4. durchges. Auflage, München 1998, S. 222, sowie den Aufsatz von Karl Düwell, Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur "Praxis im kleinen Bereich", in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287–344; dort allerdings auch "Ergänzende Literaturhinweise" (S. 305–344), die u. a. über den Forschungsstand zu den einzelnen preußischen Ostprovinzen Auskunft geben.

²² Vgl. Johnpeter Horst Grill, Local and Regional Studies on National Socialism: A Review, in: Journal of Contemporary History 21 (1986), S. 253-294, hier S. 264ff.

²³ Und noch zu DDR-Zeiten war hier – natürlich unter "antifaschistischen" Vorzeichen – bereits eine rege regionalgeschichtliche Forschung v.a. zu NS-Themen in Gang gekommen. Vgl. z.B. Peter Genz, Der Kampf der antifaschistischen Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch 7 (1967), S. 125–133.

Dies gilt jedenfalls für die strenger wissenschaftliche Seite der Regionalforschung, während doch bereits auch etliche ostdeutsche Heimatchroniken oder Ortsgeschichten erarbeitet wurden. Vgl. Klaus-Eberhard Murawski, Die Zeit des Nationalsozialismus im Spiegel von ostpreußischen Heimatchroniken und Ortsgeschichten nach 1945, in: Preußenland 31 (1993), S. 51-58; Gerhard von Jordan, Unser Dorf in Schlesien, Berlin 1987; zu Schlesien auch Rita S. Botwinick, Winzig, Germany, 1933-1946. The History of a Town under the Third Reich, Westport/Connecticut 1992; Karl-Otto Konow, Geschichte des Dorfes Lübzin in Pommern, Siegen 1987. An neuesten wissenschaftlichen Studien seien genannt: Julius Graw, Arnoldsdorf/Kreis Neiße. Untersuchungen zur Sozialstruktur und Mentalität einer oberschlesischen Dorfgemeinschaft 1920-1950, Cloppenburg 1996, sowie jetzt auch Damian van Melis/Andreas Wagner (Hrsg.), Leben in der Diktatur - Mecklenburg und Pommern unterm Hakenkreuz, Schwerin (im Druck).

²⁵ Vgl. hierzu Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 538–551.

²⁶ Kritisch hierzu Gerhard Schulz, Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage, Pfullingen 1967, S. 33f. Vgl. jetzt auch Stefanie Merkenich, Die Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998.

55,2 Prozent und 54,0 Prozent NSDAP im März 1933 um die vier Reichstagswahlkreise mit der höchsten Zustimmung zum Nationalsozialismus in ganz Deutschland handelte²⁷. Und im Blick auf die ostdeutschen Hochschulen Breslau, Danzig und Königsberg hat ein Gießener Historiker erst vor einigen Jahren apodiktisch erklärt, dies seien "militante akademische Vorposten deutschen Volkstums" gewesen, deren chauvinistischer Geist früh pronazistische Tendenzen begünstigte, um gleichzeitig aber erst Monographien anzumahnen, weil die ostdeutsche Universitätslandschaft als Thema fünfzig Jahre lang von der Geschichtswissenschaft ignoriert worden sei²⁸. Die erwähnten neueren Studien zur Rolle Schieders und anderer namhafter Historiker vor 1945 haben zwar nicht nur Zustimmung gefunden²⁹, aber doch verstärktes Interesse auf den altostdeutschen Raum gelenkt.

Vor diesem Hintergrund soll im folgenden versucht werden, die Forschungslücken über den preußisch-deutschen Osten in der älteren Zeitgeschichte zumindest in ihren groben Umrissen zu vermessen, die heute oft nur einem kleinen Spezialisten-kreis aus den "Baltischen Studien" oder dem "Oberschlesischen Jahrbuch" vertraute Materie einer breiteren allgemein-zeitgeschichtlich interessierten Leserschaft zu präsentieren und die gesellschaftlich-politischen und vor allem auch wissenschaftspolitischen Gründe ein wenig zu erhellen, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu dem insgesamt unbefriedigenden Forschungsstand geführt haben. Aufgrund des gewählten Ansatzes geht es dabei in erster Linie um Literatur, die in Deutschland und in deutscher Sprache publiziert worden ist, doch wird zumindest auch auf einige zentrale, nicht übersetzte Forschungsarbeiten polnischer Historiker hinzuweisen sein. Schließlich wird der Blick eher perspektivisch auf die Zeit nach 1989/90 gerichtet und danach gefragt, ob den grundstürzenden politischen Umwälzungen im östlichen Teil Europas wissenschaftliche Fortschritte von auch nur annähernd ähnlichem Umfang gefolgt sind.

I. Forschungsschwerpunkte und Forschungslücken

Wie schlecht erforscht die Zeitgeschichte des preußisch-deutschen Ostens noch immer ist, zeigt schon ein Blick auf die einschlägigen Bibliotheksbestände des Mar-

²⁷ Vgl. Hartmut Boockmann, Deutsche Geschichte im Osten Europas, Bd. 1, Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992, S. 408.

²⁹ Vgl. die Kritik von Heinrich August Winkler, Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch "Historiker im Nationalsozialismus" in: VfZ 49 (2001),

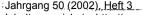
S. 643-652.



²⁸ Vgl. Peter Chroust, Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945, Bd. 1, Münster 1995, S. 17f.; kritisch mit Chrousts Thesen befaßt sich Christian Tilitzki, Von der Grenzland-Universität zum Zentrum der Nationalsozialistischen "Neuordnung des Ostraums"? Aspekte der Königsberger Universitätsgeschichte im Dritten Reich, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 46 (2000), S. 233–269; vgl. auch den Themenband des Nordost-Archivs, Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge III (1994), Heft 2, Königsberg und seine Universität. Eine Stätte ostmitteleuropäischen Geisteslebens.

burger Ostarchivs, der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne (ehem. Bücherei des deutschen Ostens) oder des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. In dieselbe Richtung deuten etwa die bibliographischen Orientierungshilfen in Horst Möllers jüngstem monographischen Beitrag zum Handbuch der Preußischen Geschichte³⁰ oder dem von Walter Ziegler herausgegebenen Sammelband "Die Vertriebenen vor der Vertreibung"31. Die dort aufgeführten Gesamtdarstellungen zur Geschichte der preußischen Ostprovinzen, nicht zuletzt die monumentalen Bände der "Deutschen Geschichte im Osten Europas", informieren zwar recht zuverlässig über Grundzüge der historischen Entwicklung vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, sie behandeln die Zeit zwischen 1918 und 1944 aber meist auf knappem oder - wie der Band über Ostpreußen und Westpreußen - sehr knappem Raum, was indes gerade im genannten Fall nicht nur mit der Gesamtanlage der Reihe zu tun hat, sondern auch mit einem besonders deplorablen Forschungsstand³². Die verdienstvollen Publikationen aus dem erst jüngst abgeschlossenen zehnbändigen Projekt des Siedler-Verlags sind also auch ein Spiegelbild unserer im einzelnen unterschiedlichen, aufs Ganze gesehen jedoch recht unbefriedigenden Kenntnisse über die Zeitgeschichte des deutschen Ostens. Insofern wäre es mangels Masse auch ein schwieriges Unterfangen, an dieser Stelle einen klassischen Forschungsbericht zu geben; zumindest eine knappe Bestandsaufnahme aber sei versucht.

Sind wir über Grundzüge der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte teilweise noch ganz gut unterrichtet³³, so mangelt es vor allem an Spezialstudien zu zentralen Themenkomplexen der regionalen Politik-, Sozial-, Gesellschafts- und



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



³⁰ Vgl. Horst Möller, Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. von Wolfgang Neugebauer, Bd. III: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin/New York 2001, S. 149-316.

³² Vgl. Walter Ziegler (Hrsg.), Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung, 2 Bde., München 1999.

³² Vgl. Boockmann, Ostpreußen und Westpreußen, S. 395–424. Eine breitere, den polnischen Forschungsstand aber nicht immer ausreichend zur Kenntnis nehmende Darstellung der ostpreußischen Zeitgeschichte findet sich im Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hrsg. von Ernst Opgenoorth, Teil 4: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918–1945, Lüneburg 1997. Ausführlicher dagegen, auf der Basis eines insgesamt auf deutscher wie polnischer Seite besseren Forschungsstandes, Konrad Fuchs, Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1986–1945), in: Norbert Conrads (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas, Bd. 3: Schlesien, Berlin 1994, S. 554–704, sowie Geschichte Schlesiens, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740–1945. Österreichisch-Schlesien 1740–1945, I. A. der Hist. Kommission für Schlesien hrsg. von Josef Joachim Menzel in Verbindung mit Konrad Fuchs und Hubert Unverricht, Stuttgart 1999.

Neben der umfassenden Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, hrsg. von Gerd Heinrich, Friedrich-Wilhelm Henning und Kurt G. A. Jeserich, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, vgl. vor allem die Studien Klaus von der Groebens, Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußens, Berlin 1979; ders., Verwaltung und Politik 1918–1933 am Beispiel Ostpreußens, Kiel 1986; Georg Bitter, Die preußische Regierung zu Königsberg 1918–1945, Leer 1988.

Mentalitätsgeschichte³⁴. Horst Möllers Habilitationsschrift zum "Parlamentarismus in Preußen", die Dissertation seines Schülers Achim Stang zur DDP in Preußen, die Otto-Braun-Biographie von Hagen Schulze und die Studie von Herbert Hömig über die preußische Zentrumspartei haben zwar endlich mehr Licht auf den politischen Entscheidungsprozeß der Landesebene geworfen, die politischen Verhältnisse in der ostdeutschen Provinz aber – ihrer Themenstellung entsprechend – nicht eingehender beleuchtet³⁵.

Zum Dritten Reich gibt es – nicht zuletzt dank der Aktivitäten des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte und seiner "Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands"36 – eine Reihe von Büchern, die gründlich über den Kirchenkampf in Schlesien, Pommern und Ostpreußen unterrichten³7. Auch die ediert vorliegenden Berichte des SD geben punktuell immer wieder über die Stimmung in den Ostprovinzen Auskunft³8. Aus der Geschichte des

³⁸ Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, 18 Bde., Herrsching 1984/85.



Speziell zur Weimarer Republik und zur NS-Zeit ist – neben den erwähnten Kapiteln in den Bänden der "Deutschen Geschichte im Osten Europas" – allgemein zu verweisen auf Udo Arnold (Hrsg.), Zwischen den Weltkriegen, Teil 1: Politik im Zeichen von Parteien, Wirtschaft und Verwaltung im Preußenland der Jahre 1918–1939, Lüneburg 1986, und Teil 2: Kultur im Preußenland 1918–1939, Lüneburg 1987, sowie Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966. Doch es mangelt noch ganz erheblich an Monographien zu zentralen Fragen der politischen Mentalität. Anknüpfungspunkte bieten Ernst Schute, "Getrennt vom Reich" – Die Instrumentalisierung des Sports in Ostpreußen zur Zeit der Weimarer Republik, Bochum 1987, oder Horst F. Zander (Hrsg.), Mit klingendem Spiel: Insterburg 1919–1939. Eine ostpreußische Garnison zwischen den beiden Weltkriegen, Seesen am Harz 1981.

³⁵ Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Bonn 1985; Joachim Stang, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen, 1918–1933, Düsseldorf 1994; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977; Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979; zum Weimarer Preußen daneben Dietrich Orlow, Weimar Prussia 1918–1925. The unlikely Rock of Democracy, Pittsburgh 1986, sowie ders. Weimar Prussia 1925–1933. The Illusion of Strength, Pittsburgh 1991. Zum gut erforschten Bereich der Personalpolitik vgl. Hans-Karl Behrend, Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Inneren. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919 bis 1933, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6 (1957), S. 173–214; Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1932, Stuttgart 1965, sowie Horst Möller, Die preußischen Oberpräsidenten in der Weimarer Republik, in: VfZ, 30 (1982), S. 1–26; (stark erweiterte Fassung in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard a. Rhein 1985, S. 183–217, 326–334).

³⁶ Vgl. Bernhard Stasiewski, Institut f
ür ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte e. V. 1958–1987, Köln/Wien 1988.

³⁷ Vgl. Hugo Linck, Der Kirchenkampf in Ostpreußen 1933 bis 1945. Geschichte und Dokumentation, München 1968; Manfred Koschorke (Hrsg.), Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945: Allein das Wort hat's getan, Göttingen 1976; Gerhard Reifferscheid, Das Bistum Ermland und das Dritte Reich, Köln/Wien 1975; Werner Klän, Die evangelische Kirche Pommerns in Republik und Diktatur. Geschichte und Gestaltung einer preußischen Kirchenprovinz 1914–1945, Köln 1995; Ludwig Heine, Geschichte des Kirchenkampfes in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1930–1940, Göttingen 1961; Gerhard Ehrenforth, Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932–1945, Göttingen 1968; Ernst Hornig, Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933–1945. Geschichte und Dokumente, Göttingen 1977.

Widerstands hat – wegen seines nationalen Rangs – in erster Linie der Kreisauer Kreis Beachtung gefunden³⁹, der sich allerdings nur wenige Male auf dem schlesischen Gut des Grafen Moltke selbst zusammengefunden hatte. Eine Reihe polnischer und DDR-Historiker haben auch dem kommunistischen Widerstand literarische Denkmäler errichtet⁴⁰. Über sozialdemokratischen Widerstand oder andere Formen von Resistenz aber⁴¹, wie sie das Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte schon in den 1970er Jahren paradigmatisch untersucht hat, oder über den Alltag in den ostdeutschen Regionen während der NS-Diktatur⁴², über das regional-spezifische Mischungsverhältnis von "Verführung und Gewalt", über Judentum und Antisemitismus wußten wir lange bzw. wissen wir immer noch recht wenig⁴³ – sieht man einmal von Hinweisen in den genannten kirchenhistorischen Arbeiten oder in der durchaus beachtlichen, systematischer Auswertung harrenden Memoirenliteratur⁴⁴ ab. Auch der Prozeß der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung ist lediglich für



³⁹ Vgl. Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967; Wilhelm Ernst Winterhager (Bearb.), Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Mainz 1985.

Vgl. Hans-Jürgen Friedrici, Zur Entwicklung der neuen Strategie und Taktik der KPD und ihrer führenden Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf. Dargestellt am Kampf der oberschlesischen Parteiorganisation und deutscher und polnischer Werktätiger gegen den Faschismus in den Jahren 1933–1938/39, Habil. Leipzig 1965; Werner Lamprecht, Der Kampf der Stettiner Parteiorganisation der KPD gegen die faschistische Diktatur (1933–1945), Diss. Greifswald 1966; Wiktor Lemiesz, Zur Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Gebiet der mittleren Oder 1933–1945 (Übersetzung des polnischen Titels), Warschau 1973. Weitere Hinweise bei Karl Düwell, Regionale Geschichte des NS-Staates, S. 309–313.

Ansätze liefern Wilhelm Matull/Max Sommerfeld, Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 17 (1967), S. 164–178; Hugo Rasmus, Westpreußen im Schatten des Hakenkreuzes. Gleichschaltung und Unrecht forcierten Gegnerschaft, in: Westpreußen-Jahrbuch 48 (1998), S. 119–158; Walter Görlitz, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Pommern. Ein Versuch, in: Baltische Studien 48 (1961), S. 63–74; Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Deutsche Autoren des Ostens als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Beiträge zur Widerstandsproblematik, Berlin 2000. Der von Lothar Bossle u.a. herausgegebene Sammelband: Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, Sigmaringen 1989, verzichtet auf eine Thematisierung des Kreisauer Kreises und widmet sich anderen Aspekten des Widerstandes.

⁴² Vgl. Bayern in der NS-Zeit. Studien und Dokumentationen in sechs Bänden, hrsg. von Martin Broszat u. a., München 1977–1983; Christian Tilitzki, Alltag in Ostpreußen 1940–45. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz, Leer 1991.

⁴³ Vgl. z.B. Max Aschkewitz, Zur Geschichte der Juden in Westpreußen, Marburg 1967; Georg Weißmann, Die Durchsetzung des j\u00fcdischen Minderheitenrechts in Oberschlesien 1933-1937, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 6 (1963), S. 154-194. Zur bereits besser erforschten Geschichte der Danziger Juden vgl. die bibliographischen Hinweise bei D\u00fcwell, Regionale Geschichte des NS-Staates, S. 340 f. Auf die Forschungen des polnischen Historikers Bohdan Koziełło-Poklewski zu ausl\u00e4ndischen Zwangsarbeitern in Ostpreu\u00dfen im Zweiten Weltkrieg aus dem Jahr 1977 hat Bernhart J\u00e4hnig hingewiesen. Siehe J\u00e4hnig, Die landesgeschichtliche Forschung des Preu\u00dfenlandes, S. 111.

⁴⁴ Stellvertretend genannt sei Alexander Fürst zu Dohna Schlobitten, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, Berlin 1989.

Pommern näher erforscht worden⁴⁵. Die im Geleitwort des Buches vom Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1974 angekündigte Herausgabe analoger Bände zu Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg im Rahmen einer Reihe "Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936" ist nicht mehr erfolgt.

Ähnlich dürftig nimmt sich die historiographische Bilanz für den deutschen Osten während der Weimarer Republik aus. Ein spätes Interesse konzentrierte sich hier in den 1980er Jahren sehr stark auf die Phase in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Geschehnisse an den umkämpften Grenzen in Oberschlesien, Ost- und Westpreußen von weitreichender nationaler Bedeutung waren⁴⁶. Im Zusammenhang damit fand auch die Siedlungs- und Minderheitenpolitik der preußischen und der Reichsregierung⁴⁷ und speziell der Komplex der Osthilfe⁴⁸ einige Aufmerksamkeit. Vergleichsweise viel geschrieben wurde, nicht zuletzt mit den scharf gespitzten Federn von DDR-Historikern, zu der legendenumwobenen Sozialgestalt des ostelbischen Junkers, zu deren Landarbeitern und zur Agrarpolitik⁴⁹. Doch noch 1996 hatte

⁴⁹ Zur DDR-"Junker"-Forschung vgl. Jürgen Burkhardt, Bauern gegen Junker und Pastoren. Feudalreste in der mecklenburgischen Landwirtschaft nach 1918, Ost-Berlin 1963; Klaus Vetter, Bodo von der Marwitz. Der Beitrag eines preußischen Junkers zur ideologischen Vorbereitung des Faschismus auf dem Lande, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 552–568; Joachim Petzold, Großgrundbesitzer – Bauern – NSDAP. Zu ideologischen Auseinandersetzungen um die Agrarpolitik der faschistischen Partei 1932, in: Ebenda 29 (1981), S. 1128–1139; Roswitha Berndt (Bearb.), Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (1919–1945), Bd. 3: Quellen, Vaduz 1985. Ausgewogener, wenngleich an manche marxistische Thesen zu den Junkern anknüpfend die neuere Studie der Rostocker Historikerin Ilona Buchsteiner, Großgrundbesitz in Pommern 1871–1914. Ökonomische, politische und soziale Transformation der Großgrundbesitzer, Berlin 1993. Zur "alt"-bundesdeutschen Seite seien genannt der Überblick von Walter Görliz, Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten,



⁴⁵ Vgl. Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel (Hrsg.), Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten (Darstellung), Köln/Berlin 1974.

⁴⁶ Vgl. Günther Doose, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987; Sigmund Karski, Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990; Richard Breyer (Hrsg.), Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918–1922), Bonn 1985; Rainer Schumacher, Die Preußischen Ostprovinzen und die Politik des deutschen Reichs 1918–1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. Köln 1985; Walther Hubatsch, Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920 – Ein demokratisches Bekenntnis zu Deutschland, Hamburg 1980; Rudolf Klatt, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920, Heidelberg 1958.

⁴⁷ Vgl. Roland Baier, Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Köln/Wien 1980; vorher schon Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973, sowie Christian Höltje, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919, Würzburg 1959.

⁴⁸ Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Reichskredite für die Ostsiedlung. Eine innenpolitische Streitfrage der Jahre 1925 bis 1927, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 27 (1978), S. 238-290; Heinrich Niehaus, Die Osthilfe, Köln 1966; Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928-1933, Ost-Berlin 1959.

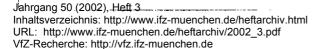
Wolfram Pyta zu monieren, daß "bis heute für die Zeit der Weimarer Republik jede aus archivalischen Quellen gearbeitete, sozialgeschichtlich angelegte Monographie" über den ostelbischen Landadel fehle⁵⁰. Zur Geschichte der ostdeutschen Arbeiterbewegung, die immerhin einen Otto Braun oder einen Paul Löbe hervorgebracht hat und auch in den (groß-)agrarisch geprägten Ostprovinzen etwa ein Viertel der Wähler ansprach, sind wir auf wenige, teils sehr knappe Arbeiten angewiesen⁵¹; und zu den übrigen Parteien – die NSDAP eingeschlossen – liegen bislang nur erste Bruchstücke vor⁵², vor allem wiederum eine Studie aus dem angelsächsischen Raum:

Glücksburg 1956; Hanna Schissler, Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 89–122; Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969; zeitgeschichtliche Kapitel enthält auch Gerd Heinrich, Staatsdienst und Rittergut. Die Geschichte der Familie von Dewitz in Brandenburg, Mecklenburg und Pommern, Bonn 1990.

Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 16. Die Arbeit von Eckart Conze, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernsdorff im 20. Jahrhundert, Stuttgart/München 2000, widmet sich vor allem den Verhältnissen in Mecklenburg und im Hannoverschen.

⁵¹ Zu dem aus Schlesien stammenden langjährigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, der bislang leider noch nicht Gegenstand einer größeren Biographie geworden ist, vgl. die Broschüre von Helmut Neubach, Paul Löbe, Bonn 21999 (erschienen als Arbeitshilfe Nr. 46 beim Kulturreferat des Bundes der Vertriebenen); zum langjährigen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und zur ostpreußischen Sozialdemokratie vgl. Schulze, Otto Braun; Wilhelm Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970; ders., Ostdeutschlands Arbeiterbewegung: Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973, sowie Hans-Jakob Tebarth, Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien im Zeitalter der Industrialisierung, Berlin 1991; daneben Reinhard Krämer, Zur Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien von den Anfängen bis zur Teilung (1869-1922), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29 (1993), S. 470-490; Rainer Eckert, Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933-1939 im Vergleich, Frankfurt a. M. 1997; Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung 1918–1939, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und dem Instytut Slaski, Oppeln 1977. Vgl. auch Martina Grote, Deutsche Sozialdemokratie in Ostoberschlesien (1919-1939). Eine Partei zwischen den Fronten, in: Oberschlesisches Jahrbuch 3 (1987), S. 147-177; Sabine Bamberger-Stemmann hat die Aufmerksamkeit der deutschen Forscher zudem auf eine wichtige Studie des polnischen Historikers Wieslaw Lesiuk über "Die polnische und deutsche sozialistische Bewegung im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918-1922/ 23" (Oppeln 1989) gerichtet. Siehe Sabine Bamberger-Stemmann, Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Polnische Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1993 zu einer Phase des Umbruchs in Europa, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 561-572, hier S. 568.

⁵² Zur NSDAP und den wichtigsten anderen Parteien vgl. Helmut Neubach, Parteien und Politiker in Schlesien, Dortmund 1988; ders., Die Ausschaltung der schlesischen Zentrumspartei durch die NSDAP im Jahre 1933, in: Beiträge zur Geschichte Schlesiens im 19. und 20. Jahrhundert. Hans-Ludwig Abmeier zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter Chmiel, Helmut Neubach und Nikolaus Gussone, Dülmen 1987, S. 85-103; Shelley Baranowski, The Sanctity of Rural Life, Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York/Oxford 1995; dies., The Sanctity of Rural Life: Protestantism, Agrarian Politics and Nazism in Pomerania during the Weimar Republic, in: German History 9 (1991), S. 1-22; Uwe Schröder, Zur Entwicklung der Hitlerbewegung in Pommern (1922-1929), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993),





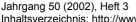
446

Richard Bessels aus den Quellen gearbeitete Monographie über die SA in Ostdeutschland 1925 bis 1934⁵³. Auch auf seiten der polnischen Regionalgeschichtsforschung fehlte lange Zeit der Impuls, sich mit dem Nationalsozialismus in Ostdeutschland vor 1939 eingehender auseinanderzusetzen. 1987 wurde zwar eine wichtige Studie über "Die nationalsozialistische Bewegung in den schlesischen Provinzen" vorgelegt⁵⁴. Doch noch eine 1995 erschienene, stark institutionengeschichtlich angelegte Arbeit von Bohdan Koziello-Poklewski über "Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Ostpreußen 1921–1933" ging kaum über das hinaus, was aus der deutschen Forschung, vor allem seit der Studie von Hertz-Eichenrode, bekannt ist⁵⁵. Und in der 1992 vorgelegten Geschichte Ermlands und Masurens von Stanislaw Achremczyk kommt für die Zeit ab den Teilungen Polens praktisch ohnehin nur noch die polnische Bevölkerung im heute polnischen Teil Südostpreußens in den Blick⁵⁶.

II. Gründe für die Forschungslücken

Die Gründe, die zu den Forschungslücken in der Zeitgeschichte des preußisch-deutschen Ostens beigetragen haben, sind vielschichtig. Zunächst sind sie im Kontext grundsätzlicher Schwierigkeiten der Deutschen zu suchen, nach 1945 ein angemessenes Verhältnis zu ihrer jüngsten Vergangenheit zu finden. Trotz aller staatlicher und medialer Bemühungen um die "Bewältigung" der NS-Katastrophe haben die Deutschen, folgt man einem Gedanken Peter Graf Kielmanseggs, in der privaten Sphäre eine "Gefühlsbeteiligung" an den fremden, aber in gewisser Weise auch an den eigenen Opfern vermieden und versucht, eine "neue, geschichtslose Identität zu finden"⁵⁷. Gehörte dazu, so läßt sich fragen, auch die "Verdrängung" des auf so enge Weise mit den letzten Kapiteln des Dritten Reichs, mit Flucht und Vertreibung verknüpften preußisch-deutschen Ostens, in dessen unmittelbarer räumlicher Nachbar-

⁵⁷ Peter Graf Kielmansegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989, S. 68.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



S. 197-216; Kyra T. Inachin, Die nationale Rechte Pommerns und Hitler, in: Bert Becker/Kyra T. Inachin (Hrsg.), Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität, Schwerin 1999, S. 129-162; Detlef Mühlberger, The occupational and social structure of the NSDAP in the border province Posen-West Prussia in the early 1930s, in: Europ. Hist. Quart. 15 (1985), S. 281-311; Dieter Hertz-Eichenrode, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: Olstynskio Studia niemcoznawcze 1986, S. 59-114.

⁵⁹ Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven/London 1984.

⁵⁴ Franciszek Biały, Ruch narodowosocjalistyczny w prowincjach slaskich, Breslau 1987.

⁵⁵ Vgl. die Besprechung des Buches durch Jörg Hackmann in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 47 (1998), S. 284f.

Vgl. Jörg Hackmann, Klar zur Wende. Plädoyer für eine Revision der Geschichtsschreibung über Ostpreußen; vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellte deutsche Fassung eines auf polnisch erschienenen Aufsatzes in: Borussia. Kultura, Historia, Literatura 22 (2000), S. 64-72.

schaft, in Auschwitz, Majdanek und Treblinka, der Holocaust verübt wurde? Haben die Deutschen aus Scham über die Verbrechen des NS-Regimes die ebenso nachvollziehbare wie problematische Unterlassung begangen, um den Verlust des Ostens zu trauern, "darum, daß eine bedeutende Spur ihrer Geschichte ausgelöscht, ein Kernstück des deutsch geprägten mitteleuropäischen Kulturraumes für immer zerstört ist"58? Alfred Heuß gibt auf diese Fragen in seinen Betrachtungen über den "Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses" eine drastische Antwort. Es sei, so meint Heuß im Blick auf den Stellenwert des historischen deutschen Ostens im kollektiven Gedächtnis unserer Nation, als ob "ein Franzose an den Verlust von Indochina" denke⁵⁹. Dabei hätten 1945 deutsche Volksstämme ihr Ende gefunden, "ohne die das Bild Deutschlands ein halbes Jahrtausend hindurch unvorstellbar" wäre, seien mit den preußischen Ostgebieten ungeachtet ihrer überwiegend agrarischen Struktur auch Großstädte wie Königsberg, Danzig, Breslau und Stettin untergegangen, ohne die "der kulturelle und soziale Hintergrund der deutschen Geschichte unvollständig wäre"; doch würden diese banalen Tatbestände "heute wahrscheinlich vom größten Teil des deutschen Volkes nicht mehr gewußt"60.

Auf den ersten Blick erstaunt es vor allem, wie wenig hier (zeit-)geschichtswissenschaftlich in den 1950er und 1960er Jahren geschehen ist, als das große Wählerpotential der Vertriebenen von allen wichtigen Parteien heftig umworben wurde, als die Landsmannschaften noch mächtige Pressure-groups darstellten, als in der Anfangszeit der Bundesrepublik historische Kommissionen für die Geschichte Schlesiens, Pommerns, Ost- und Westpreußen gegründet wurden, als der stark von Ostpreußen geprägte Göttinger Arbeitskreis⁶¹ oder die vor allem um die Schlesien-Forschung bemühte Ostdeutsche Forschungsstelle in Dortmund, der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat – als eine Art historisch-landeskundlicher Akademie – oder das Herder-Institut in Marburg⁶² – wie das auf sudetendeutsche Fragen spezialisierte Collegium Carolinum in München ein historisch-landeskundliches Institut – ihre Arbeit aufnahmen⁶³. Bereits im Dezember 1956 indes äußerte die Kultusministerkonferenz



⁵⁸ Ebenda, S. 69.

⁵⁹ Alfred Heuß, Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses, Berlin 1984, S. 143; vergegenwärtigt man z.B. die Wirkung des vielbeachteten Films "Indochine" im Frankreich der 1990er Jahre, so drängt sich der Eindruck auf, Indochina sei im kollektiven Gedächtnis der französischen Nation immer noch präsenter als der Osten in der Erinnerung der Deutschen.

⁶⁰ Ebenda, S. 142.

⁶¹ Er entstand auf Initiative des letzten Kurators der Königsberger Albertus-Universität, Friedrich Hoffmann. Vgl. Joachim Freiherr von Braun, Fünf Jahre Arbeit für den deutschen Osten. Der Göttinger Arbeitskreis. Tätigkeitsbericht zu seinem fünfjährigen Bestehen, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 2 (1952), S. 208-251.

⁶² Vgl. Hugo Wecerka, Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und Johann Gottfried Herder-Institut. Entstehung und Entwicklung eines Verbundes der Ostmitteleuropaforschung, Marburg/Lahn 1992; sowie die Selbstdarstellung: Das Herder-Institut e. V. Im Dienste der Ostmitteleuropa-Forschung, Marburg 1995.

⁶³ Für Pommern entstand – anders als für Ostpreußen und Schlesien – kein landesgeschichtliches Zentrum im Westen, vielmehr wurde die Forschungs- und Publikationsarbeit vor allem in Mar-

auf ihrer Hamburger Plenartagung die Sorge, daß das "deutsche Geistesleben und Bildungswesen von den politischen und kulturellen Gegebenheiten des europäischen Ostens bis vor kurzem kaum Kenntnis genommen, ja selbst den eigenen Osten und Südosten in verhängnisvoller Weise aus dem Blick verloren" habe. Das Anliegen der Kultusminister, die Leistungen des deutschen Ostens im "deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern", damit vor allem auch die Jugend "ein inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teiles ihres Volkes" entwickeln könne, erschien freilich nicht als Selbstzweck; vielmehr galt eine vertiefte Kenntnis Ost- und Ostmitteleuropas auch als Grundlage der "Auseinandersetzung" mit dem dort herrschenden kommunistischen System⁶⁴. Folglich wurde es unterlassen, eigene Lehrstühle und Universitätsinstitute für die Geschichte des alten Ostdeutschlands zu gründen, statt dessen schuf man ~ mit einem anderen, wenn auch per se durchaus sinnvollen inhaltlichen Profil - Professuren für osteuropäische Geschichte. So hing es dann ganz von persönlichen Forschungsinteressen einzelner Hochschullehrer ab, ob und in welchem Umfang die Geschichte der preußischen Ostprovinzen Aufmerksamkeit fand. Zu Zentren der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung entwickelten sich die Universitäten Bonn (Walther Hubatsch, Herbert Schlenger, Udo Arnold) und Göttingen (Wilhelm Abel), gefolgt von Erlangen-Nürnberg, Mainz, Münster, Köln, Berlin und Würzburg65.

In der tagespolitischen Prioritätenliste stand neben der Aufklärung des Vertreibungsverbrechens selbst die Vermittlung von Grundinformationen über die Ostgebiete, ihre Jahrhunderte lange Verflechtung mit dem Reich, ihre wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland etc., im Vordergrund⁶⁶; Themen also, die der Legitimierung des von allen wichtigen Parteien rechtlich aufrechterhaltenen Anspruchs auf die Oder-Neiße-Gebiete in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 dienten. Daß dies alles immer weniger Resonanz fand, hing nicht zuletzt mit der Verankerung der Bundesrepublik im "Westen" zusammen. Durch Adenauers europäische und nordat-

⁶⁶ Aus der reichhaltigen Publikationsliste dieser Art sei beispielhaft zitiert: Ostdeutschland – Unvergessenes Land. Pommern, Schlesien, Ostpreußen. Von Ernst Giese. Sozialkundliches Lesebuch für die Ostkunde, Frankfurt a. M. 1957.



burg, Berlin und Kiel geleistet. Zur besonders schwierigen Situation der ostbrandenburgischen Landesgeschichte vgl. Gerd Heinrich, Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg. Rückblicke und Ausblick, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S. 2-42, hier S. 10. Erste Orientierung vermitteln Ingo Materna, Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918-1933), in: Ders./Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 561-618, sowie der ebenfalls in diesem Band (S. 619-676) erschienene Beitrag von Laurenz Demps, Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933-1945).

⁶⁴ Helmut Altrichter, Wissenschaft im politischen Auftrag? Die Einrichtung des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte, in: Helmut Neuhaus, Geschichtswissenschaft in Erlangen, Erlangen/Jena 2000, S. 289–314, hier S. 294; vgl. auch Erwin Oberländer (Hrsg.), Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990, Stuttgart 1992; Eduard Mühle, "Ostforschung". Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S.317ff.

⁶⁵ Vgl. Schlechte, Ostdeutschland, S. 5ff.

lantische Integrationspolitik in den 1950er Jahren rasch vorangetrieben, wurde die wirtschafts- und sicherheitspolitische ebenso wie die politisch-kulturelle "Westbindung" nicht nur zu einer unabdingbaren Voraussetzung der großen Erfolgsgeschichte der zweiten deutschen Demokratie, sie führte mit einer gewissen Unvermeidlichkeit wohl auch dazu, daß die zunehmend nach dem Westen ausgerichtete Gesellschaft gleichsam im Gegenzug den Osten aus dem Blick verlor. War es, wenn das Schaukeln zwischen Ost und West jetzt immer mehr als fatales Element eines deutschen Sonderwegs begriffen wurde, nicht gleichsam sachlogisch, sich fortan eindeutig nach einer – und zwar der westlichen – Richtung hin zu orientieren? Und mußte dies nicht auch für die bundesdeutsche Wissenschaft gelten, die ihre Untersuchungsgegenstände wie ihre institutionellen Kooperationspartner immer öfter im Westen fand?

Erschwerend kam hinzu, daß die Disziplin der Zeitgeschichte in den 1950er Jahren gerade erst im Entstehen begriffen war. Historiker, die sich überhaupt an die Geschichte der Mitlebenden wagten, gab es noch wenige; von den besonderen Quellenproblemen ostdeutscher Zeitgeschichtsforschung unter den Vorzeichen des Kalten Krieges und des erschwerten Zugangs zu Archiven in den neuen polnischen bzw. russischen Westgebieten einmal ganz abgesehen⁶⁷. Obendrein dürfen Theodor Schieders Bemühungen, bei der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen auch die Vorgeschichte in den Blick zu bekommen, von einem grundsätzlichen biographischen Problem der bundesdeutschen Ostforschung nicht ablenken: Bei der wissenschaftlichen Betrachtung des Vertreibungsprozesses und seines Zusammenhangs mit der nationalsozialistischen Volkstums-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik wurde so mancher buchstäblich von der eigenen Vergangenheit eingeholt, beschäftigte sich jetzt also wissenschaftlich mit Umsiedlungsvorgängen, die er unter Umständen selbst angeregt und befürwortet hatte, und griff auf Akten aus dem Bestand des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zurück, die er möglicherweise selbst produziert hatte. Und das erschwerte, wie Theodor Schieder später bekannte, "die innere Auseinandersetzung mit jenem Stück Zeitgeschichte, auf dem unser ganzes heutiges Schicksal beruht"68.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



⁶⁷ Der Zugang zu den historischen Quellen war nach 1945 abgerissen, soweit Bestände nicht wie das Königsberger Staatsarchiv rechtzeitig vor dem Einmarsch der Roten Armee in den Westen ausgelagert worden waren und dort einer weiteren Benutzung zur Verfügung standen. Die Königsberger Akten, zunächst in das Staatliche Archivlager nach Göttingen verbracht, wurden 1979 dann an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin abgegeben. Vgl. Kurt Forstreuter, Das Preußische Staatsarchiv in Königsberg. Ein geschichtlicher Rückblick mit einer Übersicht über seine Bestände, Göttingen 1955. Einen Überblick über die Archivsituation bietet der von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat OKR herausgegebene Band: Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen, bearb. von Wolfgang Keßler, München u. a. 1989.

⁶⁸ Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München/Wien 1965, S. 31. Vgl. auch Mathias Beer, Der "Neuanfang" der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: Winfried Schulze/Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999, S. 274–301, hier S. 291f.

Daß die altostdeutschen Forschungslücken nicht energischer gefüllt wurden⁶⁹, wird man aber vielleicht auch auf Befürchtungen in Vertriebenenkreisen selbst zurückführen müssen, eine intensivere Beschäftigung mit der jüngsten politischen Geschichte ihrer Heimat könne der - vor allem bei ihren seit Mitte der 1960er Jahre rasch zahlreicher werdenden politischen Gegnern verbreiteten - Ansicht Vorschub leisten, sie seien an ihrem schlimmen Schicksal letztlich irgendwie mit schuldig, weil sie der völkischen Verführung durch den Nationalsozialismus so massenhaft erlagen⁷⁰. Wie fragwürdig dieses Urteil ist, erhellt freilich schon daraus, daß es unterhalb der Ebene der Reichstagswahlkreise auch im Westen des Reiches eine ganze Reihe protestantischer Agrarregionen wie Oberhessen oder Westmittelfranken gab, deren Wähler 1932/33 mindestens ebenso massiv wie Ostpreußen, Pommern und Niederschlesier für die NSDAP votierten, ohne dafür am Kriegsende mit Flucht und Vertreibung zu büßen - ganz abgesehen von dem Umstand, daß die oberschlesischen Wahlergebnisse der NSDAP weit hinter den genannten Rekordziffern zurückblieben. Zudem hatten sich die Nationalsozialisten in den ostdeutschen Hochburgen der DNVP erst relativ spät 1932 durchgesetzt⁷¹ - und dies im übrigen nicht selten gerade gegen den Widerstand nationalkonservativer Großgrundbesitzer⁷². Tatsächlich aber wurde die vom Kreis um Schieder in den 1950er Jahren entwickelte wissenschaftliche Erklärung der Vertreibung aus dem Kontext des übersteigerten europäischen Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert und daraus entspringender Bevölkerungsumsiedlungen, einschließlich der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, gesamtgesellschaftlich, aber auch von vielen Betroffenen in den

Hierzu sehr instruktiv Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 346. Kennzeichnend sind in diesem Zusammenhang die dem schlesischen NSDAP-Gauleiter Helmuth Brückner zugeschriebenen Äußerungen über den heimischen Adel: "Das sind Leute, die immer schreien: Ohne uns kann nicht regiert werden. Nun, wir Nazis werden es den Herren zeigen, daß wir die Grafen Rotz von Rotzenstein nicht brauchen. Sie können bei uns einsteigen, aber nur im Anhängerwagen Nr. 7 und 8. Kutschieren werden wir!". Zit. nach Helmut Neubach, Helmuth Brückner. Gauleiter von Schlesien 1925–1934, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bresłau XXXVIII/1997/XXXIX/1998, S. 783–798, hier S. 798.



⁶⁹ Ganz im Gegenteil nahm etwa die Zahl der einschlägigen Hochschulschriften in den 1960er Jahren rapide ab, nicht zuletzt wohl deshalb, weil für ihre Entstehung persönliche Beziehungen der Verfasser zur ostdeutschen Thematik eine große Rolle gespielt hatten. Vgl. Schlechte, Ostdeutschland, S. 6.

Vgl. etwa den mit "Bregensis" gezeichneten Kommentar "Die meisten Nazis gab's in Schlesien", in "Schlesien heute" 9 (2001), S. 8, der sich kritisch mit einem irreführenden Beitrag von Konrad Fuchs im 3. Band der bereits erwähnten "Geschichte Schlesiens" auseinandersetzt. Darin (S. 90) hatte Fuchs geschrieben, die NSDAP habe auch in Oberschlesien "überdurchschnittliche Wahlerfolge" errungen, und unzutreffenderweise resümiert, "der triumphale Erfolg" der Nationalsozialisten sei "in Schlesien [...] noch eindrucksvoller als in den übrigen Reichsteilen" gewesen. Vgl. auch die kritischen Besprechungen des Beitrags durch Helmut Neubach, im Das Historisch-Politische Buch 48 (2000), S. 645, sowie durch Wolfgang Kessler, in: Historische Zeitschrift 272 (2001), S. 137–140.

⁷¹ Vgl. Jürgen Bergmann/Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen Bergmann u. a. (Hrsg.), Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200–287.

Landsmannschaften mehr und mehr als politisch-moralische Entschuldigung des Vertreibungsverbrechens an Millionen Ostdeutschen (fehl-)wahrgenommen.

Spätestens seit der Debatte um eine "neue Ostpolitik" Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre, in deren Folge immer weniger Zeitgenossen den Vertriebenen mit Sympathie oder auch nur Empathie begegneten, ist es wohl nicht nur das vielfach unsichere Verhältnis der Vertriebenenorganisationen zu den historischen Wissenschaften⁷³, das zur Teilnahmslosigkeit unserer Gesellschaft gegenüber der ostdeutschen Vergangenheit beitrug. Vielmehr haftete dem Thema seit dieser Zeit vor allem in den Augen jüngerer, sich politisch progressiv definierender Forscher "eine Art von Hautgout"⁷⁴ an, der zunehmend auch die Beschäftigung mit dem Vertreibungsgeschehen selbst politisch inkorrekt werden ließ. Ich selbst erinnere mich noch gut an eine Lehrveranstaltung zur Vertreibung, die ich Mitte der 1980er Jahre als Erlanger Student am Seminar für Osteuropäische Geschichte besuchte und bei der gleich in der ersten Stunde der Leiter des Hauptseminars, ein Privatdozent, glaubte, sein Thema rechtfertigen zu müssen, weil er befürchtete, er würde schon allein aufgrund der Themenwahl in einen falschen, revanchistischen Verdacht kommen⁷⁵.

Immer wieder konnte man in den 1970er und 1980er Jahren, wie Boockmann es formuliert hat, "eine unfreiwillige Koalition" beobachten, die aus denjenigen in der Bundesrepublik (und der DDR) bestand, die meinten, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, "indem sie die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", zum anderen aus Polen und Tschechen, welche die faktisch bestehenden Grenzen gleich auch noch "für alle Vergangenheit gültig machen wollten", aber auch aus Westdeutschen, die nach wie vor an der Beseitigung dieser Grenzen interessiert waren "und zu diesem Zweck – aber eben nur diesem Zweck – auch Historiker in ihren Dienst zu nehmen bereit waren". Vor allem der Vorwurf, "aufrechnen" zu wollen, die Verbrechen des Dritten Reiches schon durch bloße Beschäftigung mit der Problematik der Vertreibung der Deutschen quasi bagatelfisieren zu wollen, gewann teilweise tabuisierenden Charakter und hat eine Erforschung der ostdeutschen Zeitgeschichte



URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

⁷⁹ Schon Theodor Schieder, alles andere als ein "vaterlandsloser Gesell", war wegen der Dokumentation der Vertreibung unter heftigen Beschuß jener Vertriebenenkreise geraten, die die strenge Wissenschaftlichkeit und Objektivität der Publikation in Zweifel zogen und meinten, diese sei nach dem Geschmack der Vertreiberstaaten ausgefallen. Vgl. hierzu Beer, Im Spannungsfeld, S. 376f.

⁷⁴ Hartmut Boockmann, Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge Band I (1992), Heft 1, S. 7-19, hier S. 17.

⁷⁵ An den Universitäten Bremen und Marburg wurde der Begriff "Vertreibung" manchmal sogar durch den Begriff "Völkerwanderung" ersetzt. Schlechte, Ostdeutschland, S. 5.

⁷⁶ Boockmann, Wo liegt Ostdeutschland?, S. 17; vgl. auch die Kritik an der polnischen Historiographie zwischen 1945 und 1990, die das "deutsche Erbe aus politischen Gründen ausgeblendet" und gleichzeitig alles überbetont habe, "was von der Kontinuität und Beständigkeit polnischer Einflüsse zeugte", in: Wojciech Wrzesiński, Auf dem Weg zu einer neuen Gesamtdarstellung der Geschichte Schlesiens, in: Silesiographia, Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe, Würzburg 1998, S. 171–181, hier S. 175.

⁷⁷ Boockmann, Wo liegt Ostdeutschland?, S. 17.

erheblich erschwert – ganz so, als ob den Opfern des Holocaust, deren fürchterliches Schicksal heute mit Grund Bibliotheken füllt, damit gedient war, die Opfer der Vertreibung und ihre Geschichte zu verdrängen. Klaus Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, hat in diesem Zusammenhang differenzierend darauf verwiesen, daß beim Thema Vertreibung, ähnlich wie auf anderen Feldern der "Vergangenheitsbewältigung", eine Diskrepanz zwischen Spezialistenwissen und gesellschaftlichem Wissen aufgetreten sei; die Problematik sei zwar in der Wissenschaft nicht generell ausgeblendet worden, habe aber zumindest "lange großes Unbehagen hervorgerufen"⁷⁸.

Wie vermint dieses historiographische Gelände war, zeigte sich schlaglichtartig, als 1986 zwei bereits ältere und keineswegs als anstößig empfundene Aufsätze des renommierten Zeithistorikers Andreas Hillgruber (geb. 1925 im ostpreußischen Angerburg) zur Problematik Holocaust und Vertreibung aufgrund einer Verlagssynthese in ein- und demselben Bändchen unter dem Titel "Zweierlei Untergang" herauskamen⁷⁹ und daraufhin der sogenannte Historikerstreit losbrach. Anderthalb Jahrzehnte später erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: "Niemals hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen". Und in einer Besprechung der Novelle in der "Zeit" äußerte sich Günter Franzen selbstkritisch: "Man muß schon mit einer erheblichen Trägheit des Herzens geschlagen sein", wenn man sich der späten Einsicht verweigere, daß der von der 68er-Generation jahrzehntelang befolgte "Ernüchterungsappell" ("Wir haben die Sowjetunion mit Krieg überzogen, dem Land unendliches Leid gebracht und dann den Krieg verloren") nur die halbe Wahrheit enthalte⁸⁰.

Allerdings schien außenpolitische Zurückhaltung manchen politischen Kräften um so mehr angebracht, als das Deutsche Reich infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch lange nach den Ostverträgen – während der ganzen 1970er und 1980er Jahre bis zum Zwei-plus-Vier-Abkommen im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses 1990 – de jure in den Grenzen von 1937 fortbestand; eine friedliche Revision der 1945 geschaffenen Fakten blieb zumindest theoretisch denkbar, so daß ostdeutsche Kulturpflege – soweit sie die Oder/Neiße-Gebiete betraf – vor dem Hintergrund von Debatten um "Schlesien bleibt unser" teilweise als geistige Vorbereitung revanchistischer Politik empfunden wurde, obschon die Heimatvertriebe-

⁸¹ So hatte zunächst das Motto des Schlesiertages 1985 lauten sollen, das aber dann nach massiver Intervention von Bundeskanzler Helmut Kohl umgeändert wurde: "Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker".



⁷⁸ Thomas Medicus, Doppelter Blickpunkt. Vertreibung in polnischer Sicht: Ein Besuch in Warschau, in: Frankfurter Rundschau vom 22.2. 2002.

⁷⁹ Vgl. Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986.

⁸⁰ Günter Franzen, Der alte Mann und sein Meer, in: Die Zeit vom 7.2. 2002.

nen bereits gleich nach dem Krieg in ihrer viel zu selten gewürdigten Charta vom August 1950 ausdrücklich auf Rache und Vergeltung verzichtet hatten.

Darüber hinaus gehörten die ostdeutschen Regionen, vom oberschlesischen Industriegebiet und dem katholischen Ermland abgesehen, so gut wie sämtlich zum flachen (evangelischen) Land, einem sozialstrukturellen Typus, der ohnehin "nie das Lieblingskind einer einflußreichen Forschungsrichtung in der deutschen Nachkriegshistoriographie"82 war. Deren Hauptaugenmerk galt bekanntlich lange den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Arbeiterschaft oder im Bürgertum der städtischen Zentren, nicht aber den politischen und sozialen Prozessen in der Agrarprovinz; und die daraus resultierenden Defizite wurden im evangelischen Bereich auch nicht durch eine Historiographie ausgeglichen, die der gut organisierten Katholizismus-Forschung irgendwie vergleichbar gewesen wäre⁸³. Kaum geringer waren die Impulse, die zur Erforschung des ländlichen Ostens von der Agrargeschichte ausgingen, die in den letzten Jahrzehnten nicht eben Konjunktur hatte.

Schließlich kann auch nicht außer Betracht bleiben, daß schon die alte deutsche Ostforschung mit der von ihr spätestens nach 1918 betriebenen Auflösung des Landesbegriffs zugunsten der Volksgeschichte den Gegenstand der Landesgeschichte des preußischen Ostens vollkommen zerstört hatte. Die zunehmende volks- und kulturbodengeschichtliche Interpretation Ostdeutschlands und Ostmitteleuropas sollte vor allem die politische Fragwürdigkeit der in Versailles geschaffenen neuen Nationalstaaten im Osten untermauern, öffnete die "Deutsche Ostforschung" - wie sie sich nun gerne selbst bezeichnete - freilich dann auch nationalsozialistischen Instrumentalisierungsversuchen. Mit dem Verlust eines "definierten Gegenstandsverständnisses an dem Land als Ganzem"84 ging zudem der Verlust der Dialogbereitschaft mit der Slawistik, der potentiell wichtigsten Partnerwissenschaft, einher. In ihrer philologischen Verkümmerung nach dem Prinzip "Polonica non leguntur" beraubte sich die Ostforschung so ihrer wichtigsten Verstehensgrundlagen. Daß es in den 1950er Jahren keinen präzise artikulierten Bruch mit dieser Tradition gegeben habe, machte nach Zernack den neuen Anfang der Ostforschung so fragwürdig und erklärte auch einen lange spürbaren Mangel der universitären ostdeutschen Landesgeschichte an slawistisch gebildetem wissenschaftlichen Nachwuchs85.

Neben methodologischen und ideologischen Entwicklungen haben auch weitere ganz praktische Hemmnisse verhindert, daß mehr weiße Flecken auf der zeitgeschichtlichen Landkarte Ostdeutschlands für die Jahre 1918 bis 1944 gefüllt werden



⁸² Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 16; vgl. auch Manfred Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36, München 2000, S. 21f.

⁸³ Vgl. z.B. die auch aus schlesischen Quellen gearbeitete, bei der Kommission für Zeitgeschichte veröffentlichte Studie von Wieland Vogel, Katholische und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik, Mainz 1989; daneben Werner Thimm, Die katholische Arbeiterbewegung in den Bistümern Ermland, Kulm und Danzig, in: Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde Ermlands 40 (1980), S. 20-63.

⁸⁴ Zernack, Der historische Begriff, S. 170.

⁸⁵ Vgl. ebenda.

konnten. Da war zum einen, wie schon angedeutet, die Auflösung des Staates Preußen, dem die fraglichen Gebiete angehört hatten. Das lange "völlig fehlende" Interesse an Preußen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hat – mit Walter Ziegler zu reden – "dessen Geschichte weitgehend versinken lassen"86, und Schlesien, Ostpreußen und Pommern konnten davon nicht ausgenommen bleiben. Trotz vielfältiger Bemühungen um die Pflege des preußischen Kulturbesitzes und trotz der gesetzlichen Verpflichtungen des Bundes um die Förderung des kulturellen Erbes der Vertreibungsgebiete stand jedenfalls kein mächtiges Land mehr so massiv hinter der preußischen Landesgeschichte, wie dies nötig gewesen wäre, um in unserem föderalen Kultursystem ein breiteres (finanzielles) Fundament für die Historiographie des preußischen und deutschen Ostens zu schaffen. Und die Konkurrenz der ohnehin nicht sonderlich zahlreichen Preußen-Historiker untereinander war auch nicht immer geeignet, Synergieeffekte zu erzeugen⁸⁷. Heute ist es schließlich soweit gekommen, daß freigewordene Professuren für die Landesgeschichte Brandenburg-Preußens an den Berliner Universitäten nicht mehr besetzt werden.

Dieses Argument wird man noch um den Hinweis erweitern müssen, daß in der Bundesrepublik ohnehin nicht die Landesgeschichte die Epochen der Weimar Republik und des Nationalsozialismus als eigenständiges Forschungsobjekt entdeckt hatte, "sondern umgekehrt ein sozial-, seit den 80er Jahren dann verstärkt alltagsgeschichtlich ausgerichteter Zweig der NS-Forschung das "Land" als die Basis" zu erforschen begonnen hat, auf der sich der Aufstieg, die Machteroberung und die Herrschaftsausübung des Nationalsozialismus vollzogen⁸⁸. Dieser weniger landesgeschichtlich-"territorialistische", sondern in gewisser Weise eher "heimat"-bezogene Zugriff wurde aber - nicht zuletzt was die vielfältigen Aktivitäten von "Barfuß-Historikern" anbetraf - durch die physische Präsenz im lokalen oder regionalen Untersuchungsraum wesentlich erleichtert. Nur - "Graben, wo man steht" war den nach dem Westen vertriebenen Ostdeutschen, soweit es um ihre miterlebte Geschichte vor 1945 ging, aufgrund der politischen Verhältnisse schlechterdings verwehrt. Und auch etwa in dem von der Historischen Kommission zu Berlin herausgegebenen Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, der Fachzeitschrift für die gesamte Geschichte Ostdeutschlands, dominiert bis heute ein klassisch-landesgeschichtlicher Ansatz mit Schwerpunkt auf Themen des Mittelalters und der frühen Neuzeit.

⁸⁸ Ulrich von Hehl, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Problem einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 111-129, hier S. 117.



⁸⁶ Vgl. Walter Ziegler, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Die Vertriebenen, S. 4.

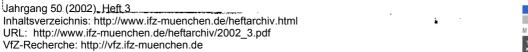
⁸⁷ Vgl. etwa zur Gründung der Preußischen Historischen Kommission 1977 den Beitrag ihres ersten Vorsitzenden Oswald Hauser, Preußische Historische Kommission, in: Neue Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte 1, Köln/Wien 1979, S. VII.

III. Forschungsperspektiven

Als sich im Rahmen der deutsch-polnischen Annäherung nach dem Warschauer Vertrag zunehmend eine vertrautere und kollegiale Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Historikern und ihren polnischen Kollegen entwickelte⁸⁹ und 1987 auf der Schulbuchkonferenz in Posen eine Bilanz der mehr als ein Jahrzehnt lang geführten Schulbuchdiskussion gezogen wurde, bestand bemerkenswerterweise nicht zuletzt in einem zentralen wissenschaftspolitischen Punkt Einigkeit: Die weitere Kooperation deutscher und polnischer Forscher bedürfe einer Stützung durch Ausbau der ostdeutschen Landesgeschichte in der Bundesrepublik. Dies galt um so mehr, als es sich bei den nach § 96 des Vertriebenengesetzes geförderten Aktivitäten weithin nicht um Wissenschaft handelte, sondern um sogenannte Breitenarbeit⁹⁰. Erst Anfang 1989 wurde im Rahmen eines Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit ein neues "Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte" in Oldenburg gegründet.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, nach dem Verzicht auf alte Gebietsansprüche zugunsten der Chance der deutschen Einheit und nach der definitiven Regelung der deutsch-polnischen und deutsch-russischen Grenzfrage 1990 ist weiter Bewegung in die Forschungslandschaft des – jetzt endgültig historischen – deutschen Ostens gekommen. Noch in den 1970er Jahren hatte sich die seit längerem spürbare Zurückhaltung gegenüber ostdeutscher Zeitgeschichte zwischen 1918 und 1944 mehr und mehr auch auf den Vertreibungskomplex selbst erweitert⁹¹ und hatte es eine Bundesregierung als adäquaten Umgang mit den Ergebnissen historischer Forschung erachtet, einen Bericht des Bundesarchivs zu den Vertreibungsverbrechen besser unter Verschluß zu halten, der dann erst 1989 veröffentlicht werden konnte⁹². Heute dagegen wird teils über parteipolitische Grenzen hinweg vom SPD-Politiker Peter Glotz bis zur BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach offen und vorwiegend konstruktiv über die Bedeutung eines Berliner Zentrums gegen Vertreibungen diskutiert.

Wie grundlegend und rasch sich das Klima nach dem revolutionären Umbruch in Mittel- und Osteuropa und der friedlichen Überwindung des Sowjetkommunismus wandelte, zeigte sich beispielsweise auch daran, daß die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 1996 erstmals seit dem Krieg wieder eine Tagung im Arbeitsgebiet selbst, in Thorn/Torun, durchführen konnte, auf der vorwiegend jüngere Wissenschaftler aus Deutschland und Polen über ihre Forschungen





⁸⁹ Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen deutscher und polnischer Landesgeschichtsforschung seit 1972 vgl. Hackmann, Ostpreußen, S. 343–348.

⁹⁰ Vgl. Boockmann, Deutsche Geschichte, S. 12.

⁹¹ Vgl. die streckenweise polemische Kritik von Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.9. 1997, S. 10.

⁹² Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.

berichteten⁹³. Einen ganz entscheidenden Schritt markierte aber vor allem die Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Gründung eines Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Warschau. Von den Studien, die das DHI seit 1993 veröffentlicht hat, seien nur die jüngste Publikation von Andreas Kossert ("Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956")⁹⁴ erwähnt oder die Forschungen von Robert Traba ("Umbruch und Kontinuität. Ostpreußen in den politischen und kulturellen Veränderungen der Weimarer Republik")⁹⁵.

Die inter-nationale Arbeit des DHI als Bindeglied zwischen polnischer und deutscher Historiographie ist um so entscheidender, als nach wie vor auch Sprachprobleme die Erforschung der älteren schlesischen, pommerschen und ostpreußischen Zeitgeschichte behindern⁹⁶. So hat etwa Helmut Neubach erst jüngst wieder im Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands bei der Besprechung eines Aufsatzes von Marek Maciejewski zur Entwicklung der NSDAP in Schlesien bis 1933 beklagt, daß der Autor entsprechende Studien aus der Bundesrepublik Deutschland nicht kenne, die bereits vor über zehn Jahren erschienen seien; und umgekehrt kennten auch manche deutsche Historiker nicht die neueren polnischen und tschechischen Veröffentlichungen⁹⁷. Vor diesem Hintergrund sind Aktivitäten besonders zu würdigen, wie sie z.B. ein auf zwei Bände angelegtes Projekt zur Geschichte Oberschlesiens 1740–1989 verfolgt, das trilateral vom Schlesien-Institut in Oppeln, dem Herder-Institut Marburg und der Schlesischen Universität Troppau

⁹⁷ Vgl. Helmut Neubachs Besprechung des Sammelbandes Silesiographia, Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe, Würzburg 1998, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittelund Ostdeutschlands 45 (1999), S. 406.



^{**} Ermöglicht wurde dies durch die Gastfreundschaft des Wissenschaftlichen Vereins zu Thorn (TNT). Beziehungen bestehen darüber hinaus zu dem neu gegründeten Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der jungen Universität Memel (Klaipeda). Schwieriger gestaltet sich dagegen die landesgeschichtliche Kooperation mit dem Königsberger Gebiet der Russischen Föderation. Vgl. hierzu Bernhart Jähnig, Landesgeschichte des Preußenlandes. Forschungsstand und -möglichkeiten Ende des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/1998), S. 93–108.

³⁴ Wiesbaden 2001 (Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 12).

⁹⁸ Vgl. Bulletin des DHI Warschau 1 (1995); bereits erschienen Robert Traba (Hrsg.), Selbstbewußtsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg, Osnabrück 2000.

Wilm so wichtiger deshalb Orientierungshilfen wie die Aufsätze von Joachim Rogall, Die Tragödie einer Grenzlandbevölkerung – polnische Forschungen über die Masuren, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 41 (1992), S. 102-111; Sabine Bamberger-Stemmann, Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Polnische Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1993 zu einer Phase des Umbruchs in Europa, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 561-572. Weiterführende Hinweise auf polnische Forschungsberichte zur Geschichte Pommerns im 19. und 20. Jahrhundert finden sich bei Jörg Hackmann, Gerard Labudas Konzeption der Geschichte Pommerns, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993), S. 109-134, sowie in dem von Marian Biskup redigierten Sonderheft der "Zapiski Historyczne" (über "Ergebnisse der nordpolnischen Historiographie in den Jahren 1945-1990") 57 (1992), S. 221-253 (dort auch Hinweise zur polnischen Forschung über Ost- und Westpreußen).

betrieben wird. Als wichtiger, schon vor 1989 konzipierter Beitrag zur Überwindung nationalzentrischer Untersuchungsgänge darf auch der im Auftrag der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive und des Instituts für Zeitgeschichte erarbeitete Quellenband über "Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und "Volkstumskampf" im Grenzgebiet" gelten⁹⁸.

Einem übernationalen und zugleich regionalistischen Ansatz verpflichtet ist die Kulturgemeinschaft Borussia, die im September 1990 von durchweg jüngeren polnischen Humanwissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern aus der Woiwodschaft Allenstein/Olsztyn gegründet wurde und die schon ein Jahr später eine bemerkenswerte Konferenz zum Thema "Ostpreußen/Prusy Wschodnie – Erbe und neue Identität" veranstaltete⁹⁹. Auch das Herder-Institut Marburg nutzte die entscheidend verbesserten Chancen, Fragen der deutschen Geschichte und Kultur in Polen nun gemeinsam mit polnischen Wissenschaftlern zu behandeln, etwa auf dem Wege einer gemeinsamen Tagung mit dem Instytut Zachodni (West-Institut) Posen im November 1994¹⁰⁰, durch bibliographische Kooperationsprojekte¹⁰¹ oder mittels eines jüngst veröffentlichten Sammelbands mit Beiträgen deutscher und ausländischer Autoren zu der Frage, wie die Geschichte der Deutschen in einzelnen östlichen Regionen zwischen 1945 und 1989 einerseits aus der Perspektive der jeweiligen ostmitteleuropäischen Landesgeschichtsschreibung, andererseits aus der Sicht der westdeutschen Ostforschung behandelt worden ist¹⁰².

Symptomatisch für den einsetzenden Wandel war auch die seit 1969 im Herausgebergremium der "Zeitschrift für Ostforschung" immer wieder erörterte, aber erst 1995 erfolgte Umbenennung des anerkannten Diskussionsforums für die "Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa" in "Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung". Dies demonstrierte, daß der apologetische Impuls der alten "Ostforschung", als "Reaktion auf die gewaltsame Verdrängung der Deutschen aus dem östlichen Mitteleuropa und auf die Leugnung eines positiven Anteils der Deutschen an der Geschichte dieser Region"¹⁰³ nach 1945 fortgesetzt, endgültig obsolet geworden



⁹⁸ Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und "Volkstumskampf" im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920–1939, hrsg. i. A. des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive von Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski, bearb. von Mathias Niendorf und Przemyslaw Hauser, 2 Bde., München u. a. 1997.

⁹⁹ Vgl. hierzu die Notiz von Rex Rexheuser in: Nordost-Archiv 1 (1992), S. 175-180.

Am West-Institut ist ein eigenes Forschungsprojekt entstanden unter dem Titel "Das deutsche Kulturerbe in Polen". Vgl. auch den Tagungsband: Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie, hrsg. von Hans-Jürgen Karp, Marburg 1997.

Vgl. etwa die von polnischen, tschechischen und deutschen Fachleuten gemeinsam erstellte Bibliographie zur Geschichte Schlesiens (1995), hrsg. vom Herder-Institut e. V., Marburg 2000.

Doswiadczenia przesłosci. Niemcy w Europie Srodkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku – Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945, hrsg. von Jerzy Kloczowski, Witold Matwiejczyk und Eduard Mühle, Marburg 2001.

Hans-Jürgen Karp/Hans Lemberg/Hugo Weczerka, Von der "Zeitschrift für Ostforschung" zur "Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung", in: ZfO 44 (1995), S. 1-4, hier S. 1.

war¹⁰⁴. Gleichzeitig wurde das traditionsreiche Herder-Institut in eine rechtlich selbständige wissenschaftliche Service-Einrichtung umgewandelt, dessen neue Satzung indes das alte Arbeitsgebiet bestätigte: "die Länder und Völker Ostmitteleuropas in europäischen Bezügen unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa"105. Auch das 1989 gegründete, von der Bundesregierung finanzierte Oldenburger "Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte" wurde zum 1. Januar 2001 umgetauft in "Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa". Und aufgrund der - nicht unumstrittenen - Konzeption der Bundesregierung "zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" (beschlossen am 20. September 2000) ist das "Institut Nordostdeutsches Kulturwerk" in Lüneburg¹⁰⁶ am 1. Januar 2002 zusammen mit dem Göttinger Institut für Deutschland, und Osteuropaforschung im "Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V." (IKGN) aufgegangen. Die "Ostdeutsche Forschungsstelle" in Dortmund war schon 1973 in "Forschungsstelle Ostmitteleuropa" umbenannt worden. Wie weit die politische Rücksichtnahme manchmal ging bzw. geht, zeigt beispielsweise die neue Aufgabenbeschreibung des Oldenburger Instituts, in dessen Publikationen künftig "zumeist Regionen, Zeiten und Themen im Vordergrund" stehen sollen, in denen den Deutschen eine "gewisse" Bedeutung zukam¹⁰⁷ - eine diplomatische Formulierung, die zumindest der zeithistorischen Realität in den preußischen Ostprovinzen kaum gerecht wird.

Auch an einigen Universitäten in den neuen Bundesländern ist nach der Befreiung von den wissenschaftspolitischen Fesseln des real existierenden Sozialismus in den letzten Jahren ein neues Interesse an der Zeitgeschichte des historischen deutschen Ostens erwacht. Auf einem "1. Kolloquium zur pommerschen Geschichte" Ende 1990 hat der inzwischen verstorbene Direktor des Historischen Instituts der Universität Greifswald, Konrad Fritze, eine (selbst-)kritische Bestandsaufnahme der "Pommernforschung am Historischen Institut der Universität Greifswald" vorgelegt und die ideologischen Einschnürungen der Landesgeschichte während des SED-Regimes verdeutlicht, als allein schon der Begriff "Pommern" verpönt war¹⁰⁸. Neben den teils

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Das "Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands" behielt seinen Namen, doch machten die Herausgeber Otto Büsch und Klaus Zernack unmittelbar nach der "neuen Staatsbildung im Deutschland von 1990" deutlich, daß "die Geschichte von Deutschlands historischem Osten" stets auch "als Geschichte von Polens Westen verstanden worden" sei. Siehe das "Geleitwort 1990" in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S.V-VI, hier S. VI.

¹⁰⁵ Karp/Lemberg/Weczerka, Von der "Zeitschrift", S. 4.

¹⁰⁶ Zur Arbeit des auf Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen sowie die baltischen Länder spezialisierten Hauses vgl. 15 Jahre Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, bearb. von Ernst Weichbrodt, Lüneburg 1992.

Vgl. die "Allgemeine Information" auf der Homepage des Bundesinstituts, Stand Oktober 2001.
 Vgl. Konrad Fritze, Pommernforschung am Historischen Institut der Universität Greifswald, in: Pommern. Geschichte, Kultur, Wissenschaft. I. Kolloquium zur pommerschen Geschichte 13. bis 15. November 1990, hrsg. von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 1991, S. 13–23.

bereits erwähnten Arbeiten von Kyra T. Inachin, die u.a. zum Pommern-Band der "Deutschen Geschichte im Osten Europas" einen Beitrag über "Die Entwicklung Pommerns im Deutschen Reich" beigesteuert hat109, ist vor allem auch auf die Studien des ebenfalls in Greifswald lehrenden Jörg Hackmann zu verweisen, der erst jüngst für eine "Revision" der Geschichtsschreibung über Ostpreußen plädiert hat mit dem Ziel, sie von national-fixierten Konzepten zu befreien und die Beziehungen der Ethnien in den Mittelpunkt der Forschung zu rücken¹¹⁰. Die Anfang der 1990er Jahre von der Max-Planck-Gesellschaft geförderte Potsdamer Arbeitsgruppe "Ostelbische Gutsherrschaft als sozialhistorisches Phänomen" hat sich zwar der frühen Neuzeit verschrieben¹¹¹, doch sind zeitlich parallel dazu doch auch einige zeitgeschichtliche Studien zu der wichtigen Problematik erschienen, so der auf ein Kolloquium der Technischen Universität Berlin zurückgehende Tagungsband zur "Ostelbischen Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik"112 und die wegen eines international vergleichenden Ansatzes besonders herauszustellende Arbeit von Bernd Kölling über Landarbeiter im ostelbischen Pommern und in der norditalienischen Lomellina in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts¹¹³.

Erfreulich zugenommen hat in letzter Zeit die Erforschung der Zeitgeschichte der Juden im historischen deutschen Osten, vor allem in Schlesien; dies verdankt sich der Initiative des Salomon-Ludwig-Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Gesamthochschule Duisburg, der Stiftung Haus Oberschlesien in Ratingen-Hösel, des Stuttgarter Historikers Norbert Conrads mit seinem "Projektbereich Schlesische Geschichte" am Historischen Institut der Universität Stuttgart und des Direktors des Historischen Museums der Stadt Breslau/ Wrocław¹¹⁴.

Tendenziell ist der Umgang mit der ostdeutschen Vergangenheit heute geprägt vom Bemühen beider Seiten um Entideologisierung und Objektivierung, auch dadurch,



¹⁰⁹ Bd. 9, hrsg. von Werner Buchholz, Berlin 1999, S. 447-508.

¹¹⁰ Vgl. Hackmann, Klar zur Wende.

¹¹¹ Vgl. hierzu auch den anregenden Tagungsband: Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich, hrsg. von Jan Peters, Red. Axel Lubinski, Berlin 1997.

¹¹² Vgl. Heinz Reif (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – Junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994.

Vgl. Bernd Kölling, Familienwirtschaft und Klassenbildung. Landarbeiter im Arbeitskonflikt: Das ostelbische Pommern und die norditalienische Lomellina 1901–1921, Greifswald 1996. Nicht nur methodisch dahinter zurückbleibend die wirtschaftsgeschichtliche Broschüre von Alexandra Frank, Die Entwicklung der ostelbischen Gutswirtschaften im Deutschen Kaiserreich und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Weiden/Regensburg 1994.

Vgl. Hugo Weczerka, Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 47 (1998), S. 70–81; Norbert Conrads, Forschungsprojekt "Breslauer Tagebücher". Jüdischer Alltag im Dritten Reich. Die Breslauer Tagebücher Willy Cohns 1933–1941, in: Zehn Jahre Forschungen zur schlesischen Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, hrsg. von Norbert Conrads, Stuttgart 1995, S. 35–41; Stefanie Schüler-Springorum, Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen, 1871–1945, Göttingen 1996; Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hrsg. von Michael Brocke, Margret Heitmann und Harald Lordick, Hildesheim/Zürich 2000.

daß zunehmend eine jüngere, biographisch unbefangene Generation die alten Schützengräben verlassen hat und frei von politischen Rücksichtnahmen verschiedenster Art die Forschung vorantreiben kann. Versäumte Gelegenheiten der Zeitgeschichtsforschung über den deutschen Osten zu beklagen und der "Zunft" oder gar der "Gesellschaft" Schuld an jahrzehntelangen Versäumnissen zuzuweisen, würde nicht weiterführen¹¹⁵, so aufschlußreich eine vertiefende wissenschaftssoziologische Studie über die Forschungslücke auch sein könnte, die danach fragte, weshalb Legionen von (Jung-)Historikern ohne Anzeichen von Erschöpfung an den immer gleichen Themen forschen, die gerade im Trend liegen. Ebenso wenig hilfreich wäre es, inquisitorische Motivationsforschung unter der Fragestellung zu betreiben, ob das Interesse an der Zeitgeschichte des historischen deutschen Ostens sich nun allein aus "fortschrittlichen" universalistisch-humanitären Idealen der Völkerverbrüderung speist oder - wie etwa bei den Vertriebenenverbänden - nicht auch "konservativen" Vorstellungen national-kultureller Traditionspflege entspringt. Französische Historiker etwa würden ihren deutschen Kollegen wohl ohnehin sagen, daß sich beides nicht ausschließen muß. Vielmehr sollten die neuen wissenschaftlichen Chancen, die sich aus der veränderten außenpolitischen Konstellation und der bevorstehenden Osterweiterung der EU ergeben, einfach nüchtern und entschlossen genutzt werden.

Vor allem ein breit angelegtes Projekt zu Politik und Gesellschaft in Ostpreußen zwischen 1918 und 1933, das nach der Entwicklung der Parteien und ihrer Verschränkung mit den regionalen Milieus fragt, wäre angesichts des dürftigen Forschungsstandes über diese Zeitgeschichtslandschaft außerordentlich wünschenswert¹¹⁶. Und zwar nicht nur mit Blick auf die heute zunehmend in den Mittelpunkt gerückten, gewiß bedeutsamen interethnischen Beziehungen, sondern auch unter der Fragestellung, welche Bedeutung der politischen Kultur dieser ostelbischen Region für Stabilität bzw. Instabilität der ersten Demokratie auf deutschem Boden zukam. Dabei geht es letztlich nicht einmal ausschließlich um ein Desiderat ostdeutscher Zeitgeschichte; vielmehr ließen sich so auch erheblich mehr Kenntnisse darüber

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

·VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Was die von der Auflage her führenden Zeitschriften der "Zunft" anbelangt, so spiegeln Zahl und Art der dort abgedruckten Beiträge natürlich auch generelle Trends der (Nicht-)Forschung zur neueren Geschichte des preußischen Ostens. Jedenfalls gibt es hinreichend viele Belege, daß Herausgeber bzw. Redaktionen an fundierten Beiträgen zu dieser Thematik interessiert sind. Vgl. etwa Christoph Nonn, Zwischenfall in Konitz. Antisemitismus und Nationalismus im preußischen Osten um 1900, in: Historische Zeitschrift 266 (1998), S. 387-418, oder den Aufsatz von Kyra T. Inachin, "Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer". Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen, in: VfZ 49 (2001), S. 31-51.

¹¹⁶ Auch für Schlesien haben Helmut Neubach und Hans-Ludwig Abmeier auf Forschungsdesiderata etwa im Bereich der politischen Parteien sowie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Vgl. Matthias Weber, Schlesien in der gegenwärtigen historischen Forschung – Stand und Perspektiven –. Bericht über die Fachtagung des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte am 21. und 22. Oktober 1991 in Oldenburg, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 1 (1993), S. 187–199, hier S. 191. Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hat auf ihrer Jubiläumstagung im Jahre 1998 in Elbing/Elblag unter dem Punkt "Forschungswünsche" vor allem sozialgeschichtliche Probleme der frühen Neuzeit diskutiert.

gewinnen, welches "geistige Fluchtgepäck" die Ostpreußen nach ihrer Vertreibung im einzelnen mit in den Westen brachten. Mit einem derart vermehrten Wissen über die letzten Jahrzehnte des deutschen Ostpreußens, aber auch Schlesiens und Pommerns, wäre dann auch eine fundiertere politische Mentalitätsgeschichte der frühen Bundesrepublik und der DDR zu schreiben. Darüber hinaus sollte die seit 1990 unübersehbar gewachsene ostdeutsche Spezialforschung, die meist immer noch unter Ausschluß der durchschnittlich interessierten historischen Öffentlichkeit an eher abgelegenen Orten erscheint, generell stärker mit der allgemeinen Zeitgeschichte vernetzt werden¹¹⁷, wozu es nicht zuletzt der vermehrten Übersetzung zentraler polnischer Studien zur Zeitgeschichte der preußischen Ostprovinzen bedarf.

Derartige Fortschritte setzten aber voraus, daß sich die deutsche Zeitgeschichte stärker für die lange vergessenen Kapitel preußischer Historie interessiert und überhaupt ein Bewußtsein von der Existenz der Forschungslücke und der Notwendigkeit ihrer Schließung entwickelt. Gewiß ist es nicht ohne weiteres eine Selbstverständlichkeit, die Geschichte verlorener Gebiete zu erforschen, zumal wenn diese wissenschaftliche Arbeit nicht den politischen Zweck haben soll, die Rückgewinnung der betreffenden Länder vorzubereiten. Doch festzuhalten ist auch, daß die Gegenstände der Landesgeschichte Ostdeutschlands durch den Untergang Preußens und des Reichs zwar "zum größten Teil in andere nationale Lebenszusammenhänge geraten" sind, dies aber eben nicht bedeutet, daß Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und Ostbrandenburg damit "aus dem historischen Lebenszusammenhang der deutschen Geschichte herausgetreten"118 wären. Darüber hinaus gibt es heute unstrittig eine neue und legitime politische Motivation für die Erforschung des alten deutschen Ostens, der zwischenzeitlich zum polnischen bzw. russischen Westen geworden ist. Die Kultur der Vertreibungsgebiete ist nicht nur "ein bedeutender Teil der deutschen und der gesamteuropäischen Kultur"; in den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten kam ihr vielmehr - die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen bringt es in ihrer Zielsetzung auf den Punkt - "seit jeher eine besondere Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarvölkern zu"119. Aus dem Osten kam nicht nur das ostpreußische Korn und die schlesische Kohle; Deutschland hatte durch seinen preußischen Osten, wo streckenweise schon das Deutsche in das Polnische und



¹¹⁷ Zu Recht wurde beim Kolloquium des Verbandes der Osteuropahistoriker Deutschlands und des Herder-Instituts, Marburg, am 27./28. Februar 1999 von den meisten Teilnehmern gefordert, die Subdisziplin Osteuropäische Geschichte stärker in die allgemeine Geschichte (z. B. durch Veröffentlichung in allgemeinhistorischen Zeitschriften) zu integrieren. Siehe hierzu die Mitteilung von Hans-Jürgen Bömelburg im Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, Neue Folge Band VIII (1999), Heft 1, S. 301–306. Auch die Flüchtlingsforschung ist keineswegs bereits ausreichend mit der allgemeinen Zeitgeschichte verknüpft, jedenfalls nach dem Urteil von Thomas Grosser, Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen, in: Hoffmann/Kraus/Schwarz (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland, S. 65–85, hier S. 82.

¹¹⁸ Zernack, Der historische Begriff, S. 161f.

¹¹⁹ Vgl. den Abschnitt "Ostdeutsche Kultur" auf der Homepage der "Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen".

Litauische überging, "an der östlichen Welt auch in seelischer Hinsicht teil, an Religiosität, Mentalität und Lebensgefühl"120. Obwohl die dadurch mögliche geistige Teilhabe Deutschlands am Osten Europas aufgrund der territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs so nie mehr wieder wird erreicht werden können, eröffnet das gemeinsame Interesse von Polen, Russen, Litauern und Deutschen an der Geschichte der preußischen Ostprovinzen doch die Chance, den eingetretenen Kulturverlust in Grenzen zu halten.

Bei allem grundsätzlichen Optimismus über die neuen Möglichkeiten wissenschaftlicher Kooperation mit ostmitteleuropäischen Kollegen, bei aller Genugtuung über das, was ein neuer Regionalismus als Leitidee zur Erforschung des historischen preußischen Ostens bereits erreicht hat, und bei aller erhöhten Sensibilität für die Thematik, die Guido Knopps Fernsehserie über "Die Große Flucht" jüngst geweckt hat, scheint noch immer eine gewisse Skepsis angebracht, wie sie etwa bei einer Jahrestagung des Herder-Instituts e.V. und des J.G. Herder Forschungsrats zum Ausdruck kam, weil die Befürworter einer aktiven deutschen Kulturpolitik den "Brückenbau nach Osten" zwar verbal wiederholt propagiert hätten, die zu einem solchen Unternehmen notwendigen finanziellen Mittel aber nicht bereitgestellt worden seien¹²¹. Vor allem auch am Ausgang der aktuellen Debatten um das "Zentrum gegen Vertreibungen"122 oder die Idee, in einem wiederaufgebauten Berliner Stadtschloß ein Museum der preußischen Geschichte einzurichten¹²³, wird sich erweisen, ob bedenkenswerte Worte Hartmut Boockmanns heute noch Gültigkeit haben: Sollte sich die mit ostdeutscher Geschichte befaßte Wissenschaft ausschließlich "in von der normalen Forschung abgetrennten Klein-Instituten, Klein-Lehrstühlen und Klein-Museen vollziehen", so hatte Boockmann gemahnt, dann müßte der Eindruck entstehen, die Geschichte Ostdeutschlands sei schon immer "eine Schwundstufe der allgemeinen deutschen Geschichte gewesen". Würden aber, wenn es tatsächlich "nur ein paar kümmerliche Außenposten gewesen wären, die Deutschland im Jahr 1945 verloren hat"124, nicht letztlich auch die deutschen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts insgesamt verharmlost?

121 Vgl. Hans-Werner Rautenbergs Bericht über die "Jahrestagung des Herder-Instituts e.V. und des J. G. Herder Forschungsrats 1994" in der "Chronik" der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 43 (1994), S. 605f.

Institut für Zeitgeschichte Zeitgelchichte

¹²⁰ Siedler, Abschied von Preußen, S. 208.

¹²² Markus Meckel und andere haben hier den Vorschlag unterbreitet, das Zentrum statt in Berlin in Breslau anzusiedeln (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Februar 2002), so als ob es sich beim Vertreibungsgeschehen um ein primär deutsch-polnisches Problem handelte und nicht um einen Vorgang von europäischer Dimension. Am Standort Breslau wäre das Zentrum zudem kaum in der Lage, die Beschäftigung der Deutschen selbst mit diesem lange verdrängten Kapitel ihrer Vergangenheit in ähnlicher Weise zu befördern.

¹²³ Berlin, so begründet der Historiker Karl Schlögel seine Anregung, bräuchte den Ort des Schlosses nicht nur, "um seine Balance als Stadtkörper wiederherzustellen, sondern einen Punkt mitten in Europa, als ein Fenster nach Europa, vor allem ins östliche". Schlögel, Hommage und Grabstein,

¹²⁴ Boockmann, Deutsche Geschichte, S. 12.

Über Aspekte der "Vergangenheitsbewältigung" hinaus ist auf die Zukunst gerichtet – mit dem früheren polnischen Botschafter Janosz Reiter – zudem zu fragen, ob die deutsch-polnischen Beziehungen dauerhaft vor allem auf der Basis von Schuldgefühlen entwickelt werden können¹²⁵ oder ob sie nicht einer stabileren Grundlage bedürfen? Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen scheint es jedenfalls um so wichtiger, gerade auch den (zeit-)geschichtlichen Bildungshorizont der Deutschen stärker nach dem ost- bzw. ostmitteleuropäischen Raum auszuweiten. Die dazu nötige historische Grundlagenforschung wäre wohl auch eine lohnende Aufgabe für die neue Bundeskulturstiftung¹²⁶.



¹²⁵ So Reiter auf einem Podium der Evangelischen Akademie in Berlin am 2. 10. 2001 zum Thema "Preußen zwischen Deutschland und Polen. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft". In einem ähnlichen Sinne äußerte sich dort auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker.

¹²⁶ Günter Grass hat bereits angeregt, die Stiftung möge sich u.a. der Pflege der deutschen Dialekte widmen, die jenseits von Oder und Neiße gesprochen wurden. Vgl. Grass, Die vielen Stimmen Deutschlands, S. 44.

FRANZ-WERNER KERSTING

HELMUT SCHELSKYS "SKEPTISCHE GENERATION" VON 1957

Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes

"Es ist wirklich sehr schön, daß Sie mir die Zusage des Abschlusses Ihrer Arbeit zum Monatsende geben können. [...] Hinsichtlich der Erfolgsmöglichkeiten des Buches teile ich durchaus Ihren Optimismus. Wir werden die Tatsache, daß es sich um das erste grundlegende und wirklich zuverlässige Werk über die heutige Jugend handelt, werbemäßig nachdrücklich herausstellen. Ich habe unseren Reisevertretern besonders eingeschärft, bei den Buchhändlern auf den großen Interessentenkreis für das Buch zu verweisen. Wie ich Ihnen bereits schrieb, erhöht sich von Tag zu Tag die Zahl der Vorbestellungen."

Diese Zeilen entstammen einem Brief, den der Sohn und Nachfolger des legendären Jenenser "Kultur-Verlegers und -Organisators"² Eugen Diederichs, Peter Diederichs, am 10. September 1957 – nur wenige Tage vor dem großen Wahlsieg Konrad Adenauers im Zeichen des Slogans "Keine Experimente"³ – an den Soziologen Helmut Schelsky schrieb⁴. Schelsky, der 1912 geborene Sohn eines sächsischen Zollbe-

VfZ 50 (2002) © Oldenbourg 2002



Peter Diederichs, Düsseldorf, an Helmut Schelsky, 10. 9. 1957, in: Archiv des Eugen Diederichs Verlages, München (künftig: AEDV), Ordner "Autoren A-Z, 1957". – Für Hilfestellungen und Hinweise bei meinen Recherchen danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des (Ende 1987 an den Münchener Verleger und Großbuchhändler Heinrich Hugendubel verkauften) Eugen Diederichs Verlages sowie Ursula Diederichs-Helf, Astrid Kleine (WDR), Florian Triebel, Ulf Diederichs und Gerhard Schäfer.

² Treffende Selbstbezeichnung und Charakterisierung Eugen Diederichs (1867–1930), wie sie auch in Titeln der einschlägigen Forschung ihren Niederschlag gefunden hat. Vgl. Erich Viehöfer, Der Verleger als Organisator. Eugen Diederichs und die bürgerlichen Reformbewegungen der Jahrhundertwende, Frankfurt a. M. 1988. Weitere Literatur zur Geschichte des Eugen Diederichs Verlages in Ann. 52.

³ Immer noch informativ: Uwe W. Kitzinger, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960.

⁴ Der Nachlaß Schelskys befindet sich in Privathand und ist der Forschung bislang nicht zugänglich. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Soziologen gruppierte sich zunächst vor allem um einige Fest- und Gedächtnisschriften. Vgl. z. B. Horst Baier (Hrsg.), Helmut Schelsky – ein Soziologe in der Bundesrepublik. Eine Gedächtnisschrift von Freunden, Kollegen und Schülern, Stuttgart 1986; Friedrich Kaulbach/Werner Krawietz (Hrsg.), Recht und Gesellschaft. Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag, Berlin 1978. – Neue Aufschlüsse im Sinne einer Historisierung von Leben und Werk Schelskys läßt vor allem die in Bearbeitung befindliche Bremer Dissertation von Gerhard Schäfer, "Helmut Schelsky – Soziologe und Intellektueller. Studien zu einer Intellektuellen-Biographie", erwarten. Vgl. auch ders., Soziologie als politische Tatphilosophie. Helmut Schelskys Leipziger Jahre (1931–1938), in: Das Argument 222 (1997), S. 645–665; ders., Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren, in: Georg

amten, war zu dieser Zeit Ordinarius für Soziologie an der Universität Hamburg. Zuvor war er von 1949 bis 1953 Direktor der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg gewesen. Eigentlich hatte der im Dritten Reich als jugendbewegter und NS-begeisterter Leipziger⁵ sowie Königsberger Schüler von Arnold Gehlen und Hans Freyer sehr geförderte und erfolgreiche Soziologe nach dem Krieg sofort Lehrstuhlinhaber werden wollen. Er war aber im ersten Anlauf an politischen Bedenken und Widerständen innerhalb der Hamburger Philosophischen Fakultät gescheitert, denn schließlich hatte Schelsky 1943 – im Alter von gerade 31 Jahren – einen Ruf auf eine außerordentliche Professur für Soziologie und Staatsphilosophie an der "braunen" Reichsuniversität Straßburg erhalten, allerdings diesen Posten dann, kriegsdienstbedingt, nicht mehr angetreten⁶.

Von Hamburg aus avancierte Schelsky zu einem der einflußreichsten Gründerväter und "Unternehmer" der deutschen Nachkriegssoziologie – in interdisziplinärer Kontinuitätsperspektive etwa vergleichbar mit seinen beiden Altersgenossen Werner Conze (Jg. 1910) und Theodor Schieder (Jg. 1908). 1960 wurde Schelsky nach Münster auf einen Soziologie-Lehrstuhl an der alten Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät berufen; zugleich leitete er die in Dortmund ansässige "Sozialforschungsstelle" der Universität Münster, die damals die "größte sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung in Europa" war und für vielfältige personelle Kontinuitäten zwischen der "Deutschen Soziologie" der NS-Zeit und der Nachkriegssoziologie, aber auch für methodische Innovationen im Zeichen von Amerikanisierung und empirischer "social research" stand.

⁹ Vgl. Rehberg, Verdrängung, S. 273 f., und Etzemüller, Sozialgeschichte, der den jüngsten Forschungsstand zu der Dortmunder Stelle bietet.



Bollenbeck/Gerhard Kaiser (Hrsg.), Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III, Opladen 2000, S. 115–142. Für den folgenden biographischen Abriß sind aus der neueren Literatur ferner besonders relevant: Karl-Siegbert Rehberg, Hans Freyer (1887–1960), Arnold Gehlen (1904–1976), Helmut Schelsky (1912–1984), in: Dirk Kaesler (Hrsg.), Klassiker der Soziologie, Bd. 2: Von Talcott Parsons bis Pierre Bordieu, München 1999, S. 72–104; Karl-Siegbert Rehberg, Verdrängung und Neuanfang: Die Soziologie nach 1945 als "Normalfall" westdeutscher Geschichtserledigung, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/New York 1998, S. 259–284; Franz-Xaver Kaufmann/Rüdiger Korff (Hrsg.), Soziologie in Bielefeld. Ein Rückblick nach 25 Jahren, Bielefeld 1995; Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

⁵ Zur aktivistisch-radikalen Haltung des jungen Leipziger SA-Studenten Schelsky siehe auch Anm. 166.

⁶ Dieser Umstand begründete dann den später von Schelsky und vielen seiner Schüler kolportierten Entlastungshinweis, faktisch habe er nie in Straßburg gewirkt. Neuere Forschungen lassen indes vermuten, daß Schelsky dort zuvor schon eine Professurvertretung wahrgenommen hatte. Vgl. Schäfer, Soziologie, S. 660.

⁷ Vgl. Friedhelm Neidhardt, "Tätige Skepsis" – Die Nachkriegsgeneration deutscher Soziologen. Festvortrag anläßlich der Emeritierung von Renate Mayntz, Köln/Museum Ludwig, 28. 4. 1996 (Internet-Fassung unter: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/ak/laudatio.html).

⁸ Rehberg, Freyer, S. 90.

Anfang 1970 wechselte Schelsky dann für knapp drei Jahre an die neue, von ihm mitgeplante "Reformuniversität" Bielefeld: als Inhaber eines Lehrstuhls an der Fakultät für Soziologie sowie als erster geschäftsführender Direktor des maßgeblich von ihm konzipierten Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZiF). Zum Herbst 1973 ließ er sich jedoch auf eigenen Wunsch (unter Verlagerung seines Lehrstuhls) wieder an die Universität Münster zurückversetzen – ein in der deutschen Wissenschafts- und Universitätsgeschichte bis dahin einmaliger Vorgang –, wo er bis zu seiner Emeritierung Ende März 1978 im Fachbereich Rechtswissenschaft als Professor für Rechtssoziologie sowie Rechts- und Sozialphilosophie wirkte. Er starb 1984.

Der aus dem Eingangszitat sprechende Optimismus von Peter Diederichs und auch Helmut Schelsky selbst galt einem Buch, das dann tatsächlich bereits im November 1957, also pünktlich zum Weihnachtsgeschäft, erschien und schließlich die Erfolgserwartungen von Verleger und Autor mehr als erfüllte: "Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend"¹⁰. Es war nicht übertrieben, wenn Diederichs Jahre später, wiederum in einem Brief an Schelsky, rückblickend feststellte, sein Werk über "den westdeutschen Jugendlichen des Nachkriegsjahrzehnts von 1945 bis etwa 1955"¹¹ habe "in gewissem Sinne Geschichte gemacht"¹². Der Begriff "Skeptische Generation" wurde zum Synonym für das Selbst- und Fremdbild der auch als "die 45er"¹³ bezeichneten HJ-, Flakhelfer- und Kriegsgeneration, die etwa die Geburtsjahrgänge 1920 bis 1930 umfaßte. Diese Generation stand 1945 materiell und mental vor einer Welt in Trümmern¹⁴ und hatte die von Hitler endgültig diskreditierten Begriffe Frieden und Demokratie entweder gar nicht oder nur negativ besetzt in ihrem "mentalen Gepäck" (Jürgen Reulecke). Dennoch entwickelte sie sich dann – freilich nicht ohne alliierte Hilfe¹⁵ – zu einer tragenden



Vgl. Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/Köln 1957. Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Nachweise im Text auf diese Erstausgabe und -auflage.

Ebenda, S. 5. Mit Blick auf die Generation, "die in dem Jahrzehnt zwischen 1945 und 1955 die Altersstufe zwischen 14 und 25 Jahren durchlief" (ebenda, S. 129), interessierte und profilierte Schelsky wiederum vor allem deren "älteste Schicht": die "aus dem Kriege zurückkehrende [...] ältere [...] Jugend", "also jene [...] Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen, die 1945 und in den Jahren unmittelbar danach vom Militärdienst und aus der Gefangenschaft entlassen wurden". Diese "Schicht" sei "in vieler Hinsicht für das Verhalten der gesamten Jugend nach 1945 vorbildlich und tonangebend" geworden (ebenda, S. 131).

¹² Peter Diederichs an Schelsky, 3. 4. 1974, in: AEDV, Ordner "Autorenkorr. S-Sche ab 1967-1977".

¹³ Vgl. jetzt Dirk Moses, Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40 (2000), S. 233-263. Moses folgt mit der Bezeichnung dem Literatur- und Musikkritiker Joachim Kaiser (Jg. 1928). Eine ganz ähnliche Anknüpfung an Kaiser auch bereits bei Heinz Bude, Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a. M. 1987, S. 41 ff.

¹⁴ Vgl. Franz-Werner Kersting (Hrsg.), Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland, Weinheim/München 1998.

¹⁵ Zahlreiche Hinweise und Beispiele in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Rückkehr in die Ferne. Die deutsche Jugend in der Nachkriegszeit und das Ausland, Weinheim/München 1997; vgl. auch Friedhelm Boll, Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995.

Kraft beim "Aufbau des Friedens"¹⁶ in Westdeutschland. In diesem Sinne diente (und dient) Schelskys großer Wurf sowohl der zeitgeschichtlichen und soziologischen Jugendforschung wie auch einer historisch reflektierenden Öffentlichkeit immer wieder als Focus der Analyse und Erinnerung von NS-, Kriegs- und Nachkriegszeit¹⁷.

Von der "Skeptischen Generation" wurden in mehreren Ausgaben bis in die achtziger Jahre hinein 47000 Exemplare verkauft, wobei die heute praktisch vergessene Sonderausgabe von 1963 in der Reihe "Das moderne Sachbuch" die erfolgreichste war¹⁸. Zwar blieb der kommerzielle Erfolg des Werkes damit weit hinter Schelskys "Soziologie der Sexualität" zurück, die 1955 in der populären, von dem Philosophen Ernesto Grassi herausgegebenen wissenschaftlichen Taschenbuch-Reihe "rowohlts deutsche enzyklopädie" (rde) erschienen war und später in mehrere Sprachen übersetzt wurde¹⁹. Doch konnte – umgekehrt – dieses Taschenbuch in seiner öffentlichen und mentalitätsgeschichtlichen Breitenwirkung wiederum nicht mit Schelskys jugendsoziologischem Klassiker konkurrieren. Dies galt erst recht für andere jugendbezogene Fachbücher der Zeit, wie beispielsweise Wilhelm Roesslers "Jugend im Erziehungsfeld" von 1957²⁰, Karl Rauchs "Junge Menschen heute" von 1956²¹ oder Karl Bednariks "Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ" von 1953²².

²² Vgl. Karl Bednarik, Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Stuttgart 1953. Weitere Beispiele wären: Jugend in dieser Zeit. Text von Walter Haas, fotografiert von Thomas Höpker, Hannes Kilian und Helmut Müller-Schilling, Stuttgart 1957; Peter Heintz/René König (Hrsg.), Soziologie der Jugendkriminalität, Köln/Opladen 1957.



¹⁶ Vgl. Lothar Albertin, Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945–1948, mit einem Beitr. von Petra Gödecke, Paderborn 1998.

¹⁷ Insofern gehört "Die skeptische Generation" eben gerade nicht zu den in der Bundesrepublik "Vergessenen Büchern". So lautete eine Artikelserie der "Süddeutschen Zeitung", in der ihr ehemaliger Chefredakteur Hans Heigert 1996 auch an Schelskys Klassiker erinnerte. Vgl. ders., "Eine Jugend im Übergang", in: Süddeutsche Zeitung, 3./4. 2. 1996. Heigert hatte sich, wie noch gezeigt wird, auch schon zeitgenössisch intensiver mit dem Buch beschäftigt.

¹⁸ Dieses – für die Erklärung der langfristigen Wirkungsgeschichte des Bildes von der "Skeptischen Generation" über die fünfziger Jahre hinaus durchaus mit relevante – Faktum ist auch historiographisch noch nicht erfaßt, kann hier indes aus Platzgründen nicht weiter dokumentiert werden. Die Sonderausgabe diente auch als Vorlage für die (von Schelsky selbst angeregte) Taschenbuch-Ausgabe der "Skeptischen Generation", die 1975 bei Ullstein (Frankfurt a. M./Berlin/Wien) erschien – ergänzt um ein zusätzliches neues Vorwort Schelskys: "Rückblick auf die 'skeptische Generation" (ebenda, S. IX–XXII).

Vgl. Helmut Schelsky, Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft, Reinbek 1955 (1983: 190.–192. Tsd.). Zur weiteren Präsenz Schelskys in der "rde"-Reihe vgl. David Riesman/Reuel Denney/Nathan Glazer, Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters. Mit einer Einführung in die deutsche Ausgabe von Helmut Schelsky, Reinbek 1958 (1982: 124.–126. Tsd.; amerik. Orig. 1950; dt. Erstausgabe im Verlag Luchterhand, Darmstadt 1956); ferner Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbek 1963 (2., erw. Aufl., Düsseldorf 1971).

²⁰ Vgl. Wilhelm Roessler, Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart, Düsseldorf 1957 (²1962).

Vgl. Karl Rauch, Junge Menschen heute. Probleme und Lösungen, München 1956.

Forschungsstand und Fragestellung

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der "Skeptischen Generation" – als Buch und gesellschaftliche Gruppe – hat sich in jüngster Zeit noch verstärkt. Verschiedene Impulse wirkten hier zusammen: Einmal wurde die Epochengrenze von 1945 immer häufiger überschritten²³. Gleichzeitig intensivierte sich – zunehmend auch mit Blick auf die Parallelentwicklung in der SBZ/DDR – das Interesse an den langfristigen Folgen der Formierungsphase der Bundesrepublik und damit auch an der Gesellschafts- und Kulturgeschichte der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre²⁴ sowie an dem Umbruch von "1968"²⁵. Dieser Trend erhielt durch den 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik noch einen zusätzlichen Schub²⁶.

Ferner wurde "der 'subjektive Faktor', d.h. die individuell erlebte Historizität der Menschen bzw. ihre in Biographie und Gedächtnis gespeicherte Lebenserfahrung"²⁷, verstärkt zum Gegenstand der Forschung gemacht: Das Ineinandergreifen von



²⁰ Vgl. insbesondere Werner Conze/Rainer M. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983; Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München ³1990; Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996; Alfons Kenkmann, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996; Markus Köster, Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Paderborn 1999; Friedhelm Boll, Jugend im Umbruch vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie, in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), S. 482–520; Moses, Die 45er.

²⁴ Vgl. u. a. Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993; Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999; ders./Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; Kaspar Maase, BRAVO Amerika! Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992.

Als Auswahl vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; Franz-Werner Kersting, Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen "68er"-Bewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 1–19; Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000; Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 123–145.

²⁶ Im "Jubiläumsjahr" 1999 erschienen z.B. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Kurt Sontheimer, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999; Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999.

²⁷ So Jürgen Reulecke in einem Geleitwort zu Nicole Mause, Abenteuer, Saufraß und Flaggenappell. Die "Erweiterte Kinderlandverschickung" der Carl-Humann-Schule in Essen-Steele nach Galtür und Ischgl (1943–1945), Essen 2000, S. 5.

"Generationenlagerung, Lebenslauf und Erinnerung im 20. Jahrhundert"²⁸ fand ebenso Aufmerksamkeit²⁹ wie die innere Geschichte von Bundesrepublik und DDR, die in zunehmendem Maße unter generationellen Perspektiven und im Spiegel autobiographischer Berichte³⁰ untersucht wird. Hinzu kommt schließlich die anhaltende und mit dem Generationenproblem eng verzahnte Aktualität der Frage nach dem Umgang der deutschen Nachkriegsgesellschaft und ihrer Funktionseliten mit der NS-Vergangenheit³¹.

Im Zeichen dieser Forschungstrends hat vor allem Friedhelm Boll das Desiderat einer systematischen zeithistorischen Standort- und Wirkungsanalyse der "Skeptischen Generation" und ihres Autors in der frühen Bundesrepublik akzentuiert³² und selbst erste wichtige Ansätze zu seiner Aufarbeitung geliefert³³. Danach sind nicht nur die Schnittmengen und Abweichungen zwischen Schelskys idealtypischem Jugendporträt und dem realen Mentalitäts- und Verhaltensprofil der "45er"-Genera-

- ²⁸ Titel eines interdisziplinären, von Jürgen Reulecke (Universität Siegen) veranstalteten und von der Fritz Thyssen Stiftung Köln geförderten Kolloquiums in der Werner Reimers Stiftung Bad Homburg, 11.–13. 1. 1999. Zur generellen Problemstellung vgl. auch ders., Generationen und Biografien im 20. Jahrhundert, in: Bernhard Strauß/Michael Geyer (Hrsg.), Psychotherapie in Zeiten der Veränderung. Historische, kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe einer Profession, Wiesbaden 2000, S. 26–40.
- ²⁹ Pioniercharakter hatte nicht zuletzt das von einer Forschungsgruppe um Lutz Niethammer mit den Mitteln der Oral History durchgeführte sog. LUSIR-Projekt über "Lebensgeschichte und Sozialstruktur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960", 3 Bde., Berlin/Bonn 1983–1985. Vgl. jetzt auch die große Aufsatzsammlung von Lutz Niethammer, Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, hrsg. von Ulrich Herbert und Dirk van Laak in Zusammenarbeit mit Ulrich Borsdorf, Franz-Josef Brüggemeiner, Alexander von Plato, Dorothee Wierling und Michael Zimmermann, Bonn 1999.
- Vgl. z.B. Karl Martin Bolte/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration, Baden-Baden 1998; Neidhardt, Tätige Skepsis; "Das Thema: Generationen", in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 46 (1999), S. 894–929; Dorothee Wierling, Nationalsozialismus und Krieg in den Lebens-Geschichten der ersten Nachkriegsgeneration der DDR, in: Elisabeth Domansky/Harald Welzer (Hrsg.), Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, Tübingen 1999, S. 35–56.
- 31 Siehe als aktuelle Beispiele für eine umfangreiche Literatur: Loth/Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2., durchges. Aufl., München 1997; Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, unter Mitarbeit von Torsten Bathmann/Jens Hacke/Julia Schäfer/Marcel Steinbach-Reimann, Stuttgart/München 2000; Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 77–113.
- 32 Vgl. Boll, Jugend, bes. S. 482, Anm. 3, S. 498 f., Anm. 98 u. S. 109.
- Wiederum unter Anknüpfung vor allem an die soziologische Fachkritik bei Leopold Rosenmayr, Schwerpunkte der Jugendsoziologie, in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 6, 2., völlig neubearb. Aufl., Stuttgart 1976, S. 1-374, und Jürgen Zinnecker, Politik. Parteien. Nationalsozialismus, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend und Erwachsene '85, Bd. 3: Jugend der fünfziger Jahre heute, Opladen 1985, S. 321-408. Als Analyse aus soziologischer Sicht vgl. aber auch bereits den Beitrag des Schelsky-Schülers Bernhard Schäfers, Helmut Schelskys Jugendsoziologie: "Prinzip Erfahrung" contra Jugendbewegtheit, in: Baier (Hrsg.), Helmut Schelsky, S. 57-66.



tion noch genauer zu bestimmen, sondern insbesondere auch die Einfärbung des Idealtypus durch Schelskys eigene Biographie und Generationserfahrung im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik. Gerade diese biographischen und generationellen Implikationen sind für die Erklärung und Beurteilung der Wirkungsgeschichte der "Skeptischen Generation" von zentraler Bedeutung. Sie haben verschiedene Deutungen erfahren, die auch ihrerseits stark zeit-, generations- und standpunktgebunden sind.

Eine primär ideologiekritische negative Perspektive hat vor allem der Politologe Michael Buckmiller (Jg. 1943) in einer Festschrift für den Linksintellektuellen Jürgen Seifert (Jg. 1928) eingenommen: "Bei aller diagnostischen Kompetenz", die auch Buckmiller Schelsky attestiert, sieht er im Autor der "Skeptischen Generation" doch in erster Linie einen NS-belasteten "restaurativen antidemokratischen [...] Begriffskonstrukteur [...]" am Werk, dessen Intentionen und Wirkungen – wie die "indirekte [...] Entsorgung der deutschen Geschichte von den Verbrechen des Nationalsozialismus" und die Entpolitisierung und Entideologisierung von Jugend und Gesellschaft – letztlich "der Verankerung der Demokratie im Wege" gestanden hätten³4. Die "Einbürgerung der Demokratie in Deutschland"³5 gelang demnach nicht mit, sondern trotz Schelskys "Skeptischer Generation".

Dieser dezidierten Kritik steht eine positive Deutung der biographischen und generationellen Implikationen des Klassikers von Schelsky und seiner Breitenwirkung gegenüber, wie sie etwa von dem Schriftsteller und zeitweiligen Berater Willy Brandts, Klaus Harpprecht (Jg. 1927)36, formuliert worden ist37: Mit dem Begriff "Skepsis" habe Schelsky "das entscheidende Stichwort" geliefert und gewissermaßen den Nerv einer ganzen Generation getroffen. Diese Formel habe bis heute "nichts von ihrer Gültigkeit verloren". Denn ob "einstige Nazis, Halbnazis, Mitläufer, Geduckte, Gleichgültige – oder ob sie zu den (wenigen) Gegnern des Regimes" zählten: "alle" hätten damals, "um es salopp zu sagen, ihr Fett weg[gehabt]", und die "meisten" aus dieser "Kriegsgeneration" hätten dann auch tatsächlich "ihre Lektion gelernt". Statt sich erneut "auf tödliche Experimente ein[zu]lassen", seien sie ernüchtert, aber entschlossen daran gegangen, "das Zerstörte aufzubauen". "In Berlin" hätten sie zudem unter Beweis gestellt, "daß sie der zweiten totalitären Herausforderung zu widerstehen vermochten". Harpprechts pointierte Bilanz lautet: "Sie machten, was immer sie waren, die Bundesrepublik zu dem, was sie wurde."

Eine wissenschaftliche Analyse der Publikations-, Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der "Skeptischen Generation" - vornehmlich auf der Grundlage der soge-



Michael Buckmiller, Schwieriger Anfang. Die "skeptische Generation" – eine kritische Nachbemerkung, in: Ders./Joachim Perels (Hrsg.), Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover 1998, S. 14, 25 f., 20 f., 14 (in der Reihenfolge der Zitate).

³⁵ Buckmiller/Perels (Hrsg.), Opposition, S. 9.

³⁶ Vgl. jetzt Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Reinbek 2000.

³⁷ Vgl. Klaus Harpprecht, Die Glosse: Die skeptische Generation, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 46 (1999), S. 898 f. (auch für die folgenden Zitate).

nannten Rezensionsmappen und weiterer Dokumente im Archiv des Eugen Diederichs Verlages³⁸ – wird zeigen, daß jede der skizzierten Deutungspositionen ihre Berechtigung hat. Denn die Geschichte des Buches ist tatsächlich in einer Gemengelage aus Neubeginn und Restauration, Aufarbeitung und Verdrängung, Modernisierung und Beharrung angesiedelt. Überdies kann die Untersuchung erklären helfen, warum das Buch zu einem "geschichtsmächtigen" Best- und Longseller wurde, obwohl es von Beginn an keineswegs nur Zustimmung fand, sondern zum Teil auf recht deutliche Kritik stieß, die im übrigen bereits einiges von dem vorwegnahm, was Boll, Buckmiller und andere mittlerweile an Unstimmigkeiten, Defiziten und subjektiven Einfärbungen herausgearbeitet haben. Schließlich versteht sich die Analyse auch als ein Beitrag zur Historisierung der 68er-Bewegung. Markierte doch das Bild und Selbstverständnis der "Skeptischen Generation" einen bedeutsamen Teil des mentalitäts- und generationsgeschichtlichen Referenzrahmens der Konflikte um den Studentenprotest. Denn nicht wenige Angehörige der älteren und mittleren Generation erlebten und interpretierten "1968" als "Angriff" auf ihre, die "Skeptische Generation".

Eugen Diederichs Verlag und "informierte Gesellschaft"

Die unerhört breite Resonanz der Studie, die in der Originalausgabe von 1957 immerhin gut 520, zum Teil kleingedruckte Seiten und zahlreiche Tabellen umfaßte, ergab sich einmal aus der Tatsache, daß sich der damals 45jährige Helmut Schelsky schon vorher einen Namen gemacht hatte. Nicht zufällig bezeichnete etwa der Journalist Georg Böse (Jg. 1902) in seinem – von Diederichs dann mit als Werbetext verwendeten – Buchkommentar für "Radio Bremen" Schelsky als "eine[n] unserer hervorragenden Soziologen, der mit seinen Veröffentlichungen der letzten Jahre ein empfindliches Organ für die neuralgischen Punkte unserer Gesellschaft bewiesen hat"39. Und in einem anderen Kommentar hieß es: "Ein neues Buch von Professor

Sendebeitrag Radio Bremen vom 22.7. 1958. Vgl. auch die Werbe- und Klappentexte in: AEDV, Ordner "Prospekte (alt) Sch-Z". Zuvor hatte Böse Schelskys Buch bereits im Südwestfunk Baden-Baden besprochen. Vgl. sein Manuskript zur SWF-Sendung "Kulturelles Wort – Vom



Die Rezensionsmappen enthalten nahezu alle zeitgenössischen Besprechungen und Kommentare aus Wissenschaft, Publizistik und Rundfunk, darunter auch viele ausländische Stimmen; ferner werbestrategisches Material wie Ankündigungstexte und Vorabdrucke. Sofern im folgenden nicht anders vermerkt, werden die ausgewerteten Besprechungen und Kommentare zur "Skeptischen Generation" jeweils nach dem entsprechenden Belegexemplar in den Rezensionsmappen des Archivs des Eugen Diederichs Verlages zitiert, und die Fundortangabe (AEDV, Rezensionsmappen "Skeptische Generation") entfällt. Da viele Rezensionen vom Verlag für die eigene Ausschnittsammlung zerschnitten und neu zusammengeklebt wurden, sind die Seitenzahlen der fraglichen Besprechungsorgane nicht immer überliefert. Auch andere Bestandteile der bibliographischen Angaben können gelegentlich fehlen oder unvollständig sein. Die Rundfunkkommentare sind in den Mappen in Form von Durchschlägen/Duplikaten der Autorenmanuskripte und/oder Sprechervorlagen aus den jeweiligen Sendungen überliefert. Bis auf wenige Ausnahmen, in denen sich die entsprechenden Daten nicht zweifelsfrei ermitteln ließen, werden die am zeitgenössischem Diskurs über Schelskys Bücher beteiligten Personen jeweils unter Angabe ihres Geburtsjahrganges genannt.

Schelsky kann von vornherein mit der größten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit rechnen; ist er doch als Soziologe einer der anerkanntesten Deuter unserer Zeit."40

Schelskys Bekanntheitsgrad hatte mehrere Wurzeln. Er hatte Anfang der fünfziger Jahre im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes den zweibändigen Projektbericht "Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend" wissenschaftlich betreut⁴¹ und dann die Herausgabe eines Bandes über "Arbeiterjugend gestern und heute"⁴² besorgt. Ferner hatte er in einer Monographie die "Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart" dargestellt⁴³ und darin auch die Grundlage für seine berühmt gewordene These von der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" gelegt⁴⁴. Darüber hinaus lag auch bereits die erwähnte "Soziologie der Sexualität" vor. Gleiches galt schließlich für den zusammen mit Arnold Gehlen herausgegebenen Band "Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde"⁴⁵.

Dieses Handbuch begründete 1955 das frühe Nachkriegsprogramm des Eugen Diederichs Verlages in der Sparte Soziologie. Zu ihm gehörte – neben der "Skeptischen Generation" und weiteren Titeln Schelskys⁴⁶ – auch Viggo Graf Blüchers jugendsoziologische Studie "Die Generation der Unbefangenen" von 1966⁴⁷, ferner die bis in die jüngste Zeit erfolgreiche, 1965 erstmals erschienene "Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland" von Dieter Claessens, Arno Klönne und Armin

Büchermarkt" vom 19.4. 1958. Später gehörte Böse auch zu den Autoren des Eugen Diederichs Verlages. Vgl. Georg Böse (Hrsg.), Unsere Freiheit morgen. Gefahren und Chancen der modernen Gesellschaft, Düsseldorf/Köln 1963 (u.a. mit Beiträgen von Dolf Sternberger, Helmut Thielicke, Waldemar Besson, Friedrich H. Tenbruck, Friedrich Sieburg und Ralf Dahrendorf).



⁴⁰ Hermann Kandeler, "Die skeptische Generation". Eine Soziologie der deutschen Jugend, in: Neues Werden. Blätter für die evangelische Lehrerschaft in Berlin VI (1958), H. 7-8, S. 1-4, hier: S. 1. Ganz ähnlich attestierte auch Albrecht Beckel, damals Leiter der Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus in Münster, Schelsky "einen besonderen Ruf als intuitiver Deuter soziologischer Gegenwartsphänomene". Vgl. Beckels Rezension in: Erwachsenenbildung (1958), H. 1/2, S. 61-63, hier S. 61.

⁴¹ Vgl. Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf, Hauptabteilung Jugend, erarb. von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung von Jugendfragen unter der wiss. Leitung von Helmut Schelsky, 2 Bde., Köln 1952.

⁴² Vgl. Arbeiterjugend gestern und heute. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen von Heinz Kluth/ Ulrich Lohmar/Rudolf Tartler, hrsg. und eingef. von Helmut Schelsky, Heidelberg 1955.

⁴³ Vgl. Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Dortmund 1953 (§1967).

⁴ Vgl. hierzu Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" und die Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 199–223; ferner jetzt Schäfer, Nivellierte Mittelstandsgesellschaft, sowie Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 330 ff.

⁴⁵ Vgl. Arnold Gehlen/Helmut Schelsky (Hrsg.), Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, unter Mitarb. v. Carl Jantke/René König/Herbert Kötter/Gerhard Mackenroth/Karl Heinz Pfeffer/Elisabeth Pfeil/Otto Stammer, Düsseldorf/Köln 1955 (*1971).

⁴⁶ Vgl. Helmut Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf/Köln 1959 (³1967); ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965 (München 1979 als Goldmann-Taschenbuch).

⁴⁷ Vgl. Viggo Graf Blücher, Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute, Düsseldorf 1966.

Tschoepe⁴⁸. Parallel dazu verlegte Diederichs Autoren aus dem Umfeld von Jugendbewegung und "Konservativer Revolution"⁴⁹ und begann mit der Herausgabe der mehrbändigen "Dokumentation der Jugendbewegung" von Werner Kindt⁵⁰, in die Theodor Schieder einleitete⁵¹.

In dieser Kombination von Büchern zur Soziologie und Jugend wirkte noch die große Tradition des Verlages als gegenwartsnaher "Versammlungsort moderner Geister" nach – eine bemerkenswerte verlagsgeschichtliche Entwicklungslinie über 1945 hinaus, die bislang allerdings noch kaum beachtet worden ist⁵². Eugen Diederichs selbst hatte seinem Unternehmen im Gründungsjahr 1896 das ambitiöse Etikett gegeben⁵³, wobei allerdings "das Moderne" immer einen kräftigen Schuß antimoderner Ideen, Formen und Ziele hatte⁵⁴. Tatsächlich war Diederichs vor dem Ersten Weltkrieg zu dem Förderer der Bewegungen der Lebensreform, Kulturkritik und

49 Vgl. u. a. Ferdinand Fried [d.i. Friedrich Zimmermann], Das Abenteuer des Abendlandes, Düsseldorf/Köln 1950; Giselher Wirsing, Schritt aus dem Nichts. Perspektiven am Ende der Revolutionen, Düsseldorf/Köln 1951.

Vgl. Werner Kindt (Hrsg.), Dokumentation der Jugendbewegung, Bd. I: Grundschriften der Deutschen Jugendbewegung, Bd. II: Die Wandervogelzeit – Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896–1919, und Bd. III: Die deutsche Jugendbewegung 1920–1933 – Die bündische Zeit, Düsseldorf/Köln 1963, 1968, 1974.

⁵¹ In seiner Eigenschaft als Leiter einer 1959 gebildeten "Wissenschaftlichen Kommission für die Geschichte der Jugendbewegung", die als beratendes Gremium jenes "Gemeinschaftswerkes Dokumentation der Jugendbewegung" fungierte, brachte er die Dokumentation finanziell und institutionell auf den Weg. Zu den Mitunterzeichnern des ersten öffentlichen "Aufrufs" des Gemeinschaftswerkes vom September 1960 zur finanziellen Unterstützung der geplanten Quellenedition gehörte auch Niels Diederichs, Vgl. Kindt (Hrsg.), Dokumentation, Bd. I, S. 599 ff. (Anhang).

⁵² In diesem Desiderat spiegelt sich einmal die Konzentration der bisherigen Diederichs-Forschung insbesondere auf den Zeitraum bis zum Tode des Verlagsgründers 1930. Diese Schwerpunktsetzung kennzeichnet auch noch das aktuelle große Werk von Irmgard Heidler, Der Verleger Eugen Diederichs und seine Welt (1896–1930), Wiesbaden 1998. Fast zeitgleich erschienen – jetzt aber mit ersten grundlegenden Analysen zur Erforschung der Verlagsgeschichte im Nationalsozialismus sowie im Übergang zur Nachkriegszeit – die Sammelbände: Gangolf Hübinger (Hrsg.), Versammlungsort moderner Geister. Der Eugen Diederichs Verlag – Aufbruch ins Jahrhundert der Extreme, München 1996; Justus H. Ulbricht/Meike G. Werner (Hrsg.), Romantik, Revolution und Reform. Der Eugen Diederichs Verlag im Epochenkontext 1900–1949, Göttingen 1999. Mitverantwortlich für die erwähnten Lücken ist aber auch der Umstand, daß die allgemeine Zeitgeschichtsforschung verlags-, buchhandels- und ideengeschichtliche Impulse dieser Art bislang kaum systematisch aufgenommen hat. Vgl. Schildt, Abendland, S. 8 f.

⁵⁹ In einem Brief aus Venedig an den Verleger und "Kunstwart"-Herausgeber Ferdinand Avenarius v. 1. 9.1896, hier zit. nach Heidler, Der Verleger, S. 43.

54 Zu diesem Mischungsverhältnis vgl. Stefan Breuer, Kulturpessimist, Antimodernist, konservativer Revolutionär? Zur Position von Eugen Diederichs im Ideologienspektrum der wilhelminischen Ära, in: Ulbricht/Werner (Hrsg.), Romantik, S. 36-59.



⁴⁸ Vgl. Dieter Claessens/Arno Klönne/Armin Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf/Köln 1965 (*91979). Wie bei Schelskys "Skeptischer Generation" so brachte Diederichs auch von der "Sozialkunde" eine einmalige Sonderausgabe in der Reihe "Das moderne Sachbuch" (Bd. 68, 1968) heraus. Ab 1985 wurde das Standardwerk dann noch mehrmals als "rororo"-Handbuch aufgelegt. Vgl. auch den Rückblick von Dieter Claessens, Sozialkunde der BRD – ade?, in: Otthein Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD ade! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwisenschaftlern, Frankfurt a. M. 1992, S. 81-94.

Erwachsenenbildung im wilhelminischen Bildungsbürgertum avanciert⁵⁵. Aus dieser Rolle hatten sich auch vielfältige persönliche und berufliche Kontakte zur Jugendbewegung ergeben⁵⁶. Nicht zufällig war die offizielle Festschrift des legendären Freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner von 1913 bei Eugen Diederichs erschienen⁵⁷. Der Verleger hatte selbst zu den maßgeblichen Initiatoren und Akteuren des Treffens gehört.

Die programmatische und ideengeschichtliche Verzahnung des Verlages mit der Jugendbewegung blieb in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren bestehen, wobei nicht zuletzt die entsprechenden politischen Orientierungen der beiden Söhne des Verlegers, Niels (Jg. 1902) und Peter (Jg. 1904)⁵⁸, eine Rolle spielten. Gleichzeitig öffnete sich der Verlag aber auch der modernen sozialwissenschaftlichen und unorthodoxen sozialistischen Gegenwartsanalyse und -literatur, so daß ein denkbar breites Spektrum zum Markenzeichen des Hauses Diederichs wurde⁵⁹. Davon blieb im Dritten Reich nicht mehr viel übrig; die Verlagspolitik stand nun im Zeichen partieller nationalsozialistischer Überzeugung und wirtschaftlicher Anpassung, die sich als sehr lukrativ erwies⁶⁰.

Nach der Neugründung 194961 machten sich die alten Traditionslinien noch einmal bemerkbar. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt der Philosoph und Schriftsteller Ernst Wilhelm Eschmann, mit dem Peter Diederichs seit seinem Literatur-, Geschichts- und Soziologiestudium, das er 1931 in Heidelberg bei dem Historiker Willy Andreas mit einer Dissertation über "Kaiser Maximilian I. als politischer Publizist" abgeschlossen hatte⁶², eng befreundet war. Mit dieser Freundschaft ver-



⁵⁵ Zu dem denkbar breiten Spektrum dieser und anderer Reformbewegungen vgl. Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933, Wuppertal 1998.

⁵⁶ Vgl. neben den zahlreichen Hinweisen bei Heidler, Der Verleger, auch Meike G. Werner, Die Erneuerung des Lebens durch ästhetische Praxis. Lebensreform, Jugend und Festkultur im Eugen Diederichs Verlag, in: Hübinger (Hrsg.), Versammlungsort, S. 222–235; Andreas Meyer, Der Verlagsgründer und seine Rolle als "Kulturverleger", in: Ebenda, S. 26–89, hier bes. S. 43 ff.

³⁷ Vgl. Freideutsche Jugend. Zur Jahrhundertfeier auf dem Hohen Meißner 1913. Mit einem Bild von Fidus, Jena 1913. Ein Reprint der Schrift in: Winfried Mogge/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Hoher Meißner 1913. Der Erste Freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern, Köln 1988, S. 77–255.

⁵⁸ Vgl. Justus H. Ulbricht/Meike G. Werner, Die Diederichs-Verleger – Annäherungen, in: Hübinger (Hrsg.), Versammlungsort, S. 127–166, hier 153 ff.

⁵⁹ Vgl. Heidler, Der Verleger, S. 353 ff., 383 ff., 433 ff.

⁶⁰ Zu diesem Trend, für den allerdings schon vor 1933 manche Weiche gestellt war, Florian Achthaler, Die Verlagsentwicklung nach dem Tod von Eugen Diederichs, in: Hübinger (Hrsg.), Versammlungsort, S. 90–126; Florian Achthaler, Der deutsche Mensch. Der Eugen Diederichs Verlag während des Nationalsozialismus, in: Ulbricht/Werner (Hrsg.), Romantik, S. 224–247; Ulf Diederichs, Hinter den Nullpunkt geblickt. Die erste Verlegerzeit von Niels und Peter Diederichs, in: Ebenda, S. 292–346, bes. S. 298 ff.; Florian Triebel, Die Zahlen des Löwen. Verlagsstatistiken des Eugen Diederichs Verlages 1930 bis 1949, unveröff. Magisterarbeit, Konstanz 1997.

⁶¹ Vgl. Diederichs, Nullpunkt, S. 327 ff.; Volker Wahl, Der Diederichs Verlag in Jena vor dem Ende. Vom schwierigen Anfang im Thüringer Verlagswesen nach 1945, in: Ulbricht/Werner (Hrsg.), Romantik, S. 271-291.

⁶² Vgl. Peter Diederichs, Kaiser Maximilian I. als politischer Publizist, Diss., Heidelberg 1931. Im Curriculum vitae der dann im eigenen Jenaer Verlag publizierten Arbeit rechnete Diederichs neben

band sich auch das gemeinsame Engagement in dem berühmten "Tat"-Kreis um die bei Diederichs erscheinende Zeitschrift "Die Tat"⁶³, in deren Schriftenreihe Eschmann 1931 unter dem Pseudonym Leopold Dingräve die Schrift "Wo steht die junge Generation?" veröffentlicht hatte⁶⁴. Eschmann war auch nach dem Krieg Diederichs "engster Berater in verlagsprogrammatischen Fragen" geblieben⁶⁵.

Allerdings sind diese personellen Kontinuitäten nicht mit einem ungebrochenen Fortwirken aller mentalen und inhaltlichen Orientierungsmuster gleichzusetzen. Das Soziologie- und Jugendprogramm, wie es sich in den fünfziger Jahren herauskristallisierte, stand auch für eine bewußte verlegerische Kurskorrektur, die Peter Diederichs bereits um die Jahreswende 1944/45 ins Auge gefaßt hatte⁶⁶. Die Engführung der "Verlagslinien" sollte durch eine Rückkehr zu einer wieder mehr grundsätzlich, universal und wissenschaftlich ausgerichteten Verlagspolitik überwunden werden: Diederichs sprach von einer "Krise unserer Zeit", einer "Neubewältigung des Lebens" durch "ein Sichklarwerden, ein neues Durchdenken der Fragen [...] auf religiösen, politischen, sozialen, künstlerischen und philosophischen Gebieten", durch ein Sichfreimachen "aus der inneren und äußeren Begrenzung". Er sah ein "Neues Zeitalter" heraufziehen, das es mitzugestalten galt. Bei dieser Herausforderung der "Gegenwart" interessierte ihn vor allem auch "die Stellung des Menschen in seiner Beziehung zu dem Staatlichen und Gesellschaftlichen, in der es um säkulare Entwicklungen geht".

Hier begann sich schon die Erforschung und Deutung der modernen Gesellschaft des "technisch-industriellen Zeitalters"⁶⁷ als neuer Schwerpunkt des Verlagsinteresses nach 1945 abzuzeichnen.⁶⁸ Als Diederichs dann mit Schelskys "Skeptischer Genera-

Dieses Interesse hat Peter Diederichs dann auch in einem Essay von 1956 zum Thema "Verleger in unserer Zeit" unterstrichen. Vgl. dazu Ulf Diederichs, Der Oheim, in: Autoren und Weggefährten gratulieren Peter Diederichs zum 75. Geburtstag am 16. November 1979, o.O., 1979 [Privatdruck des Eugen Diederichs Verlages], S. 82–88, hier S. 85. Es wäre sicher lohnend, dieses Verlagsinteresse und seine Wirkung auf die "konservative Soziologie der jungen BRD" einmal systematisch mit jenem Einfluß zu vergleichen, den dann "in den sechziger Jahren der Suhrkamp- und der Luchterhand Verlag im Bereich der linken Soziologie" hatten. Vgl. den anregenden Hinweis bei Achthaler, Verlagsentwicklung, in: Hübinger (Hrsg.), Versammlungsort, S. 112.



Andreas u.a. auch die Historiker Georg von Below und Gerhard Ritter, den Soziologen Arnold Bergsträsser sowie Karl Jaspers zu den wichtigsten akademischen Lehrern seiner Studienzeit in Freiburg, München und Heidelberg.

⁶⁵ Zu diesem Teil der Verlagsgeschichte vgl. bes. Edith Hanke/Gangolf Hübinger, Von der "Tat"-Gemeinde zum "Tat"-Kreis. Die Entwicklung einer Kulturzeitschrift, in: Ders. (Hrsg.), Versammlungsort, S. 299–334.

⁶⁴ Vgl. Leopold Dingrave, Wo steht die junge Generation?, Jena 1931 (31933). Als "Folgeband" erschien, ebenfalls in der Reihe "Schriften der "TAT", ders., Wohin treibt Deutschland?, Jena 1932.

⁶⁵ So Ulf Diederichs in einer Mitteilung an den Verf. vom 24. 2. 1998. Vgl. ferner ders., Nullpunkt, in: Ulbricht/Werner (Hrsg.), Romantik, bes. S. 296, 324 f.

⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 323-327, auf der Basis von Briefen/Briefentwürfen Peter Diederichs' vom 5., 7. und 15. 1. 1945 an dessen Bruder Niels sowie anhand eines später verfaßten, aber inhaltlich gleichlautenden internen Verlagspapiers, an dem auch Eschman mitgearbeitet hatte. Dort auch die folg. Zirate.

⁶⁷ Vgl. Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955; Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek 1957.

tion" auf dem Buchmarkt hervortrat, wurde aber kaum registriert, daß sich hier eben auch ein traditionsreicher Kultur- und Jugendverlag mit teilweise neuem Gesicht zurückmeldete⁶⁹. Diese Beobachtung gehört ebenfalls zu der Gemengelage aus Kontinuität und Diskontinuität, wie sie für die Verlagsgeschichte und ihren gesellschaftlichen Kontext nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichnend ist.

Diederichs gab sich größte Mühe, das Buch von Schelsky optimal zu vermarkten. Er verwies auf den Ruf des Autors, stellte aber auch dessen spezifische Leistung stark heraus: Seit Kriegsende waren der Jugend – vor allem in ihrer "Funktion eines Seismographen" für die demokratische Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft" – eine große Zahl von Meinungsumfragen, empirischen Sozialstudien und pädagogischen Abhandlungen gewidmet worden". Das ganze Spektrum dieser Literatur integrierte Schelsky unter dem Titel "Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend" in ein umfassendes Bild. Diese Syntheseleistung, die sich freilich ganz überwiegend auf die männliche Jugend konzentrierte, hob Schelskys Arbeit aus der Fülle der bislang erschienenen Jugendstudien heraus und brachte ihm die Anerkennung selbst vieler Kritiker.

Entsprechend wurde sein Werk von zahlreichen Zeitgenossen wie ein "Kompendium der empirischen Soziologie" rezipiert⁷². In einer Dekade "wahren Hunger[s] nach einer Wissenschaft vom wirklichen Menschen"⁷³ hat es so zweifellos auch das öffentliche Ansehen der Soziologie "ungemein gefördert"⁷⁴, und die breite öffentliche Diskussion, die sich an ihm entzündete, bereitete der modernen "informierten Gesellschaft", wie sie sich in den fünfziger Jahren herauszubilden begann, den Weg⁷⁵. Diese beiden bislang zu wenig beachteten Facetten der Außenwirkung des Buches wurden bereits 1961 von der sozialdemokratischen Remigrantin, Soziologin und Publizistin Charlotte Lütkens (Jg. 1896)⁷⁶ in René Königs "Kölner Zeitschrift



⁶⁹ Keine der ausgewerteten Besprechungen zur "Skeptischen Generation" erinnerte an diese Tradition!

[∞] So Boll, Jugend, S. 496.

⁷¹ Vgl. Helmut Schelsky, "Soziałwissenschaftliche Untersuchungen und Quellen zur Lage der deutschen Jugend in der Gegenwart" im Anhang zur "Skeptischen Generation", S. 512-517.

No der langjährige Mitherausgeber und Leiter des Kulturteils der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Karl Korn, in seiner Rezension, "Skeptische Jugend?", in: FAZ vom 15. 2. 1958. In Tenor und Formulierung ganz ähnlich Karl Rauch, Deutsche Jugend in drei Generationen, in: Bücher-Kommentare (1958), H. 1; "Skeptische Generation", in: Bremer Nachrichten vom 3. 4. 1958; Das Buch des Monats, in: Unsere Volksschule, 5/1958, S. 93 f.

⁷³ Korn, Skeptische Jugend.

⁷⁴ Günther Lüschen, Mein Weg in die Soziologie, in: Bolte/Neidhardt (Hrsg.), Soziologie, S. 331–352, hier S. 334. Ausführlicher über Schelskys generellen Beitrag zur Popularisierung der Soziologie in den fünfziger Jahren jetzt: Schäfer, Nivellierte Mittelstandsgesellschaft, S. 132 ff.

Nach Schildt, Abendland, S. 1, läßt sich mit Blick auf die "Öffentlichkeit in der Bundesrepublik der 50er Jahre [...] sogar pointiert behaupten, daß es wohl nie zuvor in der deutschen Geschichte eine derart breite und massenmedial vermittelte gesellschafts- und kulturdiagnostische Diskussion als Dauerzustand gegeben hatte".

Vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration, München 1980, S. 464 f.

für Soziologie und Sozialpsychologie" hervorgehoben. Aber auch die generationsgeschichtliche Prägekraft der Studie blieb Lütkens nicht verborgen. Sie schrieb⁷⁷: "Nicht sehr vielen neueren Werken der Soziologie ist eine so starke meinungs-, wenn nicht sogar rollenbildende [sic!] Wirkung beschieden worden wie Schelskys Soziologie der deutschen Jugend. Daß er trotz einer etwas schwerfälligen und abstrakten Schreibweise soziologische Fragestellungen und Methoden weiten Kreisen nahegebracht hat, muß ihm die Soziologie als eine Wissenschaft danken, die den Auftrag zur Interpretation und Gestaltung der Gegenwart bewußt auf sich genommen hat. Denn 'in den Wissenschaften vom Menschen steckt das kritische Potential der modernen Gesellschaft'."⁷⁸

Schelsky lieferte in seinem Werk ein Panoramabild, das die Jugend nicht nur in Familie, Arbeit, Beruf, Schule und Freizeit zeigte, sondern auch sozial nach der bürgerlichen, akademischen, weiblichen, Arbeiter-, Flüchtlings- und Landjugend differenzierte. Überdies wurde ihre Haltung zu Politik, Öffentlichkeit, Jugendverbänden, Religion und Kunst in eigenen Kapiteln thematisiert. Diese inhaltliche Bandbreite war auch der "flächendeckenden" Verbreitung und Rezeption förderlich – was die Pressemappen des Verlages eindrucksvoll belegen. Alle Felder und Institutionen der Gesellschaft wurden angesprochen; das Buch bot jedem Leser etwas oder – wenn er wollte – auch scheinbar alles!

Daher brachten nicht nur die führenden überregionalen Zeitungen und viele regionale wie lokale Blätter Besprechungen der "Skeptischen Generation". Auch das ganze Spektrum bundesdeutscher Fach- und Verbandsorgane befaßte sich mit Schelskys Buch – von Rezensionszeitschriften und Bücherschauen über fachwissenschaftliche und jugendpädagogische Zeitschriften sowie kultusministerielle Amtsblätter (mit eindeutigen Empfehlungen zur Lektüre des "Standardwerkes"!⁷⁹) bis hin zu Presseorganen von gesellschaftlichen Großgruppen und Berufsverbänden. Als weiteres Forum kam noch der Rundfunk hinzu. Die Kulturprogramme fast aller größeren Sender stellten "den neuen Schelsky" vor.

⁷⁷ Charlotte Lütkens, Bemerkungen zu Helmut Schelsky: "Die skeptische Generation", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13 (1961), S. 126–140, hier S. 139.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁷⁸ Hier zitierte Lütkens Helmut Plessner, Wissenschaft und moderne Gesellschaft, in: Kultur und Politik in unserer Zeit. Dokumentation des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Wiesbaden, Oktober 1969, [Bonn] 1969, S. 25. Ihre ansonsten keineswegs unkritische Rezension verdient in ihrer wissenschaftlichen Fairness Hervorhebung, wenn man etwa bedenkt, daß gerade Lütkens – zusammen mit einer weiteren "Exil-Konkurrentin" Schelskys, Anna Siemsen aus der Schweiz – bei ihrer Nachkriegsbewerbung um die Soziologieprofessur an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft von dem NS-belasteten Schelsky "ausgestochen" worden war! Vgl. jetzt Schäfer, Nivellierte Mittelstandsgesellschaft, S. 135 f.

⁷⁹ Entsprechende Annotationen erschienen etwa im Amtsblatt des nordrhein-westfälischen (1.4. 1959), rheinland-pfälzischen (Februar 1958) und bayerischen (29. 9. 1960) Kultusministeriums sowie im "Amtlichen Schulanzeiger für Mittelfranken" (1.3. 1960). Die positive Resonanz reichte selbst bis in Schülerzeitungen hinein, wie das Beispiel der Besprechung der 1963-Sonderausgabe der "Skeptischen Generation" durch die Schülerzeitung "Stein-Zeit" des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Bünde/Westf. zeigt.

Besonderes Interesse zeigte dabei der "Jugendfunk" des Bayerischen Rundfunks, der damals von dem späteren Fernseh-Chef des Senders und langjährigen Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung", Hans Heigert (Jg. 1925), geleitet wurde. Bereits am 21. November 1957, das Buch war noch gar nicht auf dem Markt, weckte Hans Heigert die Neugier der Zuhörer an Schelskys Werk - und damit auch an seiner eigenen Generation⁸⁰. Zeitgleich mit dem Erscheinen des Buches erfolgte dann am 10. Dezember eine ausführlichere Vorstellung der zentralen Aussagen⁸¹, und 1958 veranstaltete Heigert eine eigene Diskussionsrunde über Schelskys Jugendsoziologie⁸². Zu seinen Gästen gehörten Fritz Leist (Jg. 1913), ein Religionsphilosoph an der Universität München, Martin Faltermaier (Jg. 1919), Initiator und Redakteur der in Verbindung mit dem Deutschen Bundesjugendring herausgegebenen Zeitschrift "deutsche jugend"83, Arthur Bader (Jg. 1926), von 1957-1964 Präsident des Bayerischen Jugendrings84, der bayerische Landesjugendpfarrer Peter Krusche (Jg. 1924)85 und der vormalige Vorsitzende der "Sozialistischen Jugend Deutschlands -Die Falken" und spätere Bundesarbeitsminister Heinz Westphal (Jg. 1924) als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bundesjugendringes⁸⁶.

Im Westdeutschen Rundfunk kam Schelsky am 16. Dezember 1957 in einer Art Autorenlesung auch selbst zu Wort⁸⁷. Und sogar der DDR-Rundfunk griff in seiner Sendereihe "Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet" das Thema auf⁸⁸, zumal Schelsky im Vorwort seiner Studie zwar deren analytische Begrenzung auf "die westdeutsche Jugend" eingeräumt, gleichzeitig aber doch die Überzeugung vertreten hatte, daß es "jenseits der Zonengrenze" ebenfalls "eine Art "skeptischer Generation" gebe. Nach Schelskys Worten waren "gleiche Grunderlebnisse und Haltungen einer gesamtdeutschen Nachkriegsgeneration nur in zwei verschiedene soziale und politische Systeme eingegangen". Sie konnten daher aus seiner Sicht auch die künfti-



⁸⁰ Vgl. Sendemanuskript des Bayerischen Rundfunks/Jugendfunk vom 21.11. 1957.

⁸¹ Vgl. Sendemanuskript vom 10. 12. 1957.

⁸² Vgl. den knappen Bericht in: deutsche jugend 6 (1958), S. 283 f.

⁸³ Vgl. Martin Faltermaier (Hrsg.), Nachdenken über Jugendarbeit. Zwischen den fünfziger und achtziger Jahren. Eine kommentierte Dokumentation mit Beiträgen aus der Zeitschrift "deutsche jugend", München 1983. Für die Zeitschrift war 1953 der Juventa Verlag gegründet worden.

⁸⁴ Vgl. Bayerischer Jugendring (Hrsg.), Zwanzig Jahre Bayerischer Jugendring. Ideengeschichte und Dokumentation. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendarbeit nach 1945, München o.J. [1966], S. 118 ff.

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 119, 145.

Vgl. Heinz Westphal, Jugend braucht Demokratie – Demokratie braucht Jugend. Mein jugendpolitisches Engagement 1945–1974. Erinnerungen, Rostock 1994; ders., "Ungefährdet ist Demokratie nie". Erlebnisse und Erfahrungen mit deutscher Zeitgeschichte, Düsseldorf 1994.

⁸⁷ Dies ergibt sich aus einem Bericht der Aachener Nachrichten vom 31. I. 1958 ("Röntgenbild der jungen Generation") sowie der Mitteilung von Astrid Kleine (WDR Köln) an den Verf. v. 7. 10. 1998. Zur Rundfunk- und Fernsehpräsenz Schelskys im quantitativen Vergleich mit anderen zeitgenössischen Soziologen (insbesondere mit denen der Frankfurter Schule) vgl. Clemens Albrecht u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 228 ff.

⁸⁸ Vgl. Manuskriptvorlage zur Sendung vom 25. 10. 1959 im Programm des (Ost-), Berliner Rundfunks II".

gen "Möglichkeiten menschlichen und sozialen Verständnisses bei einer Wiedervereinigung" begünstigen⁸⁹.

Als weiterer Resonanzraum kamen schließlich noch Gesprächsrunden und öffentliche Veranstaltungen hinzu, so etwa im westfälischen Vlotho und in Heidelberg. Der Jugendhof Vlotho veranstaltete 1958 eine größere Tagung, auf der Gymnasiasten, Studenten und Pädagogen im Lichte der Thesen Schelskys über das Bild und Selbstverständnis der jungen Generation in der modernen Gesellschaft diskutierten⁵⁰. Zu ihren Gesprächspartnern gehörten dabei neben Christian Graf von Krockow (Jg. 1927), damals noch Soziologe in Göttingen, und der Hannoveraner Professorin Käthe Feuerstack⁵¹ auch zwei Schüler bzw. Mitarbeiter von Schelsky: der SPD-Bundestagsabgeordnete, Chefredakteur der Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" und frühere Bundesvorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Ulrich Lohmar (Jg. 1928), sowie der spätere Göttinger Erziehungswissenschaftler Heinz-Hermann Schepp (Jg. 1925), der zuvor den Jugendhof Steinkimmen geleitet hatte⁵².

In Heidelberg eröffnete die dortige Borromäusbibliothek im März 1958 eine Reihe öffentlicher Gesprächsabende mit einem Vortrag des Karlsruher Pädagogen und Didaktik-Dozenten Günther Dohmen (Jg. 1926) über Schelskys "Skeptische Generation"⁹³. Der spätere Leiter des Deutschen Instituts für Fernstudien an der Universität Tübingen und Vorstandsvorsitzende des Deutschen Volkshochschulverbandes⁹⁴ hatte zuvor auch bereits im Süddeutschen Rundfunk über das Buch gesprochen⁹⁵. Angesichts dieser großen bundesweiten Resonanz überrascht es nicht, daß

Vgl. den Tagungsbericht von H. O. Lippens, Ein Gespräch im Jugendhof Vlotho: Die Jugend als Spiegelbild der Erwachsenenwelt, in: Neue Politik, 1958, S. 8 f. Vorangegangen war hier eine Buchbesprechung von Max Baumann, "Ist die Jugend wirklich so skeptisch?", in: Ebenda, S. 7 f.

⁹³ Vgl. "Die skeptische Generation. Buch und Gespräch der Borromäusbibliothek zu Heidelberg", in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 21. 3. 1958.

⁹⁵ Vgl. Dohmens Manuskript "Wir sprechen über neue Bücher: Helmut Schelsky: "Die skeptische Generation" zur Sendung des Süddeutschen Rundfunks (Redaktion: J. Schlemmer) vom 7, 3, 1958.



⁸⁹ Schelsky, Skeptische Generation, S. 10. Der DDR-Rundfunk brachte diese Passage natürlich nicht, sondern kommentierte Schelskys gesamtdeutschen Bezug wie folgt: "Schelsky glaubt, durch Abstraktion von den konkreten Erscheinungen zu "idealtypischen Strukturen" im Sinne Max Webers vorgestoßen zu sein und Verhaltenszüge gefunden zu haben, die nach Meinung des Autors letztlich auch für die Jugend der DDR charakteristisch sein sollen. Es wäre leicht, die Auffassungen des Autors anhand der gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres Staates zu widerlegen." Die "falschen Schlußfolgerungen" Schelskys seien letztlich Reflex jener Ignoranz, mit der "die bürgerliche Soziologie" in ihren "theoretischen Ausgangspositionen" über die grundlegenden Einsichten des "historischen Materialismus" Marx'scher Prägung hinweggehe.

Vgl. Käthe Feuerstack, Das ländliche Bildungswesen als gesellschaftliche Aufgabe, Hannover 1953.
 Vgl. Heinz-Hermann Schepp, Politische Bildung in der Gründungsphase des Jugendhofs Stein-kimmen (1952–1955). Eine Rückschau, in: Paul Ciupke/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), Ein neuer Anfang. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Essen 1999, S. 107–116.

⁹⁴ Vgl. u.a. Günther Dohmen, Offenheit und Integration. Beiträge für das Zusammenwirken von Erwachsenenbildung, Wissenschaft und Medien, Bad Heilbrunn/Obb. 1991; ders./Friedemann Maurer (Hrsg.), Unterricht. Aufbau und Kritik, München 1968.

Ernesto Grassi im Herbst 1959 versuchte, Schelsky und Diederichs für eine Lizenzausgabe des Werkes in "rowohlts deutscher enzyklopädie" zu gewinnen%.

Das wirksame Titelsignal, eine Standortbestimmung der deutschen Jugend zu liefern, stimulierte auch die Rezeption im Ausland. Diese wurde noch dadurch gefördert, daß Schelsky seine Studie auch als Beitrag zur Analyse der Rolle der Jugend in der modernen Gesellschaft überhaupt verstand: Die "Skeptische Generation" war nach seinen Worten "nur die deutsche Ausgabe der Generation, die überall die industrielle Gesellschaft konsolidiert"97. Allerdings konnte diese Formulierung gerade von ausländischen Beobachtern auch als Versuch gewertet werden, den besonderen nationalsozialistischen Hintergrund der deutschen Jugend und ihr antidemokratisches Gefährdungspotential herunterzuspielen98. Umgekehrt mag allerdings der folgende Zusatz manchen ausländischen Leser wiederum für Schelskys Studie eingenommen haben, denn Schelsky deutete Nachwirkungen eines deutschen Sonderbewußtseins vor dem Hintergrund einer globalen Gesamtentwicklung an: "Sie [die ,skeptische Generation'] erfüllt vielleicht auch dieses wenig dramatische und ruhmreiche epochale Schicksal mit der gleichen Gründlichkeit und Übertreibung der Konsequenzen, die dem deutschen Wesen und seiner neuesten Geschichte eigen sind. "99

Neben dem Renommee des Autors und seiner Syntheseleistung bildete die Welle der sogenannten Halbstarkenkrawalle¹⁰⁰ der Jahre 1956/57 einen dritten wirkungsfördernden Faktor, der ebenfalls nicht übersehen werden darf, wenn der Erfolg des Buches erklärt werden soll. Bekanntlich hatten sich damals, zumeist nach Rock'n'-Roll-Konzerten und -Filmen, Cliquen vor allem junger Arbeiter in der Öffentlichkeit nicht nur manche Pöbelei und Randale geleistet, sondern "anschließend mit den



[%] Vgl. Peter Diederichs an Schelsky, 20. 10. 1959, in: AEDV, Ordner "Autoren A-Z, 1959".

⁹⁷ Schelsky, Skeptische Generation, S. 493.

⁷⁸ So fragte der Niederländer F. J. J. Buytendijk (Universität Utrecht) in seiner ansonsten sehr positiven Rezension für die Zeitschrift "Universitas"/Stuttgart, 5 (1959), S. 131 f., gerade mit Blick auf die zitierte Formulierung Schelskys, "ob der Autor die Folgen des Nationalsozialismus, der Blutund Bodenideologie nicht unterschätzt" habe. Der Schweizer Walter Neidhart stimmte im Baseler "Kirchenblatt für die reformierte Schweiz" vom 9. 10. 1958 einerseits der generalisierenden Feststellung Schelskys zu, sah aber andererseits doch auch "Unterschiede zwischen der Jugend in Deutschland und in der Schweiz, die besonders im politischen Bereich vorhanden sind". Ein anderer Schweizer Rezensent bilanzierte, Schelsky halte die deutsche Jugend offenbar "in keiner Weise anfällig für die Diktatur. Wir Schweizer denken da freilich anders: wir sind der Überzeugung, daß nur aktive Wachsamkeit ein Volk davor bewahren kann, zu Untertanen zu werden." Vgl. Paul Neidhart, Die skeptische Generation, in: Baseler Schulblatt 5 (1958), S. 110–113, hier S. 113. Dagegen hob der Kommentator des Österreichischen Rundfunks, Vinzenz Neubauer/Innsbruck, im Zeichen der fraglichen Passage hervor, Schelskys Buch liefere eben "auch Einblicke in die gesamte europäische Jugend". Vgl. das Sendemanuskript "Rundfunkvortrag in der wissenschaftlichen Buchbesprechung. Helmut Schelsky: Die skeptische Generation", Wien, o. D.

^{**} Schelsky, Skeptische Generation, S. 493. Buckmiller, Schwieriger Anfang, in: Ders./Perels (Hrsg.), Opposition, S. 17 f., übersieht den durchaus selbstkritischen Akzent dieses Zusatzes.

Eine differenzierte sozial- und kulturgeschichtliche Einordnung dieses Phänomens (unter Berücksichtigung der gesamten einschlägigen Literatur) jetzt bei Köster, Jugend, S. 406 ff.

herbeigeeilten Polizisten zuweilen wahre Straßenschlachten" geliefert¹⁰¹, was viele irritierte Fragen in der Gesellschaft provozierte. Schelskys Angebot einer Standortbestimmung der jungen Generation schien Antworten auf diese Fragen zu liefern und bediente insofern ein virulentes Informationsbedürfnis vieler Erwachsener. Zwar griff der Soziologe das Halbstarken-Problem nicht umfassend auf, er wandte sich ihm aber in seinem – mit der Frage "Wohin geht diese Generation?" überschriebenen – Schlußkapitel auf eine bemerkenswerte und vielbeachtete Weise zu: Er veröffentlichte hier ein längeres zeitgenössisches Gedicht "An die Schwachen", das eine in vielem tatsächlich "ergreifende" Anklage der Halbstarken gegen die Elterngeneration beinhaltete¹⁰² und anschließend in mehreren Rezensionen teilweise oder ganz mit abgedruckt¹⁰³ wurde und auch Eingang in die Radiosendungen zu Schelskys Buch fand¹⁰⁴. Außerdem formulierte Schelsky eine kurze, aber sehr aufschlußreiche eigene Interpretation des Phänomens, indem er den Habitus und Aktionismus der Halbstarken als "Möglichkeiten einer neuen generationshaften Verhaltensgestalt der Jugend"¹⁰⁵ deutete.

Bilanz und Botschaft des Generationenporträts

Am wichtigsten für die enorme Wirkung des Buches war jedoch der Titel und die mit ihm verbundene Botschaft. Ob Diederichs oder Schelsky das Schlagwort von der "Skeptischen Generation" prägte, läßt sich nicht zweifelsfrei sagen. Sehr wahrscheinlich war es Schelsky selbst, der seiner großen Synthese dieses Etikett gab. Zwar mag er angesichts der fehlenden Kongruenz zwischen dem schlagwortartigen Obertitel und dem Inhalt des Werkes ein gewisses Unbehagen verspürt haben, denn Schelsky schwächte den Titel selbst als "vorläufig" und "etwas literarisch" wieder

102 Vgl. Schelsky, Skeptische Generation, S. 497-500. Allerdings war die "jugendliche Urheberschaft" des Gedichtes nicht zweifelsfrei belegt, was Schelsky auch selbst andeutete (vgl. ebenda, S. 511). Diese Zweifel müssen sich dann bestätigt haben, denn schon in der 2. Auflage wurde das Gedicht nicht mehr abgedruckt.



¹⁰¹ Ebenda, S. 416.

Vollständige Abdrucke z.B. in: Bernd Nellesen, "Revolte gegen die Revolte. Die Jugend hält nichts von den großen Worten – Zu Helmut Schelskys Untersuchungen", in: Sonntagsblatt, 12. 1. 1958; Wilhelm Hahn, Wandlungen im Ethos. Drei Bücher zur Situation der heutigen Jugend und zur Sozialethik, o.O., o. J.; Die blauen Hefte (Essen) (1958), H. 4, S. 1 f.; "Die skeptische Generation", in: Evangelische Woche (Zürich), 7. 3. 1958. Teilabdrucke z.B. in: "Die Zukunft wächst heran. Helmut Schelskys Buch über die junge Generation", in: Die Kommenden (Freiburg), 25. 4. 1958; Ulrich Sonnemann, Die alles nur nicht skeptische Generation, in: Frankfurter Hefte 13 (1958), S. 337–342.

Vgl. das Manuskript zur Sendung des Norddeutschen Rundfunks "Lebendige Jugend. Der aktuelle Jugendfunk" (verantw. Redakteur: Wolfgang Jäger) vom 10.11. 1958; ferner das Manuskript des Pädagogen Heinrich Weinstock für seinen Buchkommentar im Rahmen der Sendung "Kulturelles Wort: Das Buch der Woche" (verantw. Redakteur: J. Petersen) des Hessischen Rundfunks vom 2.3. 1958.

¹⁰⁵ Schelsky, Skeptische Generation, S. 494.

ab¹⁰⁶. In diesem Moment hatte der Titel aber bereits eine irreversible Eigendynamik entfaltet, die – bedingt durch gezielte Vorankündigungen, Vorabdrucke und -rezensionen¹⁰⁷ – bereits vor dem Erscheinen des Buches einsetzte und das Publikumsinteresse reizte.

Nicht zufällig begann der österreichische Sozialphilosoph Ernst Topitsch (Jg. 1919) seine Besprechung in den "Salzburger Nachrichten" mit der Bemerkung: "Es geschieht selten, daß der Titel eines Buches zum Schlagwort wird, noch bevor die Druckerschwärze richtig trocken geworden ist." 108 Andere Kommentare lauteten ähnlich 109, und der Rezensent der Berliner Zeitschrift "Lebendige Schule", Josef Werres, wies dabei zugleich auf den Preis hin, den die Zuspitzung des Titels forderte. Er schrieb: "Der schlagwortartige Titel des Buches wird von Schelsky selbst als "vorläufig" und "literarisch" bezeichnet und sollte daher nicht allzu gewichtig genommen werden. Sein Mißbrauch als Schlagwort zur generalisierenden Kennzeichnung einer ganzen Jugendgeneration ist aber bereits Tatsache geworden und löst lebhaften Widerspruch aus." 110

Der entfachte Widerspruch, aber auch das Identifikationspotential, das offenbar in dem Bild von der "Skeptischen Generation" steckte, begründeten die Erfolgsgeschichte des Schlagwortes. In dieser Konvergenz von Buchtitel und Zeitgeist ist die Wirkungsgeschichte der Studie Schelskys vergleichbar mit der des ebenfalls weithin bekannt gewordenen Buches von Alexander und Margarete Mitscherlich "Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens" aus dem Jahre 1967¹¹¹. Auch hier löste sich der Obertitel vom Inhalt des Buches und wurde zu einer Art Signatur des Umgangs der deutschen Gesellschaft mit ihrer nationalsozialistischen Erblast –



Ebenda, S. 24. In dem Vorwort zur TB-Ausgabe von 1975 (wie Anm. 18, hier S. XV) schrieb Schelsky dann: "Rückblickend würde ich heute [...] die "skeptische Generation" mehr zeitgeschichtlich formuliert als "die Jugend des deutschen Wiederaufbaus" bezeichnen."

Als Vorabdrucke erschienen z. B.: Helmut Schelsky, Zukunft und Ende der "skeptischen Generation", in: deutsche jugend 5 (1957), S. 457-462; ders., "Die skeptische Generation", in: Stuttgarter Zeitung vom 19. 10. 1957; ders., Die skeptische Generation, in: Theologischer Digest (1958), H. 3, S. 174-179; "Studium ohne Klassenschranken. Nur sieben Prozent Arbeiterkinder/Ein neues Buch von Professor Schelsky", in: Echo der Zeit (Recklinghausen) vom 17. 11. 1957. Als Verfasser jeweils gleichlautender Vorabbesprechungen fungierte in mehreren Zeitungen – wohl vom Diederichs Verlag gesteuert – ein "Dr. GWB". Vgl. z. B.: Ruhr-Nachrichten (Dortmund) vom 2. 11. 1957; Calwer Tageblatt vom 23. 10. 1957; Reutlinger Nachrichten vom 22. 10. 1957; Hamburger Echo vom 12. 11. 1957.

¹⁰⁸ Ernst Topitsch, "Helmut Schelskys Soziologie der deutschen Jugend: "Die Skeptische Generation"", in: Salzburger Nachrichten vom 21. 6. 1958.

^{109 &}quot;Seit einiger Zeit gibt es ein Buch, das schon vor seinem Erscheinen Erwartungen und Neugier auslöste. Es liegt dies zum Teil sicher allein schon an seinem Titel, den man herausfordernd findet, aber auch treffend, ohne dies zunächst begründen zu können." So begann B. Vöhringer, Ein Buch über die junge Generation, in: Monatsschrift für Mädchenbildung durch Hauswirtschaft und Handarbeit 32 (1958), H. 9, S. 90-92.

¹¹⁰ Lebendige Schule (Berlin), H. 12/1958, S. 705-707, hier 706.

Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967 (21994). Die Vergleichbarkeit der beiden Bücher unter dem genannten Konvergenz-Aspekt hebt jetzt auch Moses, Die 45er, S. 237, hervor.

mit der Botschaft, dieser Umgang sei vor allem von Versäumnissen und Verweigerung geprägt gewesen¹¹².

Bevor die Wirkungsgeschichte des Schlagwortes von der "Skeptischen Generation" weiter erläutert wird, sei die inhaltliche Bilanz und Botschaft des Generationenporträts aus der Feder Schelskys kurz zusammengefaßt: Der Soziologe zeichnete bei seiner zeithistorischen Darstellung der Rolle der Jugend in der modernen industriellen Gesellschaft, die er vor allem durch ihre elementare Suche nach "Verhaltenssicherheit" charakterisiert sah¹¹³, zunächst zwei Stadien und Generationsgestalten nach: die "Generation der Jugendbewegung" bis zum Ersten Weltkrieg und dann die "Generation der politischen Jugend", die nach Schelsky die Weimarer und die Hitlerjugend-Generation umfaßte. Von ihr hob er als dritte die "Skeptische Generation" ab. Kaum ein Zeitungs-, Zeitschriften- oder Rundfunkkommentar in dem vielstimmigen Chor der Reaktionen, der nicht Schelskys folgende Quintessenz über diese Generation mehr oder weniger ausführlich zitierte¹¹⁴:

"Mir scheint, daß ihre Grunderfahrung die der sozialen Unsicherheit ist, einer permanenten Gefährdung des Menschen von außen und innen, das Erleben des Zufälligen und Versehrbaren jeglicher sozialen und menschlichen Sicherheit und Stabilität. Sturz und Ruin der sozialen Systeme und Ordnung wurden dieser Generation ebenso selbstverständliche Möglichkeiten wie Irrtum, Schwäche und Versagen der Erwachsenen; ohne den Halt lebensweisender Autoritäten und Vorbilder [...] erfüllt diese Generation jenes Lebensgrundgefühl, das der Literaturhistoriker Julian Schmidt schon einmal einer anderen getäuschten Nachkriegsgeneration, den jugendlichen Romantikern nach den "Freiheitskriegen", zugeschrieben hat: "das bewußtlose Bewußtsein des universellen Schwindels". Aber die Gefährdungen des einzelnen im Zeitalter der Völkervernichtungen sind bedrohlicher, die Reaktionen darauf härter.

Bewußtsein und praktische Handlungsformen nehmen ein neues Verhältnis zueinander ein. Diese Generation ist in ihrem sozialen Bewußtsein und Selbstbewußtsein
kritischer, skeptischer, mißtrauischer, glaubens- oder wenigstens illusionsloser als alle
Jugendgenerationen vorher, sie ist tolerant, wenn man die Voraussetzung und Hinnahme eigener und fremder Schwächen als Toleranz bezeichnen will, sie ist ohne
Pathos, Programme und Parolen. Diese geistige Ernüchterung macht frei zu einer für
die Jugend ungewöhnlichen Lebenstüchtigkeit. Die Generation ist im privaten und
sozialen Verhalten angepaßter, wirklichkeitsnäher, zugriffsbereiter und erfolgssicherer
als je eine Jugend vorher. Sie meistert das Leben in der Banalität, in der es sich dem
Menschen stellt, und ist darauf stolz. In Anlehnung an eine in England zur Zeit gängige Formel könnte man diese Jugend die Generation der vorsichtigen, aber erfolgreichen jungen Männer nennen. [...]

[W]as sich auch ereignen mag, diese Generation wird nie revolutionär, in flammender kollektiver Leidenschaft auf die Dinge reagieren. Sie trägt kein Bedürfnis in sich, elitäre Gemeinschaften zu stiften oder Ordnungsprinzipien zu verwirklichen. Sie wird alles Kollektive ablehnen, ohne daraus ein Gegenprogramm zu machen. [...] Aber wie

¹¹⁴ Gerade sie stand auch im Zentrum der erwähnten Autorenlesung Schelskys im WDR, zusammen mit seiner – im folgenden ebenfalls noch ausführlicher zitierten – Diagnose und Prognose jugendlichen Protestverhaltens.



¹¹² Vgl. den treffenden Kommentar bei Sontheimer, So war Deutschland nie, S. 44 ff.

¹¹³ Vgl. Schelsky, Skeptische Generation, S. 42 ff. ("Verhaltenssicherheit – Das Grundbedürfnis der Jugend in unserer Gesellschaft").

die revolutionäre Haltung verschwindet, so auch die eigentlich traditionalistische oder konservative: die strengen Formen sind allzu zerstört, als daß man sie noch im Ernst bewahren könnte. Was man retten, bewahren wird, sind einige Grundbestände, einige Sicherheiten, über deren illusionären Charakter man halb und halb Bescheid weiß. Vielleicht verwechselt man hie und da die vorhandene Restauration mit vermeintlicher Tradition, aber im Grunde sind die Linien in die Vergangenheit gleichgültig. Man wird sich auf keine Abenteuer einlassen, sondern immer auf die Karte der Sicherheit setzen, des minimalen Risikos, damit das mühselig und glücklich wieder Erreichte, der Wohlstand und das gute Gewissen, die gebilligte Demokratie und die private Zurückgezogenheit, nicht wieder aufs Spiel gesetzt wird. In allem, was man so gern weltgeschichtliches Geschehen nennt, wird diese Jugend eine stille Generation werden, eine Generation, die sich damit abfindet und es besser weiß als ihre Politiker, daß Deutschland von der Bühne der großen Politik abgetreten ist. Eine Generation, die sich auf das Überleben eingerichtet hat."¹¹⁵

Schelskys Bild liest sich in vielem wie eine jugendsoziologische Variante des CDU-Wahlslogans "Keine Experimente"¹¹⁶. Aber nicht nur die stark auf das Private gerichtete "sekuritätsbestimmte Grundstimmung"¹¹⁷ der fünfziger Jahre schwingt hier mit¹¹⁸. Spürbar ist auch die im Übergang von den vierziger zu den fünfziger Jahren Platz greifende Forderung nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit und die gesellschaftliche "Stille" (Hermann Lübbe) in der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich. Schließlich machte sich auch der gerade damals im Umfeld des "Kongresses für kulturelle Freiheit" aufkommende Topos vom "Ende der Ideologie" bemerkbar¹¹⁹.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹¹⁵ Schelsky, Skeptische Generation, S. 488 f.

Der Gedanke klingt nicht ganz abwegig, Schelskys Buchtitel und Jugendbild könnten aus werbestrategischen und "begriffspolitischen" Überlegungen sogar bewußt auch auf diesen Wahlslogan hin "zugeschnitten" worden sein. Daß der Wahlkampf in den verlegerischen Überlegungen durchaus eine Rolle spielte, zeigt das eingangs erwähnte Schreiben Peter Diederichs an Schelsky vom 10. 9. 1957 (wie Anm. 1). Hier hieß es mit Blick auf eine mögliche Absatzsteigerung durch gezielte Kontakte zum damaligen Referenten des Bundesinnenministeriums für den "Bundesjugendplan", Heiner Lades: "Wir möchten unsererseits Herrn Lades erst dann angehen, wenn ein größerer Teil Ihres Buches in Fahnen vorliegt. Auch ist es vielleicht besser, zunächst die Wahlen abzuwarten [sic!]." Im übrigen sprach Diederichs hier noch von dem "Reichs-Jugend-Plan"!

¹¹⁷ Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1987, S. 51.

Der Slogan "Keine Experimente", der sich seit dem 7. August 1957 "plötzlich über Nacht" auf den (Adenauer-)Plakaten der CDU fand (siehe die Abdrucke bei Kitzinger, Wahlkampf, S. 80 f.), war auch eine Antwort auf das SPD-Motto "Sicherheit für alle" gewesen (vgl. ebenda, S. 80, 106, 110).

Für die weite Verbreitung der Theorie vom "Ende der Ideologie" war das Buch des amerikanischen Soziologen Daniel Bell, The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties, Glencoe/Illinois 1960, grundlegend. Entwickelt wurde das gedanklich auf Bells Kollegen Edward Shils zurückgehende Konzept innerhalb der internationalen linksliberal-sozialdemokratischen Intellektuellen- und Politikerorganisation "Congress for Cultural Freedom" (CCF), die im Kalten Krieg als antikommunistischer und innerwestlich-reformorientierter "Brückenkopf" der USA fungierte und dabei dem "Westernisierungs"-Prozeß der deutschen Nachkriegsgesellschaft grundlegende Impulse gab. In Deutschland gehörten der – hier als "Kongreß für kulturelle Freiheit" bzw. als "Kongreß für die Freiheit der Kultur" firmierenden – Organisation unter anderem Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Otto Suhr, Ernst Reuter, Alexander Mitscherlich und Heinrich Böll an. Vgl. jetzt grundlegend Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der

Deutungsmuster zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik

Doch kann diese Markierung von Übereinstimmungen zwischen Schelskys Jugendporträt und Grundzügen des Zeitgeistes der fünfziger Jahre nur der erste Schritt zur Analyse der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Schlagwortes von der "Skeptischen Generation" sein. Vor allem ist nämlich zu fragen, wie die Konvergenz von Buchtitel und Zeitgeist im einzelnen aussah und funktionierte, wo sie Grenzen aufwies und auch Widerspruch hervorrief, und wie sie rückblickend zu bewerten ist. Mit anderen Worten: Wo genau lagen die Schnittmengen zwischen dem Jugend- und Eigenbild Schelskys, demjenigen der Gesellschaft sowie dem Mentalitätsprofil der jungen Generation selbst? Inwieweit waren diese Schnittmengen real vorhanden, und inwieweit waren sie das Ergebnis einer Art "Begriffspolitik"¹²⁰, die bestimmte mentale und habituelle Grundmuster akzentuierte und politisch beglaubigte?

Wichtige Anknüpfungspunkte für die Beantwortung dieser Fragen finden sich in den zeitgenössischen Kommentaren zu Schelskys Buch. "Das Überraschende bei der Betrachtung der skeptischen jungen Männer ist", so schrieb Bernd Nellesen im "Sonntagsblatt", "daß sich in ihnen die ältere Generation selbst porträtiert findet."121 Noch deutlicher wies Ernst Topitsch auf die subjektive, ja geschichtsphilosophische Einfärbung dessen hin, was Schelsky in der zitierten Schlüsselpassage als das sachliche Ergebnis einer empirischen Tatsachen- und Gegenwartsanalyse bilanziert und prognostiziert hatte. Denn Topitsch ließ seine Buchbesprechung in die Feststellung einmünden: "Schelskys Werk ist - wie viele bedeutende geisteswissenschaftliche Leistungen - mehr als eine bloße Untersuchung von Tatsachen. Es ist in gewissem Sinne auch ein Beitrag zur Auseinandersetzung der Kriegsgeneration, welcher der Verfasser ebenso angehört wie der Rezensent, mit ihrem eigenen Schicksal, und als solcher wurde er hier vor allem verstanden. "122 Diese Sichtweise Topitschs hatte aber durchaus kritische Untertöne, denn der Österreicher merkte auch an, die von Schelsky diagnostizierte "Skepsis" habe offenbar "gewisse Tiefenschichten der deutschen Seele nicht berührt": "Hinter Konformismus und Wirtschaftswundertüchtigkeit", so Topitsch, "lauert wohl doch eine tiefe Lebensverlegenheit, und um die unbewältigten und unverarbeiteten Erlebnisse des letzten Vierteljahrhunderts dürfte sich ein Verdrängungsprozeß in beinahe psychoanalytisch exaktem Sinne abspielen."

Topitschs Landsmann und Kollege, der Soziologe Leopold Rosenmayr (Jg. 1925), ließ 1959 ganz ähnliche Vorbehalte erkennen, auch wenn er diese noch zurückhaltender formulierte: "Der österreichische Rezensent fühlt sich nicht kompetent, sich in die innerdeutsche Diskussion zu mischen, die hier mit solch globalen Begriffen



Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998; ferner den daran anknüpfenden Abriß bei Doering-Manteuffel, Wie westlich, S. 75 ff.

¹²⁰ Zu Schelskys generellem Faible und Talent für einprägsame Formeln des Zeitgeistes vgl. auch Schäfer, Nivellierte Mittelstandsgesellschaft, bes. S. 132 ff., und Rehberg, Freyer, S. 87 f., der ebenfalls von "Begriffspolitik" spricht.

¹²¹ Wie Anm. 103.

¹²² Wie Anm. 108.

[wie ,stille Generation', ,Abtritt von der Bühne der großen Politik', ,Generation der Leistung und Anpassung' usw.] geführt wird. Allerdings entsteht der Eindruck, daß die Zurückhaltung und Skepsis Schelskys gegenüber der Jugend seiner Zeit auch mit in die Diagnose der Jugendlichen als skeptischer Generation eingeflossen ist."¹²³

Die Anmerkungen Rosenmayrs und Topitschs können zu folgender – heute klarer formulierbaren – Beobachtung überleiten: Wie gezeigt, hatte Schelsky erstens eine scharfe Grenze speziell zwischen der politischen HJ-Generation und der Wiederaufbaujugend gezogen. Zweitens hatte er diese Jugend dann letztlich positiv dargestellt – als desillusioniert und entideologisiert (ja "antiidealistisch"), "unpolitisch-demokratisch"¹²⁴ und national-bescheiden, angepaßt und lebenstüchtig, sicherheits- und gegenwartsorientiert und damit schließlich auch gleichgültig gegenüber den "Linien in die Vergangenheit". Diese doppelte Akzentsetzung wird man auch als Ergebnis einer "Identitätsarbeit"¹²⁵ Schelskys in eigener Sache interpretieren dürfen. In ihr verband sich eine ernüchterte Anerkennung der Zäsur von 1945 als irreversiblem Epochenbruch mit einer starken Identifikation mit dem posttotalitären "Projekt Bundesrepublik", das auch nach außen, gegenüber den Nachbarn Deutschlands, wieder vorzeigbar schien.

Beide Elemente der Identitätsarbeit waren aber aufgrund der eigenen nationalsozialistischen Biographieanteile und ihrer subjektiven wie öffentlichen Zurückdrängung im Umbruch des Jahres 1945 nicht hinreichend selbstkritisch und systematisch aufeinander bezogen. Das fehlende Glied zwischen beiden wurde von Schelsky durch den "Sprung" in das "Projekt Bundesrepublik" überbrückt. Bei diesem Sprung – einer Mischung aus Verdrängung und "Eskapismus"¹²⁶ – half ihm die "Skeptische Generation", die der Soziologe nicht zuletzt deshalb konstruierte, weil er über sie auch selbst Verhaltenssicherheit zurückgewinnen konnte! Aus diesem Angebot resultierte die Zugkraft seines Bildes von der "Skeptischen Generation" für viele andere Angehörige der mittleren und älteren Jahrgänge, und auch viele "45er" konnten sich mehr oder weniger stark mit Elementen dieses Bildes identifizieren. Dabei mochten sie sich vor allem in ihrem "antiideologischen Realitätsbedürfnis" bestärkt fühlen¹²⁷. Im Schlagwort von der skeptischen Generation konvergierte also Schelskys individuelle Identitätsarbeit mit einem gleichgerichteten kollektiven



Leopold Rosenmayr, ", Skeptische Generation" – oder Skepsis der älteren Generation", in: Wort und Wahrheit. Monatsschrift für Religion und Kultur 14 (1959), S. 388–390, Zitat S. 390 (Hervorhebung v. Verf.). Zur späteren Auseinandersetzung Rosenmayrs mit Schelsky siehe Anm. 33; ferner Helmut Schelsky, Zur Diskussion der Jugendsoziologie. Stellungnahme zu einem Buch und einer Rezension, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 17 (1965), S. 400–406.

¹²⁴ Schelsky, Skeptische Generation, S. 451.

¹²⁵ Treffende Umschreibung Arno Klönnes in einem Brief an den Verf. v. 21. 3. 1998.

Begriff in Anlehnung an: Ulf Diederichs an den Verf. v. 24. 2. 1998. Bei der Option seines Onkels Peter Diederichs für den Buchtitel "Skeptische Generation" habe wohl auch "ein gewisser "escapism", die Ernüchterung eines Verlegers, der in jungen Jahren partiell der NS-Ideologie aufgesessen war, eine Rolle gespielt".

¹²⁷ Dieses Bedürfnis leitete etwa die 45er unter den bundesdeutschen Nachkriegssoziologen bei ihrer entschiedenen "Wendung zur Sache" bzw. "zur empirischen Sozialforschung". Vgl. Heinz Bude/

Bedürfnis in Teilen der westdeutschen Gesellschaft. Sie fanden in Schelsky einen "Souffleur"¹²⁸, der ihnen ein identifikationsfähiges Selbstdeutungsangebot machte und so – gemeinsam mit seinem Verleger Peter Diederichs – auch begriffs- und vergangenheitspolitisch wirksam wurde¹²⁹.

Diese Breitenwirkung müßte allerdings noch stärker, als dies im folgenden geschehen kann, ausdifferenziert werden. Denn einerseits fühlten sich Angehörige durchaus verschiedener Alterskohorten als "Skeptische Generation": die Geburtsjahrgänge um 1910 ebenso wie die Weimarer und frühen NS-Jahrgänge. Andererseits fiel die Selbstzuschreibung aber gerade wegen dieser Altersunterschiede, die ja auch für Abstufungen im individuellen Verhalten unter Hitler standen – vom exponierten Handlanger, Täter oder Kriegsteilnehmer bis zum einfachen Hitlerjungen oder Flakhelfer –, keineswegs immer deckungsgleich aus. Sie ging vielmehr mit divergierenden Konnotationen, Akzentsetzungen und lebenspraktischen Konsequenzen einher. In diesem Sinne erlebte der Leitbegriff "Skepsis" verschiedene Lesarten¹³⁰, wobei Schelsky die eskapistische Variante favorisierte: Sie verengte den Begriff auf seine antiideologische und antitotalitäre Komponente hin und wertete diesen Einstellungswandel zusammen mit dem erfolgreichen Wiederaufbau als (hinreichende) "Auseinandersetzung" mit der eigenen NS-Vergangenheit.

Dieses Ergebnis der mentalen Standortsuche und -bestimmung Schelskys wurde sicher nicht zufällig gerade von einem ausländischen Beobachter besonders klar registriert: 1960 bezeichnete der Herausgeber der angelsächsischen Kulturzeitschrift "Encounter", Melvin J. Lasky (Jg. 1920), Schelskys Studie als "a rather representative product of the post-war German mind" und als "the grand defence of young Germany today"¹³¹. Der Autor – von Lasky auch als der "David Riesman of Ger-

¹³¹ Melvin J. Lasky, "Adventure in the normal", in: The Guardian vom 25. 5. 1960 (auch für die folg. Zitate).



Friedhelm Neidhardt, Die Professionalisierung der deutschen Nachkriegssoziologie, in: Bolte/Neidhardt, Soziologie, S. 405-418, hier S. 407 f.

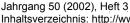
¹²⁸ Claus Leggewie, Die 89er. Porträt einer Generation, Hamburg 1995, S. 89.

Die Gesellschaftsgeschichte zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik müßte sicher noch systematischer auf weitere Selbstdeutungsangebote und -muster dieser Art untersucht werden. Zu denken wäre etwa an den zweiten berühmten Topos von Schelsky: die "nivellierte Mittelstandsgesellschaft", aber auch an Begriffe wie "technisches Zeitalter" (Gehlen/Freyer), "Masse" (Ortega y Gasset) oder "Abendland". Zur Wirkungsgeschichte der letztgenannten Kategorie vgl. etwa bereits Schildt, Abendland, bes. S. 21 ff. Für ein generelles diskursanalytisches Verständnis der Ausformung und Wirkungsweise von "Deutungsmustern" jetzt innovativ Georg Bollenbeck, Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters, Frankfurt a. M./Leipzig

Wichtige Anknüpfungspunkte für eine kritische Ausdifferenzierung des facettenreichen Begriffs bietet etwa Rolf Schörken (Jg. 1928), "Schülersoldaten" – Prägung einer Generation, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 456–473, hier S. 471 ff. Bei Schörken fehlt z. B. ausdrücklich die Akzentuierung eines "antiideologischen Realitätsbedürfnisses" (Bude/Neidhardt, Professionalisierung, S. 408), da er die Luftwaffenhelfer – und damit auch seine eigene Generation – gerade nicht als "ideologisierte Generation" sieht, "einfach aufgrund ihres halbkindlichen Alters und des isolierten Lebens in den Flakstellungen". Daher sei auch "nichts in ihrem Verhalten […] von der Ideologie her bestimmt"! Ebenda, S. 471.

many" bezeichnet¹³² – sei "temperamentally very much like his protagonists", "he seems to be happy with them, and they are very happy with themselves". Lasky konnte auch nachfühlen, daß Schelsky die Erinnerung daran genoß, wie er einige Jahre zuvor auf einer deutschen Soziologen-Tagung miterlebt hatte, daß der amerikanische Soziologe Howard Becker seine 1946 aufgestellte Prognose von einer Kontinuität der "fanatical young Nazi "Werwolves" und der "desparate Teutonic delinquents" zurückgenommen hattel³³. Schließlich bezeichnete der Rezensent die "Skeptische Generation" als "a triumph of post-war Adjustment" – und damit im Grunde als eine gelungene Anpassungsleistung an die westliche Wertegemeinschaft. Dieses Urteil paßte zu Lasky, wenn man bedenkt, daß gerade er als Begründer (1948) und langjähriger Herausgeber des in Berlin erscheinenden Intellektuellenmagazins "Der Monat" ein wichtiger Motor des Kongresses für kulturelle Freiheit war, von dem viele "Westernisierungs"-Impulse für die bundesdeutsche Politik und Gesellschaft ausgingen.¹³⁴

Das Problem der von Schelsky ausgeblendeten Kontinuitätslinien zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik wurde von den zeitgenössischen Rezensenten am deutlichsten von Kurt Hirsch im sozialdemokratischen "Vorwärts" angeschnitten¹³⁵: Hirsch vermißte eine Auseinandersetzung mit der "verhängnisvolle[n] Wirkung der HJ-Erziehung und d[er] Tatsache, daß in den letzten Monaten des Dritten Reiches aus Kindern Volkssturmmänner gemacht wurden. Sollte der Tatbestand", so fragte er, "daß 16jährige und manchmal noch Jüngere bewaffnet wurden, und die sich daraus ergebenden geistigen Nachwirkungen etwa nicht zum Problem der Jugend in der modernen Gesellschaft gehören?" Der Rezensent des "Vorwärts" störte sich darüber hinaus an einer Buchpassage, in der Schelsky von einem durch die alliierte Entnazifizierungspolitik hervorgerufenen "allgemeine[n] psychologische[n] Mißtrauensklima" sprach, das auch die Nachkriegsjugend belastet habe. Diese Bemerkung sagte für Hirsch mehr über die Befindlichkeit Schelskys im Jahre 1957 als über die tatsächliche Situation der Jugend nach 1945 aus. Entsprechend sah er sich veranlaßt, daran zu erinnern, daß die von Schelsky kritisierte Politik "eine Folge des NS-Regimes und des Krieges war"; eine "der Folgen, über die der Autor mit beachtlicher Diskretion" hinweggegangen sei.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹³² Vgl. Riesman/Denney/Glazer, Die einsame Masse.

Hier nahm Lasky Bezug auf Schelsky, Skeptische Generation, S. 135 f., wo dieser nicht nur die angeführten Voraussagen aus dem bekannten Buch von Howard Becker, German Youth: Bond or Free, London 1946, S. 217 ff., referierte, sondern auch Passagen aus Beckers "Korrekturen" auf dem 9. deutschen (und ersten Nachkriegs-)Soziologentag in Tübingen 1949 wiedergab. Schelsky zitierte nach: Jugendpflege und Jugendbewegung einst und heute, in: Verhandlungen des 9. Deutschen Soziologentages, Tübingen 1949, S. 47 ff. Ganz ähnlich hatte sich Becker aber auch bereits in dem Vorwort und neuen Schlußkapitel ("Selbsterlösung. Pläne und Richtlinien, 1948") der überarbeiteten deutschen Ausgabe seines Buches geäußert. Vgl. ders., Vom Barette schwankt die Feder. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung, Wiesbaden 1948, S. 9 f., 267 ff.

¹³⁴ Vgl. Hochgeschwender, Freiheit, bes. S. 150 ff.

¹³⁵ Kurt Hirsch, "Frei zu ungewöhnlicher Lebenstüchtigkeit. Die geistige Situation unserer Jugend aus der Sicht des Soziologen", in: Vorwärts, 14.3. 1958 (auch für die folg. Zitate).

Weit mehr als das Problem der "Vergangenheitsbewältigung" reizte die Zeitgenossen allerdings, wie bereits angedeutet, der Buchtitel zum Widerspruch, und dies in mehrfacher Hinsicht: Viele kritisierten die pauschale Etikettierung "der" Jugend als skeptisch und unpolitisch¹³⁶. Andere sahen in dem Schlagwort einen "Deckel", der nicht wirklich auf den "Topf" paßte, denn in dem Buch gehe es mehr um die Anpassung der Jugend an die gesellschaftlichen Realitäten - ja bisweilen um eine Art Überanpassung, die der Jugendrolle nicht angemessen sei. Barbara Klie beispielsweise schrieb in der evangelischen Wochenzeitung "Christ und Welt", "der junge Mensch der Zukunft" sei offenbar "schon als bartloser Jüngling ein mißtrauischer Privatier"137. Und Robert Frohn fragte im "Rheinischen Merkur", ob es neben einer gewissen Anpassung an die gesellschaftlichen Normen "nicht gleich wichtig" sei, "den Jugendlichen instand zu setzen, sich gegen den Sog der Gesellschaft zu behaupten"138. Karl Korn (Jg. 1908) von der "FAZ" schließlich kritisierte in seinem vielbeachteten Kommentar Schelskys Tendenz, "der Industriegesellschaft als dem Daseinshorizont, in dem wir leben, zu viel Recht einzuräumen". Es komme Schelsky "sehr darauf an, daß der Jugendliche seine "Rolle" lerne". Manchmal habe der Leser den Eindruck, daß das, was der Soziologe "Skepsis" nenne, in Wirklichkeit eben "Anpassung an die nun einmal übermächtige Macht der Gesellschaft" sei. "Skepsis" aber, so Korn, "komm[e] aus autonomem Denken"139.

In Korns Kommentar konnte sich auch Arno Klönne (Jg. 1931) wiederfinden. Er besprach Schelskys Buch für die Gewerkschaftszeitschrift "Solidarität"¹⁴⁰. Klönne, selbst jugendbündisch sozialisiert und politisch nicht zuletzt in der frühen Ostermarsch-Bewegung der Atomwaffengegner¹⁴¹ außerordentlich aktiv, hatte 1955 bei dem Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth in Marburg mit einer Arbeit über

¹⁴¹ Vgl. Arno Klönne/Jürgen Reulecke, "Restgeschichte" und "neue Romantik". Ein Gespräch über Bündische Jugend in der Nachkriegszeit, in: Kersting (Hrsg.), Jugend, S. 87–103.



¹³⁶ Am deutlichsten Sonnemann, Generation.

Barbara Klie, Die Jugend setzt sich ab. Zu dem Buch des Hamburger Soziologen Helmut Schelsky über die "Skeptische Generation", in: Christ und Welt vom 6. 3. 1958. Das Belegexemplar der Rezension wurde im Diederichs Verlag damals mit der handschriftlichen Randnotiz "sehr kritisch" versehen!

¹³⁸ Robert Frohn, Angepaßte Jugend? Zu Schelskys Buch "Die skeptische Generation", in: Rheinischer Merkur vom 27. 6. 1958. Ganz ähnlich auch die Kritik des Rezensenten Chr. Walther, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 5 (1959), S. 309-312, sowie von A. Schardt, Schelsky – oder der Mythos der Soziologie, in: Die neue Ordnung 2 (1958), S. 155-157, der sich "gegen den Pragmatismus einer industriekonformen Jugendbeschreibung" (S. 157) wandte.

¹³⁹ Korn, Skeptische Jugend. Auf Korns Kritik und seine Skepsis gegenüber der "Skepsis" bei Schelsky nahmen z.B. Bezug: Ommo Grupe, Ist die "skeptische Generation" wirklich skeptisch? Ein Diskussionsbeitrag zu dem Buch von Helmut Schelsky: Die skeptische Generation, in: Leibeserziehung, Juni 1958, S. 175-179, hier S. 178; Wolfgang Fischer, Gesegnete Banalität, in: deutsche jugend 6 (1958), S. 281-283, hier S. 283; Erich Thier, Die skeptische Generation und die Frage des Berufes. Ein Ansatz zur Auseinandersetzung mit der skeptischen Soziologie, in: Die Mitarbeit (Berlin) (1958), H. 3, S. 123-129, hier S. 125.

¹⁴⁰ Vgl. Arno Klönne, Generation der Anpassung?, in: Solidarität (Düsseldorf) (1958), H. 6.

die Hitlerjugend promoviert¹⁴² und anschließend im Auftrag des hessischen Jugendrings die erste größere Studie zur Jugendopposition im NS-Staat verfaßt¹⁴³. Er repräsentierte jene Teilgruppe der "skeptischen" 45er-Generation, die zwar das Mißtrauen gegenüber jeder erneuten ideologischen Vereinnahmung mit der Mehrheit ihrer Altersgenossen und Väter teilte, daraus aber eben nicht die von Schelsky diagnostizierten bzw. gewünschten Schlüsse zog. Sie engagierte sich vielmehr für eine Demokratie mit aktiver Bürgerbeteiligung und kritischer Reflexion über die NS-Zeit und war so auch eine wesentliche Triebkraft des im letzten Drittel der fünfziger Jahre einsetzenden Wandels im Umgang mit der Vergangenheit¹⁴⁴.

Die wissenschaftliche Form dieser Reflexion läßt sich mit "Zeitgeschichte als 'kritischer Aufklärungsarbeit" umschreiben, wie sie ab Mitte der fünfziger Jahre neben Klönne etwa auch Martin Broszat (Jg. 1926) in Angriff nahm¹⁴⁵. "Hätte ich nicht dieser HJ-Generation angehört und ihre spezifischen Erfahrungen gemacht", so Broszats aufschlußreicher Rückblick in seinem bekannten Briefwechsel mit Saul Friedländer, "wäre es für mich nach 1945 wahrscheinlich nicht ein solches Bedürfnis gewesen, mich so kritisch und, wie wir damals empfanden, zugleich mit 'heiliger Nüchternheit' mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen." ¹⁴⁶ Die publizistische Variante der Befassung der "45" mit den Erblasten der NS-Zeit fand ihren prägnanten Ausdruck in dem 1956 von den beiden Redakteuren Helmut Hammerschmidt (Jg. 1920) und Michael Mansfeld (Jg. 1927) veröffentlichten Buch "Der Kurs ist falsch" ¹⁴⁷. Es bündelte "Kommentare und Dokumentarsendungen" ¹⁴⁸, in denen die beiden Verfasser bereits seit 1951 im Bayerischen Rundfunk all jene Themen angepackt hatten, die dann in der Folgezeit auch eine breitere Öffentlichkeit auf dem



¹⁴² Vgl. Arno Klönne, Hiderjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover/ Frankfurt a. M. 1956. Schelsky hatte diese Arbeit Klönnes noch mit rezipiert. Vgl. ders., Skeptische Generation, S. 72, 82 f., 503, 514.

Vgl. Arno Klönne, Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich, Hannover/Frankfurt a. M. o. J. [1958]. Es folgten zahlreiche weitere Arbeiten zum Thema. Vgl. auch Karl Heinz Jahnke, Beispiel und Herausforderung. Arno Klönnes Forschung über den Jugendwiderstand im Nationalsozialismus, in: Peter Ulrich Hein/Hartmut Reese (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Festschrift zum 65. Geburtstag von Arno Klönne, Frankfurt a. M. 1996, S. 79-85. Jahnkes Beitrag gehört zum ersten Teil der Festschrift, der mit "Kulturelle Impulse einer "skeptischen Generation" überschrieben ist.

¹⁴⁴ Zu den weiteren vielfältigen Ursachen und Indikatoren dieses Klimawechsels um 1957/59 vgl. die Literatur in Anm. 31.

Vgl. Hans Mommsen, Die Gegenwart als Geschichte. Zeitgeschichte als "kritische Aufklärungsarbeit". Zur Erinnerung an Martin Broszat (1926–1989), in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 141–157; Klaus-Dietmar Henke/Claudio Natoli (Hrsg.), Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1991.

¹⁴⁶ Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die "Historisierung des Nationalsozialismus". Ein Briefwechsel, in: VfZ 36 (1988), S. 339-372, hier S. 361 (Brief vom 4. 12. 1997).

Ygl. Helmut Hammerschmidt/Michael Mansfeld, Der Kurs ist falsch, Wien/München/Basel 1956. Auf dieses Buch hat zu Recht Axel Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Loth/Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik, S. 19-54, hier S. 37, Anm. 67, aufmerksam gemacht.

¹⁴⁸ Hammerschmidt/Mansfeld, Kurs, S. 6.

Felde der "Vergangenheitsbewältigung" zu beschäftigen begannen. Als ein weiteres Beispiel, jetzt aus dem verbandspolitischen Raum, sei schließlich jener große Buskonvoi der Berliner "Falken" nach Auschwitz und Birkenau erwähnt, mit dem die SPD-Jugendorganisation 1959 die Gedenkstättenbewegung begründete und gleichzeitig auch das Eis brach für erste organisierte westdeutsche Jugendkontakte nach Osteuropa¹⁴⁹.

Zweifellos konnte sich Arno Klönne der Zustimmung dieser Vertreter seiner Generation sicher sein, als er – ebenfalls mit Hinweis auf Karl Korn – für die Jugend eine Skepsis reklamierte, die diesen Namen wirklich verdiente, und also auch zu nonkonformistischer Gesellschaftskritik und -veränderung befähigte und dabei die "Linien in die Vergangenheit" sehr wohl reflektierte. Schelsky aber könne sich jugendliche Ausbruchsversuche nur als "sinn-" und damit "erfolglose Rebellionen" vorstellen¹50. Hier spielte Klönne auf Schelskys Interpretation des Halbstarken-Phänomens sowie auf seine Prognose an, wie Jugendproteste in der Zukunft aussehen würden.

"Skeptische Generation" und 68er-Bewegung

Schelsky hatte in diesem Zusammenhang kritisiert, daß in das "aus publizistischen Gründen aufgeblasene Schlagwort" von den "Halbstarken" "so ziemlich alles hineingestopft" worden sei, "was den Erwachsenen [...] einmal wieder" als sogenannter Jugend-"Notstand" oder zumindest als "unerfreulich" oder "unverständlich" aufgefallen sei: "von der Jugendkriminalität über die Jugendverwahrlosung, von Jugendstreichen und -flegeleien bis zu dem Konsumrowdytum gelegentlicher Alkoholexzesse, von den Jazzfans und Beboptänzern bis zu den Motorradrasereien und den Krawallen und Aufläufen"¹⁵¹. Diesem pauschalen Umgang mit dem Halbstarken-Phänomen hatte er dann folgende bemerkenswerte Interpretation entgegengestellt¹⁵²:

"Vor allem scheint mir der emotional und momentan explosive Protestcharakter des Krawallverhaltens als eine ungeplante, aber in vitalen Bedürfnissen verwurzelte Ausbruchsreaktion der Jugendlichen gegen die manipulierte Befriedigung des modernen Lebens und gegen den unangreifbaren Konformitätsdruck der modernen Gesellschaft bemerkenswert. Man könnte, um auf die soziologisch wichtigste Wurzel dieser Erscheinungen hinzuweisen, den Titel der Schrift Bondys [Jugendliche stören die Ordnung']¹⁵³ umdrehen: Die Ordnung stört die Jugendlichen. [...] Das selbstverständliche Anliegen der Jugend, die Autoritäten der Ordnung zu provozieren, ist in unserer

150 Vgl. Klönne, Generation.

151 Schelsky, Skeptische Generation, S. 495.

¹⁵³ Gemeint ist: Cure Bondy/Jan Braden/Rudolf Cohen/Klaus Eyferth, Jugendliche stören die Ordnung. Bericht und Stellungnahme zu den Halbstarkenkrawallen, München 1957.



¹⁴⁹ Vgl. Heinz Westphal, Jugendverbände und der Deutsche Bundesjugendring auf dem Weg in die internationale Gemeinschaft, in: Reulecke (Hrsg.), Rückkehr, S. 103-123, hier S. 120 f.

¹⁵² Der Pädagoge Heinrich Weinstock bezeichnete diese Passage in seinem Rundfunkkommentar (wie Ann. 104) als "die lehrreichste der ganzen Untersuchung".

Gesellschaft nicht allzu leicht zu verwirklichen; die aufgeklärten und ängstlichen Eltern und die psychologisch versierten Lehrer lassen sich kaum noch provokatorisch reizen; vielleicht liegt ein Geheimnis der Halbstarkenkrawalle darin, daß man hier eine der letzten Autoritäten provozieren konnte, die noch pflichtgemäß mit einer zwangsweisen Aufrechterhaltung der Ordnung reagieren: die Polizei [...]. Diese vitalen, nicht programmierbaren Protestbedürfnisse der Jugend müssen sich gerade mit der Konsolidierung der industriellen Gesellschaft steigern. Ich erwarte eine "sezessionistische' Jugendgeneration, gekennzeichnet durch eine Welle ,sinnloser' Ausbruchsversuche aus der in die Watte manipulierter Humanität, überzeugender Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt gewickelten modernen Welt. [...] [Diese] Ausbruchsversuche einer kommenden Generation [werden] nicht sozial programmierbar sein. Nichts wäre falscher, als diese Proteste gegen die soziale Anpassung als Vorboten radikaler politischer oder sozialer "Bewegungen" der Jugend zu deuten. [...] Ich bin überzeugt, daß die Phantasie der jugendlichen Ausbruchsversuche aus der Welt in Watte, die man ihr zumutet, aller praktischen Weisheit der Pädagogen, Politiker, Psychologen und Soziologen der Anpassung überlegen sein wird."154

Im Grunde gab Schelsky damit eine erstaunlich frühe Prognose der 68er-Protestbewegung, wenngleich er sich auch hinsichtlich der politisch-sozialen Dimension und Folgen dieser Bewegung offenkundig irrte. Diese Fehldeutung war nicht zuletzt ein Reflex des Selbst-, Fremd- und Wunschbildes von der "Skeptischen Generation". Nicht zufällig prägte dieses Bild daher auch die Art und Weise mit, in der Schelsky und andere Angehörige der älteren und mittleren Generation - wie Werner Conze (Jg. 1910), Heinz Gollwitzer (Jg. 1917), Richard Löwenthal (Jg. 1908), Wilhelm Hennis (Jg. 1923), Erwin K. Scheuch (Jg. 1928) oder Hermann Lübbe (Jg. 1926) auf den Umbruch und Protest der "68er Jahre" reagierten. Sie bezogen in dem "Unruhe"-Diskurs¹⁵⁵, wie er sich in Folge der "kritischen Ereignisse"¹⁵⁶ vom 2. Juni 1967 (Tod Benno Ohnesorgs) und 11. April 1968 (Attentat auf Rudi Dutschke) sowie vor dem Hintergrund des Konflikts um die Notstandsgesetze rasch entwickelte, eine zunehmend skeptische und ablehnende Position. Nicht wenige von ihnen "konvertierten" nach "68" von bis dahin liberalen oder sozialdemokratischen Positionen zum Konservatismus und schlossen sich dann im "Bund Freiheit der Wissenschaft" zusammen¹⁵⁷.



¹⁵⁴ Schelsky, Skeptische Generation, S. 495-497.

¹⁵⁵ Dieser wird ausführlicher analysiert und dokumentiert bei Franz-Werner Kersting, "Unruhe"-Diskurs. Zeitgenössische Deutungen der 68er-Bewegung, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch (im Druck).

Ein Begriff des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, den jetzt vor allem Ingrid Gilcher-Holtey in die westdeutsche Forschung zur 68er-Bewegung eingeführt hat. Vgl. dies., Mai 68 in Frankreich, in: Dies. (Hrsg.), 1968, S. 11-34, bes. S. 19 f.

¹⁵⁷ Vgl. Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 244 f. Zeitgenössisch: Hans Maier/Michael Zöller (Hrsg.), Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongreß in Bad Godesberg am 18. November 1970, Köln 1970.

Für sie zeichnete sich "in dem allgemeinen Protest der Studenten eine spezifisch deutsche und beunruhigende Komponente" ab¹⁵⁸. In ihrer Diagnose, die in dem Begriff der "deutschen Unruhe"¹⁵⁹ – verstanden als Teil einer "ungeheuren Bewußtseinsveränderung" von geradezu "kulturrevolutionärem" Ausmaß¹⁶⁰ – kulminierte, flossen vier Perspektiven zusammen: Erstens sahen sie Demokratie und Gesellschaft in der Bundesrepublik bereits in einem (hinreichend) reformorientierten Wandel begriffen. Dieser Wandel, ja die zweite deutsche Demokratie insgesamt, erschien ihnen nun elementar gefährdet und bedroht, da sie – zweitens – in der Protestbewegung vor allem das Produkt einer umfassenden Systemveränderungsstrategie linker Ideologen erblickten, die mit dem Schlagwort von der "Demokratisierung" operierten und mit der sogenannten "Drittelparität" an den Hochschulen wichtige Einflußpositionen gewinnen wollten. Drittens werteten sie die Sympathie für die Revolte, die sie selbst in konservativen Teilen der Öffentlichkeit beobachteten, bereits als ersten Teilerfolg der antidemokratischen Strategie.

Da zum selben Zeitpunkt auch die NPD erste Wahlerfolge feierte, prognostizierten sie die Renaissance eines "deutschen Sonderweges": "Rechts und links", so schien es ihnen, "f[a]nden sich wieder einmal zusammen in der Abneigung gegen Freiheit und Vernunft"¹⁶¹.

Aus diesem Blickwinkel interpretierten sie den politisch-sozialen Protest an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren – viertens – als Antwort bzw. Angriff auf die "skeptische" und damit auch auf ihre eigene Generation¹⁶². Ihr Souffleur Helmut Schelsky, der mit seiner einfühlsamen Deutung des Halbstarken-Phänomens noch "auf der Seite der Jugend" gestanden hatte¹⁶³, sah jetzt in der "68er"-Bewegung "genau die ideologische Weltsicht und Verhaltenssteuerung wieder" am Werk, "von der die "Skepsis' der vorhergehenden Generation sich durch bittere Generationserfahrungen befreit hatte"¹⁶⁴. Unter solchen erfahrungs- und mentalitätsgeschichtlichen Vorzeichen konnte "1968" geradezu traumatisch wie ein zweites

So Schelsky im Vorwort zur TB-Ausgabe der "Skeptischen Generation" (wie Anm. 18, hier S. IX). Ähnlich äußerte sich 1967 Günter Gaus (Jg. 1929) in einem Gespräch mit Rudi Dutschke (Jg. 1940): "Der Unterschied zwischen Ihrer Generation und der Generation der Vierzig- bis Fünfzigjährigen scheint mir darin zu bestehen, daß Sie, die Jüngeren, die aus den vergangenen Jahrzehnten gewonnene Einsicht in die Verbrauchbarkeit der Ideologien nicht besitzen." Zit. nach: Moses, Die 45er, S. 246. Auch Joachim Fest (Jg. 1927) hat eine vergleichbare Position bezogen. Kritisch dazu Buckmiller, Schwieriger Anfang, in: Ders./Perels (Hrsg.), Opposition, S. 23 f.



¹⁵⁸ Erwin K. Scheuch, Schlechte Zeiten für die Vernunft, in: Hermann Glaser/Axel Silenius (Hrsg.), Protest der Jugend. Analysen – Meinungen – Retrospektive – Diskussion, Frankfurt a. M. 1968, S. 35-40, Zitat S. 37.

¹⁵⁹ Vgl. Wilhelm Hennis, Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969.

¹⁶⁰ Wilhelm Hennis, Demokratisierung - Zur Problematik eines Begriffs, Köln/Opladen 1970, S. 9.

¹⁶¹ Scheuch, Schlechte Zeiten, in: Glaser/Silenius (Hrsg.), Protest der Jugend, S. 39.

¹⁶² Zu diesem spezifisch generationellen "Frontverlauf" der 68er-Konfliktlinien schon sehr deutlich: Erwin K. Scheuch, Zur Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesell-schaft. Eine kritische Untersuchung der "Neuen Linken" und ihrer Dogmen, Köln 1968, S. 7-12, hier S. 10 f.

¹⁶³ Vgl. erneut Dohmens Rundfunkkommentar (wie Anm. 95).

"1933" wahrgenommen werden¹⁶⁵, zumal viele studentische Aktivisten tatsächlich äußerst selbstgerecht und intolerant agierten und zu bedenklichen Formen der Konfliktaustragung griffen. Die wachsende Unduldsamkeit, mit der viele Ältere ihrerseits auf den Jugendprotest reagierten, dürfte aber zumindest bei Schelsky auch ein Reflex der so lange verdrängten eigenen Intoleranz als junger SA-Student gewesen sein¹⁶⁶.

Daß die beschriebene Perzeption der Protestbewegung jetzt Teil eines regelrechten "Unruhe"-Diskurses über die antiautoritäre Herausforderung von Demokratie und Gesellschaft wurde, läßt sich schließlich ebenfalls nicht zuletzt auf die Wirkungen der Jugendstudie Schelskys zurückführen. Denn weite Kreise der Gesellschaft hatten, auch bedingt durch den anhaltenden Verkaufserfolg des Werkes¹⁶⁷, das pauschale Bild von einer eher angepaßten, politisch desinteressierten, ja lethargischen "Ohne-mich-Jugend" mit in die sechziger Jahre genommen. Abweichende fachwissenschaftliche Befunde, wie sie schon 1961 ein Autorenteam um Jürgen Habermas mit der Studie "Student und Politik" zu Tage gefördert hatte¹⁶⁸, waren dagegen nicht breit rezipiert worden, so daß die Öffentlichkeit reichlich aufgeschreckt, beunruhigt und verunsichert reagierte, ja wie aus allen Wolken fiel, als die Jugend auf die Straße ging und politische Forderungen erhob. Mit anderen Worten: Die Zeiten der eigenen Verhaltenssicherheit, die das Bild von der "Skeptischen Generation" gestiftet hatte, waren vorbei.



¹⁶⁵ Zu den Nachwirkungen dieses "Traumas" vgl. u.a. Politikwissenschaft als Disziplin. Zum Weg der politischen Wissenschaft nach 1945. Wihelm Hennis im Gespräch mit Gangolf Hübinger, in: Neue Politische Literatur 44 (1999), S. 365–379, bes. S. 374.

Schelsky hatte sich am 12.5. 1933 als Leipziger Student im Seminar des Pädagogen Theodor Litt in SA-Uniform rassistisch-antisemitisch geäußert und war – nach Litts Aussagen – auch an gewaltsamen Aktionen im Frühjahr 1933 in Leipzig beteiligt. Vgl. Schäfer, Soziologie, S. 653. Die Radikalität des jungen NS-Aktivisten Schelsky zeigte sich auch in seiner Bekenntnisschrift "Sozialistische Lebenshaltung", Leipzig 1934, wo es u.a. hieß: "Wahrer Sozialismus ist es, Leute, die für das Volk ihre Leistung nicht erfüllen oder es gar schädigen, auszuschalten oder sie sogar zu vernichten. Eine sozialistische Tat ist so z. B. die Unfruchtbarmachung von unheilbar erblich belasteten Menschen oder die Erziehung einer Presse, die ihre Aufgaben für die Volksgemeinschaft nicht erfüllte, durch die Zensur. Eine härtere und strengere Rechtsprechung für alle Verbrechen gegen die Gemeinschaft des Volkes ist ebenfalls die Folge einer wahrhaft sozialistischen Gesinnung, weil hier die Gemeinschaft alles ist, der einzelne Mensch jedoch ohne Beziehung auf diese nichts." Zit. nach Schäfer, Soziologie, S. 650. Schelsky hat sich erst später öffentlich und selbstkritisch von diesen Auslassungen distanziert. Vgl. ebenda, S. 661, Anm. 16.

Hingewiesen sei hier noch einmal vor allem auf den Verkaufserfolg der 1963er-Sonderausgabe der "Skeptischen Generation", die auch eine zweite Welle von Buchkommentaren insbesondere im Rundfunk nach sich zog.

¹⁶⁸ Vgl. Jürgen Habermas/Ludwig von Friedeburg/Christoph Oehler/Friedrich Welz, Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied/Berlin 1961.

Diskussion

INGO HAAR

QUELLENKRITIK ODER KRITIK DER QUELLEN?

Replik auf Heinrich August Winkler¹

Heinrich August Winkler warf mir in seinem Artikel über "Hans Rothfels - ein Lobredner Hitlers?" vor, ich hätte eine Quelle aus dem Nachlaß des Historikers "voreingenommen" gelesen. Die Radiorede "Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart" sei von mir als "Schlüsselquelle" verwandt worden, um aus dem überzeugten Nationalisten Rothfels einen "Lobredner Hitlers" zu machen. Nun hat sich Winkler selbst mit dem Dokument beschäftigt und kommt zu dem Ergebnis, sein akademischer Lehrer Rothfels sei bis 1930 ein "Vernunftrepublikaner" gewesen, der erst danach auf die schiefe rechte Bahn geraten sei. Er findet in der fraglichen Quelle aber keine Anhaltspunkte für politische Dispositionen, die Rothfels als Gegner der Weimarer Republik und (nach dem 30. Januar 1933) als Befürworter der Regierung Hitlers erscheinen lassen. Ferner behauptet Winkler, ich hätte aus dieser Radiorede in Kombination mit zeitlich umliegenden Quellen die These abgeleitet, Rothfels habe ein Plädoyer für die Regierung Papen und ihren aggressiven Revisionskurs gegen Polen gehalten, obwohl diese zu diesem Zeitpunkt schon durch die Regierung Kurt von Schleichers abgelöst worden war. Schließlich erscheine der Königsberger Ordinarius in meiner Deutung sogar als ein Vordenker der Siedlungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Jedenfalls hätte ich das "suggeriert", obwohl sich Rothfels dafür eingesetzt habe, die Nationalitätenkonflikte zwischen Deutschen und Polen in Ostmitteleuropa im Rahmen einer neuen Staatenkonföderation friedlich beizulegen.

Im Kern geht es um die Frage, wie sich das politische und wissenschaftliche Engagement von Hans Rothfels in den letzten Jahren der Weimarer Republik bis zur Durchsetzung des NS-Regimes bewerten lässt. Während ich der Meinung bin, Hans Rothfels habe sich vor 1932 dem radikalen Lager Franz von Papens und Freiherr von Gayls angeschlossen, um nach der Märzwahl 1933 und angesichts des bereits verhalten eingeschlagenen Aggressionskurses gegenüber Polen und Frankreich den Nationalsozialisten das Wort zu reden, sieht Winkler ihn eher im Schleicher-Lager verortet. Kurt von Schleicher ist zu Recht als letzter Widerstandsposten der bürger-

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



Vgl. Heinrich August Winkler, Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch "Historiker im Nationalsozialismus", in: VfZ 49 (2001), S. 643–652, bes. S. 664.

498 Ingo Haar

lichen Rechten gegen den Aufstieg Hitlers angesehen worden, der die Nationalsozialisten spalten und damit die Macht Hitlers in seiner Partei brechen wollte und außerdem nach Franz von Papens offenem Revisionskurs gegen Polen wieder den Ausgleich mit dem Westen zu suchen begann².

De facto läßt Winkler mit seinen weithin unbelegten Thesen den ganzen Forschungsstand unberücksichtigt. Die kritische Historiographiegeschichte ist schon lange davon abgerückt, sich auf das Bild von Rothfels zu stützen, das seine ehemaligen Königsberger Schüler Werner Conze und Theodor Schieder von ihm gezeichnet haben und das Winkler nun wieder aufleben läßt. Eine wichtige Etappe, die Rothfels-Apologie zu durchbrechen, bildete dabei die Feierstunde zum 100. Geburtstag von Hans Rothfels, die 1991 an der Universität Tübingen stattfand. Winfried Schulze zog damals die gleiche Ouelle wie ich als Beleg für seine These heran, daß Hans Rothfels im März 1933 das Hitler-Regime begrüßt habe. Er zitierte Rothfels folgendermaßen: "Der neue deutsche Staat" habe "den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung deutschen Bodens"3. Außerdem hob Schulze hervor, daß Rothfels' "Mitteleuropa"-Konzept, die neugebildeten Staaten unter dem Dach einer Konföderation zusammenzufassen, keinesfalls auf ein freiheitliches Konzept der europäischen Integration hinauslief, wie von seinen Schülern und Freunden immer behauptet worden ist. Schulze betonte in diesem Zusammenhang zu Recht. daß Rothfels' Föderationsmodell weniger nationalliberale als vielmehr autoritäre und imperiale Züge getragen habe. Er ordnete Rothfels dementsprechend der breiten politischen Strömung der konservativen Republikgegner unter den deutschen Historikern zu, die nach den gescheiterten Versuchen, die Präsidialkabinette in eine offene Rechtsdiktatur umzuwandeln, 1933 in das Lager der Nationalsozialisten übergegangen seien.

Verschiedene neue Studien, die sich explizit mit Rothfels' "Mitteleuropa"-Konzept auseinandergesetzt haben, weisen darauf hin, daß dieser unter dem Begriff der Konföderation keineswegs einen freiwilligen Zusammenschluss von Deutschland, Polen und den anderen neuen Nationalstaaten Osteuropas auf der Grundlage einer gleichberechtigten Staatengemeinschaft angestrebt habe. Rothfels wollte vielmehr auf einen Großstaat unter deutscher Führung hinaus, in dem ein Teil der polnischen Bevölkerung – unter Verlust der politischen Souveränität – zwar seinen Platz haben sollte, aber im Rahmen einer rückwärtsgewandten Ständeordnung, die den Machtanspruch der Deutschen gegenüber den Bürgern des zu zerschlagenden polnischen Nationalstaates realisieren sollte. Dieses Modell, das Arthur Moeller van den Bruck als Vordenker eines "Dritten Reiches" ebenso befürwortete wie seine Anhänger Max

Vgl. z.B. Theodor Schieder, Hans Rothfels zum 70. Geburtstag am 12. April 1961, in: VfZ 9 (1961), S. 117-123.



² Vgl. ebenda, S. 648.

Winfried Schulze, Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 83-98, hier S. 90.

Hildebert Boehm und Karl Christian von Loesch, war zutiefst antidemokratisch. Außerdem enthielt es im Kern den völkischen Gedanken von der Überlegenheit des deutschen Volkes⁵. Ähnlich argumentierte Winfried Schulze, der in Rothfels' Staatsund Konföderationsmodell ein Plädoyer für eine "berufsständische Organisierung der Gesellschaft" erblickte und tiefe "Skepsis gegenüber dem Phänomen der Massendemokratie" am Werke sah⁶. Er hielt deshalb auch die Vorwürfe der linksliberalen Emigranten unter den Historikern wie George W. F. Hallgarten und Eckart Kehr für verständlich⁷, daß Rothfels als radikalisierter Nationalist ab 1933 mit den Nationalsozialisten kooperiert habe, obwohl er als protestantischer Bürger durch das gleiche System, aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Eltern, zum "Volljuden" stigmatisiert worden sei.

Damit ist klar, daß meine These, Rothfels sei 1932/33 als Gegner der Republik und als Verfechter neuer außenpolitischer Ordnungsvorstellungen aufgetreten, der ab 1933 in große Nähe zum Nationalsozialismus geraten ist, keine isolierte Position, sondern vielmehr Forschungsstand ist. Darauf aufbauend soll nun gezeigt werden, inwiefern Winklers Behauptung, ich hätte eine Quelle falsch gedeutet, zutreffend ist. Bei eingehender Analyse des sogenannten "Schlüsseldokuments" zeigt sich, daß Heinrich August Winkler allenfalls sprachliche Ungenauigkeiten an meiner Quelleninterpretation monieren könnte, aber keinesfalls eine grobe Verletzung der Regeln wissenschaftlichen Arbeitens. So ist zunächst festzuhalten, daß die fragliche Rundfunkrede von Hans Rothfels selbst, und nicht vom Bundesarchiv, auf 1933 datiert worden ist; das Bundesarchiv übertrug dessen Datierung lediglich in das vorläufige Findbuch des Nachlasses. Hinzu kommt, daß Winkler die Quelle selbst nur sehr oberflächlich analysiert, wie eine nähere Betrachtung des äußeren Aufbaus ergibt. Das zeigt sich schon darin, daß seine Seitenzählung von meiner abweicht. Winkler will ein siebenseitiges Manuskript vorgefunden haben⁸, während es sich in Wirklichkeit um ein Manuskript handelt, das ursprünglich neun Seiten umfaßte. Bereits vor meiner ersten Durchsicht des Bestandes Anfang der neunziger Jahre war das zweite Blatt der Rundfunkrede allerdings nicht mehr vorhanden. Selbst wenn Winkler das zweite Blatt der Rede nicht gesehen haben kann, weil es nicht mehr vorhanden ist, hätte er die noch vorhandenen acht Seiten sorgfältiger zählen müssen - und zwar



⁵ Vgl. Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1992, S. 53–58; Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft, Göttingen 1993, S. 95–98.

⁶ Schulze, Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, S. 89.

Vgl. Karl Heinz Roth, Hans Rothfels: Geschichtspolitische Doktrinen im Wandel der Zeiten. Weimar – NS-Diktatur – Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 1061–1073. Nach wie vor gültig Hans-Ulrich Wehler, Eckart Kehr, in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 107. Vgl. auch George W. F. Hallgarten, Das Schicksal des Imperialismus im 20. Jahrhundert. Drei Abhandlungen über die Kriegsursachen in Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a. M. 1969, S. 93–98; Das hämische Urteil konservativer Zeitgenossen dazu in Gerhard Ritter, Ein politischer Historiker in seinen Briefen, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard 1984, S. 236.

Vgl. Winkler, Hans Rothfels - ein Lobredner Hitlers?, S. 645.

500

schon deshalb, weil der letzte Satz auf der ersten Seite des Manuskripts auf der jetzigen zweiten Seite nicht fortgeführt wird. Winkler hat das durchaus bemerkt und kam vielleicht deshalb zu der Auffassung, es handle sich nicht um eine einheitliche Rede, sondern nur um die losen oder willkürlich zusammengesteckten Teile eines alten Manuskriptes, von dem nur noch ein paar Seiten überliefert sind ?

Wie es scheint, hat Heinrich August Winkler eine andere Quelle gesehen als ich: er eine, die auf 1930 zu datieren wäre, und ich eine, die 1933 entstand und die auch Rothfels auf 1933 datierte. Das einzige Indiz, das Winklers Auffassung zu bestätigen scheint, ist die Tatsache, daß die Rede 1930 im Programmheft des "Ostmarkenrundfunk" als Teil einer mehrteiligen Sendereihe angekündigt wurde. Die Folgesendungen für die nächsten Wochen und Monate sind allerdings in den fraglichen Programmheften nicht zu finden¹⁰. Es liegt auch keine Bestätigung dafür vor, daß die Rede tatsächlich gesendet wurde. Da das Manuskript am oberen Textrand den Stempel der "Deutschen Welle" trägt, also eines Berliner Staatssenders, muß es auch nicht identisch sein mit dem Text, den Rothfels dem "Ostmarkenrundfunk", einem nationalkonservativen Privatsender, 1930 zukommen ließ11. Beide Sender waren räumlich und institutionell voneinander getrennt. Richtig ist freilich, wie Winkler zu Recht betont, daß der Rede eine handschriftliche Passage von einer Seite Länge - die jetzige Seite 6 - beigefügt ist, die zwischen Mitte 1932 und Anfang 1933 entstanden sein dürfte, wie sich aus ihrem Inhalt ergibt: "Das Notverordnungsregiment ist in seiner Weise eine Wiederbelebung des alten Obrigkeitsstaates, der Ministerialbürokratie, die gewiß nur Übergang sein kann, aber zunächst einmal den Staat vom Regiment der Interessenten löst und ihn fähig macht, die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich gebracht werden, eine Bürgschaft dafür sind."12 Im Grunde plädiert Rothfels in dieser Passage, die einem Textstück nachgestellt ist, in dem er sich skeptisch über die Versailler Nachkriegsordnung und den Parlamentarismus äußert, für eine Beendigung des republikanischen Experiments von Weimar. Eine derartige Position war erst nach dem Preußen-Schlag Franz von Papens im Juli 1932 möglich. Vorher hat



Dbrigens sind auch einige der übrigen Kästen und Aktenordner aus dem Nachlaß von Rothfels in einem traurigen Zustand. Grundsätzlich sollte man überlegen, der entsprechenden Abteilung die Haushaltsmittel für die Rekonstruktion und Reproduktion des Nachlasses zur Verfügung zu stellen, um, wie das im Fall des Nachlasses von Hermann Aubin bereits geschehen ist, den Bestand auf Dauer zu sichern. Wenigstens der betreffende Band 12 ist inzwischen fest verleimt worden, um dem weiteren Durcheinander der Blätter entgegenzuwirken.

Das ergab die Einsicht in die Programmhefte "Der deutsche Rundfunk" und "Ostfunk, Ostdeutsche Illustrierte" für die Jahrgänge von 1930 bis 1934 in der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv. Allein für die "Deutsche Welle" gibt es einen Hinweis auf einen Beitrag "Der Lebenskampf der Ostmark: von Friedrich dem Großen bis zu Bismarck" von Erich Keyser vom 29. 1. 1933. Daß alternativ dazu ein Beitrag von Rothfels von der Redaktion eingefordert worden war, ist nicht auszuschließen.

¹¹ Vgl. Hans Rothfels, Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Grossen bis zur Gegenwart, Manuskript "Deutsche Welle" (circa Januar bis März 1933), S. 1-8, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, NL Rothfels, 12.

¹² Ebenda, S. 6.

sich Rothfels keinesfalls als Mann des konservativen Umsturzes gezeigt, obwohl er seine nationalistische Gesinnung als Hauptredner der Gegengründungsfeier der nationalen Verbände zur Weimarer Republik 1927 offen zur Schau getragen hatte¹³. Darüber hinaus ist diese Passage unzweifelhaft als Plädoyer für die Integration der NS-Bewegung und ihrer Parteiführung in einen autoritären Staat zu interpretieren, den Rothfels errichtet sehen wollte. Der einzige Zeitraum, der für derartige Einlassungen in Frage kommt, sind die Wochen, die zwischen der Berufung Hitlers durch Hindenburg im Januar 1933 und der letzten Reichstagswahl im März liegen.

Bevor ich auf den historischen Kontext der fraglichen "Schlüsselquelle" weiter eingehe, seien noch einige Bedenken genannt, die ebenfalls einer Datierung auf 1930 widersprechen. Allein das äußere Erscheinungsbild der Quelle legt die Vermutung nahe, daß es sich um ein oder zwei Ursprungsmanuskripte handelt, die durchaus unterschiedlichen Zeiten zugeordnet werden können. Die erste Seite (und vermutlich auch die inzwischen fehlende zweite Seite) in blauer Maschinenschrift bildet den Anfang eines Manuskripts, das der staatlichen "Deutschen Welle" in Berlin, aber nicht dem privat organisierten "Ostmarkenrundfunk" vorlag, wie der Stempel belegt. Die Typographie der übrigen Seiten stammt von einer Schreibmaschine mit schwarzem Farbband. Der Gesamttext, dessen Syntax von Seite zu Seite logisch aufeinander Bezug nimmt, also einen in sich geschlossenen Textkorpus bildet, ist durch die bereits zitierte handschriftliche Seite 6 ergänzt worden. Es liegen also drei Textstücke vor, die vom äußeren Erscheinungsbild her und inhaltlich einen Vortrag bilden. Winkler räumt zwar ein, daß in dem Manuskript zahlreiche "Korrekturen, Streichungen und Ergänzungen" vorgenommen worden sind¹⁴, aber er zieht daraus nicht den an sich naheliegenden Schluß, Rothfels könnte alte Seiten von 1930 um Teile eines anderen Manuskripts aus späterer Zeit ergänzt und diese Stücke mit einem handschriftlichen Zusatz von 1933 zu einem eigenständigen Vortrag verarbeitet haben. Bis jetzt liegen keine eindeutigen Belege auf dem Tisch, die sogar eine Vortragszeit nach dem März 1933 ausschließen, als die Nationalsozialisten nach den Wahlen schon relativ fest im Sattel saßen.

Die selbe Willkür, die Winkler in der Datierungsfrage an den Tag gelegt hat, regiert, wenn es um die inhaltliche Analyse dieser Quelle geht. Sein stärkstes Argument für seine Behauptung, daß die Rede dem Jahr 1930 zuzuordnen sei, ist ein Abschnitt aus der Rede, der sich eindeutig auf Gustav Stresemann bezieht. Rothfels sprach hier davon, daß der "neue deutsche Staat den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens" habe, und meint damit Stresemanns Verständigungspolitik¹⁵. Rothfels, so Winkler, habe hier möglicherweise auf das Verdienst der "Großen Koalition" und ihres Außenministers angespielt, die vorzeitige Entsetzung der zweiten und dritten Zone des Rheinlandes erreicht zu haben. In der Tat heißt es in dieser Passage, daß Stresemanns "mühsame" Politik,



¹³ Vgl. Hallgarten, Das Schicksal des Imperialismus im 20. Jahrhundert, S. 95.

Winkler, Hans Rothfels - ein Lobredner Hitlers?, S. 647.

¹⁵ Rothfels, Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Grossen bis zur Gegenwart, S. 7.

also der Ausgleich mit den Westmächten in der Rheinfrage, zwar unpopulär gewesen sei, aber den Staatsgedanken neu begründet habe. Jeder neutrale Leser wird diesen Satz, wie Winkler, als ein Bekenntnis zu Gustav Stresemann lesen und nicht zur Regierung Hitler. Aber was ist, wenn Rothfels diese Passage später aus dem Text herausgenommen hat? Rothfels hat genau das getan und die besagte Stelle 1933 mit einem Stift deutlich sichtbar durchgestrichen. Der von Winkler reklamierte Bezug zu Stresemann fällt also weg¹⁶. Warum hat der erfahrene Historiker diese Streichung nicht bemerkt? Winkler hätte sehen müssen, daß die Streichung - in Verbindung mit der Einfügung der handschriftlichen Passage davor - dem Vortrag eine ganz andere Note gab, der nun nicht mehr als Zustimmung für Stresemanns Verständigungspolitik zu verstehen war. Indem sich Rothfels mit der handschriftlichen Einfügung auf Seite 6 dafür ausspricht, daß sowohl das "Präsidialregime" als auch die "Ministerialbürokratie" die "nationale Bewegung", die zuvor dem Staat zuwiderlief, "in sich aufnehmen" möge, verändert sich der Kontext aller nachfolgenden Passagen grundlegend. Jetzt beruht der neue Staat, von dem auf Seite 7 die Rede ist und der nach Rothfels das "eindeutige [...] Ziel" verfolge, sich für die Freihaltung des deutschen Bodens einzusetzen, auf einem Bündnis der konservativen Eliten mit den Nationalsozialisten. Diesem Gedanken schloß Rothfels die Forderung an, daß Deutschland, das "seit 1919 aus der Weltpolitik ausgeschieden" sei, erneut eine "selbständige Zone zwischen Osten und Westen" bilden solle¹⁷, und zwar, wie hinzugefügt werden muß, unter deutscher Vorherrschaft.

Anders als in meiner 2000 erschienenen Dissertation vertrete ich in der Frage dieser "Schlüsselquelle" nicht mehr die Meinung, daß Rothfels sich in seiner "Rundfunkrede" als "Märzgefallener" gezeigt habe, der – ganz seiner Zeit verpflichtet – einen Bogen von Friedrich dem Großen über Bismarck und Hindenburg bis Hitler schlug. Diese Interpretation bedurfte einer dringenden Korrektur¹⁸. Nach einer erneuten Prüfung des Dokuments, die ich unabhängig von Winklers Replik anlässlich der zweiten Auflage meines Buches in verschiedenen Archiven durchgeführt habe, erscheint es mir nun als sicher, daß Rothfels nicht erst im März, sondern schon unmittelbar vor oder nach dem 30. Januar 1933 für die Nationalsozialisten Partei ergriff, ohne allerdings, wie ich schon 2000 geschrieben habe, den Rassenwahn der NSDAP zu teilen¹⁹.

Sowohl der neueste Forschungsstand als auch neu aufgetauchte Überlieferungsreste aus dem Nachlaß zeigen eindeutig²⁰, daß Rothfels nicht nur ein aktiver Gegner der Weimarer Republik war. Er hat den Weg von Papen zu Hitler mitbeschritten

²⁰ Es handelt sich übrigens um die Nachlaßsplitter, vorwiegend Zeitungsartikel und Briefwechsel zwischen Mommsen und Rothfels über die Nachauflage seines Buches "Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke" von 1935, die bis 1996 im Besitz von Hans Mommsen waren.



¹⁶ Ebenda

¹⁷ Ebenda, S. 7 f.

¹⁸ Vgl. Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der "Volkstumskampf" im Osten, Göttingen ²2002, S. 129 f.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 130.

und tatkräftig mitbereitet. Als politischem Historiker ging es ihm um die Vorbereitung einer neuen Ordnung jenseits des Völkerbundes, wobei die Geschichtsschreibung das geistige Rüstzeug liefern sollte. Deshalb stellte er sich bereits 1932 als Beiträger eines Zeitungsprojektes der "Revolution von Rechts" zur Verfügung, das sich im Kampf gegen den Parlamentarismus hervorzutun gedachte. Dieses Projekt zielte auf eine die Rechtsparteien übergreifende Koalition von Vordenkern der "Neuordnung", zu der Hans Rothfels als "Jungkonservativer" ebenso zählte wie der NS-Sympathisant Hans Grimm²¹. Wem Rothfels' Sympathien in der entscheidenden Wendezeit 1932/33 gehörten, dem Papen-Kurs oder dem Kabinett-Schleicher, zeigt sein Angriff vom 13. Januar 1933 in der Königsberger Allgemeinen Zeitung auf den territorialen Status quo Kontinentaleuropas. Rothfels lehnte darin eine isolierte Grenzrevision gegenüber Polen oder einen bloßen Anschluss Österreichs an das Reich als eine unbefriedigende Lösung ab. Er favorisierte beides, aber nur im Rahmen einer europäischen "Neuordnung", die Polen und den ganzen Donauraum einbeziehen sollte. Rothfels war sich der Konsequenzen seines Maximalrevisionismus bewußt. Frankreich war der erklärte Feind²².

Hans Rothfels erteilte somit Schleichers Versuch, als neuer Kanzler einen gemäßigten Revisionskurs einzuschlagen und wenigstens im Westen die zuvor von Franz von Papen zerschlagenen Scherben in der Außenpolitik wieder zu kitten, eine klare Absage²³. Die von Rothfels geforderte Expansionspolitik war nur im Bündnis mit den Nationalsozialisten zu erreichen, weshalb Rothfels den Kontakt zu ihnen suchte und in Berlin und Königsberg auch fand. Sowohl Joachim von Ribbentrop, der sich in Berlin als Verbindungsmann zwischen den konservativen Gegenrevolutionären um Franz von Papen und Hitler hervorgetan hatte²⁴, als auch der NS-Politiker Hermann Rauschning, damals Senatspräsident von Danzig, unterstützten Rothfels, nachdem sich dieser im August 1933 auf dem Warschauer Historikertag hinter die neue Reichsregierung Hitlers gestellt hatte²⁵. Er hat sich dadurch selbst unter einen beträchtlichen Anpassungsdruck gegenüber den Nationalsozialisten gesetzt und viel Mißtrauen bei liberaldemokratischen Historikeremigranten geweckt – beides aber nach 1945 autobiographisch nie verarbeitet²⁶.



²¹ Vgl. Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen "Ring"-Kreises 1918-1933, Berlin 2000, S. 254-256.

Hans Rothfels, Deutschland und der Donauraum, in: Königsberger Allgemeine Zeitung vom 13. 1. 1933 (BA Koblenz, NL Rothfels, 18).

²³ Vgl. Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 223f.

²⁴ Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 579.

²⁵ Vgl. Haar, Historiker im Nationalsozialismus, S. 138f., 202.

²⁶ An der Biographie forscht Jan Eckel, Freiburg. Er wird den Zwang zur Anpassung, dem Rothfels unterlag, ausführlich beschreiben. Vgl. Hans-Christian Petersen, "Ostforscher"-Biographien. Ein Workshop der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Kiel und der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Malente, 13.–15. Juli 2001, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 827ff.

504 Ingo Haar

Obwohl ich in meiner Arbeit eindeutig klargestellt habe, daß es keinen Nexus zwischen den ersten Vorüberlegungen zu einer "Neuordnung Europas", wie Rothfels und andere sie anstellten, und der Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik im NS gab, sondern einen Prozess der eigeninitiativen Anpassung von Historikern an die immer radikaler werdenden Planungsschritte und Aktivitäten von SS, Gauleitern und anderen regionalen Instanzen²⁷, unterstellt mir Winkler, den Emigranten Hans Rothfels als Vordenker ethnischer Säuberungen hingestellt zu haben. Von Rothfels' außenpolitischen Konzepten aus den ersten Jahren des Nationalsozialismus zu den Expertisen für ethnische Vertreibungen gibt es aber keine zwingende Verbindung, wie ich nochmals betonen möchte. Zwar scheint sich Joachim von Ribbentrop im Februar 1935 bei dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, Bernhard Rust, für Rothfels eingesetzt zu haben²⁸, um ihm nach seiner Zwangsentfernung in Königsberg wenigstens eine Lehrbefugnis für die Berliner Universität zu sichern; Hitlers Bevollmächtigter in Abrüstungsfragen sah in dem Königsberger Historiker 1935 einen wichtigen Verbindungsmann zwischen der NSDAP im Reich und den Sympathisanten des NS-Regimes in Großbritannien, wo es offenbar nicht wenige gab, die in Rothfels' Modell des deutsch-polnischen Ausgleichs jenseits des Völkerbundes eine Botschaft erblickten, daß sich das neue Reich als Ordnungsmacht in Osteuropa etablieren wolle²⁹. Das sagt aber ebensowenig im Hinblick auf eine Vordenkerrolle Rothfels' wie die Tatsache, daß er sich Ende 1934 zu dem außenpolitischen Ziel der "revolutionären Gegenwart" bekannte und im "Volkstumskampf" einen gangbaren Weg zur Befriedung von Regionen mit ethnisch motivierten Konflikten sah30 und daß er sich 1935 zweimal vergeblich darum bemühte, seine Stigmatisierung als Jude aufheben zu lassen und die Ehrenreichsbürgerschaft zu erlangen. So wurde aus einem Königsberger Ordinarius, der seinen Wohnsitz unfreiwillig nach Berlin verlegte, zwar ein Staatsbibliotheksbesucher von Rusts Gnaden³¹, aber noch lange kein Vordenker der Vernichtung.

Hans Rothfels erste Analysen der Zonen "ethnischer Gemengelagen" in Ostmitteleuropa von 1934 sind noch 1996 als innovative Basisarbeit einer komparativ verfahrenden Ostmitteleuropaforschung gefeiert worden³². Dieser Auffassung steht die Ambivalenz der Arbeiten Rothfels' von 1934/35 krass gegenüber. Speziell die Schriften, in denen sich Rothfels detailliert über die Konfliktzonen des deutsch-polnischen Gegensatzes äußerte, wiesen der Ostforschung im Nationalsozialismus einen ganz eigenen Weg. Die auch von Rothfels nicht ausdrücklich abgelehnte Erforschung der

³² Vgl. Wolfgang Neugebauer, Hans Rothfels' Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1996/1, S. 333–378.



²⁷ Vgl. Haar, Historiker im Nationalsozialismus, S. 371.

²⁸ Joachim Ribbentrop an Bernhard Rust vom 26. 2. 1935, in: BA Koblenz, ZB II 4538 A.1).

²⁹ Otto von Kursell an Bernhard Rust vom 23.4. 1935, in: Ebenda.

³⁰ Hans Rothfels, Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartslage, in: Deutsche Monatshefte in Polen 11, 1934/35, S. 314-318, hier S. 314f.

³¹ Vgl. Peter Th. Walther, Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 emigrierten deutschen Neuhistoriker, Diss., Buffalo 1989, S. 325.

Mittel und Wege, wie die Politik auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugreifen könnte, zog im NS-Regime eine Professionalisierung der Ostforschung nach sich, von der die moderne Ostmitteleuropaforschung nach 1949 in der Tat profitiert hat. Heinrich August Winkler vermag in dieser Bewertung nur eine Denunziation zu erkennen. Damit ist aber der ambivalente Weg einer Subdisziplin, die ihre Professionalisierung zu nahe an den politischen Zielen des NS-Regimes betrieben hatte, analytisch auf den Punkt gebracht.



ANDREAS EICHMÜLLER

DIE VERFOLGUNG VON NS-VERBRECHEN DURCH WESTDEUTSCHE JUSTIZBEHÖRDEN SEIT 1945 – INVENTARISIERUNG UND TEILVERFILMUNG DER VERFAHRENSAKTEN –

Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte

1. Ausgangslage

Am 20. November 1945, dem Tag, an dem vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der Prozeß gegen die "Hauptkriegsverbrecher" begann, verurteilte das Landgericht Limburg an der Lahn einen 62jährigen Metzgermeister wegen Teilnahme an der Zerstörung und Plünderung der Synagoge in Limburg am 10. November 1938 zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr¹. Es war dies keineswegs der erste Prozeß, der vor einem westdeutschen Gericht wegen nationalsozialistischer Verbrechen geführt wurde; bereits im Juni 1945 erfolgten die ersten Anklagen, und bis zum November waren in fünf weiteren Verfahren gegen 15 Angeklagte Strafen von 1½ bis 15 Jahren Haft überwiegend wegen der Beteiligung an den Ausschreitungen gegen Juden in der sogenannten Reichskristallnacht ausgesprochen worden. Bis Ende des Jahres 1949, also solange die Tätigkeit der westdeutsche Justiz durch allierte Vorbehalte in der Rechtsprechung eingeschränkt war, erfolgten nach offiziellen Angaben 4419 rechtskräftige Verurteilungen wegen NS-Verbrechen². Allerdings standen diese Verfahren weit weniger im Rampenlicht und in der Diskussion der Öffentlichkeit als etwa der Nürnberger Prozeß oder die Entnazifizierung.

Nach dem Fall der alliierten Vorbehalte stieg die Zahl der NS-Prozesse nicht – wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre – an, sie ging im Gegenteil bis Mitte der fünfziger Jahre stark zurück. Erst zu Beginn der sechziger Jahre wurden wieder

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002



¹ Landgericht (LG) Limburg 3 KLs 5/45, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), Gl 3.3.

² Angaben des Bundesministeriums der Justiz nach den Meldungen der Landesjustizverwaltungen. Vgl. Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg ²1984, S. 329. Die Zahl dürfte, soweit sich dies nach den bisherigen Arbeiten im Projekt beurteilen läßt, etwas zu niedrig angesetzt sein. Vgl. allgemein zur Besatzungszeit Martin Broszat, Siegerjustiz oder strafrechtliche "Selbstreinigung". Aspekte der Vergangenheitsbewältigung der deutschen Justiz während der Besatzungszeit 1945–1949, in: VfZ 29 (1981), S. 477–544.

mehr Verfahren geführt, eine Folge der verstärken Ermittlungstätigkeit seit Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (ZStL) am 1. Dezember 1958. Hohe Zahlen an Verurteilungen konnten jedoch nicht mehr erreicht werden, da 1960 alle Verbrechen außer Mord verjährten.

Auch heute stehen noch vereinzelt NS-Täter vor deutschen Gerichten, jedoch ist in naher Zukunft aufgrund des demographischen Faktors – bereits jetzt haben die Täter auf jeden Fall ein Alter von über 70 Jahren – ein Auslaufen der Strafverfolgung zu erwarten. Diese letzen Verfahren werden deshalb weder auf die zahlenmäßige Bilanz noch die historische und politische Bewertung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch die deutsche Justiz noch großen Einfluß haben.

Statistische Bilanz

Für eine Zahlenbilanz ist man bislang auf die offiziellen, aus den Meldungen der Landesjustizverwaltungen gewonnenen Angaben des Bundesministeriums der Justiz angewiesen. Danach wurden von der westdeutschen Justiz bis zum 1. Januar 2000 gegen 106.496 Personen Verfahren wegen NS-Verbrechen eingeleitet und 6497 Personen rechtskräftig verurteilt³. Diese Zahlen sind mit Sicherheit nicht ganz exakt. Nachdem im Laufe des hier vorzustellenden Projekts bereits mehrere Bestände von Archiven und Staatsanwaltschaften eingesehen wurden, läßt sich feststellen, daß zumindest einige Staatsanwaltschaften insbesondere eingestellte Verfahren aus den vierziger und fünfziger Jahren nur recht unvollständig gemeldet haben, vereinzelt wurden außerdem auch nach Kriegsende begangene Verbrechen an Juden oder an deutschen Kriegsgefangenen in alliiertem Gewahrsam unter NS-Verbrechen subsummiert. Die Zahl der Verurteilten dürfte deshalb geringfügig, die Zahl der Personen, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, jedoch um etwa 10-20 Prozent höher liegen. Letztere Ziffer ist im übrigen nicht zu verwechseln mit der Gesamtzahl aller Verfahren, die von der westdeutschen Justiz wegen NS-Verbrechen geführt wurden4. Über deren Höhe wurden bislang keine offiziellen Angaben gemacht; die vereinzelt angestellten Schätzungen von etwa 10.000-20.000 Verfahren liegen mit Sicherheit viel zu niedrig, nach dem derzeitigen Projektstand ist von etwa 35.000 bis 40.000 Ermittlungen auszugehen. Besondere Schwerpunkte liegen bei den Staatsanwaltschaften Berlin (Landgericht), Frankfurt a.M. und Hamburg mit jeweils mehr als 2000 Verfahren.

³ Schriftliche Mitteilung des Bundesministeriums der Justiz vom 7.6.2001. Danach waren bei Staatsanwaltschaften und Gerichten zu diesem Zeitpunkt noch Verfahren gegen 2036 Personen sowie zahlreiche weitere gegen unbekannte Täter anhängig.

4 Nicht selten wird eine Zahl von 100.000 oder mehr Ermittlungsverfahren angegeben, so z.B. Peter Steinbach, NS-Prozesse nach 1945. Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – Konfrontation mit der Wirklichkeit, in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte nationalsozialistischer Konzentrationslager 13 (1997), S. 3-26, hier S. 9.

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



Historische Bilanz

Stellt man den mehr als 106.000 Personen, gegen die ermittelt wurde, die Zahl von insgesamt nur knapp 6500 sowie von etwa 950 wegen Tötungsverbrechen Verurteilten gegenüber und blickt man auf manche doch sehr unverständliche Gerichtsentscheidung, so erscheinen die Ergebnisse der Strafverfolgung von NS-Verbrechern zweifellos unbefriedigend. Dies wird auch von Justizvertretern unumwunden zugegeben. So führte der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP) in seiner Festrede zum 40jährigen Bestehen der Zentralen Stelle in Ludwigsburg aus: "Die Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen war namentlich in den ersten Jahren nach dem Krieg kein Ruhmesblatt der deutschen Justiz. Es gibt Gerichtsurteile, die in einer aus heutiger Sicht kaum verständlichen, z.T. sogar geradezu skandalösen Weise versucht haben, nationalsozialistische Verbrecher, wenn nicht ganz freizusprechen oder außer Verfolgung zu setzen, so doch nur mit milder Strafe zu belegen. Und es gibt staatsanwaltschaftliche Verfügungen, die die Ermittlungen vorschnell und mit angreifbarer Begründung eingestellt haben."5 Jedoch betonte Goll, daß die juristische Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts auch manche Erfolge aufweisen könne und "keineswegs nur eine Geschichte der Versäumnisse" sei. Außerdem wird von Justizseite zu bedenken gegeben, daß einschließlich der 5025 von alliierten Militärgerichten in den Westzonen und der in der SBZ/DDR, in Österreich und im übrigen Ausland wegen NS-Verbrechen verurteilten Personen doch insgesamt etwa 30.000 NS-Täter gerichtlich bestraft worden seien und in dieser Zahl noch nicht die in Entnazifizierungsverfahren zu Lager- oder Strafhaft Verurteilten berücksichtigt seien6.

Auf jeden Fall wird man sich vor Pauschalurteilen hüten müssen. Zwar hat sich in jüngster Zeit die Forschungslage zum Thema deutlich verbessert und die Literatur zu manchen Einzelaspekten und zu einzelnen Prozessen inzwischen einen erheblichen Umfang erreicht⁷. Jedoch sind wichtige Einzelfragen wie etwa die Strafvollstreckung oder die Auswirkungen der Straffreiheitsgesetze des Bundes von 1949 und 1954 (auf Länderebene gab es z. T. bereits 1946–1948 Amnestien) erst ansatzweise erforscht.

- Ulrich Goll, Zum 40jährigen Bestehen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, in: Frankfurter Rundschau vom 26. 1. 1999. Vgl. auch Willi Dreßen, Eine Behörde gegen das Vergessen, in: Die Welt vom 2. 9. 1999; Alfred Streim, Die Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Nationalsozialismus und Justiz. Die Aufarbeitung von Gewaltverbrechen damals und heute, Münster 1993, S. 17–33, hier S. 31.
- ⁶ Vgl. Streim, Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen, S. 31; zur Bestrafung durch alliierte und ausländische Gericht vgl. allgemein Rückerl, NS-Verbrechen, S. 95 ff.
- ⁷ Vgl. jetzt vor allem Kerstin Freudiger, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Versuch einer Bilanz, Tübingen 2002, und Michael Greve, Der justitielle Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt a. M. u.a. 2001. Die einschlägige Literatur kann an dieser Stelle nicht ausführlich ausgebreitet werden, einen Überblick bietet Viktoria Pollmann, NS-Justiz, Nürnberger Prozesse, NSG-Verfahren, Frankfurt a. M. 2000; den Forschungsstand umreißt kurz Bernhard Diestelkamp, Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht. Ein Forschungsbericht, in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 21 (1999), S. 417–435.



2. NS-Verfahrensakten als historische Quelle

Bewertung

Die Akten der Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen stellen einen zentralen Quellenbestand sowohl für die Zeit der NS-Herrschaft selbst als auch für den Umgang der bundesdeutschen Justiz mit der NS-Vergangenheit dar. Die umfangreichen Ermittlungen, die die Justiz insbesondere durch die Befragung von Zeugen (Opfer, Täter und Zuschauer) und die Sammlung von Dokumenten geleistet hat, stellen für die historische Forschung eine enorme Materialfülle bereit⁸. Insbesondere seit den achtziger Jahren haben sich Historiker verstärkt darum bemüht, diese Akten für ihre Forschungen zu nutzen und dadurch zu neuen Erkenntnissen etwa über die nationalsozialistische Judenverfolgung zu gelangen. Dabei konnte es nicht bei der Auswertung von Anklageschriften und Urteilen bleiben. Eine Auswertung der Ermittlungsakten, der vielfach bereits vor Anklageerhebung eingestellten Verfahren, wurde notwendig. Aufgrund der schlechten Erschließung der Akten bestand allerdings bisher ein wesentliches Problem darin, überhaupt alle Verfahren aufzufinden, die zu einer bestimmten Thematik, zu bestimmten Tatorten oder Dienststellen geführt worden sind.

Für eine Bewertung der Effektivität der Nachkriegsjustiz in Sachen Verfolgung von NS-Verbrechen ist es unumgänglich, gerade die eingestellten Verfahren näher zu betrachten, da sie mehr als 90 Prozent aller durchgeführten Ermittlungen darstellen⁹. Eine Analyse dieser Verfahren, insbesondere der Einstellungsgründe, scheiterte allerdings bislang an der unzureichenden Erfassung, der zu bewältigenden Datenmenge und der unklaren Überlieferung. Peter Steinbach hat deshalb die systematische Erfassung und Sammlung aller NS-Verfahrensakten bereits vor einigen Jahren als ein Desiderat der Forschung benannt¹⁰.

Überlieferungslage

Die zweifellos größte Sammlung an NS-Verfahrensakten befindet sich bei der ZStL bzw. nunmehr bei der Außenstelle des Bundesarchivs am Sitz der ZStL. Jedoch sind dort Akten von Verfahren, die vor der Errichtung dieser Behörde 1958 oder danach



⁸ Vgl. Wolfgang Scheffler, NS-Prozesse als Geschichtsquelle. Bedeutung und Grenzen ihrer Auswertbarkeit durch Historiker, in: Lerntag über den Holocaust, hrsg. von Wolfgang Scheffler und Werner Bergmann, Berlin 1987, S. 13–27; Johannes Tuchel, Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung. Thesen zu Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Zusammenarbeit, in: Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984, S. 134–144; Alfred Streim, Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten als geschichtliche Quellen. Probleme der Praxis, in: Datenschutz und Forschungsfreiheit. Die Archivgesetzgebung des Bundes auf dem Prüfstand. Mit Beiträgen von Klaus Bästlein u.a., bearb. und eingeleitet von Jürgen Weber, München 1986, S. 79–83.

⁹ Vgl. Diestelkamp, Strafrechtliche Ahndung, S. 429.

¹⁰ Vgl. Steinbach, NS-Prozesse, S. 24.

ohne Einschaltung der ZStL geführt wurden, nur in geringem Maße vorhanden. Und auch die übrigen Akten stellen oft nur Auszüge aus den gesamten Verfahrensakten (vor allem Vernehmungen und Beschlüsse) dar. Die kompletten Verfahrensakten befinden sich bei den Staatsanwaltschaften oder, sofern sie schon älteren Datums (das heißt in den vierziger bis siebziger Jahren entstanden) sind, meist in den Landesarchiven – und dort in den Beständen der Staatsanwaltschaften der jeweils zuständigen Landgerichte, bei einigen wenigen frühen Verfahren auch in den Beständen der Amtsgerichte¹¹.

Im Laufe der bisherigen Projektarbeiten hat sich herausgestellt, daß die Akten vieler Verfahren bereits bei den Staatsanwaltschaften ausgesondert und vernichtet wurden. Insbesondere handelt es sich dabei um die Akten von Verfahren aus den vierziger bis sechziger Jahren, die eingestellt wurden. Aber auch manche Prozeßakte fiel bereits der Vernichtung anheim oder wurde stark ausgedünnt, so daß nur das Urteil und die Vollstreckungshefte übrig blieben. Das Ausmaß der Aktenvernichtung ist von Staatsanwaltschaft zu Staatsanwaltschaft ganz verschieden. Während sich bei einigen wenigen Staatsanwaltschaften nahezu alle NS-Verfahrensakten erhalten haben (z.B. Aschaffenburg), findet sich in anderen nur noch ein kleiner Bruchteil (z.B. Arnsberg, Bochum oder Straubing). Trotz des Fehlens zahlreicher Verfahren handelt es sich insgesamt aber um einen Quellenkorpus von großen Ausmaßen, da der Umfang nicht weniger Verfahrensakten 10.000 Blatt weit überschreitet.

Meist sind die Akten – auch wenn die gängige Archivsperrfrist von 30 Jahren bereits abgelaufen ist – nicht frei zugänglich. Verfahrensakten sind fast immer personenbezogene Akten und unterliegen einem besonderen Datenschutz¹². Eine besondere Erschwernis liegt noch darin, daß nicht nur die persönlichen Belange der im Verfahren Beschuldigten zu wahren sind, sondern auch diejenigen des Ermittlungspersonals und der vernommenen Zeugen, deren Zahl in größeren Verfahren in die hunderte gehen kann. Eine Freigabeprüfung durch die Archive ist in solchen Fällen mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden. Einem Antrag auf Verkürzung oder Aufhebung der Schutzfristen wird jedoch in der Regel bei Nachweis eines entsprechenden wissenschaftlichen Interesses und der Zusicherung der Einhaltung gewisser Beschränkungen entsprochen. Dies gilt auch für die Staatsanwaltschaften, solange die Akten noch bei der Justiz selbst lagern.

615 Urteile aus NS-Verfahren, nämlich solchen, die in den Jahren 1945-1965 abgeurteilte Tötungsverbrechen während der Zeit des II. Weltkriegs zum Gegenstand hatten, sind bereits seit längerer Zeit in der vom Institut für Strafrecht der Universität Amsterdam herausgegebenen Sammlung "Justiz und NS-Verbrechen" veröffent-



¹¹ Auch das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte verfügt über eine Sammlung von Akten zu mehr als 1000 NS-Verfahren (meist Urteile, Anklageschriften oder Einstellungsbescheide).

¹² Vgl. zur Datenschutzproblematik zuletzt Dieter Krüger, Datenschutz oder doch "Täterschutz"? Die Anonymisierung historischer Quellen als Problem des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und der Archivgesetze, in: Der Archivar 53 (2000), S. 34-42.

licht¹³. Für den Raum Hessen liegt außerdem eine Dokumentation vor, in der Auszüge (meist Urteile) aus 35 dort verhandelten NS-Verfahren abgedruckt sind¹⁴.

Eine systematische Suche nach Verfahren zu einer bestimmten Thematik wird dadurch erschwert, daß es an einem zentralen detaillierten Findmittel fehlt. Es stehen bislang lediglich die diversen (nach Aktenzeichen, Personen oder Tatorten gegliederten) Karteien der ZStL zur Verfügung, die zudem für Verfahren, die vor 1959 geführt wurden – und das dürfte über die Hälfte aller Verfahren sein -, sehr lückenhaft sind. Ebenso fehlt es dort an Informationen darüber, ob die Verfahrensakten noch bei der entsprechenden Staatsanwaltschaft lagern, an das zuständige Archiv abgegeben oder kassiert wurden. Auch die Findmittel der Archive zu den Beständen der einzelnen Staatsanwaltschaften haben häufig einen sehr rudimentären Informationsgehalt und helfen mitunter nur mit entsprechender Vorkenntnis der Namen der Beschuldigten weiter.

Das Beispiel der Staatsanwaltschaft Würzburg

Die Staatsanwaltschaft Würzburg, um ein konkretes Beispiel zu nennen, führte seit 1945 wegen NS-Verbrechen 551 Verfahren (479 gegen 2930 Beschuldigte und 72 gegen unbekannt); davon wurden 218 in den Jahren 1945–1949 eingeleitet, 65 in den Jahren 1950–59, 34 in den Jahren 1960–69 und 234 in den Jahren 1970–2000. Das starke Ansteigen der Zahl der Verfahren seit 1970 beruht vor allem darauf, daß Würzburg seither schwerpunktmäßig alle NSG-Verfahren im Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg (Staatsanwaltschaften Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Schweinfurt und Würzburg) bearbeitet. Von den insgesamt durchgeführten 551 Verfahren sind noch zu 55 Prozent (304) die Akten erhalten, jedoch nur 30 Prozent der in den Jahren 1945 bis 1969 eingeleiteten Ermittlungen¹⁵. Untergliedert man die in letzterem Zeitraum geführten Verfahren noch weiter, so ergibt sich für diejenigen, in denen Anklage erhoben wurde (102), eine Überlieferungsrate von 70 Prozent, für vorzeitig durch Einstellung, Außerverfolgungsetzung, Tod der Beschuldigten oder anderweitig beendete Ermittlungen eine solche von nur 12 Prozent.

- ¹³ Vgl. Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, bearb. von Adelheid L. Rüter-Ehlermann und C. F. Rüter, 22 Bde., Amsterdam 1968–1981. (Einige den Sammlungskriterien entsprechende Prozesse wurden allerdings übersehen). Eine Fortsetzung dieses Werkes bis in die jüngste Zeit ist angekündigt, eine Übersicht der entsprechenden Verfahren (912 an der Zahl) bis 1997 bereits veröffentlicht: Die westdeutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1997. Eine systematische Verfahrensbeschreibung, bearb. von C. F. Rüter und D. W. de Mildt, Amsterdam/München 1998.
- ¹⁴ Vgl. Klaus Moritz/Ernst Noam (Hrsg.), NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1978. Die darin vorgestellten Verfahren beschränken sich auf die vier Komplexe SA-Aktionen 1933–1935, Novemberpogrom 1938, Gestapoverbrechen 1942–1944 und Rechtsbeugung 1943.
- ¹⁵ Für die meisten der etwa zur Hälfte von der Aktenvernichtung betroffenen Verfahren aus den sechziger Jahren haben sich aber zumindest die wichtigsten Teile bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg erhalten.



Bis zum Jahr 1949 wurden in Würzburg 77 Prozesse wegen NS-Verbrechen eröffnet, in den Jahren 1950 bis 1953 weitere 18. Von diesen insgesamt 95 Prozessen hatten ein knappes Sechstel (15) Tötungsverbrechen zum Gegenstand, mit einer Ausnahme begangen im Reichsgebiet in den Grenzen von 1938 und nahezu zur Hälfte auf die unmittelbare Endphase des Krieges datierend. Allein zwei Drittel aller in den Jahren 1945 bis 1953 geführten Prozesse entfielen auf Vergehen, die im Rahmen der sogenannten Reichskristallnacht begangen worden waren. Einen größeren Anteil an den mit einem Gerichtsverfahren beendeten Ermittlungen stellen außerdem Denunziationsfälle und die schon angeführten Verbrechen in der Endphase des Krieges dar.

Die letzte Verurteilung wegen eines NS-Verbrechens datiert im Bereich der Staatsanwaltschaft Würzburg bereits auf den 31. Dezember 1953. Damals wurde ein Rapportführer des KZ Groß-Rosen wegen Beihilfe zum Mord und versuchten Mord zu
einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren verurteilt¹⁶. In der zweiten Hälfte der fünfziger
Jahre erlahmte die Strafverfolgung nahezu ganz. Im darauffolgenden Jahrzehnt
wurde zwar wieder in vier Fällen Anklage erhoben, jedoch wurden die Verfahren
alle vor Eröffnung der Hauptverhandlung durch Einstellung oder Tod des Angeklagten beendet. In den siebziger Jahren schließlich kam es trotz der nun sehr viel
höheren Zahl an Verfahren nur noch zu einem Prozeß, der mit der Freisprechung
der beiden Angeklagten endete.

3. Erstellung eines Inventars als EDV-Datenbank

Ziel des Projektes des Instituts für Zeitgeschichte ist die systematische Erfassung aller Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (NSG), die von Staatsanwaltschaften und Gerichten seit 1945 in Westdeutschland und West-Berlin geführt wurden, die Feststellung des Aktenstandorts und des Aktenumfangs. Ostdeutsche Verfahren wurden vor allem aufgrund der völlig andersartigen, zumeist zentralen Überlieferung – zumindest vorläufig – ausgeklammert. Die Inventarisierung erfolgt durch Erstellung einer EDV-Datenbank.

Datenbankstruktur

Die Datenbank wird im System Microsoft Access 97 erstellt; sie soll jedoch nach Beendigung der Erfassungsarbeiten in das Archiv-Datenbanksystem FAUST konvertiert und damit in das Archivsystem des IfZ integriert werden.

Für jedes Verfahren sollen, soweit es die Quellenbasis und die begrenzte Projektlaufzeit erlauben, die folgenden Informationen aufgenommen werden:

- Name der Staatsanwaltschaft/des Gerichts und entsprechende Aktenzeichen, Aktenzeichen der ZStL
- Tatort(e)/Tatland

16 HZ-Archiv, Gw 03.04; vgl. auch Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XII, S. 233 ff.



Andreas Eichmüller

- 514
- Tatzeit
- Opfergruppe(n)
- Einheiten/Dienststellen (denen die Beschuldigten angehörten)
- Beschuldigte (Name, Geburtsdatum/-ort, Funktion/Dienstgrad)
- Verfahrenschronologie (Datum der Einstellung, der Anklage, des Urteils, der Revision usw. mit Kurzbegründung)
- Verfahrenspersonal (Staatsanwälte, Richter, Verteidiger, wichtige Zeugen, Gutachter)
- Aktenüberlieferung (Archiv/Staatsanwaltschaft, Band-, Blattzahl, Kurzbeschreibung des Inhalts).

Des weiteren soll jedes Verfahren einem Verbrechenskomplex zugeordnet werden. Die Unterteilung der Komplexe orientiert sich an den für die Sammlung "Justiz und NS-Verbrechen" eingeführten elf Komplexen, sie wurde jedoch zur besseren Unterscheidung sowie zur Erfassung von Vorkriegs- und Nicht-Tötungsverbrechen auf insgesamt 20 Komplexe erweitert.

Aufgrund der strengen Vorgaben des Datenschutzrechts werden die Namen und Personalangaben der Beschuldigten und Zeugen der Öffentlichkeit nur in anonymisierter Form zugänglich sein. Auf Antrag kann jedoch nach den Regeln der Benutzungsordnung des IfZ-Archivs ein uneingeschränkter Zugang gewährt werden. Von der Anonymisierung ausgenommen werden außerdem Personen der Zeitgeschichte.

Die Basis des Inventars bilden die Verfahrenskartei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg sowie die von den Staatsanwaltschaften auf Anweisung des Bundesjustizministeriums Mitte der sechziger Jahre erstellten Listen über die bis dahin durchgeführten NSG-Verfahren. Diese Listen befinden sich in 53 Aktenordnern ebenfalls bei der ZStL. Ein großer Teil dieser Daten konnte bereits als EDV-Datenbank übernommen werden, mußte aber noch an die vom Projekt angestrebte Struktur angepaßt werden. Die restlichen Daten (etwa die Hälfte der Listen) wurden in der Anfangsphase des Projektes in die Datenbank eingegeben. Es ist davon auszugehen, daß auf dieser Quellenbasis etwa 90 Prozent aller Verfahren in rudimentärer Form (Staatsanwaltschaft/Gericht, Aktenzeichen und Beschuldigte) erfaßt werden konnten. Weitere Verfahren kommen, wie die bislang durchgeführten Projektarbeiten gezeigt haben, im Laufe der Sichtung von Repertorien, von Registern und von bereits ermittelten Akten ans Tageslicht.

Vorgehensweise

Die Verfahren werden in den 31 einschlägigen Hauptstaats-, Staats- und Landesarchiven zunächst anhand der Findmittel (Repertorien, Abgabelisten, Register) katalogisiert. Wichtig ist vor allem die Feststellung der Hauptbände des Verfahrens sowie aller bedeutsamen Bei- und Sonderbände. Um alle für den Aufbau der Datenbank notwendigen Informationen erfassen zu können, wird darüber hinaus eine kurze Einsichtnahme in die jeweiligen Akten erforderlich sein. Soweit möglich, werden zuerst die Bestände der Archive erfaßt. Alle dort nicht nachgewiesenen Akten wer-

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELIAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

Jahrgang 50 (2002), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de den dann anhand von aus der Datenbank angefertigten Listen bei den 95 zuständigen Staatsanwaltschaften angefragt, die vorhandenen Akten dort eingesehen und die fehlenden Akten gekennzeichnet. Um bei völligem Fehlen einzelner Verfahren eine Ersatzüberlieferung zu sichern, können unter Umständen zusätzlich die Bestände der Oberlandesgerichte, der Justizministerien und der Landeskriminalämter in NSG-Sachen ausgewertet werden.

Forschungsertrag

Mit einer Fertigstellung der Datenbank ist im Jahr 2004 zu rechnen. Dann kann sie sowohl für die Erforschung der NS-Zeit als auch für die Untersuchung der strafrechtlichen Ahndung der NS-Verbrechen seit 1945 gewinnbringend genutzt werden. So wird es etwa möglich sein, gezielt nach bestimmten Tatorten, Einheiten, Dienststellen, Opfergruppen oder Verbrechenskomplexen zu suchen, sich alle betreffenden Verfahren anzeigen zu lassen und gleichzeitig die Überlieferungslage sowie den Aktenstandort und -umfang festzustellen.

Schließlich wird die Datenbank einen umfassenden und exakten Überblick über die westdeutschen Justizermittlungen in NSG-Sachen bieten. Es wird sich erstmals relativ genau die Gesamtzahl aller geführten Verfahren und aller darin Beschuldigten feststellen lassen. Und es werden präzise Aussagen über das Zahlenverhältnis der Verfahren, die mit Verurteilungen, Freisprüchen oder Einstellungen beendet wurden, über die Höhe der ausgesprochenen Strafen sowie über zeitliche und regionale Schwerpunkte der Strafverfolgung – um nur einige Beispiele zu nennen – getroffen werden können.

Ausgewählte Verfilmung von Akten im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit Yad Vashem

Die Inventarisierung bildet die Basis für eine selektive Verfilmung von Verfahrensakten. Letztere ist Teil eines Gemeinschaftsprojektes des Instituts für Zeitgeschichte mit dem Archiv der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem im Rahmen eines dort seit Beginn der neunziger Jahre verfolgten Programmes zur systematischen Sammlung aller relevanten Dokumente zur Geschichte der Juden unter NS-Herrschaft und der nationalsozialistischen Judenverfolgung in ganz Europa. Im Jahre 1996 hatte sich Yad Vashem an die Bundesregierung mit dem Anliegen gewandt, das vom Archiv bereits begonnene Dokumentationsprojekt in Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen, vor allem im Hinblick auf Archivbestände in Deutschland und Osteuropa, durchzuführen. Der Bundesaußenminister, der Yad Vashem im März 1997 besuchte, hatte als geeignete Institution das Institut für Zeitgeschichte in München vorgeschlagen. Auf der Basis der von beiden Institutionen gesammelten Erfahrung bei der systematischen Sammlung von Dokumenten wurde

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



Andreas Eichmüller

noch im selben Jahr eine Kooperation vereinbart und mit den Planungen für das gemeinsame Projekt begonnen.

Zur Kopierung für das Archiv von Yad Vashem kommen alle Ermittlungen in Frage, die die Judenverfolgung zum Thema haben, jedoch nur dann, wenn sie nicht oder nur zum Teil an die Zentrale Stelle gelangt sind, da Yad Vashem die dort lagernden einschlägigen Aktenbestände bereits kopiert hat. In erster Linie werden deshalb die Verfahren verfilmt werden, die vor der Aufnahme der Arbeit der ZStL am 1. Dezember 1958 geführt wurden. Danach waren die Staatsanwaltschaften angehalten, von allen laufenden NSG-Verfahren, auch von solchen, die nicht von der ZStL eingeleitet wurden, Aktenkopien nach Ludwigsburg zu geben. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß zu einigen Verfahren überhaupt keine Akten an die ZStL gelangt sind, zu anderen nur unvollständige.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

516



Abstracts

Hans Maier, Interpretations of Totalitarian Rule, 1919 - 1989.

At their emergence, the modern totalitarian regimes have been interpreted partly by means of traditional political categories – tyranny or despotism –, and partly with the help of newly defined notions – such as totalitarianism, political or secular religions. This is not only due to various modes of perception and different "political geographies", but also to fundamentally distinct ways of interpretation and of historical judgment. This essay traces the development of the respective perceptions and terminologies, and it especially investigates if, and in what way, the concepts of totalitarianism and of political religion, which were again brought into the limelight of the historical and the philosophical discussion after 1989/90, have been fruitful.

Jochen Streb, International Competitiveness through a National Policy for the Advancement of Technology? Lessons from the Government Aid for the Synthetic Production of Natural Rubber in Germany and the United States during World War II.

By comparing technological change and economic development in the German and in the U.S. synthetic rubber industries during World War II, the author analyses how the government demand for innovative goods influenced the research and development, the production, and the marketing activities of private firms. Four main results were obtained: firstly, the low market price of natural rubber in the 1930s forced the state to give sales guarantees. These were badly needed to motivate private firms to produce the synthetic rubber BUNA S. Secondly, the German synthetic rubber producer I.G. Farben, which had been given a fixed price contract, achieved higher cost reductions than the American firms, which were working under cost-plus contracts. Thirdly, the patent sharing agreements of the U.S. synthetic rubber programme caused the firms to hold back inventions and to build up a tacit knowledge among their staff instead. Fourthly, the vertically integrated American synthetic rubber producers considered the needs of the less well developed rubber fabricators more carefully than the non-integrated German rubber producers did.

Marc Frey, Three Ways of Achieving Independence: Decolonization in Indochina, Indonesia and Malaya.

This article traces the development of cultural, economic and political relations between Southeast Asia and Europe in the era of decolonization. It suggests a new approach towards the study of decolonization: instead of focusing on the political aspects, namely transfers of power, decolonization is here conceived of as a multilayered process that entailed the restructuring of economies as well as the redefinition and development of national cultures. In short, decolonization meant the creation of "imagined communities". The article looks at the period between 1945 and the mid-1960s; in particular it deals with the three principal cases of decolonization in Southeast Asia, namely Indonesia/the Netherlands, Vietnam/ France, and Malaya/Great Britain. It argues that bilateral relations in the period following the transfer of power reflected the ways and means by which independence had been achieved. Former colonial powers remained actors in the region by preferentially allocating

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



518 Abstracts

development aid to the countries concerned. Southeast Asian countries, in turn, utilized their ties to former colonial powers in order to neutralize or diffuse the influence of outside actors such as China and the United States.

Manfred Kittel, Prussia's East in Contemporary History. More than a mere Gap in the Research on Regional History.

The history of the former eastern provinces of Prussia, that is Pomerania, Silesia and East Prussia, during the Weimar Republic and the Third Reich has largely been ignored by scholars of contemporary and regional history in the Federal Republic of Germany - although it has been stressed, again and again, that the German territories East of the Elbe were crucial to the decline and the fall of the Weimar democracy. Proceeding from a survey of gaps that exist in the research work with early contemporary history, this essay gives a detailed account of both the academic and the socio-political reasons for the development in question: starting with the Germans' attempts after 1945 to find a new identity devoid of all historical dimension and, above all, to dissociate themselves from their Prussian heritage, it goes on to examine the consequences which the "Western Alliance" and the détente policy had for the interest in the East. Furthermore, it deals with problems relating to the organisation and the politics of the academic discussion, as, for example, the fact that the abandonment of the notion of "country" in favour of a stress on ethnic origin, which had formerly been common with German scholars working in this field, still had its repercussions after 1945. The article concludes with a reflection on the opportunities for researchers in contemporary history dealing with the former eastern provinces of Prussia that might result from the fact that the international constellations were fundamentally changed when the era of the Cold War came to an end in 1989/90.

Franz-Werner Kersting, Helmut Schelsky's "Sceptic Generation" of 1957 - a Classic. An Analysis of its Publication and the Effect of a Standard Work.

Schelsky's 1957 study on the youth in the West German post-war reconstruction period (from 1945 to 1955) soon won classical status and was of seminal influence. The article tries to give a – much-desired – systematic account of its publication, its reception and the ramifications it entailed for the general public. There are several basic prerequisites and general preconditions for this success story: the author's well established reputation, his efficient synthesis on the basis of variegated data, and the ongoing discussion about the then current phenomenon of a rebellious youth (Halbstarkenkrawalle). Yet, the work's most intriguing feature was probably its very title, which indicated a factual account as well a social message, and which proved consonant with dominant trends in the Zeitgeist. The study's content, it is argued, was indelibly coloured by the author's own precarious biographical experience and by the mental disposition that the generation to which he belonged displayed during the transition from the Third Reich to the establishment of the Federal Republic.

The article comes to the conclusion that a close reading of Schelsky's book on the "Sceptical Generation" will help to put the 1968 movement into historical perspective. The vision which the young "Sceptics" upheld about themselves and others for a society to come was part and parcel of the intellectual frame of reference that shaped the mentality



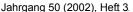
Abstracts

519

inherent in the violent protest which a later student generation felt legitimized to entertain.

Ingo Haar, Critical Reading of Historical Sources or Criticism of the Sources? Reply to Heinrich August Winkler.

Ingo Haar rejects Heinrich August Winkler's accusation that he should have presented Hans Rothfels, one of the most prominent representatives of the German research into contemporary history, as somebody who paved the way for the National Socialist policy of extermination. Furthermore, Haar criticizes Winkler's interpretation of Rothfels' disputed speech "The German Idea of the 'Nation' from Frederick the Great to the Present"; according to Winkler, Rothfels presented himself in 1930 as a "Vernunftrepublikaner", that is to say, a supporter of the republic of Weimar for rational reasons, and as being in favour of Gustav Stresemann. Haar concedes that there is indeed some approval for Stresemann in question; this approval is, however, nowhere to be found in a new version of the speech, delivered by Rothfels in 1933. Winkler therefore refers to a quote which is not authentic. By deleting one passage and adding another one, in which Rothfels expresses his support for a coalition of the presidential regime with the new "national movement", the tone of the text is considerably altered.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_3.pdf



MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Hans Maier, em. o. Professor für Politikwissenschaft sowie Religions- und Kulturtheorie der Universität München (Meichelbeckstraße 6, 81545 München); veröffentlichte u.a.: "Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789–1850" (Freiburg 1959, ⁵1988); "Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre" (Neuwied 1966); als Herausgeber "Totalitatismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs", Bd. I (Paderborn u.a. 1996), zusammen mit Michael Schäfer Bd. II (Paderborn u.a. 1997); als Herausgeber "Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen" (Frankfurt a. M. ²2002).

Dr. Jochen Streb, Privatdozent, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Heidelberg (Grabengasse 14, 69117 Heidelberg); veröffentlichte u.a.: "Eine Analyse der Ziele, Instrumente und Verteilungswirkungen der Agrareinkommenspolitik in der Bundesrepublick Deutschland, 1950 bis 1989" (Holm 1996); "Die fiskalische Nutzung des Geldschöpfungsmonopols. Vom mittelalterlichen Seigniorage bis zu den Geldschöpfungsgewinnen der Reichsbank vor dem Ersten Weltkrieg", in: Scripta Mercaturae 34 (2000), S. 72–115.

Dr. Marc Frey, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Anglo-Amerikanische Geschichte des Historischen Seminars der Universität zu Köln (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln); veröffentlichte u.a.: "Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner" (Berlin 1998); "Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums" (München 62002); arbeitet derzeit an einer Studie über die amerikanische Südostasienpolitik in den fünfziger Jahren.

Dr. Manfred Kittel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, (Leonrodstraße 46b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: "Die Legende von der 'zweiten Schuld'. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer" (Berlin/Frankfurt a. M. 1993); "Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36" (München 2000); "Weimar' im evangelischen Bayern. Politische Mentalität und Parteiwesen 1918–1933" (München 2001).

Dr. Ingo Haar, Projektmitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaft und Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät III (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u.a.: "Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der "Volkstumskampf" im Osten" (Göttingen 2000); arbeitet derzeit an einem Projekt über "Wissenschaft – Bevölkerung – Politik: Kontinuitäten und Brüche demographischen Denkens und Handelns 1937–1962".

Dr. Franz-Werner Kersting, wissenschaftlicher Referent am Westfälischen Institut für Regionalgeschichte Münster und Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Siegen (Königsberger Straße 8a, 49477 Ibbenbüren); veröffentlichte u.a.: "Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen" (Paderborn 1996); als Herausgeber "Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland" (München 1998).

VfZ 50 (2002) ® Oldenbourg 2002

